

STUDIEN

**HANS-JÜRGEN ARLT
WOLFGANG STORZ**

**PORTIONIERTE ARMUT,
BLACKBOX REICHTUM
DIE ANGST DES JOURNALISMUS
VOR DER SOZIALEN KLUFT**

HANS-JÜRGEN ARLT hat eine Gastprofessur für Strategische Organisationskommunikation an der Universität der Künste in Berlin; zwischen 1990 und 2003 leitete er die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Kontakt über www.kommunikation-und-arbeit.de.

WOLFGANG STORZ arbeitet als Publizist, Medien- und Kommunikationsberater. Er war mehr als 20 Jahre Redakteur, als Chefredakteur von *metall* und Medienberater bei der IG Metall, von 2000 bis 2006 erst stellvertretender Chefredakteur und dann Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*. Kontakt über www.wolfgangstorz.de

IMPRESSUM

STUDIEN wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: April 2013

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
I Resüme	6
1 Bestimmende Trends	6
1.1 Der blinde Fleck des Journalismus ist die stumme Macht des Reichtums.	6
1.2 Die Armut wird mit Sorge registriert und zugleich in Problemgruppen portioniert.	6
1.3 Wirtschaft ist, wie sie ist. Bildung und Arbeit als Lösung, die Politik als Sündenbock.	6
1.4 Die Entwicklung von Armut und Reichtum wird nicht im Zusammenhang gesehen.	7
1.5 Rein quantitativ: Die soziale Kluft ist kein Problem von besonderer Brisanz.	7
1.6 Chancengleichheit und Sozialpflichtigkeit des Eigentums stehen im Museum alter Ideale.	7
1.7 Meinungsvielfalt als Stärke und Schwäche	7
1.8 Diskursiv schwach, sprachlich bedenkenlos	7
2 Zum Charakter der einzelnen Medien	8
II Forschungsdesign	11
1 Forschungsfrage	11
2 Analysemethode	11
2.1 Zur Methode der diskursiven Öffnung	12
2.2 Journalistische Professionsmerkmale	14
2.3 Medien- und Materialauswahl	15
2.4 Zur Form des Kommentars	16
III Die Medien und ihre Meinungen	18
1 Tagesspiegel	18
1.1 Private Armut	18
1.2 Reichtum von Personen und Organisationen	20
1.3 Öffentliche Finanzen	22
1.4 Steuerstaat	23
1.5 Sozialstaat und Sozialarbeit	24
1.6 Soziale Kluft	25
1.7 Normative Ansprüche – Gleichheit von Chancen und Verhältnissen	25
1.8 Bilanz Tagesspiegel	26
2 Berliner Zeitung 2.1–2.8	27
3 Süddeutsche Zeitung 3.1–3.8	37
4 Frankfurter Allgemeine Zeitung 4.1–4.8	50
5 Der Spiegel 5.1–5.9	64
6 Die Zeit 6.1–6.6	78
IV Reflexive und spekulative Splitter	91
1 Der große Unterschied: «Wer arbeitet, hat keine Zeit, Geld zu verdienen.»	91
2 Bedingungen journalistischen Arbeitens	91
3 Herkunft der Journalisten	92
4 Ungenutzte Chancen der Pressefreiheit	92
5 Neuigkeiten als Alibi und Wiederholung als Normalität	93
6 Lehren aus der Krise des Finanzsystems?	93
7 Das große Thema «Umverteilung» – ein Kommunikationsdesaster?	93
8 Weitere Beispiele der De-Thematisierung von Reichtum	94
9 Die entscheidende Frage – einfach vergessen	94
V Literatur	95

Weitere Materialien zu den untersuchten Medien sowie Interviews und Texte stellt die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf ihren Internetseiten bereit. Informationen dazu finden sich online unter <http://www.rosalux.de/publication/39364>.

EINLEITUNG

Die Idee zu untersuchen, wie der bundesdeutsche Journalismus die Themen Reichtum und Armut kommentiert, entstand Anfang 2011. Als Beobachtungszeitraum wählten wir ursprünglich die vierjährige Phase zwischen dem dritten und dem vierten Lebenslagenbericht der Bundesregierung vom Mai 2008 bis Frühsommer 2012. Aber während der Arbeit an der Studie wurde die Veröffentlichung des Regierungsberichts immer wieder verschoben, erst Anfang März 2013 wurde er dann vom Bundeskabinett beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Wissen wollten wir, ob und wie der Journalismus die gesellschaftlichen Veränderungen beurteilt, die unter Stichworten wie Reichtumsexplosion, Verarmung, Prekarisierung, soziale Ungleichheit in den öffentlichen Debatten und Meinungsumfragen zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Dass die soziale Frage im Großen und Ganzen gelöst sei, war eine Vorstellung, die sich im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik verankert hatte.

Seit den 1990er Jahren begannen die statistischen Zahlen dagegen zu sprechen. Spätestens seit der globalen Spekulationskrise des Finanzsystems und deren Folgen Ende des vergangenen Jahrzehnts spricht vieles dafür, dass sich unsere Gesellschaft der sozialen Frage neu stellen muss. Welche Rolle spielt der Journalismus dabei? Redet er die neue soziale Ungleichheit groß oder klein? Analysiert er ihre Ursachen, bleibt er dran, konfrontiert er Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik mit den offenen Problemen, drängt er auf Antworten?

Unsere Fragen zielen nicht auf die journalistische Arbeit insgesamt, sondern allein auf die journalistische Meinung. Wie der Journalismus über das Themenfeld Reichtum, Armut und soziale Ungleichheit informiert, das haben wir nicht erforscht. Wir untersuchten, wie und wie intensiv die Redakteure der Ressorts Politik und Wirtschaft von vier ausgewählten Tageszeitungen mit ihren Kommentaren dieses Themenfeld begleiten. Es handelt sich um die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), die *Süddeutsche Zeitung* (SZ), die *Berliner Zeitung* und den *Tagesspiegel*. Analysiert haben wir zudem die gesamte Berichterstattung in *Der Spiegel* und *Die Zeit* zu diesem Themenfeld.

Unsere Bewertungen des untersuchten Materials zum Themenkreis Reichtum und Armut bedeuten – weder positiv noch negativ – ein Urteil über das jeweilige Medium als Ganzes. Unsere Befunde auf andere Themenkomplexe zu übertragen, wäre unzulässig.

Obwohl wir uns im Wesentlichen auf Meinungsbeiträge konzentrierten, hatten wir es am Ende mit weit mehr als 10.000 Computerseiten Text zu tun. Wir wollen uns für die gute Zusammenarbeit bei Sven Osterberg, Nautilus Politikberatung, bedanken. Ohne ihn wären wir mit dem Material nicht zurechtgekommen; wir hätten es gar nicht erst zusammen bekommen. Unsere Arbeit der Selektion, der qualitativen Analyse und der Bewertung wäre nicht möglich gewesen.

Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung danken wir für seine große Unterstützung.

Offenbach/Berlin, März 2013

I RESÜMEE

Die Studie stellt die Frage nach dem journalistischen Gebrauch der Pressefreiheit im Umgang mit Reichtum und Armut. Die Antwort: Es handelt sich um einen Fall von Pressefeigheit. Eklatant beim Thema Reichtum, der weitgehend als Blackbox behandelt wird. Fahrlässig beim Thema Armut, die zwar mit Sorge registriert, aber in Einzelteile zerlegt und so ihrer gesellschaftlichen Brisanz beraubt wird. Fahrlässig auch im Umgang mit den normativen Grundlagen der Chancengleichheit und der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die, wenn überhaupt, nur als untergegangene Ideale, nicht als ernst zu nehmende Ansprüche geltend gemacht werden.

Trotz alledem und alle Texte abgewogen: Soziales Engagement ist den meisten journalistischen Meinungsbeiträgen nicht abzusprechen; Kommentare, die ohne jede Rücksicht nur mit den Ellenbogen geschrieben sind, bilden die Ausnahme.

Gravierende Unterschiede zeigen sich zwischen den untersuchten Medien; wobei ein Vergleich vor allem der vier untersuchten Tageszeitungen, darunter zwei regionalen und zwei überregionalen, mit den beiden wöchentlich erscheinenden Medien nur sehr eingeschränkt zulässig ist.

1 BESTIMMENDE TRENDS

1.1 Der blinde Fleck des Journalismus ist die stumme Macht des Reichtums.

Es gibt eine Blackbox Reichtum. Eine Auseinandersetzung mit der Macht privater Großvermögen, die ihre Interessen ohne Worte zur Geltung bringen können, findet nicht statt. Der riesige Reichtum in den Händen weniger wird entweder überhaupt nicht kommentiert oder selbst dann nicht genauer durchleuchtet, wenn er kritisch bewertet wird. Reichtum wird nur aufgerufen als Gegenpart von Armut und als Indikator sozialer Ungleichheit. Als Zentrum gesellschaftlichen Einflusses auf alle Lebensbereiche – die Politik, die Wissenschaft, die Kunst, den Sport etc. – und als wirtschaftlicher Weichensteller mit seinen Anlage-, Verlagerungs- und Spekulationsentscheidungen kommt er in den journalistischen Meinungsbeiträgen nur beiläufig vor. Selbst als automatischer Türöffner zu komfortablen Lebensmöglichkeiten, zu Privilegien in der Bildung, der Gesundheit, der Kultur wird das große Geld nur in Form eines Lifestyle-Phänomens abgehandelt.

Der Journalismus zerbricht sich mehr den Kopf über die Probleme der Reichen als über die Folgen der Zusammenballung privaten Reichtums für den Rest der Gesellschaft. Das laute Lamento über die Gier im Finanzsystem erweckt den Eindruck journalistischer Kritikfähigkeit zu Unrecht, denn es personalisiert nur, es analysiert nicht. Erregungszustände anlässlich von Krisenhöhepunkten, begleitet von Rufen nach mehr Kontrolle des Kapitalismus, schlagen sich mehr im Feuilleton nieder.

1.2 Die Armut wird mit Sorge registriert und zugleich in Problemgruppen portioniert.

Die Sorge darüber, dass sich Armut ausbreitet, nimmt in den Medienbeiträgen breiten Raum ein. Das Armutsproblem wird also keineswegs übergangen, im Gegenteil. Aber durchgängige Kommentarpraxis ist es, Armut zu zerlegen, sie aufzulösen in Kinder-, Alters-, Migranten-, Langzeitarbeitslosen-, Schwerbehinderten-, Hartz-IV- und Alleinerziehenden-Armut. Frauen sind, das fällt auf, nur als Mütter arm. Armut wird portioniert und Verarmung auf diese Weise nie in einer grundsätzlichen Dimension behandelt.

Dass das Grundversprechen unserer Gesellschaft, jeder könne von der individuell geleisteten Erwerbsarbeit ordentlich leben, an den Realitäten von Billiglöhnen, prekären Arbeitsverhältnissen und Massenarbeitslosigkeit millionenfach zerschellt, wird meist den Problemgruppen zugerechnet. Das Problem sind eher die Leute, weniger die Bedingungen, mit welchen sie konfrontiert sind. Die Bedingungen werden, Stichwort Globalisierung, überwiegend als Sachzwänge dargestellt.

1.3 Wirtschaft ist, wie sie ist. Bildung und Arbeit als Lösung, die Politik als Sündenbock.

Dass die Wirtschaft, wie hoch die Gewinne auch sein mögen, an Löhnen und Steuern so sehr sparen muss, dass noch jede verbindliche Untergrenze als Wettbewerbsgefahr ausgeflaggt wird, gilt den einen Kommentaren als Grundgesetz, die anderen reizt es selten zum Widerspruch; dieser «Sachzwang» wird weithin akzeptiert. Den Individuen wird Anpassung empfohlen. Sie sollen diese Verhältnisse als Ausgangspunkt akzeptieren, sich fragen, was die Wirtschaft braucht, ihren Bildungsweg, ihre Bedürfnisse und ihren Lebensalltag danach ausrichten. Bildung ist hier nur ein anderes Wort für Arbeit, denn sie wird nur als Weg zur Erwerbsarbeit eingefordert. Wo die Menschen und die Wirtschaft nicht zusammenfinden, sind die Menschen das Problem oder ersatzweise die Politik. Für die Politik bedeutet es, dass sie überall dort aufgerufen wird, sich um Lösungen zu kümmern, wo sich Armut wegen fehlender oder trotz Erwerbsarbeit ausbreitet.

Als verantwortliche Akteure werden – egal ob es um Mindestlöhne, Steuern, Bildung, Sozialtransfers geht – stets die Individuen und der Staat/die Politik angesprochen, selten bis nie Unternehmer und Unternehmen; und wenn, dann in Verbindung mit vagen Appellen, sie mögen doch zum Beispiel die Frauenarbeit stärken. Im Kontext Armut wird unternehmerische Verantwortung kaum eingefordert, obwohl es thematisch oft um Aus- und Weiterbildung, die Vereinbarkeit von Arbeit und Kindererziehung, familienfreundliche Arbeitszeiten, Lohnhöhe und prekäre Arbeitsverhältnisse geht. Die strukturelle Benachteiligung erwerbstätiger Frauen, der Tatbestand, dass es in erster Linie Frauenarbeit ist, die arm macht, wird weitgehend ignoriert.

1.4 Die Entwicklung von Armut und Reichtum wird nicht im Zusammenhang gesehen.

Die Überlegung, dass es eine Wechselwirkung zwischen Armut und Reichtum geben könnte, dass die private Konzentration des Reichtums auf ihrer Kehrseite private und öffentliche Armut mitproduziert, spielt kaum eine Rolle. Armut wird vorwiegend als isoliertes Problem der Armen dargestellt. Entweder führen sie ihre Armut selbst aktiv herbei oder es gelingt ihnen nicht, unverschuldete Schwierigkeiten zu überwinden. Inwieweit der Staat ihnen helfen soll, ist umstritten. Zu viel Unterstützung untergrabe die Eigeninitiative, argumentieren die einen, zu wenig widerspreche den Geboten der Gerechtigkeit, so die Ermahnung der anderen. Dass beide Auffassungen im selben Medium parallel vertreten werden – ohne dass sie sich diskursiv aufeinander beziehen –, ist fast die Regel. Gesellschaftskritische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nach den Ursachen der wachsenden sozialen Ungleichheit werden in den Kommentaren der Tageszeitungen nicht gestellt.

1.5 Rein quantitativ: Die soziale Kluft ist kein Problem von besonderer Brisanz.

Die pure Statistik sagt: Im Jahr 2012 haben sich im *Tagesspiegel* etwa zwei und in der *Berliner Zeitung* etwa vier Prozent der Kommentare mit unserem Themenfeld beschäftigt. Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* haben wir im Durchschnitt des gesamten Untersuchungszeitraums einen Kommentaranteil von 1,9 Prozent ermittelt. Vergleiche haben wir nicht angestellt, weder mit anderen Themen noch mit anderen Medien, etwa mit *Junge Welt*, *Freitag* oder *taz*, von denen man vermuten könnte, dass sie dieses Themenfeld wichtiger nehmen. Zu der interessanten Frage, ob Reichtum und/oder Armut eher häufig oder selten redaktionelle Meinungsbeiträge auslösen, haben wir deshalb nur eine vorsichtige Einschätzung: Prominente und häufige Kommentarthemen sind Reichtum, Armut und die soziale Kluft nicht, um Themen von besonderer Brisanz scheint es sich in den Augen der Redaktionen nicht zu handeln. Mehr spricht für die Feststellung, den Journalismus befällt das Schweigen beim Anblick der sozialen Kluft.

In diesem Befund spiegelt sich unseres Erachtens wider, dass die Redaktionen weder Reichtum noch Armut als eigenständige zustandsaktuelle Themen sehen. Das heißt im Umkehrschluss: Diese Themen werden vor allem behandelt, wenn die Arena der offiziellen Politik aktuelle Anlässe dafür liefert; ob Armuts- und Reichtumsberichte oder Auseinandersetzungen vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Interesse von Regierungen wiederum, Anlässe für die öffentliche Thematisierung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu bieten, hält sich in sehr engen Grenzen.

Die Abhängigkeit von den Interessen der aktuellen Politik könnte verringert werden, wenn die soziale Frage im redaktionellen Konzept einen eigenständigen Stellenwert inne hätte und nicht nur das «Hobby» von

einzelnen Redakteuren wäre. Ob Gesichtspunkte sozialer Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit präsent sind, hängt beispielsweise bei der *Süddeutschen Zeitung*, so unser Eindruck, von den Arbeits- und Urlaubszeiten einzelner Redakteure ab. Die Wochenzeitung *Die Zeit* dagegen hat ein Wirtschaftsressort, für das es in geradezu vorbildlicher Weise zu den ständigen «Hausaufgaben» gehört, die sozialen Dimensionen der Ökonomie mit auszuleuchten.

1.6 Chancengleichheit und Sozialpflichtigkeit des Eigentums stehen im Museum alter Ideale.

Der Widerspruch zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit, der im 20. Jahrhundert ein großes Thema war, hat sich – wenn wir die Kommentierung zum Maßstab nehmen – zugunsten der Wirklichkeit erledigt. An normative Ansprüche der Verfassung, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Gleichheit der Lebensverhältnisse betreffend, wird gelegentlich erinnert, vor allem mit Blick auf die neuen Bundesländer. Dass sie eine realistische Zielsetzung sein könnten, wird nicht vertreten. Die Kommentatoren sehen entweder kein Problem oder sie resignieren vor den Problemen.

1.7 Meinungsvielfalt als Stärke und Schwäche

Die überwiegende Zahl der Redaktionen legt Wert darauf, ihr Publikum mit einer Einheitslinie in den zentralen Fragen des Themenspektrums Armut und Reichtum zu verschonen. Ein pluralistisches Meinungsbild wird von der Redaktion selbst oder mindestens mithilfe von Kolumnisten und Gastkommentatoren sichergestellt. Dieses Angebot an Meinungsvielfalt gehört auf die journalistische Habenseite. Aber es gibt auch eine Einfalt der Vielfalt. Das bloße Neben- und Gegen-einanderstellen von Positionen, die in den tagespolitischen Auseinandersetzungen ohnehin ständig wiederholt werden, macht noch keine Qualität aus. Man fragt sich, ob in den Redaktionen, die über Jahre hinweg mit zuverlässiger Erwartbarkeit ihre kontroversen Sichtweisen präsentieren, die Redaktionsmitglieder auch einmal miteinander diskutieren, um daraus neue Sichtweisen, eine andere Perspektive oder gar neue Erkenntnisse zu entwickeln, die dem Publikum präsentiert werden könnten.

1.8 Diskursiv schwach, sprachlich bedenkenlos

Die Meinungsäußerungen beschränken sich sehr oft auf den Gebrauch der öffentlich auch aus dem politischen Raum bekannten Argumentationsversatzstücke. Ob Mindestlohn, Staatsverschuldung, Höhe der Hartz-IV-Sätze, Besteuerung des Reichtums: alles vieldimensionale Themen, die unter wirtschaftlichen, sozialen, humanitären, moralischen, juristischen, kulturellen, individuellen Gesichtspunkten erörtert werden könnten – Fehlanzeige. Einzelne dieser Aspekte tauchen irgendwann auf, aber miteinander abgewogen, gegeneinander erörtert werden sie nicht. Je nach Deutungswelt, der sich der Kommentator zugehörig fühlt,

wird ein Aspekt absolut gesetzt; so sind beispielsweise Mindestlöhne gut aus Gründen der Gerechtigkeit oder schlecht aus Gründen der unternehmerischen Kostenbelastung.

Gerechtigkeit wird als moralischer Anspruch vorgebracht und bleibt als solcher unwidersprochen. Entgegengehalten werden ihm wirtschaftliche Notwendigkeiten, denen der Vorrang gebühre. Gerechtigkeit wird entweder als Gegensatz zur oder als ein Nebenprodukt von Wirtschaftlichkeit behandelt. Eine Perspektive, welche die wirtschaftliche Kraft der sozialen Gerechtigkeit prüft – inwieweit Sozialstaat und Gerechtigkeit wirtschaftliche Prosperität fördern, inwieweit große Armut und eine Zusammenballung privaten Reichtums der wirtschaftlichen Entwicklung schaden können –, spielt fast keine Rolle.

Es gibt kaum eine kritische Beschäftigung mit dem Sprachgebrauch, der sich zu bestimmten Themenbereichen gesellschaftlich durchsetzt. Er wird schlicht übernommen. Wie es Blonde, Schwarzhäufige und Glatzköpfige gibt, ist medienübergreifend oft die Rede von «sozial Schwachen» oder von «bildungsfernen Schichten»; Lieblingsmetapher für das Kapital ist «scheues Reh». Lediglich in der *Süddeutschen Zeitung* fanden wir zwei Texte, die sich mit einigen dieser Sprachbilder sehr intelligent und kritisch auseinandersetzen.

2 ZUM CHARAKTER DER EINZELNEN MEDIEN

2.1 Berliner Zeitung

Reichtum und Armut sind in der *Berliner Zeitung* keine häufigen Kommentartheemen, werden aber im Vergleich mehr als anderswo aufgegriffen. Insgesamt ist das Themenfeld von einer relativ einheitlichen Positionierung der Redaktion in den meisten seiner Einzelaspekte gekennzeichnet. Man kann von einer redaktionellen Linie sprechen, der das Soziale wichtig und das Wirtschaftliche verdächtig ist.

Beim Thema Armut vermeiden die Kommentatoren Schuldzuweisungen an die Betroffenen ebenso wie – im internationalen Zusammenhang – an betroffene Länder. Sie sprechen nicht von individuellem Versagen, sondern von Benachteiligung. Armut behandelt die *Berliner Zeitung* als ein gesellschaftliches Problem mit schlimmen Auswirkungen auf die Betroffenen, nicht als ein persönliches Problem der Betroffenen mit negativen Folgen für die Gesellschaft.

Die einfache Gleichung, dass Arbeit vor Armut schütze, wird von der *Berliner Zeitung* ausdrücklich problematisiert. Die Kritik an der Wirtschaft, die Armut trotz Arbeit verursache, ist ausgeprägt.

Staatsschulden werden nicht als politische Vergeudung, als bequemer Finanzierungsweg überflüssiger Wohltaten dargestellt. In den Staatsschulden komme öffentliche Armut zum Ausdruck, der es nicht mit Sozialabbau, sondern mit Steueraufbau bei den Vermögenden zu begegnen gelte.

Sehr intensiv setzen sich die Meinungsbeiträge mit den gesellschaftspolitischen Risiken auseinander, die

sie im Auseinanderdriften von Arm und Reich sehen. Die Interpretation von Protesten und Krawallen als sozialer Notwehr steht im Zentrum mehrerer Kommentare.

Reichtum wird unterschiedslos negativ bewertet. Zu oft ersetzt bei diesem Aspekt Empörung Argumentation und Erklärung. Aber es gibt einige herausragende kommentierende Analysen.

2.2 Tagesspiegel

Die Meinungsbeiträge des *Tagesspiegel* zu Reichtum und Armut zeichnet die individuelle Meinungsfreiheit der Redaktionsmitglieder aus, die sich in der Konfrontation zweier Argumentationslinien niederschlägt. Die offenkundig tolerante Grundhaltung der Redaktionsleitung wirkt sich allerdings nicht qualitätsfördernd aus. Die Gesinnung bekommt zulasten des Niveaus freien Lauf. Auf der einen Seite sind einzelne Beiträge zu lesen, die von hohem ökonomischen Sachverstand und einer beeindruckenden Detailkenntnis zeugen. Auf der anderen Seite ist das Argumentationsniveau für eine der bedeutenden Regionalzeitungen in Einzelfällen erschütternd.

Das wichtigste Einzelproblem des Themenbereichs Reichtum und Armut sind im *Tagesspiegel* die Staatsschulden, deren Ursachen und Folgen in allen, also auch völlig konträren Varianten «durchkommentiert» werden. In sozialen Fragen ist «die Politik» der Joker, den die *Tagesspiegel*-Kommentatoren ziehen, wenn sie sich die Auseinandersetzung mit Hintergründen und Zusammenhängen eines Problems ersparen möchten. Schwierigen Fragestellungen wird gern mit allgemeinen Betrachtungen ausgewichen in der Form küchenphilosophischer Anmerkungen über das Allgemeinmenschliche nach dem Motto «schuld sind wir alle».

Vergleichende Anmerkung

Berliner Zeitung/Tagesspiegel

Auf den ersten Blick erscheint die *Berliner Zeitung* gesinnungs- und der *Tagesspiegel* diskussionsgesteuert. Insbesondere im Umgang mit der Reichtumsthematik, aber auch unter den beiden stärker normorientierten Aspekten der sozialen Kluft und der Fragen von Gleichheit und Gerechtigkeit herrscht in der *Berliner Zeitung* eine fast durchgängige Positionierung, während im *Tagesspiegel* kontroverse Standpunkte sich ablösen. Der zweite Blick weist die Pluralität des *Tagesspiegel* als bloße Reproduktion verfestigter und deshalb erwartbarer Meinungen aus. Von einer diskursiven Qualität kann nur in Ausnahmefällen die Rede sein.

Analytisch starke, diskursiv offene Kommentare sind nach unserem Urteil in der *Berliner Zeitung* nicht häufiger, aber auf höherem Argumentationsniveau angesiedelt als im *Tagesspiegel*. Simplifizierende und moralisierende Beiträge sind im *Tagesspiegel* öfter zu finden.

2.3 Süddeutsche Zeitung

In der SZ zeigen sich zwei deutlich unterscheidbare Kommentarwelten, mit jeweils eigenen Argumentationsmustern und Positionen.

So werden beispielsweise die Folgen der Neuordnung des Arbeitsmarktes und der Hartz-IV-Gesetzgebung gegenteilig bewertet: Die einen Kommentatoren rücken die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in den Vordergrund und sehen darin ausdrücklich eine Bestätigung dieser für sie alternativlosen Politik. Ob die Zunahme der Beschäftigtenzahlen weitere oder sogar andere Gründe haben könnte, wird von keiner der beiden «Seiten» erwähnt.

Die anderen Kommentatoren sehen in dieser Neuordnung eine Politik der Produktion von Armut und der Degradierung von Arbeit, sie stellen die sozialen Nachteile in den Mittelpunkt. Ihre Forderungen, beispielsweise Mindestlöhne einzuführen und Hartz-IV-Regelsätze zu erhöhen, werden wiederum von den ersteren Kommentatoren wegen (betriebs-)wirtschaftlicher Nachteile abgelehnt oder stark relativiert.

Eine ähnlich gegenteilige Kommentierung gibt es auch beim Thema Steuerpolitik. Während die einen vor allem aus Gründen der gerechten Lastenteilung höhere Steuern für Wohlhabende und reiche Erben fordern, widersprechen die anderen aus Gründen der volkswirtschaftlichen Nachteile; für Letztere ist Gerechtigkeit ein Wunsch, den wirtschaftliche Notwendigkeiten möglich machen oder nicht.

Es fällt auf, dass diese beiden Deutungswelten ihre Behauptungen nicht im Sinne von besserer Qualität und Orientierung gegeneinander abwägen. So bleibt dem SZ-Publikum – vergleichbar mit dem *Tagesspiegel* – nur die Freude über eine gewisse Meinungsvielfalt, die sich weitgehend mit der in der offiziellen Politik maßgeblichen Bandbreite deckt.

2.4 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Im Mittelpunkt stehen für die FAZ-Redaktion die Lage der Mittelschicht und die Staatsverschuldung. Hier sieht die FAZ ernsthafte Probleme, damit setzt sie sich auseinander.

Dass Armut und Reichtum zunehmen, wird in den FAZ-Kommentaren nicht bestritten. Ein nennenswertes Problem hat die FAZ mit dieser Entwicklung nicht, zumal soziale Ungleichheit weniger als belastend, denn als produktiv gilt. Als prägende Ursache für Reichtum wie für Armut gilt das persönliche Verhalten – in dem einen Fall in Form von persönlicher Leistung und im anderen von individuellem Versagen.

Armut als Gesamterscheinung wird nicht behandelt. Inhaltlich losgelöst voneinander werden einzelne Erscheinungsformen bearbeitet: vor allem die Kinder-, Hartz-IV- und Altersarmut.

Reichtum wird verteidigt und gewürdigt. Reichtum, der nicht auf Basis von persönlicher (unternehmerischer) Leistung entsteht, also das Heranwachsen einer Kapital- und Erbgengesellschaft, existiert für die Redaktion als eigenes Thema nicht. Mögliche Wechselwirkungen zwischen Armut und Reichtum fasst die Redaktion nicht ins Auge.

Überraschend und fast ein «Alleinstellungsmerkmal», müsste die FAZ sie nicht ein Stück weit mit dem *Spiegel*

teilen, ist die Politikverdrossenheit der Redaktion: der durchweg von Herablassung oder gar Verachtung geprägte Blick auf «die Politik».

Vergleichende Anmerkung SZ/FAZ

Es gibt im Großen einige Gemeinsamkeiten – privater Reichtum ist für die SZ genauso wenig ein Thema wie für die FAZ – wie in Einzelfragen zahlreiche Unterschiede: Die Milde gegenüber Steuerhinterziehern, die in der FAZ immer wieder deutlich zu spüren ist, entspricht in der SZ der Härte, mit der diese kritisiert werden. Missbrauchsvorhaltungen gegen Sozialtransfer-Empfänger werden in der FAZ systematisch, in der SZ seltener vorgetragen.

Etwas salopp formuliert: In der SZ steckt eine FAZ und eine Gegen-FAZ. Die Analyse- und Argumentationsmuster sowie die Positionen, die in der FAZ eindeutig dominieren, bilden einen Teil der SZ-Kommentarwelt; in Sprache und Inhalt allerdings deutlich dezenter und geschmeidiger vorgetragen. Zugleich ist in der SZ aber auch jene gegenteilige Kommentarwelt prominent vertreten, die sich in Argumenten und Positionen ausdrücklich an Kriterien sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit orientiert und von der in der FAZ bestenfalls Spurenelemente zu identifizieren sind.

2.5 Der Spiegel

Das Magazin beschäftigt sich punktuell, wenig engagiert und damit unzuverlässig mit dem untersuchten Themenfeld. Wenige profunde Essays zu sehr grundlegenden Fragen, informative Texte zu Detailproblemen und (wenige) hoch qualifizierte Analysen, die Wechselwirkungen aufzeigen und Kontexte herstellen, wechseln sich ab mit einer Mehrheit aus Aufmerksamkeit heischenden Beiträgen, die primär von ihrer Rhetorik leben, sowie mit Texten, in denen Sozialtransfer-Empfänger unter Generalverdacht gestellt werden.

Zuverlässig ist die Redaktion bei folgenden Themen: Verglichen mit Sozialtransfer-Empfängern werden Wohlhabende und Reiche tendenziell «hofiert» und ihre Interessen mit viel Umsicht bedacht; abgesehen von Exzessen sogenannter gieriger Manager und Finanzmarktakteure, die moralisch scharf kritisiert werden. Fragen hat der *Spiegel* an die oberen Schichten selten, öfters macht er ihre Sorgen zu den seinen. Gesellschafts- und machtpolitische Zuspitzungen und Fragen werden gemieden: etwa die Frage, ob unser Wirtschaftssystem strukturell Ungerechtigkeiten herstellt oder nicht, ob der ständig wachsende private Reichtum auch Quelle aktueller Krisen ist oder nicht, ob es eine Wechselwirkung zwischen der Zunahme an privatem Reichtum einerseits und öffentlicher und privater Armut andererseits gibt.

Die Texte behandeln jeweils isoliert einzelne Aspekte von Armut oder Reichtum. Wichtige Zusammenhänge werden so zerrissen, das Thema seiner gesamtgesellschaftlichen Dimension beraubt.

Obwohl die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt als Ursache und «Erlösung» von Armut eine ausschlag-

gebende Rolle spielen, werden als verantwortliche Akteure ausschließlich die Individuen und die Politik angesprochen. Die Unternehmen und Unternehmer bleiben außen vor, obwohl sie bezüglich Löhne, Arbeitsplatzverhältnisse, betriebliche Aus- und Weiterbildung und familien- und kinderfreundlicher Arbeitszeiten eine «große Rolle» spielen könnten.

An «die Politik» werden viele Anforderungen gestellt, obwohl ihr Tun meist wenig geschätzt und ihr eine strukturell bedingte Neigung zu jahrzehntelanger unverantwortlicher Schuldenmacherei unterstellt wird.

Das Thema Reichtum in seiner gesellschaftspolitischen Dimension ist nicht existent, als Unterhaltungsthema dagegen sehr wohl; die Analyse der «Reichen-Serie» vom Frühjahr 2012 stärkt diese Wertung.

Wie viel FAZ steckt im *Spiegel*? Recht viel. Und wie viel *Zeit*? Recht wenig. Wär's doch umgekehrt.

2.6 Die Zeit

Die Quantität der Beiträge und die Variationsbreite der journalistischen Bearbeitung sorgen für eine starke Präsenz der Armut- und Reichtumsproblematik. Das Aufmerksamkeits- und Kritikpotential, das im Vergleich von Armut und Reichtum liegt, nutzt die *Zeit* publizistisch und politisch. Die zwei Welten in einem Text direkt gegeneinanderzustellen, die Welt des riesigen Reichtums hier, die Welt der Armut und des Elends dort, ist eine wiederholt angewandte Methode.

Bezogen auf unser Untersuchungsthema liegt ein entscheidendes Plus der *Zeit* darin, dass ihre Wirtschaftsredaktion die Ökonomie als ein Feld der Gesellschaftspolitik versteht. Sie beobachtet, beschreibt und kritisiert unter der Fragestellung, ob auch der Gesellschaft gut tut, was der Wirtschaft nützt.

Die *Zeit*-Texte im Themenbereich Sozialpolitik folgen zwei Diskurslinien. Einerseits bestehen sie auf der Notwendigkeit des Sozialsystems inklusive starker Gewerkschaften. Andererseits melden sie Kritik an, weil sie Sozialeleistungen nicht überall ankommen sehen, wo diese dringend gebraucht werden.

Gegen die griffigen Empörungsformeln – von der Politik, die mit schuldenfinanzierten Wohltaten Stimmen kauft, von den Leuten, die über ihre Verhältnisse leben, von einem Wachstum, das auf schwäbische Hausfrau-entart ohne Schulden zu bekommen wäre – ist die *Zeit* nicht immun, aber sie kommen vergleichsweise selten in Hauptsätzen vor, eher in Nebensätzen. Hingegen gelingt es der Redaktion, Gegenperspektiven zu eröffnen, Zusammenhänge offenzulegen, die von anderen nicht gesehen, zumindest nicht beschrieben werden.

In der Summe ist die redaktionelle Leistung der *Zeit* ausgezeichnet.

Vergleichende Anmerkung Spiegel/Zeit

Auch der *Spiegel* hat seine kritischen Kapazitäten und analytischen Qualitäten, aber er fällt auf dem untersuchten Themengebiet klar hinter die *Zeit* zurück. Der *Spiegel* spielt sich auf. Er weiß es besser, egal worum es gerade geht. Reichen gegenüber verzichtet er meist

auf sein Markenzeichen, diesen Gestus des jederzeitigen Bescheidwissens, der Herablassung, einer – gemessen an der *Spiegel*-Klugheit – unvermeidlichen Beschränktheit aller Objekte seiner Berichterstattung. Der *Spiegel* will Eindeutigkeit, darin ist er strukturell, nicht intellektuell der *Bild*-Zeitung ähnlich. Dieser Eindeutigkeit der Darstellung opfert er zu viel.

Im Vergleich dazu hat die *Zeit* den längeren Atem, die sachlichere Sicht, die detailliertere Darstellung, die unkonventionellere Vielfalt an Perspektiven und das konsequentere Bemühen um Zusammenhänge.

Der Journalismus kann nicht für die Antworten zuständig sein, die Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur schuldig bleiben. Aber er trägt eine Mitverantwortung dafür, dass die Probleme nicht unter den Tisch gekehrt werden und die Debatte im Gang bleibt. Dazu leistet die *Zeit* beachtliche Beiträge, der *Spiegel* gelegentliche.

II FORSCHUNGSDESIGN

Leserinnen und Leser, die wissenschaftlich weniger interessiert sind, neigen vielleicht dazu, dieses Kapitel zu überspringen und direkt zu den Analysen und Befunden der einzelnen Medien überzugehen. Das kann man machen, wir empfehlen es nicht. Befunde hängen nicht nur vom Objekt ab, sondern auch von der Art der Untersuchung. Die Arbeitsweise beeinflusst die Ergebnisse. Das ist keine Schwäche, das kann gar nicht anders sein. Typischerweise stürzt sich jeder, dem Ergebnisse nicht passen, auf die Kritik der Methode. Die Forderung nach Objektivität missachtet die Notwendigkeit, stets zu fragen, wer hier wie analysiert und bewertet. «Objektivität ist die Wahnvorstellung, Beobachtungen könnten ohne Beobachter gemacht werden. Die Berufung auf Objektivität ist die Verweigerung der Verantwortung – daher ihre Beliebtheit.» (Foerster/Pörsken 1998: 154) Wir verantworten unsere Befunde, sie sind nicht «objektiv». Um überprüfen zu können, inwieweit wir dieser Verantwortung gerecht geworden sind, führt kein Weg an der kritischen Lektüre der Darstellung des Forschungsdesigns vorbei. Allerdings hat sich damit die nächste Frage nicht erledigt, ob wir die hier dargestellten Wege in der Untersuchung selbst auch korrekt gegangen sind.

1 FORSCHUNGSFRAGE

«Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien», lautet der berühmte Einleitungssatz zu Luhmanns Buch über «Die Realität der Massenmedien». Wie sehr diese Aussage die direkten Erfahrungen, die wir beispielsweise in der Arbeitswelt machen, auch unterschätzen mag, zutreffend bleibt: Auch was wir über Reichtum und Armut wissen, hängt mit davon ab, wie die Massenmedien dieses Themenfeld bearbeiten. Das Thema der neuen Armut hat Mitte der 1970er Jahre der damalige sozialpolitische Sprecher der CDU, Heiner Geißler, offensiv vertreten mit dem Ziel, die Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition und die Tarifpolitik der Gewerkschaften zu kritisieren (Geißler 1976). Inzwischen ist Armut in der Bundesrepublik eine Alltagserscheinung, während sich auf der anderen Seite schwer messbarer Reichtum in den Händen einer kleinen Oberschicht anhäuft. Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen haben die soziale Kluft national und international vertieft. Wissenschaft, Öffentlichkeit, Politik und Kultur analysieren und diskutieren heute erneut die sogenannte neue soziale Frage.

Einige wörtliche Aussagen aus der Kurzfassung des Entwurfs des vierten Lebenslagenberichts der Bundesregierung (BMAS 2012: I–XLII), dessen Bemühen um entschärfende und beruhigende Formulierungen nur von den späteren Korrekturen des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums überboten wird:

- Bei der Armutsrisikoquote, der Niedriglohnquote und dem Vermögensaufbau der Menschen in

Deutschland bestehen weiterhin deutliche Ungleichheiten in den Lebenslagen.

- Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt. So verfügen die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung nur über gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen. Der Anteil des obersten Dezils ist dabei im Zeitverlauf immer weiter angestiegen.
- Der Trend zunehmender Einkommensungleichheit konnte seit 2006 gestoppt werden.
- Stundenlöhne, die bei Vollzeit zur Sicherung des Lebensunterhalts eines Alleinstehenden nicht ausreichen sowie eine einseitige und polarisierende Lohnentwicklung generieren, verschärfen Armutsrisiken und schwächen den sozialen Zusammenhalt.
- Dem seit zwei Jahrzehnten fast unvermindert andauernden Abschmelzen der öffentlichen Vermögenswerte stehen beträchtliche Vermögenszuwächse im privaten Sektor gegenüber, die jene Entwicklung mehr als kompensieren.
- Persönliches und finanzielles Engagement zeigen Vermögende bisher vorrangig in Sportvereinen (45,2 Prozent) und Berufsverbänden (25,1 Prozent), Heimat- und Bürgervereinen (22,6 Prozent) sowie privaten Klubs (21,6 Prozent). Stiftungen und soziale Initiativen dagegen werden nur von weniger als fünf Prozent der befragten Vermögenden genannt.

Unser Forschungsinteresse zielt nicht auf Zahlen, sondern auf journalistische Meinungen. Was sagt der deutsche Journalismus zu diesen sozialen Entwicklungen, wie setzt er sich mit den Themen Reichtum und Armut auseinander, lautet die Forschungsfrage, die wir gestellt haben. Um sie bearbeitbar zu machen, haben wir die folgenden Entscheidungen über Methode und Material getroffen.

2 ANALYSEMETHODE

Methodisch grenzen wir uns von der empirischen Kommunikationsforschung ab, wie sie während der letzten Jahre in den Journals und Konferenzen der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft zum Mainstream geworden ist. Wir kommen von dort nicht her und wollen dort nicht hin. Überflüssig zu betonen, dass es gute und theoretisch aufgeklärte empirische Studien gibt, wir denken beispielsweise an die vorbildlichen Arbeiten Siegfried Weischenbergs. Aber: Im akademischen Betrieb wachsen dank der Digitalisierung – ohne die auch diese Studie unvorstellbar wäre – die bearbeitbaren Datenmengen exponentiell. Dass deswegen die Erkenntnisgewinne zunehmen, vermögen wir nicht zu entdecken. Die Feinheiten der Statistik und die Grobheiten der Hermeneutik addieren sich zu Studien, für die noch der alte «Positivismusstreit in der deutschen Soziologie» ein beachtliches Stück

Aufklärung wäre. Die Inflation der Befragungen, quantitativen wie qualitativen, gipfelt bei Journalismusanalysen ja darin – journalistische Texte sind öffentliche Mitteilungen –, Mitteilungen der Mitteilenden über deren Mitteilungsverhalten einzusammeln und zu sichten. Diese Methode tut so, als könnte man das Fußballspiel begreifen, indem man die Fußballer interviewt; tatsächlich muss man das Spiel begriffen haben, um überhaupt sinnvolle Fragen stellen zu können.

Unsere Analyse stützt sich auf Elemente zweier kontroverser Kommunikationskonzepte, die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas und den Kommunikationsbegriff von Niklas Luhmann. Wir erlauben uns einen eklektischen Umgang mit den Erkenntnissen beider Theorien, weil die demokratische Sensibilität des Frankfurters und die analytische Schärfe des Bielefelders sich unseres Erachtens im Zusammenspiel zu einem ertragreichen Katalog erkenntnisleitender Fragen ergänzen.

Wir halten wenig von einem Kommunikationsverständnis, das über der akribischen Analyse von Texten deren Kontexte aus den Augen verliert. Eine Mitteilung ist keine Kommunikation. Um Mitteilungen als Kommunikationsereignisse zu begreifen, müssen sowohl der Informationshaushalt der Absender als auch der Verstehenshorizont der Adressaten mitgedacht werden. Das ist in keiner Einzelstudie leistbar, aber so zu tun, als sei hier kein Problem, kommt einer Irreführung gleich. Journalistische Mitteilungen sind auch nicht einfach Kommunikationsereignisse, sondern ein Resultat von Kommunikationsarbeit. Die Qualifikationen der Arbeitenden spielen ebenso eine Rolle wie die technischen, organisatorischen und sozialen Rahmenbedingungen, unter welchen die Arbeitsleistung erbracht wird; und die Rezipienten sind überwiegend zugleich zahlende Kunden. Auch diese Dimensionen in einer Einzelstudie zu erschließen, ist unmöglich; wiederum gilt jedoch, dass einfaches Ausblenden keine angemessene Form der Reduktion von Komplexität ist.

Die Konsequenz, die wir aus diesen Dilemmata ziehen, besteht darin, möglichst präzise zu verdeutlichen, was wir versuchen und was wir gar nicht erst in Angriff nehmen. Unser Ziel ist es, im Themenfeld Reichtum und Armut journalistische Texte auf ihre diskursive Qualität hin zu untersuchen. Wir bezeichnen die Methode, die wir anwenden, als diskursive Öffnung.

2.1 Zur Methode der diskursiven Öffnung

Man kann auf die Idee kommen, die Methode der diskursiven Öffnung als Ideologiekritik aufzufassen. Das ist keine gute Idee, solange sie mit der Vorstellung verbunden ist, dass die Beschreibungen, Begründungen und Bewertungen der anderen ideologisch und die eigenen realistisch sind. Von solchen Glaubensbekenntnissen wird unsere Analyse nicht getragen. Das geschriebene oder gesprochene Wort diskursiv zu öffnen, bedeutet auf der allgemeinsten Ebene, darauf aufmerksam zu machen, dass auch andere Themen hätten gewählt und über das gewählte Thema auch anders hätte gesprochen oder geschrieben werden können. Einen Text als eine bestimmte Auswahl zu markieren und mit anderen Wahlmöglichkeiten zu konfrontieren ist der Sinn der diskursiven Öffnung.

Jede Kommunikation beruht auf Selektionsentscheidungen über die Themen, die angesprochen, und die Aspekte eines Themas, die hervorgehoben werden. «Kommunikationszusammenhänge müssen über Themen geordnet werden, auf die sich Beiträge beziehen können» (Luhmann 1994: 213). Die erste Frage an das Untersuchungsmaterial ist deshalb, ob Reichtum und Armut thematisiert werden. Dass etwas «kein Thema» sei, bedeutet umgangssprachlich, dass es leicht zu erledigen, kein Problem, nicht einmal der Rede wert ist. Etwas zum Thema zu machen, bedeutet umgekehrt, ihm Aufmerksamkeit verschaffen, Gewicht geben zu wollen.

Die zweite – sehr facettenreiche – Frage lautet entsprechend, wie Reichtum und Armut thematisiert, welche Beiträge veröffentlicht werden. Wir unterscheiden bei der Analyse der Beiträge die drei Ebenen a) der *Beschreibung*: Welche Aspekte werden beleuchtet, welche bleiben unerwähnt? b) der *Begründung*: Welche Erklärungen zu Ursachen und Folgen werden angeboten? und c) der *Bewertung*: Welche politischen und moralischen Werturteile werden ausgesprochen? Dass diese drei Ebenen in den einzelnen Beiträgen nicht fein säuberlich nebeneinander stehen, sondern ineinander verwoben sind, muss nicht besonders betont werden. Im Übrigen handelt es sich hierbei um Fragen, die jede kritische Lektüre genau so an unsere Untersuchung stellen wird, die als Publikation demselben analytischen Zugriff unterzogen werden kann.

Zu a) Welches Raster mit welchem Rahmen legen wir zugrunde, wenn wir auf der Beschreibungsebene nach unerwähnten Aspekten Ausschau halten?

Einkommen aus				
Einkommensquelle	Vermögen	Arbeit (abhängig/ selbstständig)	Transfer	Steuern
Einkommensform	Gewinne, Zinsen, Dividende, Mieten etc.	Löhne/Gewinne	Steuern, Sozialleistung, Subvention, Schenkung	
Bezieher	Personen Organisationen	Personen	Personen Organisationen	Staatsorganisationen

Wo es um den Unterschied zwischen Arm und Reich geht, steht Geld in den Formen von Einkommen und Vermögen im Vordergrund. Einkommen beziehen und Vermögen besitzen Personen und Organisationen. Die wichtigsten Bezugsquellen für Einkommen sind Vermögen (Eigentum), Arbeit, Transfers und Steuern, wobei Steuern nur für Staatsorganisationen fließen; die Besonderheit, dass der Staatsapparat für die Kirchen Steuern einzieht und an sie weiterleitet, fällt hier nicht ins Gewicht. Es gilt deshalb auch zwischen privaten und öffentlichen (genauer: staatlichen) Organisationen zu unterscheiden.

In der empirischen Vielfalt der wirtschaftlichen und politischen Praxis werden diese vier Ankerpunkte sehr stark ausdifferenziert. Wir vollziehen die Differenzie-

rungen bei Bedarf nach, listen sie aber an dieser Stelle nicht systematisch auf.

Zu b) Sofern Reichtum und/oder Armut in den Beschreibungen *problematisiert* werden, geht es auf der Begründungsebene im Kern um einen dreifachen Unterschied zwischen: erstens einem Verhalten, das bei den Reichen (bzw. der Politik) vermisst wird, zweitens einem Verhalten, das bei den Armen (bzw. der Politik) angemahnt wird, und drittens um den Verweis auf Verhältnisse, die zu der Differenz zwischen Reichtum und Armut führen. Die Ursachen- und Wirkungszuschreibungen, die in den Begründungen verwendet werden können, bieten ein breites Spektrum. Hier einige Beispiele dafür, wie sich Wirklichkeiten konstruieren lassen.

Immer ein Thema	Besser kein Thema
Armut und Reichtum sind zentrale gesellschafts-politische Probleme, die auf der öffentlichen Agenda ganz nach oben gehören.	Armut und Reichtum bedürfen keiner besonderen öffentlichen Erörterung.
Verhältnisse machen Gewinner und Verlierer	Eigene Schuld, eigenes Verdienst
Die Lebensbedingungen, in welche die Einzelnen hineingeboren werden, entscheiden maßgeblich über die Chancen, eine eigene soziale Existenz zu begründen und die stabile Finanzierung eines zumindest durchschnittlichen Lebensstandards sicherzustellen. Freiheit und die Voraussetzungen, unter welchen sie ausgeübt wird, lassen sich nicht trennen.	Sich seine soziale Existenz aufzubauen und zu sichern bildet die grundlegende Selbstverantwortung jedes Einzelnen, die nicht weniger als ein Ausdruck der individuellen Freiheit ist. Jeder kann und soll für das Geld zur Finanzierung seines Lebensstandards selbst sorgen.
Leistungslose Vermögen	Sparsame und leistungsstarke Reiche
Einkommen und Leistung sind weitgehend entkoppelt. Hohe Einkommen beruhen auf Erfolgen, die von Machtpositionen, Beziehungen oder auch Zufällen abhängig sind.	Um Geld als Kapital einsetzen zu können, muss man gespart haben. Kapital ist Vermögen, das nicht für Konsum verwendet wird, das man sich «vom Mund abgespart» und für das man viel geleistet hat.
Kapital – ein gefräßiges Raubtier	Kapital – ein scheues Reh
Die Standortkonkurrenz um die Präsenz von Investitions- und Finanzkapital findet zum Schaden der Allgemeinheit statt. Arbeit wird nur als Kostenfaktor behandelt, den es zu minimieren gilt.	Wenn sich die Investitionsbedingungen so sehr verschlechtern haben, dass Kapital nicht mehr gewinnbringend eingesetzt werden kann, braucht man sich nicht zu wundern, dass es sich andere Standorte sucht.
Öffentliche Armut	Politische Verschwendung
Staatsschulden sind ein Ausdruck zu niedriger Staatseinnahmen. Die Reichen sollen mehr Steuern bezahlen. Vor allem Vermögen, das einzelnen Personen nicht aufgrund von Leistung, sondern von Abstammung zufällt, muss hoch besteuert werden.	Staatsschulden sind ein Zeichen von Verschwendung. Die Politiker sollen sparsamer sein statt ständig Wahlgeschenke zu verteilen. Im Sinne des Eigentumsrechts ist es nicht zu beanstanden, wenn Vermögen, auch großes Vermögen, vererbt wird.
Staat soll steuern	Staat soll sich nicht einmischen
Die private Verwendung von Geld, gerade auch von Kapital, orientiert sich am privaten Vorteil: Kosten zu sozialisieren und Leistungen, die keine zahlungsfähige Nachfrage finden, nicht zu erbringen steigert den privaten Nutzen. Ohne die staatliche Organisation und Durchführung bleiben wichtige gesellschaftliche Arbeiten unerledigt.	Privatleuten via Steuern Geldkapital wegzunehmen ist – über ein unvermeidliches Maß hinaus – das Dummste, was der Staat machen kann, denn er steckt es in erster Linie in den Konsum, etwa der Armen, die es dann für Alkohol, Zigaretten und Flachbildschirme ausgeben. Die Privaten hingegen setzen das Geldkapital wirtschaftlich ein und vermehren es auf diese Weise; dabei entstehen neue Waren, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

Notwendiger Sozialstaat	Gefährlicher Sozialstaat
Die Abhängigkeit von bezahlter Arbeit führt regelmäßig dazu, dass eine größere Zahl von Menschen zeitweise (aufgrund von Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit) keinen Zugang zu einem Geldeinkommen hat. Deshalb bedarf es einer dauerhaften kollektiven – staatlich organisierten – Vorsorge.	Wenn jemand richtiges Pech hat und es aufgrund besonders widriger persönlicher Umstände ausnahmsweise nicht schafft, sich über Wasser zu halten, kann ihm die Allgemeinheit temporär helfen; wobei darauf zu achten ist, dass es nicht zur Gewohnheit wird.
Wachsende soziale Kluft	Undramatische soziale Unterschiede
Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher, national wie international. Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist bedroht.	Die Versuche, die Gesellschaft arm zu reden, gehen an der Realität vorbei. Einige Auswüchse im Finanzsektor basieren auf der Gier Einzelner oder einzelner Gruppen.
Refeudalisierung	Gleichheit und Gerechtigkeit sind realisiert
Der soziale Fahrstuhl bedient nicht alle Etagen. Unterschicht und Oberschicht vererben ihre Nachteile bzw. ihre Privilegien. Karrieren hängen vorwiegend von Entscheidungen anderer ab: «Die da oben» versorgen sich gegenseitig.	Wir leben in einer mobilen und flexiblen Gesellschaft. Alle haben die Chance, aufzusteigen, und das Risiko, abzustiegen. Für seine Karriere trägt jeder selbst die Verantwortung.

Zu c) Auf der Wertungsebene dreht sich alles um die Frage, ob Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit als prinzipiell verwirklicht gelten dürfen und nur vereinzelte Missstände zu beklagen sind oder ob sie chronisch markant verfehlt werden und von strukturell verfestigten sozialen Ungerechtigkeiten gesprochen werden muss. Hier öffnet sich der Horizont weit über die finanziellen Dimensionen von Reichtum und Armut hinaus. Es geht jetzt nicht nur um die Verteilung von Geld, sondern um die Verteilung von Lebenschancen und das Problem, ob schichtspezifische Privilegierungen und Benachteiligungen gesehen werden. Wenn Reichtum über die Wirtschaft hinaus «mitgenommen» werden kann in die Politik, das Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrssystem etc. und in diesen anderen Bereichen zu mehr Erfolg beiträgt bzw. Armut umgekehrt zu mehr Misserfolgen führt, dann wird gegen die Werte Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit verstoßen.

Unsere Darstellung und Deutung der journalistischen Beschreibungen, Begründungen und Bewertungen geschieht vor dem Hintergrund dieser inhaltlichen Vorgaben:

- Die Ungleichheiten, wie sie am Unterschied zwischen Reichtum und Armut auftreten, bilden ein wichtiges aktuelles gesellschaftliches Problem und damit auch ein wichtiges journalistisches Thema. Die isolierte Auseinandersetzung mit Einzelphänomenen der Reichtums- bzw. Armutsthematik kann der gesellschaftlichen Problematik nicht gerecht werden und den Bedarf an öffentlicher Debatte nicht abdecken.
- Begründungen für Reichtums- und Armutserscheinungen, die sich vorrangig oder sogar ausschließlich auf die Verantwortung einzelner Personen oder Organisationen beziehen, blenden gesellschaftliche Rahmenbedingungen aus, die als Erklärungsgründe möglicherweise beachtet werden müssten.
- Der Unterstellung, dass Chancengleichheit und

Leistungsgerechtigkeit im Wesentlichen realisiert seien, wird nicht gefolgt. Wir halten es vielmehr für eine notwendige Frage, der sich journalistische Beobachter zu stellen haben, ob sich an der Reichtums- und Armutsentwicklung nicht ein neues Schichtungsproblem ablesen lässt, zugespitzt: eine Art Refeudalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft zeigt.

2.2 Journalistische Professionsmerkmale

Da es sich bei dem Untersuchungsobjekt um journalistische Kommunikation handelt, werden auch deren Auswahlkriterien anzulegen sein und nicht etwa wissenschaftliche oder pädagogische. Die Neigung, die journalistische Arbeit mit Erwartungen zu überladen, ist verbreitet. Dazu trägt die Selbstdarstellung des Journalismus das ihre bei. Wichtige Neuigkeiten von allgemeinem Interesse sachlich verbindlich zu publizieren und zu kommentieren verstehen wir als Kerngeschäft des Journalismus (vgl. Arlt/Storz 2011: 87–96). Als Professionsmerkmale des Journalismus lassen sich beispielsweise benennen:

- Aktualität und Breite der angestrebten Rezeption erzwingen eine gewisse Oberflächlichkeit und Einfachheit.
- Die Kriterien wichtig und richtig, welche an die Informationen anzulegen sind, blockieren ein Abgleiten in Seichtes und Nebensächliches ebenso wie in bloße Gerüchte und Spekulationen.
- Der Wettbewerb um Aufmerksamkeit (Stichwort Nachrichtenwerte) hat Folgen für die Wahl der Themen, Formate und Formulierungen.
- Es sind unterschiedliche Zielgruppenorientierungen zu erwarten, je nach dem, wie sich Interessen und Informationsbedürfnisse, in der Gesellschaft ausdifferenzieren. Daran ausgerichtet können sich unterschiedliche, zum Beispiel auch *special interest*-Medien etablieren.

2.3 Medien- und Materialauswahl

Die für die Studie ausgewählten Medien gelten als regionale oder überregionale Qualitätsmedien. Von anderen Medien unterscheiden sich Qualitätsmedien aufgrund folgender Merkmale: Sie sind national verbreitet oder finden bei regionaler Verbreitung auch nationale Beachtung. Sie wenden sich in der Hauptsache oder in Form einer Unterzielgruppe an den Kreis der Eliten, Entscheidungsträger und Meinungsführer eines Landes und werden von diesen auch nennenswert beachtet. Sie verfügen über ein vergleichsweise markantes redaktionelles und publizistisches Profil, ein nennenswertes Korrespondentennetz, über bekannte und anerkannte Kommentatoren und über kenntnisreiche Mitarbeiter für alle wichtigen Themenbereiche. Sie bearbeiten auf handwerklich solidem bis hohem Niveau intensiv aktuelle allgemeine gesellschaftspolitisch bedeutsame Themen nachrichtlich und analytisch, sie tun dies verlässlich und auf Dauer, liefern eine Grundlage für individuelle und kollektive Entscheidungsprozesse und übernehmen damit eine öffentliche Aufgabe und Verantwortung.

Innerhalb der Qualitätsmedien gibt es eine kleine Gruppe von Leitmedien, die von Jarren/Vogel (2011) als Meinungsführermedien charakterisiert werden. Deren Nachrichten, Analysen und Positionen werden wiederum von anderen «Folge-Medien» und von wichtigen Verbänden, Parteien und deren Repräsentanten regelmäßig und in besonderer Weise beachtet und in öffentlichen Debatten aufgegriffen und zitiert. So kann gesagt werden, was Qualitätsmedien, vor allem aber Leitmedien aufgreifen, das wird wiederum thematisch wenigstens von Teilen der Elite beachtet oder sogar aufgegriffen, auf die öffentliche Agenda gesetzt und politisch bearbeitet. Diese Medien wirken also auf andere Medien und auf wichtige öffentliche Verantwortungsträger. Das Publikum weiß wenigstens in Teilen um diese Merkmale und weist diesen Medien eine besondere Qualität und Reputation zu.

Diese Merkmale gelten für die Wochenpublikationen *Die Zeit* und der *Spiegel* ebenso wie für die beiden überregionalen Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Obwohl es sich bei *Berliner Zeitung* und *Tagesspiegel* um klassische Regionalzeitungen handelt, können ihnen – jeweils in deutlich abgeschwächter Form – in Teilen die oben genannten Merkmale ebenfalls zugeschrieben werden. Vor allem aufgrund der Tatsache, dass beide Zeitungen in der Bundeshauptstadt erscheinen, verfügen sie über eine hervorgehobene Position in der Riege der Qualitäts-Regionalzeitungen. Sie sehen sich zudem einer intensiven gesellschaftspolitischen Berichterstattung verpflichtet.

Alle von uns ausgewählten Medien sind privatwirtschaftlich organisiert und unterliegen damit – in anderer Weise als der öffentlich-rechtliche Sektor – betriebswirtschaftlichen Prämissen. Abgemildert ist dies bei der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die einer Stiftung gehört. Beim *Spiegel* ist zu berücksichtigen, dass

die Belegschaft in einflussrelevanter Höhe am Eigentum beteiligt ist (vgl. zu diesem Kapitel Blum 2011 und Jarren/Vogel 2011). Wir gehen zum einen davon aus, dass die Redaktionen der von uns untersuchten Medien wirtschaftlich stark genug sind, dass sie die hier untersuchten Themen ohne nennenswerte Einschränkungen bearbeiten könnten. Das heißt, Umfang, Häufigkeit, Inhalt und Präsentation können von der Redaktion in weitgehender Autonomie festgelegt werden; wirtschaftliche Restriktionen spielen natürlich eine Rolle, aber keine entscheidende. Dies gilt in besonderer Weise für die von uns untersuchte Form des Kommentars bei den vier tagesaktuellen Medien. Kommentare kosten allerdings Zeit. Die personellen Ressourcen der Redaktion müssen diesen Spielraum bieten.

Bei der Medienauswahl haben wir, wie unschwer zu erkennen, Paare gebildet: Zwei beachtete Regionalzeitungen, die zwei renommiertesten Tageszeitungen der Republik und die beiden dominierenden Wochenmedien.

Für die Recherche und die Auswahl der zu analysierenden Texte sind wir wegen des verschiedenartigen Charakters der Medien und der uneinheitlichen Zugangsmöglichkeiten zum Material mehrere Wege gegangen. Die Differenz zwischen offline und online hat dabei immer wieder eine Rolle gespielt. Analysieren wollten wir die Printausgaben, aber das Untersuchungsmaterial war online am komfortabelsten zugänglich. Das führt zum Beispiel dazu, dass bei den Quellenangaben der Tageszeitungen im Datum gelegentlich ein Unterschied auftreten kann, weil das Onlinedatum und das Datum der Publikation des Artikels in der Printausgabe voneinander abweichen. Ohne die Hürden und Komplikationen im Detail ausführen zu wollen, hat sich dieses Vorgehen als sinnvoll erwiesen:

Für *Zeit* und *Spiegel* sind wir alle Inhaltsverzeichnisse des Untersuchungszeitraums durchgegangen und haben, konzentriert auf Politik und Wirtschaft, durchaus auch mit Seitenblicken auf andere Ressorts, vor allem Feuilleton und Gesellschaft, alle Artikel markiert, die im weitesten Sinn mit unserer Fragestellung zu tun haben könnten. Das waren für die *Zeit* 506, für den *Spiegel* 251 Texte – nach Format und Länge die gesamte Spannweite umfassend. Die so ausgewählten Texte haben wir in ihrer Online-Version daraufhin angeschaut, ob sie sich als Untersuchungsmaterial eignen oder ob sie gemessen an unserem Problemfokus doch zu randständig sind. So sind für die *Zeit* 277 und für den *Spiegel* 129 Artikel als Untersuchungsobjekte ermittelt worden. Weil zwischen fokussiert und randständig nicht immer eine scharfe Grenze existiert, sondern auch fließende Übergänge zu bewerten sind, öffnet sich hier einen Ermessensspielraum, den wir im Zweifel zugunsten der Aufnahme des Artikels in den zu analysierenden Bestand genutzt haben.

Für die Tageszeitungen kam es uns nur auf Kommentare an. Recherchiert wurde für den *Tagesspiegel* in der Datenbank «wiso-Presse» der Bibliothek der Freien Universität Berlin, für die FAZ und die SZ in deren Ver-

lagsarchiven. Die Recherchen basieren auf diesen 45 Suchbegriffen:

Armut, Altersarmut, Ausbeutung, Elend, Existenzangst, Hunger, Hungersnot, Kinderarmut, Massenarmut, Not, Obdachlosigkeit, Schuldenberg, Slum, Unterernährung, Verarmung, Verelendung, Private Verschuldung, Öffentliche Armut, Schulden, Staatsschulden, Staatsverschuldung, Verschuldung; Geldadel, Geldsegen, Gewinnsteigerung, Luxus, Profit, Prunk, reich, Reichtum, Steuerhinterziehung, Überfluss, Wohlstand, Vermögensabgabe, Vermögende; Armutsanalysen, Armutsanalyse, Armutsbereicht, Armutsbereichte, Einkommensverteilung, Reichtumsanalyse, Reichtumsanalysen, Reichtumsbericht, Reichtumsberichte, soziale Ungleichheit.

Für den *Tagesspiegel* wurden mit diesen Suchbegriffen 741 Meinungsbeiträge ermittelt, für die SZ 1099. Für das FAZ-Archiv war die Stichwortliste zu groß, deshalb musste die Suche in drei Tranchen erfolgen, die zusammen 2148 Beiträge ergaben; darin verbergen sich jedoch auch Dubletten, sogar Tripletten. Alle recherchierten Artikel wurden daraufhin gesichtet, ob sie sich auf unser Themenfeld konzentrieren oder die Suchwörter in anderen thematischen Kontexten verwendet wurden. War Letzteres der Fall, wurden die Artikel aussortiert. Als Untersuchungsmaterial verblieben für die SZ 135, für die FAZ 202 und für den *Tagesspiegel* 109 Beiträge.

Bei der *Berliner Zeitung*, deren Texte nicht in der Datenbank «wiso Presse» stehen und deren öffentlich zugängliches Online-Archiv für einen Suchvorgang nur maximal 100 Ergebnisse anbietet, sind wir anders vorgegangen. Bei der Dokumentationsabteilung haben wir für unseren Untersuchungszeitraum eine Recherche erbeten, die sich auf die Stichwörter Reichtum, Armut, reich, arm konzentriert. Das Resultat waren 996 Meinungsbeiträge, die uns im Volltext zur Verfügung standen. Unter ihnen haben wir dann wieder diejenigen herausgezogen, in deren Mittelpunkt Fragen des privaten bzw. öffentlichen Reichtums oder der Armut und der sozialen Ungleichheit standen. Es handelt sich um 112 Artikel.

Für Printbeiträge, die zunächst in der Auswahl waren und dann aussortiert wurden, obwohl sie mindestens einen unserer Suchbegriffe enthielten, im Folgenden drei Beispiele aus der *Berliner Zeitung*: Am 23. Januar 2010 wird «die zunehmende Armut in der Stadt» in einem Kommentar erwähnt, der die Überschrift trägt «Mode vor Berliner Kulissen» und sich mit der Szenerie, dem Gehabe und Getue der Berliner Modewoche auseinandersetzt. Am 14. August 2009 erschien ein Leitartikel mit dem Titel «Im Schlämmer-Land», der die Formulierung «die Armut der Kinder und die Armut der Alten» enthielt, sich aber inhaltlich damit beschäftigte, dass der Bundestagswahlkampf 2009 nicht die Probleme des Landes, sondern nur sich selbst, den Bundestagswahlkampf 2009, zum Thema hat. Am 20. März 2010 beginnt ein Leitartikel: «Klar, die Welt muss besser werden: Es gibt zu viel Hunger, zu viel Gewalt, zu

viel Armut in reichen Ländern, zu wenig Gerechtigkeit, zu wenig Verantwortungsgefühl, zu wenig Demokratie. Von Menschen, die die Welt besser machen wollen, kann es nie genug geben.» Was folgt, ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Partei DIE LINKE, ihrem Richtungsstreit und ihren Koalitionschancen.

Während der zweite Blick hier Klarheit schafft, fiel die Entscheidung in anderen Fällen schwerer. Auswahl-schwierigkeiten warf vor allem der große Komplex des Finanzsystems auf. Die globale Finanz- und anschließend die Euro-Krise treffen einerseits viele Aspekte unseres Themas, andererseits stellen sich in ihrem Kontext zahlreiche weit darüber hinausgehende Fragen und Probleme. Wir haben uns hier an die Grundlinie gehalten, dass Armut oder Reichtum Zentrum der Beschreibung und Argumentation sein müssen, im Zweifel der Text aber dem Untersuchungsmaterial zugeschlagen wird.

In der Summe wird trotz aller Akribie festzuhalten sein: Nichts garantiert, dass wir tatsächlich jeden in Frage kommenden Artikel gesehen und richtig aus- bzw. einsortiert haben. Angesichts des Umfangs des Materials, das wir durchgearbeitet haben, halten wir aber einen nennenswerten Einfluss dieses Umstandes auf die Untersuchungsergebnisse für unwahrscheinlich.

2.4 Zur Form des Kommentars

Die Studie konzentriert sich auf die Untersuchung von Kommentaren. Der Beitrag der Medien zur Bildung von Meinung ist vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich gewürdigt worden (vgl. Eilders 2008: 27). Nicht nur deshalb haben Kommentare und Leitartikel in fast allen Medien einen sehr hohen Stellenwert. Entsprechend werden die oft wenigen Kommentarplätze in der grafischen Gestaltung und der Platzierung hervorgehoben. Meist sind die Kommentare mit Kürzel oder voller Namensnennung ausgewiesen. Welche Themen überhaupt kommentiert werden, wie sie gewichtet und gedeutet werden, wie innerhalb des jeweiligen Deutungsrahmens welche Argumente und Positionen eingesetzt und eingenommen werden, wer kommentiert, das alles wird in der Regel ausführlich in den Redaktionssitzungen besprochen und entschieden oder in einem engeren Kreis der Redaktionsspitze festgelegt. In der Kommentierung spiegelt sich also meist der kollektive Grundkonsens der Redaktion, zumindest der Redaktionsspitze wieder. Abgesehen davon werden nicht selten bewusst und auch mit dem Motiv der Steigerung von Aufmerksamkeit Plätze für Minderheiten- und abweichende Meinungen geschaffen, die jedoch auch für das Publikum so markiert werden. Die meist wenigen Kommentatoren haben innerhalb der Redaktionen deshalb eine herausragende Position in Hierarchie und/oder Prestige; die Konzentration auf wenige Redaktionsmitglieder hat auch das Ziel, Kompetenzen, Erfahrung und Glaubwürdigkeit zu bündeln und «öffentliche Figuren aufzubauen», also die Reputation des Mediums über eine gezielte Personalisierung zu steigern.

Wir haben die Kommentatoren – nicht nur sprachlich – nicht gegendert. Das wäre eine eigene Untersuchung wert.

Journalistische Medien verorten sich in Umfang, Ausrichtung und Qualität ihrer Kommentierung in dem «Wettbewerb» um öffentliche Reputation. Sie sind sich ihrer gesellschaftspolitischen «Platzierung» bewusst. Tradition, die über viele Jahre herausgebildeten redaktionellen Grundlinien, das gegebene und angestrebte Publikum, strukturelle Festlegungen für ein privatwirtschaftliches oder ein öffentlich-rechtliches Medium haben dabei jeweils prägende Einflüsse. Entsprechend achten die konkurrierenden Medien sehr auf die Kommentierung der jeweils anderen. Medien mischen sich in dieser Form als eigenständige Akteure in öffentliche Debatten ein oder lösen sie überhaupt erst aus, sind also als Input und Output gleichermaßen «Teil der öffentlichen Meinung» (ebd.: 39). Eilders geht davon aus, «dass der Akteursstatus von Medien in Kommentaren am deutlichsten zum Ausdruck kommt» (ebd.: 28).

Massenmedien können im Prinzip in unterschiedlichen Intensitätsgraden als Akteure analysiert werden:

- Sie sind *gatekeeper*, wählen also Themen, die aufgegriffen werden, und Sprecher, die zu Wort kommen.
- Sie stabilisieren und verstärken Diskurse, indem sie Deutungen und Positionen wiederholen, die einen stützen, anderen widersprechen.
- Sie verändern Diskurse, indem sie versuchen, eigene Themen sowie eigene Positionen und Deutungen zu setzen und durchzusetzen.

Den herausragenden Kommentatoren wird gemeinhin ein nennenswerter Einfluss auf den öffentlichen gesellschaftspolitischen Diskurs nachgesagt. Untersuchungen zeigen, dass Multiplikatoren jeglicher Art in hohem Maße die Kommentierung der Medien beachten und ernst nehmen. Das gilt beispielsweise bei Printmedien jedoch weniger für das breite Leserpublikum; Untersuchungen belegen regelmäßig, dass Kommentare und Kommentarseiten im Vergleich zu dem anderen journalistischen Angebot in einer Zeitung eine geringere bis geringe Aufmerksamkeit ernten. Eilders ist der Meinung, die Kommentatoren verfügten über ein «beträchtliches Einflusspotenzial», würden doch ihre Sichtweisen «von einem großen Publikum wahrgenommen und lösen dort Resonanz aus» (ebd.: 38). Es handle sich «innerhalb der formalen Peripherie um ein spezifisches Machtzentrum» (ebd.).

Mit Sicherheit hängen die jeweiligen Einflüsse von der Bedeutung, Reichweite und Glaubwürdigkeit der jeweiligen Medien ab sowie von der Homogenität und Heterogenität der Kommentarthemen und Kommentarinhalte. Aus einer Analyse von beinahe 9.000 Kommentaren der überregionalen Printmedien im Zeitraum von 1994 bis 1998 ergaben sich unter anderem «beträchtliche Fokussierungen auf die gleichen Themenbereiche bei gleichzeitig ausgeprägter Uneinigkeit auf der Meinungsebene» (ebd.: 42). Ein weiterer Befund: «Die Kommentatoren nutzten die Freiheiten des Meinungsgenres nach unseren Befunden jedoch nicht da-

zu, Öffentlichkeit für die sonst wenig sichtbaren zivilgesellschaftlichen Akteure herzustellen» (ebd.: 43).

Ungeachtet dieser kritischen Anmerkungen kann festgehalten werden: Kommentare sind die journalistische Form, über deren Inhalt und Themenwahl in den Redaktionen aus mehreren Gründen mit besonderer Sorgfalt entschieden wird:

- Kommentaren wird mehr als anderen journalistischen Formen eine öffentliche Orientierungsfunktion zugebilligt.
- Die Zahl der Kommentare ist jeweils stark begrenzt, es handelt sich also um einen begehrten knappen Platz.
- In den Kommentaren spiegeln sich Tradition, Grundkonsens, aktuelle Positionierung, Kompetenz und Charakter eines Massenmediums wieder.
- Es zeigen sich in ihnen auch die Themen, die der Redaktion wichtig sind, die sie also im Zweifel nicht nur aufgrund von aktuellen Anlässen befördern, sondern die sie auch ungeachtet von Aktualitäten und über das aktuelle Nachrichtengeschäft hinaus immer wieder bearbeiten.

III DIE MEDIEN UND IHRE MEINUNGEN

Die sechs ausgewählten Medien werden im Folgenden unter quantitativen und qualitativen Aspekten auf ihren Umgang mit den Themen Armut und Reichtum hin untersucht. Im Fall der Tageszeitungen werden nur die Kommentare analysiert. Bei dem Wochenmagazin *Spiegel* und der Wochenzeitung *Die Zeit* werden mit Konzentration auf ihre Politik- und Wirtschaftsteile alle Texte des Untersuchungszeitraums Mai 2008 bis einschließlich Dezember 2012 einbezogen.

Wir arbeiten mit umfangreichen Belegzitataten, um unsere Analyse besser nachvollziehbar zu machen. Im Übrigen sind im Prinzip alle zitierten Texte online zugänglich. Die Darstellungen der Einzelmedien sind so konzipiert, dass sie unabhängig voneinander gelesen werden können. Das führt an der einen oder anderen Stelle zu Wiederholungen. Dass eine solche Studie konsekutiv und vollständig gelesen wird, dürfte allerdings die Ausnahme sein.

1 TAGESSPIEGEL

Insgesamt 119 Meinungsbeiträge, die im *Tagesspiegel* (TS) zwischen Mai 2008 und Dezember 2012 im Kontext Reichtum und Armut erschienen sind, wurden analysiert. Die Zahl der einschlägigen Kommentare steigt ab 2010 markant an, ohne jedoch, gemessen an der Breite des Themenfeldes, von einer Häufung sprechen zu können. Die 38 Meinungsartikel des Jahres 2012 entsprechen bei insgesamt rund 360 Einzelausgaben einem durchschnittlichen Rhythmus von neun Tagen. In einer Woche publiziert der *Tagesspiegel* – inklusive Sonntagsausgabe – im Durchschnitt etwa 35 Kommentare plus mehrere Kolumnen.

Der *Tagesspiegel* macht sich zum Forum des gesamten demokratischen Meinungsspektrums, indem er Gastbeiträge aller politischen Positionen zur Arm-Reich-Problematik veröffentlicht. Die Spanne reicht von Repräsentanten der Partei DIE LINKE bis zur FDP und zum Beispiel dem früheren BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel. Die Kommentare der Redaktion und der ständigen Kolumnisten bewegen sich in einem engeren Korridor, decken aber immer noch eine große pluralistische Bandbreite ab. Diese Pluralität wird gepflegt und schlägt sich praktisch in konträren Meinungsäußerungen nieder. Seit 2010 hat der *Tagesspiegel* das Format «Kontrapunkt» eingeführt und informiert sein Publikum so darüber:

«Die Autoren von Kontrapunkt: Montags schreibt Chefredakteur Stephan-Andreas Casdorff. Dienstags kommentiert Meinungschef Malte Lehming. Mittwochs analysiert Tissy Bruns insbesondere das politische Geschehen. Donnerstags schreibt Chefredakteur Lorenz Maroldt und freitags Wirtschaftsexperte Harald Schumann.»

Die Gastbeiträge sind nicht in die Untersuchung einbezogen. Die Texte regelmäßiger Kolumnisten wer-

den hingegen mitberücksichtigt, da sie einen festen Bestandteil des Meinungsangebotes des *Tagesspiegel* bilden. Aber wir behalten den Unterschied im Auge. Die Kolumne ist nur das Spielbein, nicht das Standbein redaktioneller Meinungsäußerungen. Kolumnisten werden unter dem Aspekt ihrer Reputation ausgewählt, aber auch ihrer politischen Position; sie sollen das Meinungsspektrum erweitern, Blickwinkel eröffnen, welche die Redaktion üblicherweise nicht einnimmt. Kolumnisten sollen mit der Wahl ihrer Themen und Argumente der Redaktion nicht ins Gehege kommen. Wir weisen deshalb Kolumnen mit der Abkürzung «Kol» hinter dem Publikationsdatum aus.

1.1 Private Armut

Erscheinungsformen privater Armut werden zum einen mit Blick auf Berlin, zum anderen unter nationalen und zum Dritten auch unter internationalen Aspekten thematisiert. Regional und national sind es in erster Linie die Kinder- und die Altersarmut, international die Hungerkatastrophen.

«Arm zu sein, ist nicht sexy – in Berlin genauso wenig wie anderswo. Dass die deutsche Partyhauptstadt die Kapitale der Kinderarmut ist, wirft kein gutes Licht auf das seit einem Jahrzehnt sozialdemokratisch geführte Land. Ein sozialdemokratischer Finanzsenator war es, der das Budget für die Hilfen zur Erziehung drastisch kürzte. Und ein sozialdemokratischer Innensenator hat den Einstellungsstopp durchgesetzt, der die Jugendämter personell ausgetrocknet hat.» (TS 6.2.2012)

Das Zitat steht typisch sowohl dafür, dass Kinderarmut am häufigsten problematisiert wird, als auch dafür, dass es meist die Politik ist, welcher die Verantwortung für Armut zugeteilt wird, und zwar unabhängig von den Parteifarben der Regierung.

Als mögliche Verantwortungsträger geraten im *Tagesspiegel* auch manchmal die Eltern in die «Schusslinie», meist vorsichtig, gelegentlich auch direkt. Die Botschaft ist: Wenn die Eltern sich mehr um ihre Kinder kümmern würden, wären die Armutsprobleme kleiner.

«Erich Kästner, der Autor von «Emil und die Detektive» und «Das fliegende Klassenzimmer», stammte im Grunde aus dem Prekariat. Seine Eltern mussten das Wohnzimmer ihrer Dreizimmerwohnung untervermieten, der Vater arbeitete schwarz neben dem Beruf, nie reichte das Geld. Und dennoch: Aus dem Sohn wurde etwas. Die Mutter förderte ihn im Sport, die Untermieter waren Lehrer und brachten ihn mit Büchern in Kontakt. [...] Das Beispiel zeigt, was jeder weiß: Geld ist nicht alles. Geld ist zweitrangig, wenn etwas anderes da ist: Zuwendung, Förderung, Bildung. Daran mangelt es den Kindern im Hartz-IV-Bezug allzu oft.» (TS 27.1.2012)

«Unter Kinderarmut in des Wortes doppelter Bedeutung leidet dieses Land. Deutschland ist arm an Kindern, und zu viele dieser Kinder sind arm dran. Zwei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18, davon 1,7 unter 15 Jahren, leben von Hartz IV. Das sind mehr als 15 Prozent des Nachwuchses in unserer alternden Gesellschaft, Tendenz steigend. Ob wir ihre Eltern für dumm oder benachteiligt, für faul oder schuldlos abgehängt halten – die Kinder sind unverzichtbar. Sie werden die Renten der Arbeitnehmer von heute erwirtschaften müssen. Ihr Weg entscheidet über unseren Wissens- und Wohlstand.» (TS 22.9.2010)

Die Altersarmut wird mit stärkeren Verweisen auf die Arbeitswelt behandelt, deren problematische Konditionen allerdings ihrerseits wieder zurückverwiesen werden an die Politik. «Die Politik» ist der Joker, den die *Tagesspiegel*-Kommentatoren immer ziehen, wenn sie sich die Auseinandersetzung mit Hintergründen und Zusammenhängen eines Problems ersparen möchten.

«Die Zahl der älteren Menschen, deren Rente nicht zum Leben reicht, hat sich in Berlin in den vergangenen Jahren vervierfacht. Das gibt einen Vorgeschmack auf das, was in den nächsten Jahren (und Jahrzehnten) auf uns zukommen kann. Es sind Daten, die Ängste schüren. [...] Wenn die Politik Verteilungskonflikte künftiger Rentnergenerationen abmildern will, muss sie sich gezielt um die Absicherung von drei Problemgruppen kümmern. Erstens die steigende Zahl von Geringverdienern, zweitens die knapp drei Millionen kleinen Selbstständigen, die wenig verdienen und kaum Geld fürs Alter zurücklegen – vom freiberuflichen Designer bis zum promovierten Akademiker, der seinen Lebensunterhalt als Taxifahrer bestreitet. Und drittens Langzeitarbeitslose, die mit jedem Jahr Hartz IV ihren Rentenanspruch gerade mal um 2,19 Euro im Monat steigern.» (TS 24.3.2009)

Der Zusammenhang zwischen Armut und Arbeit sowie zwischen Armut und Bildung wird regelmäßig hergestellt. Kritik am Verhalten von Arbeitgebern fließt ein. Eine Änderung der Arbeitgeberpraxis wird nicht verlangt, die Adresse für Forderungen bleibt die Politik.

«Solange die Regierung nichts dagegen tut, dass sich immer mehr Beschäftigte zu Niedriglöhnen verdingen müssen, ist ihr Kampf gegen drohende Altersarmut wenig glaubwürdig.» (TS 4.9.2012)

«Die beste Sozialpolitik, die die Landkarte der Armut aufhellt, sind neue Arbeitsplätze.» (TS 23.1.2011)

«Eine politische Antwort muss endlich unsere Bildungsträgheit überwinden, die knappen öffentlichen Mittel klug da einsetzen, wo sie Kindern nützen. Sie muss mit Mindestlöhnen den Fall der Einkommen nach unten stoppen.» (TS 10.2.2010)

Die Politik bleibt selbst dann noch der Letztschuldige, wenn auch Kritik an unternehmerischem Verhalten ein-

fließt, nach dem Motto: Die Politik hätte wissen müssen, dass die Unternehmen sich so verhalten. Dass auch Unternehmen Alternativen haben könnten bei ihren Entscheidungen, ist kein Gedanke, der Erwähnung findet.

«Transferleistungen müssen von Steuerzahlern erwirtschaftet werden. Mit dem Transfer wachsen die Arbeitskosten. Und je teurer die Arbeit, desto schwieriger der Arbeitsmarkt. Das Prinzip Fordern und Fördern hat nur kurze Zeit Früchte getragen, dann ist es unter die Räder gekommen. Erst, weil Unternehmen die neue Flexibilität des Arbeitsmarkts, vor allem bei der Leiharbeit, erpresserisch und in großem Stil zu ihren Gunsten ausgenutzt haben. Dann, als die Finanzkrise die bescheidenen Erfolge auf dem Arbeitsmarkt aufgefrisst hat. Nichts mehr da, um zu fördern ...» (TS 10.2.2010)

Ökonomische Entscheidungen werden in vielen Beiträgen als unabänderlich, ihre Logik als zwingend behandelt, so dass das Ausweichen auf Sozialpolitik als der vernünftiger Weg favorisiert wird: besser aufstocken als zu hohe Mindestlöhne; andererseits wird auch die Forderung nach einem Mindestlohn häufig erhoben.

«Entweder bekennt man sich zu dem Konsens vergangener Jahre, dass man besser niedrige Löhne mit staatlichen Mitteln aufstockt als Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dafür spricht einiges und vor allem, dass es billiger ist. Oder man folgt der Idee, dass man von seiner Hände Arbeit auch leben können muss – dann aber landet man in der Tat bei Mindestlöhnen. Leider kommt einem dabei eine alte Erkenntnis in die Quere: Sind sie zu niedrig, nützen sie nichts, und sind sie zu hoch, vernichten sie Arbeitsplätze und treiben die Preise.» (TS 18.2.2010)

Kontrovers behandeln die Meinungsbeiträge die Frage der Zumutbarkeit von «schlechter Arbeit». Solche Kontroversen – weitere Beispiele folgen in den anderen Abschnitten – werden zwischen den Kommentatoren nicht «ausgetragen», sie werden dem *Tagesspiegel*-Publikum vorgesetzt, das sich seinen eigenen Reim machen kann.

«Wenn der Einzelne beim Vergleich zwischen dem erzielbaren Nettoeinkommen im unteren Lohnbereich und der Höhe der Transferleistungen feststellt, dass Arbeit sich nicht lohnt, handelt er völlig rational, wenn er nicht arbeitet.» (TS 19.2.2010)

«Mit 41 Millionen Menschen waren im vergangenen Jahr so viele hierzulande in Arbeit wie noch nie – auch das ist eine großartige Ziffer. Hinter der nackten Zahl der Erwerbstätigen sieht der Alltag der Arbeit allerdings oft elend aus. Es sind Millionen, die von ihrer Arbeit als Leiharbeiter, Mini- und Teilzeitjobber nicht leben können. Man kann den Standpunkt vertreten: Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit – wie und wofür spielt keine Rolle. Auf Dauer trägt das aber nicht.» (TS 3.1.2012)

«Wer arbeiten kann, muss arbeiten – egal zu welchem Lohn, solange die Bezahlung nicht sittenwidrig ist. [...] Wer auf die Firmen schimpft, sie würden die Löhne drücken und die Armen demütigen, wendet sich an den falschen Adressaten. [...] Schlecht bezahlte Arbeit an sich verletzt die Menschenwürde nicht. Sondern die sicher gut gemeinte Ansicht, die Leute sollten lieber gar nicht arbeiten müssen als einen schlechten Job annehmen.» (TS 11.9.2008, Kol)

Die *Tagesspiegel*-Kommentare machen die Armen nicht generell zu Sündenböcken, sie verweisen nur ab und an auf schwarze Schafe.

«Legitim ist auch, Sanktionen gegen jene zu fordern, die Weiterbildungsangebote der Arbeitsagentur ablehnen oder abbrechen, und vor allem jenen die Bezüge zu kürzen, die angebotene Tätigkeiten nicht annehmen, weil es ihnen auskömmlich erscheint, sich mit Hartz IV einzurichten. Weder legitim noch akzeptabel, sondern ganz einfach populistisch handelt aber, wer von der semi-kriminellen Abstauberminderheit so redet, als sei es ein erheblicher Prozentsatz jenes Teils der Bevölkerung, der von staatlichen Transferzahlungen abhängig ist.» (TS 19.2.2010)

Wenn es nicht die Politik, die Eltern, auch nicht die von Armut Betroffenen sind, die den schwarzen Peter bekommen, dann sind es «wir alle». Diese Wendung ins Allerallgemeinste erfreut sich in *Tagesspiegel*-Kommentaren größerer Beliebtheit.

«Die Zeiten, in denen ein Arbeitsleben an der Registrierkasse zu Mittelklassewohlstand und einer auskömmlichen Rente geführt hat, sind schlicht vorbei. Schuld daran sind wir alle: die Verbraucher, die in Deutschland wie in kaum einem anderen Land Billigpreise für Nahrungsmittel durchgedrückt haben. Der Schnäppchenwahn schadet den Beschäftigten, ebenso den Bauern und letztlich auch den Kunden selbst, weil die Qualität leidet.» (TS 18.2.2010)

Der Verweis auf das Allgemeinmenschliche, eine hausgemachte Anthropologie als Erklärungsangebot, beignet uns auch auf der internationalen Ebene.

«Warum also reagiert die Welt immer so spät auf Krisen wie jetzt in Ostafrika? Es liegt wohl daran, dass Hungersnöte immer schleichend anfangen. Dann wird erst mal abgewartet, ob es nicht doch irgendwie gut ausgeht. Und dann wird auf das viele Geld verwiesen, das doch schon präventiv beispielsweise zur Förderung der Landwirtschaft ausgegeben wird. Das ist allerdings viel weniger als die Nothilfe, die fällig wird, wenn wieder die ersten Kinder verhungern. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass das Absicht ist. Denn Regierungen funktionieren ganz ähnlich wie alle Menschen: Erst wenn die Krise am schlimmsten ist, handeln sie. Hilfsorganisationen werden erst dann mit privaten Spenden überschwemmt, wenn im Fernsehen die Bilder sterbender Kinder zu sehen sind. Genauso ticken die Geberregierungen der Welt: Wenn der öffentliche Druck wächst, jetzt doch bitte mehr Geld für die Rettung hungern-

der Menschen zur Verfügung zu stellen, wird das Geld lockergemacht.» (TS 25.7.2011)

1.2 Reichtum von Personen und Unternehmen

Der Rückzug auf das Allzumenschliche wird nicht nur im Kontext Armut praktiziert, er dient auch beim Thema Reichtum als Erklärungsangebot.

«Doch die edlen Spender sind noch immer eine kleine Minderheit im bundesdeutschen Wohlstandsmilieu. Nach Recherchen des *Tagesspiegels* lag der zuletzt vor neun Jahren erfasste Spendenanteil von Personen, die mindestens 100.000 Euro im Jahr verdienen, im Verhältnis zu ihrem Vermögen um fast zwei Drittel unter dem, was die geringer Verdienenden für soziale Zwecke gespendet hatten. Man muss im Übrigen auch kein Investmentbanker mit Millionenboni und keine Hedgefondsheuschrecke sein, um den wohl allzu menschlichen Zusammenhang von Gier und Geiz zu verkörpern. [...] Aber es könnte auch einen gesellschaftlichen Ruck geben, wenn im Fernsehen zum Beispiel ein Thomas Gottschalk oder Harald Schmidt nicht mehr zu fein und aus Selbstbetroffenheit zu feige wären, ihre so supererfolgreich belobigten Stars einmal zu fragen: «Was machst du jetzt eigentlich mit deinem Geld?»» (TS 7.8.2010)

Außerhalb von Staatsschulden und Bankenkrise spielt «das große Geld» in den *Tagesspiegel*-Kommentaren keine Rolle. Informationen über große Vermögen werden nur in solchen Zusammenhängen eingespeist, als eigenständiges Thema kommen sie entweder gar nicht vor, oder «die Reichen» werden gegen Angriffe verteidigt.

«Das Geldvermögen der privaten Haushalte, also Bargeld, Wertpapiere, Bankeinlagen und Ansprüche an Versicherungen, liegt bei fast 4.800 Milliarden Euro. Jeder 100. Haushalt hat mindestens 700.000 Euro zurückgelegt, und 839 Haushalte gelten als schwerreich, da sie mehr als 100 Millionen Dollar auf der Bank (in der Schweiz?) haben. Mehr Superreiche gibt es nicht einmal in Saudi-Arabien, sondern nur in den USA. Das Geld sei den Reichen gegönnt. Verdient haben sie es vermutlich auch, denn in der Regel stecken besondere Leistungen hinter dem Vermögen. Aber warum sind in Deutschland die vermögensabhängigen Steuern nur halb so hoch wie im Durchschnitt der 34 OECD-Länder? Können wir uns das leisten?» (TS 13.7.2012)

«Seit ich denken kann, höre ich in jeder politischen Debatte, in der es um Geld geht, das Gleiche. Auch jetzt, in der Finanzkrise. Die linken Parteien sagen immer: «Geld ist genug da. Es befindet sich lediglich in den falschen Händen.» Man muss Steuern erhöhen, neue Steuern einführen, verstaatlichen, man muss die Reichen quetschen, bis sie quetschen. Sorry, ich habe damit ein logisches Problem. Wenn man den Reichen ihr Geld wegnimmt, kann man für eine gewisse Weile auf die gewohnte Weise weiterwirtschaften, gewiss. Aber was tut man, wenn das Geld der Reichen aufgebraucht ist? Neue Reiche dürften ja wohl kaum

nachwachsen, in dem total gerechten System des Sozialismus. Es hat keiner mehr Lust, reich zu werden, wenn man ihm sofort alles wieder wegnimmt. [...] Ich glaube, die Geschichte der DDR bietet wertvolle Hinweise auf das, was passiert, wenn man den Reichen ihr Geld wegnimmt und einfach mal eine Weile nur von der historischen Substanz lebt.» (TS 28.8.2011, Kol)

Auf der einen Seite sind einzelne Beiträge zu lesen, die von hohem ökonomischen Sachverstand und einer beeindruckenden Detailkenntnis Zeugnis ablegen. Auf der anderen Seite ist das Argumentationsniveau für eine der bedeutenden Regionalzeitungen teilweise erschütternd. Höhere Steuern werden als der Anfang vom Ende des Reichtums gedeutet und mit der Befürchtung abgewehrt, dass irgendwann «das Geld der Reichen aufgebraucht ist». Private Insolvenzen dienen als moralischer Zeigefinger gegen Eurobonds und Europas Finanzkrise wird auf eine Ebene hinabgesenkt mit den Zahlungsschwierigkeiten von B-Promis. Ein solches Niveau schafft auch die *Bild*-Zeitung nur an «guten» Tagen.

«Neben der europäischen Finanzkrise hat sich, in ähnlichem Tempo, aber vergleichsweise unbemerkt, eine zweite Finanzkrise ausgebreitet, nämlich die Finanzkrise der internationalen Prominenz. In den vergangenen Monaten standen, unter anderem, über den Schauspieler Horst Janson, den Sänger Tony Marshall, den Sänger Gottlieb Wendehals, den Schauspieler Martin Semmelrogge, den Schauspieler Nicolas Cage, den Schauspieler Burt Reynolds, die Autorin Hera Lind und über Pamela Anderson Dinge in den Zeitungen, die stark an Griechenland oder Portugal erinnert haben. Sie sollen alle, mehr oder weniger, pleite sein. Jeder Fall liegt anders, aber im Großen und Ganzen war es wohl so: Sie haben sich Dinge geleistet, die sich im Nachhinein als zu teuer herausgestellt haben. [...] Auch wer hohe Einnahmen hat, kann pleitegehen, wenn er sich überschätzt – das ist wohl die Lehre aus all diesen Geschichten. Auf die Europakrise übersetzt, bedeutet dies, dass Steuererhöhungen und weitere Schulden mit Hilfe von Euro-Bonds vermutlich keinen Ausweg darstellen.» (TS 11.12.2011)

Was dagegegenghalten werden könnte, stand eine Woche vorher in einem *Tagesspiegel*-Kommentar:

«Die im deutschen Politzirkus so gerne angeführte Perspektive der sparsamen schwäbischen Hausfrau ist eben ziemlich beschränkt. In einer Volkswirtschaft sind die Ausgaben des einen nun mal stets die Einkommen des anderen.» (TS 4.12.2011)

Ihre kontroversen Auffassungen trägt die Redaktion auch beim Thema Reichtum nach außen. Der pointierte Kritik an Boni- und Pensionszahlungen...

«Anstrengungsloser Wohlstand ist eben auch in Zeiten spätrömischer Dekadenz nichts für Arme – aber durchaus für Banker. [...] Ein schönes Beispiel dafür ist die Hypo Real

Estate, dieser Schrotthaufen einer Bank. Mit mehr als 100 Milliarden Euro hafteten die deutschen Steuerzahler bereits für die Giftpapiersammler im Management, da kam dieser Tage die Nachricht, dass noch mal 40 Milliarden gebraucht werden fürs Saubermachen – und dass sich die 1.400 Angestellten für diese beachtenswerte Leistung insgesamt 25 Millionen Euro an Boni teilen. Der zwischenzeitliche Vorstandsvorsitzende der HRE, Axel Wieandt, hatte sich da schon wieder aus dem Staub gemacht. [...] Immerhin dürfte er seine persönlichen Ziele voll erreicht haben: Unabhängig von der Dauer seiner Zeit bei der HRE bekommt Wieandt, heute Mitte 40, von seinem 60. Lebensjahr an eine monatliche HRE-Pension von 20.000 Euro – bis zu seinem letzten Tag auf dieser seltsamen Welt. Das hat offenbar zwei weitere Vorstandsmitglieder animiert, es Wieandt gleichzutun. [...] ihren Pensionsanspruch hatten sie nach einem Jahr sicher: Je 15.500 Euro monatlich, von 60 bis ans Lebensende. [...] Ach ja, fast vergessen: Boni erhalten sie natürlich auch, das sind jedoch nur ein paar Hunderttausend. Aber, bitte, nur kein Neid: Das ist kein Luxus. Es geht hier darum, das Existenzminimum zu sichern.» (TS 26.9.2010)

... folgte zwei Tage später die Erläuterung der wirtschaftlichen Rationalität solcher Ausgaben; sie zu unterlassen, so das Argument, würde das sinkende Schiff zum Untergang verurteilen. Die «bittere Wahrheit», dass üppige Boni- und Pensionszahlungen das Leck des Schiffes nicht verhindert haben, bleibt ausgeblendet.

«Und was ist nun mit den 25 Millionen Euro Einmalzahlung an die Mitarbeiter der verlustreichen Staatsbank HRE? Die bittere Wahrheit in dieser bitteren Zeit ist die: Dieses Geld ist gut investiert, es trägt dazu bei, dass auch künftig Hartz IV gezahlt werden kann. Die Münchner Bank wurde mit Hunderten von Milliarden Euro vom Steuerzahler gestützt. Damit ein möglichst großer Teil dieser Staatshilfen zurückgezahlt werden kann, müssen gerade jetzt die besten Banker dort arbeiten, um den Kreditsondermüll, der bei der HRE produziert wurde, ohne einschneidende Verluste zu entsorgen. Die besten Banker aber verlassen das sinkende Schiff, wenn ihnen von anderen Instituten bessere Bedingungen geboten werden.» (TS 28.9.2010)

Zwischen dem hohen Lied auf die «Deutsche Bank» und der Kritik an ihren Wettpraktiken liegen fünf Monate und ein neuer öffentlicher Informationsstand, aber – da der Ton die Musik macht – auch eine deutlich andere Bewertung.

«Die Deutsche Bank ist in ausgezeichneter Verfassung, erfüllt bereits die neuen Eigenkapitalvorschriften und hat auch kaum noch Anleihen von gefährlichen Staaten in ihren Büchern. Von dem einst stolzen Trio aus Deutscher, Dresdner und Commerzbank ist nur die Deutsche noch in der Lage, eine Rolle auf den Weltmärkten zu spielen. Ackermann darf also mit Stolz auf die vergangenen zehn Jahre blicken – wenn man allein die Performance der Bank betrachtet.» (TS 3.2.2012)

«Bankenaufseher auf beiden Seiten des Atlantiks wiesen nach, dass es Robert Diamonds Händler waren, die maßgeblich daran beteiligt waren, über Jahre den Libor-Zinssatz zu ihren Gunsten zu manipulieren und damit zig Millionen Kreditnehmer und Inhaber von Zinspapieren in aller Welt zu schädigen. [...] Doch so folgerichtig der Rücktritt von Europas dreitestem Bonus-Jäger ist (Jahressalär 2011: 26 Millionen Euro), so wenig trägt das zur Lösung des eigentlichen Problems bei. Denn schon jetzt ist klar, dass auch dieser Bankenskandal am entscheidenden Punkt genauso ausgehen wird wie alle vorangegangenen. [...] So war es auch, als Richard Fuld mit der Pleite des von ihm geführten Geldhauses Lehman Brothers die größte Wirtschaftskatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg auslöste. So war es, als der US-Senat nachwies, dass die Händler von Goldman Sachs und der Deutschen Bank unter Führung ihrer heutigen Chefs Lloyd Blankfein und Anshu Jain Hypothekenscheine im Milliardenwert an Kunden in Deutschland und anderswo verkauften, von denen sie schon vorher wussten, dass sie binnen kurzem wertlos würden und darum sogar noch Wetten auf deren Verfall abschlossen.» (TS 6.7.2012)

Die kritische Auseinandersetzung mit Reichtum – die Unterscheidung zwischen Vermögen und Einkommen wird nicht wichtig genommen – hat vorrangig die Politik im Visier, der Fehlsteuerung angelastet wird.

«Gleich 18,2 Milliarden Euro ließ er [Finanzminister Steinbrück; at/sto] an die Bank mit dem gelben Logo überweisen, damit diese die heruntergewirtschaftete Dresdner Bank übernehmen kann. Dabei hätte deren bisheriger Eigentümer, der reiche Allianz-Konzern, die Dresdner durchaus mit eigenem Geld sanieren können. [...] Da fließt eine Summe, die dem Gesamtetat aller Bundesländer für ihre Universitäten entspricht, an eine Bank, die an der Börse nicht mal mehr ein Sechstel davon wert ist. Und im Gegenzug wird nicht etwa der Staat im Namen seiner Steuerzahler Eigentümer, sondern er bekommt nur eine Sperrminorität von 25,1 Prozent und eine «stille Einlage» von 16,4 Milliarden. Deren «marktübliche Verzinsung», wie sie eigentlich EU-weit Pflicht ist, steht nur auf dem Papier.» (TS 25.1.2009)

1.3 Öffentliche Finanzen

Die Staatsschulden, national wie international, sind für die *Tagesspiegel*-Kommentatoren der mit Abstand wichtigste Einzelaspekt des Themenbereichs Reichtum und Armut. Die Deutungsvielfalt, die wir bereits kennengelernt haben, steht auf diesem Feld in voller Blüte. Es gibt keinen Gesichtspunkt, unter dem nicht konträr kommentiert wird. Wer trägt die Verantwortung für überbordende Schulden? Sind es die Gläubiger, die Schuldner, beide zusammen oder die Strukturen unseres Wirtschaftssystems? Der *Tagesspiegel* sagt zu allem ja und nein.

Gläubiger: «Die von skrupellosen Finanzmanagern herbeigeführte private Überschuldung vornehmlich in den USA wurde fast vollständig auf die Staatshaushalte übertragen.» (4.5.2010) «Es ist nicht einmal mehr marktwirtschaftliche

Selbstverständlichkeit, dass auch die Gläubiger haften und draufzahlen, wenn sie allzu locker Kredit gewährt haben.» (TS 22.8.2011)

Schuldner: «Aber wenn die Kreditwürdigkeit eines Schuldners, sei es einer Privatperson, sei es einer Kapitalgesellschaft, einer Bank oder eines Staates überhaupt in Zweifel steht, dann ist dies zunächst einmal in erster Linie ein Versagen des Schuldners.» (TS 18.7.2011) «Die Schulden sind das Problem, nicht die Geldverleiher.» (TS 28.8.2011)

Beide: «Aber noch immer verweigern die Regierenden die Einsicht, dass bei jeder Überschuldung beide Seiten verantwortlich sind: Schuldner und Kreditgeber.» (TS 4.5.2010)

Strukturen: «Das schmutzige Geheimnis des Kapitalismus ist aber, dass entweder der private oder der staatliche Sektor Schulden machen und mit diesem Geld in neue Produktion und Infrastruktur investieren muss, wenn die Wirtschaft prosperieren soll.» (TS 15.6.2010)

Zwei Antworten stehen sich bei der Frage gegenüber, wie man der öffentlichen Schulden Herr werden könnte. Die eine setzt auf mehr Einnahmen und plädiert dafür, «die ungeheuren Vermögen» heranzuziehen. Die andere verlangt weniger Ausgaben und kritisiert das «scham- und rücksichtslose» Schuldenmachen; um weniger Ausgaben durchsetzen zu können, werden Steuersenkungen empfohlen.

Für Steuererhöhungen: «Des einen Schulden sind immer eines anderen Vermögen. Diesen Zusammenhang pflegen die deutschen Reichtumspfleger aber gemeinhin zu verschweigen. Dabei liegt genau hier der Ausweg. Um die Schuldenberge abzutragen, müssen die ungeheuren Vermögen herangezogen werden, die sich parallel zur öffentlichen Verarmung bei einer kleinen Minderheit angehäuft haben. Allein die rund drei Millionen Europäer, die nach einer Erhebung der Investmentbank Merrill Lynch über ein investierbares Geldvermögen von jeweils mehr als einer Million Dollar verfügen, vereinen mehr als 10 Billionen Dollar auf sich – und damit mehr als das Doppelte aller Staatsschulden der fünf Krisenländer Italien, Spanien, Irland, Portugal und Griechenland zusammen. [...] In Deutschland liegen sogar, den Immobilienbesitz eingeschlossen, mehr als 4.000 Milliarden Euro bei nur zehn Prozent der Bevölkerung. Das entspricht dem Doppelten der Staatsverschuldung.» (TS 4.12.2011)

Gegen Schuldenmachen: «Bei der gegenwärtigen Finanzkrise handelt es sich ja nicht um eine Bankenkrise, sondern um eine Verschuldungskrise der Staaten und ihrer Politiker, [...] die in den vergangenen Jahrzehnten scham- und rücksichtslos Schulden über Schulden aufgehäuft haben. [...] Und da schimpfe niemand nur auf die Griechen [...], sondern jeder Staat und übrigens auch jeder Wähler kehre vor seinen eigenen Tür – von Washington über Tokio, Rom, Paris und nicht zuletzt in Berlin. [...] Nein, diese politisierenden Schuldenmacher – von uns Wählern gewählt, weil wir mit

ihnen den bequemsten Weg gehen wollten: Buy now, pay later – Kauf' heute, lass' andere später bezahlen! – gehören mindestens so peinlich an den Pranger gestellt (und zwar zusammen mit uns!) wie «die Banken.» (TS 24.10.2011)

Für Steuersenkungen: «Die FDP macht als einzige Partei die Staatsfinanzen zum politischen Thema. [...] Steuersenkungen sind ein Weg, einem Staat, der zu viel Geld ausgibt, die Mittel so zu reduzieren, dass er sich darauf einstellt, mit weniger auszukommen. Daran erinnert uns als einzige Partei in Deutschland die FDP. [...] Ihr unaufhörlicher Ruf nach Steuersenkungen zerstört [...] den Ruf der Partei. [...] Gleichwohl opfert die FDP derzeit aus Überzeugung ihre Existenz. Das ist bewundernswert.» (TS 3.8.2011)

Gegen Steuersenkungen: «Abgaben- und Steuersenkungen sind Mumpitz.» (TS 9.7.2011)

Für Sparen und gegen Sparen:

«Privatisierung, Deregulierung und tiefe Einschnitte in die Sozialausgaben – das sind typische Kreditkonditionen des Internationalen Währungsfonds, die nun auch Griechenland abverlangt werden. [...] Einkommenskürzungen und Privatisierung beschneiden gesellschaftliche Möglichkeiten und führen mitunter – wie jetzt im Fall von Griechenland – zu einer Verschlimmerung der Situation. Weniger Lohn, weniger Arbeit, weniger Wachstum. Kaputtsparen ist keine Lösung.» (TS 13.5.2011)

«Griechenland wird kaputtgespart», lautet nun der Vorwurf, vor allem an Deutschland.

«Die Wahrheit sieht anders aus: Griechenland ist kaputt, weil es nicht gespart, sondern im großen Stil Schulden gemacht hat.» (TS 15.2.2012)

Für Eurobonds und dagegen:

«Gemeinsame europäische Staatsanleihen, sogenannte Eurobonds, könnten bei der Verteilung der Krisenlasten helfen...» (TS 13.5.2011)

«Euro-Bonds bedeuten, dass man noch ein paar weitere Jahre Schulden machen kann, so lange, bis auch die noch etwas solideren Staaten komplett ruiniert sind.» (TS 28.8.2011)

Gegen öffentliche Armut oder gegen öffentliche Illusionen:

«Öffentliche Armut, privater Reichtum» noch nie war die Formel so treffend wie heute.» (TS 15.12.2010)

«Über Bildung und die Zukunft der 1,6 Millionen Kinder, die von Hartz IV leben, entscheiden die Stärke oder Schwäche der öffentlichen Hand. Dafür sind in Krisenzeiten Schulden erlaubt, sogar geboten, wie für eine gezielte Steigerung der Binnennachfrage.» (TS 23.10.2009)

«Rigoroses Sparen öffnet die Schere zwischen Arm und Reich weiter.» (TS 18.5.2010)

«Was wir also derzeit erleben, ist das Platzen der Großmutter aller Blasen, gegen die sich die anderen Konjunkturblasen noch einigermaßen harmlos ausnehmen: Es platzt nun nämlich die Illusion, wir könnten den immer weiter fortgesetzten Aufbau der Staatsverschuldung allerorten immer weiter den künftigen Generationen zur Last legen, die sich ja in der Gegenwart noch nicht zur Wehr setzen können. Die nervösen Märkte reagieren jetzt gewissermaßen stellvertretend für unsere Nachkommen.» (TS 18.7.2011)

1.4 Steuerstaat

Wird das Thema Steuern nicht vor dem Hintergrund der Staatsverschuldung behandelt, dominieren die Meinungsäußerungen, welche eine stärkere soziale Verpflichtung des Reichtums einfordern. In dieser Hinsicht ist die Positionierung durchgängig. Man kann hier vom einem politischen Engagement des *Tagesspiegel* für eine stärkere Sozialpflichtigkeit großer Vermögen sprechen. Dafür einige Zitatbelege:

«Dass Eigentum verpflichtet, steht bei uns im Grundgesetz. Aber wozu? Wann und wie wird der Artikel je umgesetzt? Es ist wunderbar, in Deutschland richtig reich zu sein. Der Staat kommt einem steuerlich überall entgegen, die Erbschaftsteuer ist – verglichen mit den USA – läppisch, eine Reichen- oder Vermögensteuer politisch nicht gewollt. Zehn Prozent der Deutschen besitzen fast zwei Drittel aller Vermögenswerte des Landes.» (TS 5.8.2010)

«Mitte der neunziger Jahre wurden rund 105 Milliarden Euro jährlich vererbt, im Jahr 2020 werden es mehr als 360 Milliarden sein. Allerdings werden durch Erbschaften die sozialen und regionalen Unterschiede verschärft. Platt gesagt: Die wenigen Reichen, die schon heute das Gros des Privatvermögens kontrollieren, werden noch reicher. Und: Hohe Erbschaften werden vor allem in den alten Bundesländern übertragen. Das durchschnittliche Erbvolumen in Hamburg etwa ist mehr als viermal so hoch wie das in Mecklenburg-Vorpommern. Wer fordert, dass sich Leistung lohnt, muss Jahreseinkommen in Millionenhöhe, Spekulationsgewinne und Erbschaften viel höher besteuern als jetzt. [...] Wer Leistung predigt, darf anstrengungslosen Wohlstand weder beschönigen noch durch zu niedrige Steuern schützen. So lange die bürgerlich-liberale Koalition das nicht beherzigt, mindert sie das Wohl dieses Landes.» (TS 8.3.2010)

«Für viele Reiche, die beträchtliche Summen an der Steuer vorbei in die Schweiz geschleust haben, beginnt nun das große Zittern. [...] Die CD gar nicht erst zu erwerben, würde aber in eine moralische Schiefelage führen: Einerseits steht eine heftige Sparpolitik bevor, die viele Bürger treffen wird. Andererseits vermeidet der Staat die letzte Konsequenz, um an das Geld krimineller Reicher zu kommen.» (TS 1.2.2010)

«Endlich trifft es die Richtigen. Wenn das größte deutsche Wirtschaftsinstitut eine Vermögensabgabe vorschlägt, mit der den Wohlhabenden 230 Milliarden Euro abgenommen werden sollen, dann kann das ja nicht ganz blöd sein. Ökonomisch gesehen. Und politisch müsste das sowieso ein Gewinnerthema sein, denn die Vermögensverteilung hierzulande ist extrem. Die Hälfte der Bevölkerung besitzt gerade mal zwei Prozent des Vermögens, die reichsten zehn Prozent haben fast 60 Prozent.» (TS 13.7.2012)

«Es gibt politische Forderungen, die sind so naheliegend, dass völlig unverständlich scheint, warum sie nicht längst umgesetzt sind. Dazu zählt auch die Einführung einer Umsatzsteuer im Handel mit Wertpapieren. Bei jedem Einkauf, gleich ob es um Brötchen oder Immobilien geht, werden europaweit Abgaben an den Fiskus fällig. Doch ausgerechnet die Akteure auf den Finanzmärkten, die wesentlich zur Aufblähung der Staatsverschuldung beigetragen haben, sind bis heute von Umsatzsteuern weitgehend befreit. Und das, obwohl schon eine Abgabe von nur 0,05 Prozent auf alle Finanzmarktumsätze in der EU mehr als 300 Milliarden Euro pro Jahr in die europäischen Staatskassen spülen würde.» (TS 10.1.2012)

1.5 Sozialstaat und Sozialarbeit

Ein «gefundenes Fressen» nennt man so etwas. Die Art und Weise, wie der Skandal um den Geschäftsführer der Berliner Treberhilfe die Meinungsspalten des *Tagespiegel* beherrscht, sagt mehr aus über die Redaktion als über die Treberhilfe. Ein «Sozialarbeiter» macht mit «Komplettversagern» «Profit» und leistet sich dabei «Luxus». Das Spannungsfeld, in dem diese Begriffe stehen, elektrisiert die Redaktion.

«So stellt man sich als Sozialarbeiter wohl einen erfolgreichen Unternehmer vor: elegant angezogen, selbstbewusst bis unter die Hutkrempe und rasant im Abgang, angetrieben von einem 400 PS starken Achtzylinder des Dienst-Maseratis. Harald Ehlert war mal Sozialarbeiter – heute nennt er sich «evangelischer Sozialkapitalist» und hat die Berliner «Treberhilfe» zum Unternehmen gemacht – [...] einem Sozialstaat, dessen Bürger mit üppigen Steuern und großzügigen Spenden alles fremde Menschen-Elend von sich fernhalten. Im Sozialstaat Bundesrepublik ist für jeden gesorgt – und zwar so gut, dass man noch mit gesellschaftlichen Komplettversagern (um die sich die «Treberhilfe» kümmert) gutes Geld verdienen kann.» (TS 20.2.2010)

Der Skandal wird zum Wesenskern der Sozialpolitik hochkommentiert. Es drängt sich der Eindruck auf – der eine Überinterpretation sein kann –, dass hier gesagt wird, was man immer schon mal sagen wollte, aber ohne passende Gelegenheit nicht zu sagen wagte.

«Das ist der eigentliche Skandal hinter der bizarren Maserati-Affäre. Sozialpolitik funktioniert so: Ein Missstand wird erkannt, ein Projekt zu dessen Abhilfe wird erfunden, die Politik beschließt, dieses zu finanzieren – und dann läuft es. Immer weiter. Wohl dem Staat und der Stadt, die

sich diesen Umgang mit Problemen leisten können.» (TS 28.2.2010)

«Allerdings muss man sich inzwischen fragen, wer auf wen angewiesen ist: Die Armen auf die Armenhilfe oder die Armenhilfe auf die Armen. Im Zusammenhang mit dem Skandal um den Chef der Berliner Treberhilfe wird immer wieder darauf hingewiesen, was für eine wichtige Arbeit die Treberhelfer leisten und wie schrecklich es wäre, wenn die 280 Mitarbeiter des Vereins ihre Jobs verlieren würden, nur weil der Chef der Firma es ein wenig zu toll getrieben und übers Jahr gerechnet mehr als die Bundeskanzlerin verdient hat. Der primäre Zweck der Treberhilfe ist es also nicht, die Treber von der Straße zu holen, sie dauerhaft zu resozialisieren, der primäre Zweck der Treberhilfe ist es, die Arbeitsplätze der Treberhelfer zu erhalten... es ist schon vorgekommen, dass Feuerwehrleute eine alte Scheune angezündet haben, um sich hinterher beim Einsatz besonders hervorzutun. So ist es auch mit der Armut und der Armenhilfe. Die Armenhilfe ist nicht dazu da, die Armut zu beseitigen, sondern sie zu verwalten und am Leben zu erhalten.» (TS 15.4.2010, Kol)

Außerhalb des Treber-Skandals taucht ein Vokabular auf, das die Kritik an der Sozialpolitik und an deren Protagonisten – «Protestmeute», «Klickguerilla», prasser Staat – in polemische Zuspitzungen kleidet, die Radikalität ausstrahlen. Hier wird nicht argumentiert, sondern niedergemacht, wie es in den Kontroversen zwischen weit rechts und weit links üblich ist. Je weiter man rechts ist, desto früher beginnt links, und umgekehrt.

«Die Empörungsmaschinerie über die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze um fünf Euro läuft auf Hochtouren. Dabei geht es – im Unterschied zu Ländern, in denen wirklich gespart wird, wie etwa Großbritannien – nicht um Kürzungen, die auch in Deutschland durchaus möglich gewesen wären, sondern um eine angeblich zu geringe Aufstockung. Dennoch hat die Protestmeute in ein paar Punkten recht. [...] Politik nach Kassenlage – das ist so ziemlich das Gegenteil des sozialdemokratischen Politikideals. Wozu gibt's denn den Staat, wenn er nicht prassen darf? Ein Staat, der aufs Geld achtet: Das stellt alles auf den Kopf, was den Vertretern der Sozialverbände heilig ist. [...] Äußerst interessant: Erneut spiegelt der linksliberalmediale Totalverriss der Regierungspläne offenbar nicht die Stimmung im Volk wider. Man täusche sich in diesem Fall auch nicht durch die Massivität des Protests im Internet, in Online-Umfragen und Blogs. Hier tobt sich offenbar eine Hartz-IV-Klickguerilla aus, die zwar höchst aktiv ist, aber zahlenmäßig kaum bedeutend, geschweige denn repräsentativ.» (TS 20.9.2010)

Aus einer solchen Position erwachsen Vergleiche, auf die man sonst nicht so leicht kommt, etwa dass Bundesaußenminister Guido Westerwelle denselben Schutz verdiene wie eine Hartz-IV-Familie.

«Guido Westerwelle wird geschlachtet. Fair ist das nicht. Schwächere muss man schützen, und was für Hartz-IV-

Familien gilt, sollte im Einzelfall auch für Leute wie Guido Westerwelle gelten. In diesen Stunden wird er zur Schlachtbank geführt für seine Thesen zur Mittelschicht, Sozialleistungen und weniger Steuern.» (TS 12.2.2010)

Die Kommentatoren können auch Kammerton. Dann lesen sich die dahinterstehenden Gedankenführungen so: An ihrem Schicksal sind die Leute selbst schuld, der Sozialstaat bietet einen zu bequemen Ausweg aus der Selbstverantwortung.

«In Deutschland ist meist das Schicksal schuld und der Staat verantwortlich. Amerikaner dagegen haben für Schicksal und Schuld nur ein Wort: das Individuum. [...] Kaum ein Amerikaner versteht die deutsche Westerwelle-Debatte, kaum ein Deutscher versteht die Wut vieler Amerikaner auf Barack Obamas umfassende Gesundheitsreform. «Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein», hatte Guido Westerwelle gesagt und sich einen effektiveren Sozialstaat gewünscht. In den USA gehören solche Forderungen ins Repertoire so ziemlich jeden Politikers. Das Gegenteil wäre anstößig. In Deutschland gilt: Je schwächer das Individuum, desto stärker muss der Staat sein, von der Wiege bis zur Bahre. [...] Vor mehr als 200 Jahren verfasste Wilhelm von Humboldt die kleine Schrift «Wie weit darf sich die Sorgfalt des Staates um das Wohl seiner Bürger erstrecken?» Später wurde sie zum Gründungsdokument des deutschen Liberalismus erklärt. Darin heißt es: Durch eine zu ausgedehnte Sorgfalt des Staates «leidet die Energie des Handelns überhaupt, und der moralische Charakter. [...] Wer oft und viel geleitet wird, kommt leicht dahin, den Überrest seiner Selbsttätigkeit gleichsam freiwillig zu opfern. Er glaubt sich der Sorge überhoben, die er in fremden Händen sieht, und genug zu tun, wenn er ihre Leitung erwartet und ihr folgt. Damit verrücken sich seine Vorstellungen von Verdienst und Schuld.» Verdienst und Schuld? In solchen Kategorien denken die Deutschen tatsächlich nicht mehr. Für alle Krisenfälle haben sie ja ihre Super Nanny.» (TS 23.3.2010)

1.6 Soziale Kluft

Die *Tagesspiegel*-Kommentare im Themenbereich soziale Kluft setzen einen klaren Kontrapunkt zur soeben analysierten sozialpolitischen Positionierung. Die Diagnose einer sich öffnenden sozialen Schere wird wiederholt ohne Relativierungen gestellt, Auswirkungen werden differenziert und mit Empathie aufgezeigt. Die Frage nach den Ursachen wird in diesem Zusammenhang kaum gestellt, Lösungen werden von der Politik erwartet, vor allem der Bildungspolitik.

«Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander. Es entstehen unzählige feine Unterschiede und prekäre Lebenslagen. Wachsende Ungleichheit hat viele unangenehme und eine besonders tückische Eigenschaft. Sie ist anstrengend, nicht nur für die Verlierer. Ärzte, Pfarrer und Personalchefs können ein Lied davon singen. Sie ist Neidproduzent, Feind des Leistungsprinzips, Krankmacher der Seele. Sie lügt, wenn sie Dynamik und Aufstieg verspricht.

Tatsächlich legt die soziale Herkunft heute mehr fest als vor dreißig Jahren. Die Zugehörigkeit zum untersten Fünftel der Gesellschaft wird heute vererbt wie die zum obersten Fünftel. Vor allem schafft die wachsende Ungleichheit viele neue öffentliche Konkurrenzen.» (TS 10.6.2010)

«Das Wort [Unterschicht – at/sto] wird selten ausgesprochen, weil es gefährlich ist. Für die Menschen, die dort – unten – leben, klingt es kränkend und herabsetzend. Oben oder in den Mittellagen wehrt man den Begriff gern ab, um den Tatbestand nicht zur Kenntnis zu nehmen. Oder, noch gefährlicher, man leugnet eine gesellschaftliche Entwicklung, indem man die betroffenen Menschen selbst dafür verantwortlich erklärt, dass sie da leben, wo Berlin arm, und nicht dort, wo es sexy ist. [...] Die soziale Kluft in der Stadt hat Sprengkraft.» (TS 18.3.2009)

«Vom Tellerwäscher zum Millionär? Sozial aufzusteigen, ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten deutlich schwieriger geworden... Wer gut gebildet ist (und damit in der Regel ein höheres Einkommen erzielt), lebt nicht nur gesundheitsbewusster, sondern leidet auch seltener unter Schmerzen und lebt im Schnitt um einige Jahre länger. Die Lehre aus diesen Zahlen für die Politik kann nur eine sein – sich stärker um Bildungschancen für alle zu kümmern.» (TS 11.10.2011)

«Nein, Deutschland liegt nicht in der sogenannten Dritten Welt, und auch nicht in einer der nun unabhängigen ehemaligen Sowjetrepubliken oder gar in Russland selbst – allesamt Beispiele für Länder mit extremen sozialen Ungleichgewichten, für den unvorstellbaren Reichtum einer kleinen Oberschicht hier und Mittellosigkeit und Armut der breiten Masse der Bevölkerung dort. Aber wer erste Zahlen aus dem Entwurf zum Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung liest, wird nachdenklich. In der Bundesrepublik zeichnen sich Entwicklungen von großer Eigendynamik ab, die das Land in eine soziale Schieflage zu bringen drohen. Politik und Gesellschaft dürfen das nicht wie einen unabänderlichen Automatismus hinnehmen. [...] Das Auseinanderfallen der Gesellschaft, wie es der Armuts- und Reichtumsbericht widerspiegelt, wird dieses Land zerreißeln. Es kann den fundamentalen Konsens zerstören und das parlamentarische System in eine tiefe Krise stürzen.» (TS 19.9.2012)

1.7 Normative Ansprüche:

Gleichheit von Chancen und Verhältnissen

Die Gerechtigkeitsdebatte wird im *Tagesspiegel* in vielen Facetten geführt. In Namen von Gleichheit und Gerechtigkeit wird gesellschaftspolitische Kritik geübt, andere Kommentare würdigen große internationale Fortschritte. Zugleich wird die Gerechtigkeitsdebatte auch abgewertet und abgewehrt, einmal mit dem Florett, ein anderes Mal mit dem Morgenstern, einmal mit Süffisanz, das nächste Mal mit Aggressivität.

«Wenn es um Gerechtigkeit geht, kennen die Deutschen keinen Spaß.» (TS 17.3.2010, Kol)

«Derzeit erleben Spruchband-Parolen aus den Hochzeiten des Klassenkampfes eine Renaissance in Kreisen bürgerlicher Journalisten, etwa: «Die freie Marktwirtschaft ist in Wahrheit ein Instrument der Reichen.» Sie behaupten zwar nicht, dass es so ist, aber sie zweifeln: Stimmt das nicht doch? Lagen wir falsch mit unserem Bekenntnis zum Markt, der angeblich durch rechtsstaatliche Demokratien gezähmt und sozial verträglich getrimmt worden ist? [...] Muss da nicht ein kritischer Geist elektrisiert sein und sich fragen, ob unsere freiheitliche Ordnung, die für alle gleichermaßen da sein soll, in harten Zeiten doch nur eine Garantieordnung für die oberen Hunderttausend ist? Die Schlussfolgerungen sind entlarvend. Sie zeigen, ob gravierende Probleme im Lichte prophetisch-marxistischer «Endzustand-Wahrheiten» verstanden werden oder als das Gegenteil: als ein Nie-fertig-Sein mit Problemen (Popper), dem Markenzeichen freiheitlicher Demokratien. [...] Erfolge – Probleme – Lösungen – neue Probleme, so funktionieren liberale Demokratien. Es sind Sisyphosländer, keine problemfreien Clubs.» (TS 18.9.2011)

Mehrfach werden auf internationaler Ebene positive Entwicklungen zu mehr Gleichheit und Gerechtigkeit hervorgehoben. Es wird sogar das Risiko gesehen, dass zu große Gleichheit entstehen könnte; und es wird moralisiert gegen das «entmoralisierte Ideal der freien Selbstbestimmung», das oft ins Unglück führe.

«Die einkommensbezogene Ungleichheit auf der Welt nimmt eher ab als zu: Das ist doch mal eine gute Nachricht. [Es] herrscht global gesehen der Trend zu immer größerer Gleichheit. Andere globale Trends machen ebenfalls Mut. Die Zahl der Analphabeten sinkt, ebenso die Kindersterblichkeitsrate, die Lebenserwartung steigt, die Ernährungs- und Gesundheitssituation verbessert sich. Auch die Zahl der armen Menschen sinkt. [...] Sorgen machen muss man sich freilich um Afrika, das dem allgemein positiven Trend nicht folgt, und um Südasien. Und zu bester Letzt muss bedacht werden, dass Ungleichheit nicht an sich schon schlecht ist. Zu große Gleichheit kann zu gesellschaftlicher Trägheit führen (warum soll ein Mensch sich anstrengen, wenn egal ist, ob, was und wie viel er arbeitet?).» (TS 25.1.2011)

«Die Welt wird immer schöner. Das wird oft verdrängt. Krise, Kriege, Klima, Krankheiten – die Schlagzeilen suggerieren Dauer-Übles. Doch die globalen Fakten sprechen eine andere Sprache. Warum hören wir nicht zu? Die Zahl der Kriege und Kriegstoten ist rückläufig. Die Lebenserwartung steigt. Die medizinische Versorgung wird besser. Die Säuglingssterblichkeit nimmt ab. Die Zahl der Analphabeten sinkt. Auch die Zahl der armen Menschen sinkt. Das Internet gibt immer mehr Menschen Zugang zu Informationen. [...] Die Bürgerrechte verbreiten sich, die Tierquälerei wird weniger, immer mehr Frauen emanzipieren sich, die Toleranz gegenüber Homosexuellen wächst. [...] Das entmoralisierte Ideal der freien Selbstbestimmung führt oft ins Unglück. Die richtige Mischung aus Freiheit, Tugend, Mäßigung, Gerechtigkeit und Toleranz ist offenbar der Schlüs-

sel fürs Glück. Warum die Deutschen sich so schwer damit tun? Vielleicht fehlt ihnen manchmal auch etwas ganz Einfaches: Dankbarkeit.» (TS 28.11.2011)

Andererseits wird wiederholt pointierte Gesellschaftskritik geübt, weil die großen Ideale Gleichheit und Gerechtigkeit so gründlich verfehlt würden.

«Leistung muss sich lohnen, hat Guido Westerwelle gerufen, um die Hartz-IV-Debatte vom Zaun zu brechen. Hat er nicht mitbekommen, wie das Leistungsprinzip des guten, alten rheinischen Kapitalismus ausgehebelt worden ist? Nämlich von oben, als es losging mit den Millionen, die als «Wetten» und im Handumdrehen zu verdienen waren... Nicht zufällig ist die Gleichheit in Misskredit geraten, als in der westlichen Welt die Freiheit mit der Freiheit der Märkte verwechselt wurde. Der Verdacht der Gleichmacherei richtete sich schnell gegen alle, die «Égalité» zu fordern wagten. Geben wir dem Gleichheits-Postulat besser wieder den Rang, den es einmal hatte. Es ist ein großes Ideal der Demokratie – unerreichbar, unverzichtbar.» (TS 10.6.2010)

«Die Welt ist aus den Fugen geraten. Denn Marktwirtschaft ist nicht mehr Marktwirtschaft, wenn der erpresserische Druck der Finanzakteure groß genug ist, ihre Risiken immer wieder bei den Steuerzahlern abzusichern. Und Demokratie ist nicht mehr Demokratie, wenn sie nicht mehr hält, was sie verspricht, nämlich eine gesellschaftliche Ordnung, in der die ganz normalen Leute über ihr Leben mitbestimmen und mitreden können.» (TS 22.8.2011)

1.8 Bilanz Tagesspiegel

Die individuelle Meinungsfreiheit der Redaktionsmitglieder zeichnet die Meinungsbeiträge des *Tagesspiegel* zum untersuchten Themenfeld aus. Offenkundig praktiziert die Redaktionsleitung eine Haltung der Offenheit und Toleranz. Es wird keine redaktionelle Linie vorgegeben, die einzelnen Autorinnen und Autoren entscheiden, ob Argumente oder Bekenntnisse, Qualität oder Gesinnung – und wenn Letzteres, welche Gesinnung – dominieren.

Wir werten eine solche Haltung der Chefredaktion im Grundsatz positiv. Auch für das Publikum des *Tagesspiegel* sehen wir Vorteile. Kontroverse Sichtweisen sind eine Einladung, sich seine eigenen Gedanken zu machen, Argumentationen gegeneinander abzuwägen.

Zu vermuten wäre, dass aus der Pluralität, den Kontroversen, manchmal sogar Konfrontationen Qualität erwächst, weil die Einzelnen sich im Meinungsstreit herausgefordert sehen. Diese Erwartung wird weitgehend enttäuscht; fast scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Ohne Zweifel gibt es einzelne argumentationsstarke Kommentare, aber: Die Beiträge arbeiten sich nicht aneinander ab, sie stellen sich nur gegeneinander dar, wappnen sich mit Moral und flüchten sich in Polemik. Die Gesinnung bekommt zu Lasten der Qualität freien Lauf. Am Ende ist mehr Gesinnung im Blatt – wenn auch in konträren Positionen – als bei einer Redaktion,

die eine (Gesinnungs-)Linie vorgibt. Dabei entsteht punktuell ein Niveau, das einer renommierten Zeitung nicht würdig ist. Es gibt zu viele Formulierungen, über welche Journalisten zu sagen pflegen, würden sie von Politikern benutzt, es sei Gesülze. Drei Beispiele:

- «Was mich echt wild macht, ist die Verteufelung des Wortes «Markt» (TS 20.10.2011): Was folgt, beinhaltet null Nachdenken darüber, wie Märkte funktionieren, es wird einfach alles, was gut ist auf dieser Welt, dem Markt zugerechnet.
- «Denn auch wenn das Wort Armut vielleicht überzogen ist, der Wohlstand der Deutschen sinkt» (TS 18.2.2010). Es ist nicht nur Nachgeplapper, es ist einfach falsch. Das Bruttoinlandsprodukt (zu konstanten Preisen) belief sich 1991 auf 1,7 Billionen Euro, 20 Jahre später auf 2,5 Billionen.
- «Das schmutzige Geheimnis des Kapitalismus ist aber, dass entweder der private oder der staatliche Sektor Schulden machen [...] muss, wenn die Wirtschaft prosperieren soll» (TS 15.6.2010). Was ist daran Geheimnis und was schmutzig? Jeder, der einmal über Wirtschaften nachgedacht hat, wird zustimmen, dass eine Ökonomie, soll sie wachsen, auch geliehenes Geld braucht.

Eine fundierte Auseinandersetzung – gemeint ist nicht Wissenschaft, sondern Qualitätsjournalismus – mit Armut und Reichtum findet im *Tagesspiegel* nicht statt. Zwischen den beiden Positionen «es ist alles ganz fürchterlich» und «es ist alles ganz normal, eigentlich sogar gut» geht es hin und her. Alternative Deutungsmuster werden nicht miteinander abgeklärt. Ob Armut selbst verschuldet ist oder aus sozialer Benachteiligung resultiert, ob Reichtum auf Eigenleistung oder auf Privilegierung beruht – in der Regel werden beide Möglichkeiten angedeutet. Sie werden weder für sich genommen durchbuchstabiert, noch im Detail gegeneinander abgewogen. Armut wird als Faktum genommen, entweder als skandalöses oder als leider kaum zu vermeidendes, und der Politik wird bescheinigt, sich zu wenig oder nicht richtig zu kümmern. In Sachen Reichtum überwiegt das Plädoyer, ihn stärker in die finanzielle Mitverantwortung zu nehmen. Machtfragen werden nur im Hinblick auf systemrelevante Banken gestellt, anderweitige Einflusspotenziale bleiben ausgeblendet.

Klaren Fragestellungen wird gern mit allgemeinen Betrachtungen ausgewichen in der Form küchenphilosophischer Anmerkungen über das Allgemeinmenschliche oder in Form von Politsprech-Attitüden, die an Journalistenstammtischen, wenn die Politik durch den Kakao gezogen wird, für Spott sorgen.

2 BERLINER ZEITUNG

Redaktionelle Meinungsbeiträge zum Themenfeld Armut und Reichtum haben im Untersuchungszeitraum auch in der *Berliner Zeitung* (BeZ) eine hohe Zuwachsrate, ohne insgesamt eine markante Häufung aufzuweisen. Während 2008 und 2009 dieses Themenfeld kaum kommentiert wird, steigt die Zahl der Beiträge ab 2010 an und erreicht 2012 den Höchststand mit 50.

Innerhalb der viereinhalb Jahre des Untersuchungszeitraums haben wir insgesamt 112 Beiträge recherchiert. Vom Mai bis Dezember 2008 waren es nur sechs, im gesamten Jahr 2009 ebenfalls nur sechs; 20 waren es 2010, 30 im Jahr 2011. Für 2012 entsprechen die 50 Kommentare bzw. Kolumnen etwa einem Beitrag pro Woche. Zitierte Kolumnen sind mit der Abkürzung «Kol» nach dem Datum ausgewiesen. In einer Woche publiziert die *Berliner Zeitung* – anders als beim *Tagesspiegel* gibt es keine Sonntagsausgabe – in der Regel 24 Kommentare plus mehrere Kolumnen. Von einer thematischen Konzentration auf Armut und Reichtum kann also auch 2012 nicht gesprochen werden, allerdings befindet sich das Thema durchaus in der Spitzengruppe. Armuts- wie Reichtumsentwicklung werden in ihren vielfältigsten Aspekten und Facetten inzwischen offenkundig als erheblich bedeutender als noch vor zwei, drei Jahren wahrgenommen.

Bei der Auswahl der behandelten Gesichtspunkte des Themenbereichs zeigen sich viele Parallelen zum Gesamtbefund, beispielsweise mit der Konzentration auf die Trias Kinder-, Altersarmut und Hartz-IV, aber auch nennenswerte Abweichungen. So sticht im Vergleich zum *Tagesspiegel* ins Auge, dass der Berliner Skandal um die Treberhilfe nur ein Mal kommentiert wird, während dieser Skandal für den *Tagesspiegel*, quantitativ gemessen, das wichtigste Ereignis während des Untersuchungszeitraums darstellt. In der *Berliner Zeitung* sind die Jugendkrawalle in Tottenham das Einzelereignis, welches die meisten Meinungsbeiträge auslöst; die Krawalle werden als ein soziales, nicht als kriminelles Ereignis kommentiert.

2.1 Private Armut

Die Anzahl der Beiträge, die «privater Armut» direkt zuzuordnen sind, liegt im Gesamtvergleich hoch. Armut findet in der *Berliner Zeitung* eine relativ große Beachtung. Arbeit und Bildung gelten wie in allen Medien so auch in der *Berliner Zeitung* als effektiver Schutz vor Armut. Den Unterschied macht zum einen, dass Bildung seltener als Arbeit angesprochen wird. Zum anderen wird Arbeit als Lösung relativiert, indem öfter Zusammenhänge zwischen Armut und schlecht bezahlter Arbeit hergestellt und zu niedrige Löhne kritisiert werden. Das Armutsthema wird häufig zum Anlass genommen, um bessere Arbeitsbedingungen zu fordern sowie umgekehrt beim Thema Niedriglöhne auf das damit verbundene Armutsrisiko hinzuweisen.

«Die soziale Schere geht damit weiter auseinander. Und davor schützt keine Beschäftigung mehr, selbst keine Vollzeitstelle. Denn zwischen 2002 und 2005 sind die Bruttolöhne und -gehälter deutlich zurückgegangen, der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor ist dagegen kräftig gestiegen. Mit den Ein-Euro-Jobs hat die Politik diese Entwicklung noch gefördert. Entgegen dem Trend im übrigen Europa ist damit die Risikoquote für normale Erwerbstätige, in die Armut abzurutschen, gestiegen.» (BeZ 20.5.2008)

«Der eigentliche Skandal aber, das sei nicht vergessen, liegt nicht in der Ausgestaltung staatlicher Hilfe für die Bedürftigen. Der eigentliche Skandal ist deren große Zahl. Sie läge beträchtlich niedriger, wenn in diesem Land jeder, der arbeitet, von seinem Lohn leben und eine Familie ernähren könnte. So dringlich die Reform der Hartz-Regeln ist – noch dringlicher ist der Einsatz gegen Lohndrückerei und für gute Arbeit. Erst das wäre eine wirkliche Bekämpfung der Armut.» (BeZ 10.2.2010)

Der in anderen Medien oft verwendete glatten Formel «Arbeit verhindert Armut» wird mit Blick auf den Niedriglohnsektor widersprochen und dessen «segensreiche Wirkung» bestritten. Zum Beispiel unter der Überschrift «Niedriglohn – schlecht für Deutschland»:

«Niemanden überrascht es, wenn Arbeitgeber den wachsenden Niedriglohn-Sektor verteidigen. [...] Sie [die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft; at/sto] will uns glauben machen, dass der Niedriglohnsektor für die sozial Schwachen ein Segen ist, weil er Menschen einen Job bietet, die andernfalls in Armut und Arbeitslosigkeit darben würden.» (BeZ 31.8.2011)

Die Intensität, mit welcher der Zusammenhang zwischen den Konditionen der Erwerbsarbeit und faktischer wie drohender Armut immer wieder hergestellt wird, ist ein besonders auffälliges Merkmal der Meinungsbeiträge. Auch Kinderarmut wird in engem Bezug zum Beschäftigungssystem gesehen, «zeigen doch die einschlägigen Berichte auch, dass der Schlüssel im Kampf gegen Kinderarmut die Erwerbstätigkeit der Eltern ist. Hat wenigstens einer von beiden eine Vollzeitstelle, dann sinkt das Risiko der Kinder drastisch» (BeZ 9.6.2008).

«Demnach sind Kinder extrem selten auf Hartz IV angewiesen, wenn die Mama einen Vollzeitjob hat. Nur 2,7 Prozent der hilfebedürftigen Jungen und Mädchen hat eine voll berufstätige Mutter. Ist die Mutter dagegen den ganzen Tag zu Hause, ist das Armutsrisiko des Nachwuchses extrem hoch. Damit mehr Frauen, vor allem Alleinerziehende, berufstätig sein können, brauchen wir in allen Bundesländern mehr Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas. (BeZ 18.3.2011)

Dasselbe gilt für die Altersarmut. Sie drohe sich aufgrund des Niedriglohnsektors in der Zukunft stark auszuweiten:

«Wer angesichts steigender Zahlen von Minijobbern über 65 reflexhaft massenhafte Altersarmut beklagt, hat zwar ein falsches Bild der heutigen Gesellschaft – nicht jedoch von der in 20 Jahren.» (BeZ 23.8.2011)

«Auch liegt die Armutsquote der heutigen Ruhestandler mit zwei Prozent auf relativ niedrigem Niveau. Viel brisanter droht die Situation der künftigen Rentnergeneration zu werden, die nicht nur die staatlichen Kürzungen mit voller Härte zu spüren bekommt. Die vielzitierten «unsteten

Erwerbsbiografien» mit Zeiten der Selbstständigkeit, der Arbeitslosigkeit oder der geringfügigen Beschäftigung werden bei den Jüngeren die Rentenansprüche deutlich reduzieren. Um Altersarmut in der Zukunft zu verhindern, wird es daher höchste Zeit, dass die Politik konkrete Pläne für eine Sockelrente entwickelt.» (BeZ 6.7.2011)

Zusammen mit den Arbeitsverhältnissen werden als Ursachen der Armut politische Entscheidungen hervorgehoben. Vor allem die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder wird häufig angeführt. Sie wird auch – siehe unter 2.6 Soziale Kluft – als ein wichtiger Grund für die soziale Spaltung der bundesdeutschen Gesellschaft genannt. In die Kritik wird die Berliner Landespolitik einbezogen; dies jedoch seltener als im *Tagesspiegel*.

«Seit den späten 90er Jahren, als die Stadt sich in Arm und Reich zu spalten begann, waren die Sozialdemokraten in der Verantwortung: im Bund, wo man mit den Grünen die angeblich erfolgreichen Hartz-Gesetze schuf, die im Kern die Verlierer der Globalisierung sich selbst überlassen. Und in Berlin, wo die zweifellos notwendige und den Zahlen nach erfolgreiche Haushaltssanierung alle anderen Themen überlagerte.» (BeZ 2.4.2009)

Auch der schwarz-gelben Bundesregierung wird bescheinigt, ihre Entscheidungen hätten eine Schlagseite zugunsten der sozial Schwachen:

«Lediglich den Hartz-IV-Empfängern und anderen Arbeitslosen mutet sie konsequent und entschlossen Einschnitte und Härten zu, die sie gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen komplett vermissen lässt. So richtig spart diese Regierung nur an der Arbeitslosenversicherung und an den Hilfen für Langzeitarbeitslose. Das ist ein Armutszeugnis.» (BeZ 19.4.2011)

Es fällt auf, dass das Armutsthema zwar bei dem Aspekt der Kinderarmut – Stichwort alleinerziehende Mutter –, in Zusammenhang mit der Genderfrage gesehen wird, jedoch werden die unverändert gravierenden Unterschiede in der Bezahlung von Mann und Frau kaum angesprochen. Solche Positionen sind die große Ausnahme:

«Die Alterseinkünfte der Frauen liegen rund 40 Prozent unter denen der Männer [...] in Deutschland liegt der durchschnittliche Stundenlohn für Frauen um 22 Prozent unter dem der Männer – auch für Akademikerinnen. [...] Kein anderes europäisches Land diskriminiert Frauen in dem Ausmaß wie das in Deutschland tagtäglich mit aller Selbstverständlichkeit geschieht.» (BeZ 17.12.2012, Kol)

Auf internationaler Ebene sind es die ökonomisch starken westlichen Länder, die für Armut verantwortlich gemacht werden, und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen leisten sie zu wenig Unterstützung, zum anderen blockieren sie die Entwicklungsmöglichkeiten armer Länder.

«Allein die 49 Staaten, die als die Ärmsten der Armen gelten, brauchen [...] mindestens 88 Milliarden Dollar, um die acht Millenniums-Ziele zu erreichen. Davon sind die Geberländer weit entfernt. Vor allem die Bundesrepublik und die USA sprechen ja gerne von der Wichtigkeit der Millenniums-Ziele, kommen dann ihren Verpflichtungen aber nicht nach.» (BeZ 23.9.2010)

«Statt in die Abwehr der Flüchtlinge sollten die europäischen Regierungen besser in die Beseitigung der Fluchtgründe investieren. Für das menschenunwürdige Abfangen und Abschieben tragen sie ebenso Verantwortung wie für die Motive der verzweifelten Migranten. Wer fischt denn mit riesigen Fangflotten die nordafrikanischen Küsten leer? Wer subventioniert seine Landwirtschaft denn so drastisch, dass afrikanische Erzeugnisse auf den Weltmärkten nicht wettbewerbsfähig sind? Europa, dessen Gier nach Wohlstand entscheidend zu Afrikas Armut und Labilität beiträgt. Dass Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel mit seiner Politik zukünftig vor allem der deutschen Wirtschaft dienen möchte, passt da bestens ins Bild.» (BeZ 6.8.2010, Kol)

Punktuell werden auch andere Wirkungszusammenhänge aufgezeigt, etwa zwischen Lebensmittel- und Klimakrise:

«Wir befinden uns mitten in einer globalen Lebensmittelkrise, die zweite in drei Jahren. Weltweit erreichten Nahrungsmittelpreise, bedingt durch enorme Preisanstiege von Weizen, Mais, Zucker und Öl, im Januar einen Rekord. Das hat die US-Inflation kaum beeinflusst, aber die Folgen für die Armen der Welt sind verheerend. [...] entscheidend ist das Ausmaß, in dem das Wetter die Landwirtschaft gestört hat. [...] Dürre und Flut sind natürliche Folgen einer wärmer werdenden Welt: Dürre weil es heißer wird, Fluten weil warme Ozeane mehr Wasserdampf freigeben.» (BeZ 14.2.2011)

Einer der regelmäßigen Kolumnisten nimmt sich das Deutungsschema vor, das materielle Armut als Entlastung des Gemüts verharmlost:

«Die Idee der ‹glücklichen Armut› ist eine zynische Projektion. Die hierzulande oft geäußerte Meinung, nach der materielle Prosperität eher das Unglücklichsein befördert, ist ein Relikt eines mentalen Postkolonialismus, nach dem die armen Wilden doch bitte tanzen und ökologisch glücklich sein sollen (während man selbst es sich anderweitig gutgehen lässt).» (BeZ 13.8.2010, Kol)

Die Kommentatoren der *Berliner Zeitung* vermeiden Schuldzuweisungen an die Betroffenen ebenso wie – im internationalen Zusammenhang – an betroffene Länder. Sie sprechen im Fall von Armut nicht von individuellem Versagen, sondern von sozialer Benachteiligung.

2.2 Reichtum von Personen und Organisationen

«In Deutschland gibt es fast keine Reichen. Zumindest wenn man den Worten der Reichen selbst glauben schen-

ken wollte. So sagte vor einer Weile Fürstin Gloria von Thurn und Taxis, deren Vermögen auf 500 Millionen Euro geschätzt wird: ‹Wir sind absoluter Mittelstand.›» (BeZ 6.8.2012)

Bis vor Kurzem gab es auch keine Reichen, zumindest kein Problem mit ihnen, wenn man den Kommentarspalten glaubte. Die Reichtumsthematik hatte in den Meinungsspalten der *Berliner Zeitung* Seltenheitswert, gewinnt aber seit 2010 nach und nach an Aufmerksamkeit. Was die *Berliner Zeitung* noch unlängst selbst unterließ, das wirft sie dem Staat vor: Er kümmerere sich zu wenig um die Transparenz des Reichtums.

«Der Staat strengt sich wahrlich nicht besonders an, viel über die Vermögenden zu erfahren. Davon zeugt auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der sich auf 216 Seiten mit den Armen befasst – und auf ganzen zehn Seiten mit den Reichen. Generell gilt: Bei Hartz-IV-Empfängern kontrolliert man jede Ausgabe auf den Cent genau, bei den Wohlhabenden schaut man lieber nicht so genau, wohin die Millionen wandern – etwa in die schöne Schweiz.» (BeZ 1.2.2010)

Das inhaltliche Profil der Kommentare ist eindeutig bis einseitig. Dass negative Aspekte des Reichtums im Vordergrund stehen, wäre untertrieben, denn positive kommen nicht vor. Die große Erbschaft – also wenn nicht die Leistung, sondern «das richtige Blut wohlhabend macht» (BeZ 16.6.2011) – wird scharf und wiederholt attackiert.

«Die Bundesbürger werden in den kommenden zehn Jahren die gewaltige Summe von 2,6 Billionen Euro vererben. Ein Großteil davon wird allerdings auf nur einige wenige entfallen. Diese Millionen- oder gar Milliarden erben werden die Hände in den Schoß legen und das süße Leben genießen können – nicht etwa, weil sie es sich durch harte Arbeit verdient hätten, sondern nur deshalb, weil sie das Glück hatten, in eine reiche Familie hineingeboren zu sein. Ein solches Maß an sozialer Ungerechtigkeit kann auf Dauer für eine Gesellschaft nicht gesund sein.» (BeZ 16.6.2011)

«Die Überzeugung, gesellschaftlicher Reichtum solle sich nicht auf Grund von Standesprivilegien, sondern nach individueller Leistung verteilen, ist zwar bis heute ungebrochen. Doch scheint sich andererseits niemand daran zu stören, dass ausgerechnet derjenige den größten Gewinn erwarten darf, der in aller Regel nicht einen Handschlag dazu beigetragen hat – der Erbe. Mit ihm verglichen ist der Zocker in der Spielbank eine solide Figur, denn immerhin setzt der sein eigenes Vermögen ein. [...] Der Erbe hingegen streicht den Lebensertrag des Erblassers ein, mühelos, von der Gesellschaft respektiert und vom Fiskus mit Nachsicht behandelt.» (BeZ 8.11.2008)

Werden Eigenschaften der Reichen angesprochen, sind es Gier und Egoismus.

«Bernard Madoff [ehemaliger Finanz- und Börsenmakler; at/sto] hat sich an ihnen bereichert, aber dass er sich bereichern konnte, lag an den fantastischen Gewinnerwartungen der Geldgeber, zumeist Reiche, die superreich, und Superreiche, die supersuperreich werden wollten. Sie wurden nicht nur Opfer von Madoffs krimineller Energie, sondern auch ihrer eigenen Habgier. Sie sind Madoff in die Hände gefallen, aber zuvor haben sie sich ihm in die Arme geworfen – ihrem Bruder Madoff.» (BeZ 30.6.2009)

«Sie empören sich lautstark über die Idee, dass sie ein bisschen mehr Steuern zahlen sollen. Seit Barack Obama US-Präsident ist, wächst der Zorn der Reichen. [...] Und unter den Superreichen macht sich eine aggressive Anspruchshaltung breit: Es ist unser Geld, es steht uns zu.» (BeZ 27.9.2010, Kol)

«Es kann doch kein zivilisierter Mensch ernsthaft von sich behaupten, zivilisiert zu sein, wenn er seine Kröten faltet und mit Schweißflecken unter dem Arm, über irgendwelche Grenzen fährt. Wie unkultiviert. Mit Dior parfümiert und Chanel-Nagellack auf den Fingern mit erhobenen Händen aus der Karre aussteigen und mit zittriger Stimme wimmern, «Monsieur, je ne sais pas quelque chose. Diese 300.000 Euro in meinem Strapsstrumpf stammen nicht von mir, oh non!»» (BeZ 17.8.2012, Kol)

«Tatsächlich stellt sich auch das Charakterproblem. Viel Geld macht Menschen meistens mieser. [...] Im Experiment fanden sie [US-Wissenschaftler; at/sto], dass Reiche häufiger lügen und betrügen als die Restmenschheit, Papier im Büro klauen und zuviel gezahltes Wechselgeld kalt lächelnd einstecken. Mit ihren Protzkarossen nehmen sie anderen gern die Vorfahrt und bremsen selten für Fußgänger.» (BeZ 12.3.2012, Kol)

Zwar bleibt kein gutes Haar an den Reichen, aber in drei Beiträgen wird eine solche Position problematisiert:

«... die schwarz-gelben Meinungsmacher werden der Verteilungsfrage nicht mehr lange begegnen können, indem sie das Gemälde vom wohlthätigen Unternehmer malen. Zu groß sind die Lasten der Euro- und Bankenkrise. Und umgekehrt hilft es nicht weiter, wenn SPD, Grüne oder Linke «die Reichen» einfach als Negativ-Mythos pflegen.» (BeZ 28.12.2012)

«An allem sind sowieso die Millionäre schuld. Bald werden wir uns alle gegenseitig ins Wort fallen mit der extremen Beleidigung: SIE MILLIONÄR!... Ressentiments, die man gegen «die Reichen» mobilisiert, kann man in der nächsten Debatte problemlos gegen Asylbewerber, Ausländer und Hartz-IV-Empfänger verwenden.» (BeZ 14.11.2012, Kol)

«Dass die Reichen Schweine sind, wusste ich schon, als ich als junger Student zu denen gehörte, die immer recht hatten, weil sie gegen «das System» waren. Der Unterschied zu damals ist: Heute ist das Common Sense. Frau Wagen-

knecht und Herr Müller von unten am Kiosk, meine Mutter und der nette Nerd von nebenan, der rund um die Uhr bloggt, dass Bonzen und Banker unsere Welt kaputtmachen. Alle sind sich einig. Die Sozialdebatte rotiert auf Dieter-Bohlen-Niveau.» (BeZ 9.8.2012, Kol)

Der «organisierte Reichtum» des Finanzsystems, der nationale wie der internationale, wird ebenfalls ausschließlich in negativen Kontexten beschrieben.

«Die Deutsche Bank ist Mitglied im globalen Kartell der Zockerbuden – auf Augenhöhe mit Goldman Sachs oder JP Morgan Chase – [...] diese Bank hat eine Bilanzsumme von 1,9 Billionen Euro, was fast der gesamten Wirtschaftsleistung der Republik entspricht. Dieses Risiko liegt bald in den Händen eines Händlers [Deutsche Bank-Chef Anshu Jain; at/asto].» (BeZ 27.7.11)

«Doch um noch einmal unfein zu werden und Schmidt zu zitieren: Er teile die Menschheit gern in drei Kategorien, schreibt er. In die normalen Menschen (98 Prozent), in die Kriminellen, die vor Gericht gehörten, und in Investmentbanker. «Dabei ist das Wort Investmentbanker nur ein Synonym für den Typus Finanzmanager, der uns alle, fast die ganze Welt, in die Scheiße geritten hat und jetzt schon wieder dabei ist, alles wieder genauso zu machen, wie er es bis zum Jahre 2007 gemacht hat.» Das ist ein wenig undifferenziert, doch es trifft den Kern.» (BeZ 27.7.11)

Dagegen bleibt der Reichtum der Wirtschaftsunternehmen als ein selbstverständliches ökonomisches Phänomen im Wesentlichen unkommentiert. Unter den Aspekten Gewinne und Investitionen kommt er in Meinungsbeiträgen gelegentlich vor.

Der politische Einfluss des «großen Geldes» wird einerseits an den systemischen Risiken festgemacht, welche die Politik zum Handeln zwingen, andererseits, aber dies nur als seltene Randbemerkung, an direkter Intervention.

«Dass die Staatsgewalt von Ratingagenturen oder Hedgefonds ausgeht, ist nicht vorgesehen. Und doch bestimmen «die Märkte», was die Parlamente zu beschließen haben: Kapitalspritzen für Banken, Milliardenhilfen für Staaten, Schuldenschnitt, Schuldenbremse. Die Krisenmanager selbst fragen sich, welche Krise sie da eigentlich bekämpfen: eine Euro-Krise, eine Schuldenkrise, eine Bankenkrise, eine Vertrauenskrise, eine Krise des Kapitalismus? Letztlich: eine Krise der Demokratie? (BeZ 31.12.2011)

«Reiche haben mehr Einfluss als Sie und ich. Sie entfalten Druck auf Politiker, die viel Zeit mit Reichen verbringen.» (BeZ 27.9.2010)

Nur ausnahmsweise, dann freilich auf hohem Erklärungsniveau, wird das Funktionieren des Finanzsystems analysiert und die Beschaffenheit des hier operierenden Reichtums transparent gemacht. Die Finanzkrise ab 2008 habe es gezeigt:

«Was Sparer auf ihren Konten, Anleger in ihren Wertpapier-Depots und Banken auf ihrer Haben-Seite als Vermögen verbuchen, das sind nichts anderes als Schulden anderer. Der finanzielle Reichtum der Welt (allein Privatanleger verfügen über 220 Billionen Dollar) besteht aus Aktien, Anleihen, Lebensversicherungen, Sparguthaben – also aus Zahlungsansprüchen, die so lange Wert haben, wie sie bedient werden. Werden sie nicht bedient oder kommen Zweifel am Schuldner auf, lösen sich die Werte in Luft auf, seien es US-Hypothekenscheine oder Griechen-Anleihen. Der finanzielle Reichtum der Welt besteht also aus materialisierten Erwartungen, aus antizipierten Renditen, die zwar erst in Zukunft anfallen, aber heute schon als Guthaben existieren. Er ist damit eine gigantische Spekulation auf künftige Erträge, ein Vorgriff auf noch zu produzierendes Wachstum. Man kann es auch so ausdrücken: Als Wert gilt heute nicht das, was produziert worden ist, sondern das, was noch produziert werden soll. Das an den Finanzmärkten gehandelte Vermögen beruht also auf Erwartungen. Daher können Milliardensummen einfach platzen.» (BeZ 12.6.2012)

Konfrontiert wird der Reichtum der Privaten häufig mit den Schulden der öffentlichen Hand.

«Der Banken-Bundesverband rief uns dieser Tage zu: Deutschlands Privatvermögen summierte sich auf rund zehn Billionen Euro (nur Geld und Immobilien, ohne Autos, Wohnungseinrichtungen, Kunst, Schmuck). Selbst netto blieb zufällig ziemlich genau der Gesamtschuldenbetrag der 17 Euro-Staaten übrig: 8,2 Billionen Euro.» (BeZ 12.3.2012)

«Nicht die Deutschen sind verarmt, sondern ihr Staat. Seit der Wiedervereinigung sind die Geldvermögen der Deutschen von rund 1.800 Milliarden Euro auf 4.000 Milliarden Euro gestiegen. Die Staatsverschuldung hat sich in die andere Richtung entwickelt: Sie ist von 600 Milliarden auf 2.000 Milliarden geschnellt.» (BeZ 27.8.2011)

Daraus wird die Notwendigkeit höherer Steuern für die Reichen abgeleitet. Reichwerden oder Reichsein wird in den Kommentaren der *Berliner Zeitung* nie mit Leistungen der reichen Personen oder Organisationen in Zusammenhang gebracht. Das Entstehen von Reichtum wird eigentlich nur im Kontext Erbe oder Spekulation angesprochen. Die Verwendung von Reichtum wird ebenfalls nur dann erwähnt, wenn Kritik angebracht ist wie bei Steuerflucht. In einem einzigen Fall wird formuliert,

«natürlich gibt es in Deutschland viele Reiche, die Gutes tun» (BeZ 19.9.2012),

aber nur um anschließend mit glaubwürdigem Nachdruck Umverteilung von oben nach unten zu fordern zu können. Regelmäßig hervorgehoben wird, sogar mit identischer Formulierung,

«dass ausgerechnet derjenige den größten Gewinn erwarten darf, der in aller Regel nicht einen Handschlag dazu beigetragen hat – der Erbe». (BeZ 19.9.2012)

2.3 Öffentliche Finanzen

Die Staatsschulden werden im Themenspektrum Armut–Reichtum in der *Berliner Zeitung* nicht so häufig kommentiert wie in einigen anderen Medien. Es ist nicht auszuschließen, dass bei diesem Befund der abweichende Modus der Materialrecherche eine Rolle spielt; das Suchwort Schulden wurde nicht benutzt. Aber es kann sich nicht gravierend auswirken, weil auch bei den anderen Medien Kommentare zu «Schulden» und «Steuern» nur dann in das Untersuchungsmaterial aufgenommen wurden, wenn sie im Themenkreis Armut und Reichtum angesiedelt waren; die inhaltliche Akzentsetzung der *Berliner Zeitung* spricht zusätzlich dafür, dass Staatsschulden nicht in derselben Weise als großes Aufregertema gesehen werden wie in anderen Redaktionen.

Schulden werden nicht verniedlicht, ihre Problematik wird angesprochen, aber nicht oft und nicht dramatisierend oder gar skandalisierend.

«Manchmal müssen Schulden sein. Niemand weiß das besser und niemand bedauert es mehr als ein Finanzminister, der schon qua Amt gegen Schulden zu sein hat. Sie belasten kommende Generationen, kosten wegen der Zinsen viel Geld und ruinieren den Ruf. Das gilt für Staaten wie für Bürger.» (BeZ 17.1.2009)

Staatsschulden werden normalerweise entweder als Resultat von Sachzwängen gesehen, die vor allem die Finanzwirtschaft zu verantworten hat, oder als eine Folge zu niedriger Besteuerung großer Einkommen und Vermögen.

«Die Euro-Länder haben Staatsschulden in Höhe von rund neun Billionen Euro. Diese Schulden werden bedient – indem neue Schulden aufgenommen werden. Die Schuld wird nie gänzlich abbezahlt. Daran hätten die Gläubiger auch kein Interesse. Denn staatliche Schuldscheine sind ihr Kapital, ihre Geldanlage, an der sie verdienen. Gäbe es keine Staatsschulden, gäbe es keine Staatsanleihen, und die Finanzinvestoren wüssten nicht, wohin mit ihrem Geld.» (BeZ 30.12.2012)

«Die in der Krise zur Rettung von Banken und Unternehmen aufgenommenen Milliarden-Schulden werden die Haushalte noch Jahrzehnte belasten und Steuer- oder Abgabensenkungen auf absehbare Zeit unmöglich machen. Es ist daher konsequent, auch die besonders Vermögenden zur Kasse zu bitten, um die Krisenlasten zu mildern.» (BeZ 13.1.2011)

«Um der Euro-Krise Herr zu werden, wurde ein Billionen-Schirm aufgespannt, Staaten wurden zu nie gesehenen Sparprogrammen gezwungen, Hunderttausende Beamte entlassen, Löhne flächendeckend gedrückt, demokratische Spielregeln außer Kraft gesetzt und europaweite Schuldenbremsen eingeführt.» (BeZ 12.6.2012)

Während in anderen Medien Sparen als einzig mögliche und dringend gebotene Antwort auf die Schulden immer wieder angemahnt wird, gerade auch mit Blick

auf die Euro-Krise, kritisieren Kommentare der *Berliner Zeitung* den

«ökonomischen Widersinn des Auspressens und Kaputtsparens: [...] Die Art und Weise, wie die Staatsschuldenkrise gelöst werden soll, ist gescheitert. Nationale Demokratien halten den eingeschlagenen Weg nicht aus. Während im Norden die Bereitschaft schwindet, mittels neuer Kredite zu helfen, nationalistische Parteien triumphale Wahlerfolge erzielen, stürzen in den Schuldnerländern die Regierungen über die Sparpakete.» (BeZ 11.6.2011)

Staatsschulden werden in den Kommentaren nicht als politische Vergeudung, als bequemer Finanzierungsweg überflüssiger Wohltaten dargestellt; einige Ausnahmen siehe unter 2.5 Sozialstaat. Sie werden vielmehr als eine Folge unzureichender Besteuerung großer Vermögen und hoher Einkommen gedeutet. In den Staatsschulden komme öffentliche Armut zum Ausdruck, der nicht mit Sozialabbau, sondern mit Steueraufbau zu begegnen sei.

2.4 Steuerstaat

Der Ruf nach höheren Steuern für große Einkommen und Vermögen dominiert die Meinungsbeiträge zur Frage des Steueraufkommens. So lässt sich die Positionierung zusammenfassen:

Die Einzigen, die sich im deutschen Steuersystem noch «wohlfühlen, sind die Wohlhabenden, die sich mit teurer professioneller Hilfe armrechnen, während Krankenschwester und Facharbeiter als ehrliche Zahler die Dummen sind». Verlangt wird ein «modernes, transparentes, faires, plausibles Steuersystem», eines, «das die Schwächeren weniger oder gar nicht belastet, die Starken dafür umso stärker, und eines, das dem Staat zugesteht, was er für den Betrieb der Gesellschaft braucht» (BeZ 29.6.2011).

Einige charakteristische Passagen aus verschiedenen Jahren:

«Her mit höheren Spitzensteuern! Her mit einer Vermögenssteuer! Her mit einer Vermögensabgabe! Es ist höchste Zeit, dass in Deutschland von oben nach unten und nicht von unten nach oben umverteilt wird. [...] Dass nämlich die Anhäufung immer größerer Privatvermögen bei gleichzeitiger Verelendung der Armen und der öffentlichen Haushalte schlicht pervers ist.» (BeZ 19.9.2012)

«Noch mal ein kurzer Blick auf die wenigen wirklich Reichen. Das DIW hat einmal die Steuerlast der 450 reichsten Deutschen untersucht, die 2002 im Durchschnitt jeweils 22 Millionen Euro an Einkünften erzielten. Das erstaunliche Ergebnis: Selbst diese Superreichen zahlten durchschnittlich nur 34 Prozent an Einkommensteuern – und damit deutlich weniger als den gesetzlichen Steuersatz. Da müsste sich doch etwas machen lassen.» (BeZ 6.8.2012)

«Gerade einmal 2,3 Prozent des deutschen Steueraufkommens stammten 2008 aus Vermögen. Zum Vergleich: Die

USA und Großbritannien erzielen durch Steuern auf Vermögen 12,1 und 11,6 Prozent ihrer Staatseinnahmen. Zuletzt hat Deutschland gar den Grundsatz aufgegeben, Einkommen jeder Art gleich zu besteuern. Anfang 2009 wurde mit der Abgeltungssteuer eine einheitliche Steuer von 25 Prozent auf Vermögenseinkünfte eingeführt.» (BeZ 27.8.2011)

«Es ist jedenfalls Zeit für die Vermögenssteuer. Und die Politik sollte endlich auf das Angebot vieler Reicher eingehen, mehr Steuern zahlen zu wollen. Mit oder ohne Gesetz. Dieser Weg ist allemal besser, als dass die Millionäre das Geld nach ihren ganz persönlichen Vorlieben und Interessen streuen.» (BeZ 3.9.2010)

«Deutschland würde nicht sozialistisch, wenn es sich der Gemeinwohlverantwortung des Vermögens etwas intensiver erinnerte. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Jahr 2002 ergab: Fasst man Grundsteuern, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbssteuer und Vermögenssteuer zusammen, ergab sich für das Jahr 1999, dass Großbritannien mit einem Anteil von 3,9 Prozent am Bruttoinlandsprodukt vorne lag, gefolgt von den USA mit 3,4 Prozent, Frankreich mit 3,2 Prozent und Japan mit 2,9 Prozent. Die damals 15 Staaten der Europäischen Union brachten es auf einen Durchschnitt von 2 Prozent. Ganz hinten lag die Bundesrepublik mit 0,9 Prozent.» (BeZ 8.11.2008)

Dass die Leistungsfähigkeit des Staates davon abhängt, über ausreichende finanzielle Ressourcen zu verfügen, zum Beispiel auch, um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vernünftig bezahlen können, wird offensiv vertreten:

«Dass wir Müllwerker und Erzieherinnen schlecht bezahlen, ist kein Naturgesetz. Es gehört zum Politikmodell des armen Staates. Es ist insofern, leider, systemrelevant. So systemrelevant wie die Rettung unserer Banken. Und so systemrelevant wie ein Aufschwung, den die am schlechtestverdienenden zehn Prozent mit einem stetigen Rückgang ihrer Realeinkommen bezahlen.» (BeZ 2.3.2012)

Die bekannte Staatskritik, dass er zu viel nimmt und zu wenig oder Überflüssiges gibt, findet sich in den Meinungsbeiträgen der *Berliner Zeitung* nicht. Sie verteidigen die Notwendigkeit staatlicher Leistungen für die Wohlfahrt der Gesellschaft und sehen insgesamt einen höheren Bedarf an öffentlichen Investitionen. Dieser könne wegen der unzureichenden Besteuerung der «starken Schultern» nicht erfüllt werden.

2.5 Sozialstaat und Sozialarbeit

Die Darstellungen des Sozialstaats und der Sozialarbeit haben nicht die Einheitlichkeit der bisher vorgestellten Einzelpunkte. Aber es sind unaufgeregte Differenzen. Eine «große Sozialstaatsdebatte» wird in den Kommentaren nicht geführt. Die Brisanz der Agenda 2010 und früherer Konflikte um die Sozialabgaben und -ausgaben sind im Untersuchungszeitraum ausgeklungen.

Einerseits werden Notwendigkeit und Nutzen des Sozialstaates bekräftigt:

«Wenn man dem jüngsten Armutsbericht der Bundesregierung überhaupt etwas Positives abgewinnen kann, dann ist es vielleicht noch dieses: Entgegen allen Unkenrufen, Beschwörungen und gezielter politischer Polemik ist der Sozialstaat nicht am Ende, sondern er funktioniert. Es ist schlimm genug, dass jeder Achte in Deutschland in Armut leben muss. Aber gäbe es nicht diverse staatliche Hilfen, dann müsste jeder Vierte als arm bezeichnet werden – und zwar in einem der reichsten Länder Europas. Das bedeutet, dass die Sozialtransfers auch wirken und zumindest in diesen Fällen auch bei den Richtigen, bei den Hilfsbedürftigen, ankommen. Das ist nicht wenig.» (BeZ 20.5.2008)

Deshalb wird die politische Praxis kritisiert,

«den (Sozial-)Staat einerseits arm zu halten durch Schonung der Leistungsfähigsten in der Steuerpolitik – und ihn andererseits auf Kosten seiner Leistungen zu sanieren.» (BeZ 15.8.2012)

Andererseits wird die «Armutindustrie» problematisiert und vor allem auf europäischer Ebene die Kostenfrage aufgeworfen. Die Berliner Verhältnisse geraten unter dem Aspekt der Kommerzialisierung der Sozialarbeit ins Visier.

«2,2 Milliarden Euro zahlt das Land pro Jahr für Soziales, hinzu kommt Geld aus dem europäischen Sozialfonds und vom Jobcenter. Selbst Experten blicken kaum durch, was mit dem öffentlichen Geld geschieht, wie effizient sein Einsatz ist. Seit 15 Jahren überlässt der Staat die Verwaltung der Armut privaten Trägern, seither wuchert der Wildwuchs. Der Staat zog sich aus dem Sozialbereich zurück, ohne die Qualifikation der Träger, oft ehrenamtliche Vereine, sicherzustellen. [...] So ist mit Duldung des Senats eine Armutindustrie entstanden, die nur auf Eigenerhalt aus ist. [...] Ungern wird diskutiert, ob es eine Abhängigkeit von staatlichen Hilfen gibt, ob die Sozialpolitik eher lähmt als befähigt. Die Armutindustrie hat ja auch kein Interesse an der Abschaffung der Armut.» (BeZ 26.3.2010)

Als sich herausstellt, dass eine viel zitierte Statistik über Kinderarmut die Lage zu negativ gezeichnet hat, nimmt das auch die *Berliner Zeitung* zum Anlass, um die politische Instrumentalisierung des Themas Kinderarmut zu verurteilen:

«Aber diejenigen, die mit der moralischen Keule Kinderarmut Politik gemacht haben, müssen jetzt innehalten. Denen sei gesagt: Arme dürfen niemals Geiseln politischer Parteien sein. Parteien ihrerseits aber dürfen sich auch nicht von angeblich dramatischem Zahlenmaterial erpressen lassen. Es ist genauso unanständig, mit der angeblich dramatischen Kinderarmut Wahlkampf zu machen wie mit der «spätromischen Dekadenz.» (BeZ 7.5.2011, Kol)

Auf der europäischen Ebene werden vor dem Hintergrund der Euro-Krise Töne angeschlagen, die bezogen auf Deutschland in den Kommentaren nicht zu hören sind.

«Zuerst nannte man die Euro-Krise eine Banken-Krise. Dann redete man sich ein, irgendwelche Finanzgespenster wollten den Kontinent ins Unglück stürzen. Mittlerweile heißt das Problem etwas genauer Staatsschuldenkrise. Allerdings wird auch mit dieser Formel die Antwort auf die Frage vermieden, woher die dramatisch überhöhten Schulden kommen. Politiker türmten sie nicht auf, um Bankern und Kapitalisten das Maul zu stopfen, sondern um Millionen einfachen Leuten das Leben zu versüßen, um ihnen die Härten der Anpassung zu ersparen, die ein global gewordener Wettbewerb erfordern würde. Es sind die sozialen Wohltaten, aus denen die Schulden hauptsächlich rühren, längst nicht mehr Militärausgaben oder Wirtschaftssubventionen.» (BeZ 3.7.2012)

«Mindestens ebenso wichtig wäre es, endlich die Sozialpolitik zum europäischen Thema zu machen. Die griechische Tragödie wurde ja nicht zuletzt ausgelöst von den untragbaren Kosten überdimensionierter sozialer Sicherungssysteme. [...] Gemeinsame Antworten werden zwar unbequem sein und in Leistungskürzung bestehen; dringend nötig sind sie dennoch.» (BeZ 27.3.2010)

«Die Finanzkrisen in Griechenland und Spanien sollten zu denken geben. Sie beruhen auch auf fantastisch verkürzten Lebensarbeitszeiten und überhöhten Ruhegeldern.» (BeZ 31.8.2010, Kol)

Nur dieses eine Mal wird eine solche Dimension der Sozialstaatsdebatte aufgezeigt:

«Sozialleistungen sind weltweit derart ungleich verteilt, dass nur hartherzige Imperialisten, nationalistische Gewerkschaftsfunktionäre und Liebhaber der Kreuzschiffahrt darüber hinwegsehen: Die Europäer stellen 7,5 Prozent der Weltbevölkerung und verbuttern 50 Prozent sämtlicher Sozialleistungen, die auf dem Globus ausgeschüttet werden.» (BeZ 17.12.2012, Kol)

Dem Sozialstaat bescheinigen die Kommentare, seiner Auffangfunktion gerecht zu werden. Er bewahre vor dem völligen sozialen Absturz und Sorge so dafür, dass die Betroffenen Boden unter den Füßen behalten. Von daher trage er eindeutig zu deren Befähigung bei. Andeutungen in Richtung «Hängematte» kommen für die Redaktion nicht in Frage, hingegen kritische Hinweise auf eine sich selbst erhaltende «Armutindustrie» und mit Blick auf Europa eine Problematisierung der Sozialkosten durchaus.

2.6 Soziale Kluft

Zu den unverrückbaren Diagnosen der Kommentare gehört, dass die soziale Schere sich öffnet, die soziale Kluft breiter und tiefer wird.

«Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Das sagt der neue Armuts- und Reichtumsbericht. Das sagte auch der davor und der davor und der ... Dennoch tun wir so, als wären wir sehr überrascht. Als hätte die Arbeit des Gesetzgebers in den letzten Jahrzehnten nicht darin bestanden, Vermögen umzuschichten. Von unten nach oben.» (24.9.2012)

«Vorbei die Zeit, da die Formel vom nivellierten Mittelstand, die der Soziologe Schelsky ermittelt hatte, auch dem Lebensgefühl der Menschen entsprach. Dass die Reichen reicher und die Armen dauerhaft in prekäre Lebenslagen abgedrängt werden, war zuletzt sogar der Tenor eines Berichts der Bundesregierung. Sekundiert wird die Botschaft von beinahe wöchentlich erscheinenden Studien über die Öffnung der sozialen Schere.» (BeZ 25.10.2012)

Sehr intensiv setzen sich die Meinungsbeiträge mit den gesellschaftspolitischen Risiken auseinander, die sie im Auseinanderdriften von Arm und Reich sehen. Die Interpretation von Protesten und Krawallen steht im Zentrum mehrerer Kommentare. Die Antwort auf die Alternative, die so formuliert wird, ist eindeutig:

«Die einen sagen, die Unruhen kommen von der strukturellen Unterdrückung der Working Class. Deshalb müsse der Staat viel mehr für sie sorgen. Die anderen finden, der Staat produziere durch das Sozialsystem ein Anspruchsdenken der Armen ohne Bereitschaft zu Gegenleistung. Deshalb müsse man die Leute zur Strafe aus den Sozialwohnungen schmeißen, ins Gefängnis stecken, um ihnen wieder Anstand und Moral beizubringen.» (BeZ 18.8.2011)

Ob in Tunesien, Tel Aviv, Tottenham, der Bundesrepublik oder der Bundeshauptstadt, dass die sozialen Verlierer Opfer sind, die sich wehren – wenn auch nicht immer auf vertretbare Weise – durchzieht die Kommentare als Grundlinie. Eine Auswahl:

«Wir sollten aufhören, die einen mit Begriffen wie Plünderer und Randalierer zu entpolitisieren, während die anderen einer Demokratiebewegung zugeordnet werden, wo vielleicht sozioökonomische Aspekte im Vordergrund stehen. Was alle miteinander eint, ist, dass ihr Zorn und ihre Wut über drohende oder tatsächliche Armut sie unfrei macht. Wir müssen auch über Rassismus und Ausgrenzung reden. Es geht immer um Freiheit. Es geht darum, dass die Menschen auf der ganzen Welt sehen, dass die einen vermögender, gebildeter und freier werden und die anderen unfreier.» (BeZ 13.8.2011, Kol)

Tottenham: «Armut ist keine hinreichende Begründung, schon gar keine Entschuldigung für wilden Aufruhr, der die Anwohner der betroffenen Stadtteile verängstigt und zuallererst sie schädigt. Ein Ansatz zur Erklärung ist sie gleichwohl. In einer Phase wachsender ökonomischer Verunsicherung und drohender radikaler Sparpolitik erlebt die britische Gesellschaft nun, am unterprivilegierten und wohl oft auch kriminellen Rand, die Folgen ihrer jahrelangen Po-

litik der Verdrängung, Vernachlässigung und Dissoziation.» (BeZ 9.8.2011)

Bundesrepublik: «Der vielleicht erschreckendste Befund: Die Armut schrumpft nicht, wenn die Wirtschaft wächst. Sie hat sich «verfestigt», sagen die Autoren des Berichts. Es hat sich seit Kohl und Schröder eingebürgert, dies wie ein Naturgesetz hinzunehmen und Gegenmittel wie Mindestlöhne höchstens homöopathisch einzusetzen. Muss es wirklich in Dortmund oder Leipzig brennen wie in London, bis dieser zynische Umgang mit der sozialen Frage ein Ende hat?» (BeZ 22.12.2011)

Berlin: «Jetzt wird offenbar, was das besinnungslose Kürzen, der Verkauf landeseigener Wohnungen, die skandalös schlechte Arbeit der Jobcenter, die viel zu spät begonnene Schulreform gebracht haben: eine Sortierung der Stadt in Menschen, die an Arbeit und Sozialleben teilhaben, und in die anderen, die da unten – 700.000 Hilfeempfänger. Damit ist Berlin die deutsche Metropole der Armut, die Hauptstadt der Segregation. Der Befund ist schlimm. Schlimmer noch ist, dass der Senat dagegen keinen schlüssigen Plan hat. Mehr Geld hilft nicht, heißt es. Aber was dann?» (BeZ 2.4.2009)

Der Kolumnist Matthias Horx setzt wiederholt andere Akzente, die – unausgesprochen, aber eindeutig – die anderen Kommentare als eine Art «Lobbyismus der Angst» charakterisieren und mit Bezeichnungen wie «Katastro-Branding» die Sozialkritik als Inszenierung einstufen.

«Nun wird vom Boulevard ein Katastro-Branding fabriziert – also ein Wort erfunden, das etwa so klingt wie «Schweinegrille» oder «Waldsterben». In diesem Fall: «Statuspanik». Im Finale fackeln die Anne Wills und Plasbergs das Thema unter Talkshow-Titeln wie «Verarmt und total fertig» oder «Hartz für alle – Ende des Wohlstandes!» ab. Nein, leider kein Titanic-Titelbild. Sondern das Standard-Niveau unserer Zukunftsdebatten.» (BeZ 18.6.2010, Kol)

«Sie [Anne Will; at/sto] machte aus einem der klassischen Sozialdrama namens «Tatort» (die gleiche Handlung wie meist: Arme Leute werden vom Kapitalismus unterdrückt, vom Staat im Stich gelassen, Reiche sind korrupte Schweine) einen echten Talk-Streit. Titel: «Arm bleibt arm, reich bleibt reich – sozialer Aufstieg ein Märchen?» [...] Aber allmählich wird klar, das es sich um eine schlichte Angst-Erregungs-Industrie handelt, die nach Belieben Befürchtungen ausbeutet.» (BeZ 15.4.2011, Kol)

«So wird in den Köpfen das Bild einer Klassengesellschaft zementiert, die längst nicht mehr der Wirklichkeit entspricht. In einer differenzierten Gesellschaft gibt es wohlhabende Menschen, die von wenig Geld leben – zum Beispiel Studenten, Künstler, Kreative. Es gibt Reiche mit erheblichem sozialen Engagement. Mehr als das Einkommen entscheiden Bildung und soziale Kompetenzen über Zukunftschancen. Dass Bürger mit einer längeren Berufsexistenz

tatsächlich dauerhaft in Armut abrutschen, kommt nach allen Erkenntnissen der Armutsforschung nur selten vor. Den Lobbyisten der Angst ist das schnurzegal.» (BeZ 18.6.2010)

Während Matthias Horx die Diagnose «Statuspanik» als Panikmache einstuft, nehmen andere Kommentare der Redaktion eine drastisch veränderte soziale Stimmung wahr, die reale Verschlechterungen der sozialen Lage spiegelt.

«Es ist zwar gewiss richtig, dass die deutsche Sozialstaats-tradition die brutale Deklassierung der Unterschicht, umgeben von strahlendem Reichtum im nächsten oder übernächsten Wohnviertel, bisher verhindert hat. Aber leider, das verschweigt der optimistische Minister [Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, CSU; at/sto], haben wir längst unruhlich aufgeholt. Einkommens- und Vermögensunterschiede sind gewachsen und nicht gesunken, auch in Deutschland. Die einst von Kanzler Gerhard Schröder ausdrücklich gewünschte Einführung eines Niedriglohnssektors ist auf erschreckende Weise gelungen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich als Zweiklassen-Gesellschaft aus Chancenreichen, die von guter Konjunktur profitieren, und Chancenarmen, deren persönliche und soziale Verhältnisse eine gelingende Integration illusorisch erscheinen lassen.» (BeZ 11.8.2011)

«Das Problem der sich ausbreitenden Armut und Hoffnungslosigkeit in Deutschland hat die Wahrnehmung des Wohlfahrtsstaates verändert. Es ist also nicht die derzeitige Finanzkrise, die hierzulande die Menschen verunsichert. Es ist die Tatsache, dass die deutsche Politik den Bürgern schon seit Langem die Sicherheiten nimmt, auf die sie jahrzehntelang vertraut haben. Das geht einher mit jahrelangen Verlusten bei den Reallöhnen, einem Arbeitsmarkt, der immer öfter Zeitarbeitsjobs statt Lebensarbeitsverhältnisse anbietet, einem kalten neoliberalen Diskurs der Eliten.» (BeZ 16.10.2008)

Als Bilanz wird bekräftigt, dass es nicht nur um große soziale Unterschiede geht, sondern dass sich soziale Lagen zementieren, also Schichtung zu einem bundesdeutschen Kennzeichen geworden ist.

«Im Jahr 2011 ging in Deutschland der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung zurück... Rund 7,3 Millionen Menschen bezogen Transferleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Das sind 8,9 Prozent der Bevölkerung, wie das Statistische Bundesamt soeben mitgeteilt hat. Das ist der niedrigste Wert seit der erstmaligen Ermittlung dieser Zahlen im Jahr 2006. Man kann das als Ergebnis einer stabilen Wirtschaftsentwicklung deuten und einmal mehr die Geschichte erzählen, wie gut Deutschland durch die Krise gekommen ist. Man kann die Zahl aber auch als eher trauriges Ergebnis einer zunehmenden Verfestigung von Transfereinkommen betrachten.» (BeZ 7.11.2012)

«Am Ost-West-Gefälle wird sich dennoch nichts ändern, weil Armut und Reichtum sich reproduzieren.» (BeZ 25.5.12)

«Der Zugang zum Club der Vermögenden wird inzwischen weitgehend über die Geburtenlotterie vergeben.» (BeZ 27.8.2011)

Deutungsdifferenzen zeigen sich auch in den Kommentaren zur internationalen Entwicklung, die einen heben Fortschritte hervor, andere betonen die Katastrophendimension und kritisieren die mangelnde Bereitschaft der wirtschaftlich starken Nationen, zur Abhilfe beizutragen.

«In 80 Prozent aller armen Länder der Erde hat sich in den vergangenen zehn Jahren die Lage verbessert. Die Geburtenrate sinkt in den meisten Entwicklungsländern schnell und nachhaltig – auch in islamischen. Die Bildungspotenziale verbessern sich selbst in den ärmsten der armen Nationen.» (BeZ 24.9.2010)

«Die Zahl der weltweit Unterernährten ist wieder über eine Milliarde Menschen gestiegen. Grund ist keine physische Knappheit an Nahrungsmitteln, sondern, wie man gern sagt, «fehlender Zugang zu Nahrungsmitteln». Kurz: Essen ist teuer geworden.» (BeZ 7.2.2011)

«Zur Überwindung der Unterernährung bräuchten die Entwicklungsländer laut FAO jährlich 44 Milliarden Dollar an Investitionen. Zum Vergleich: Das ist zwar doppelt so viel, wie die G8-Staaten zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung versprochen haben. Doch entsprechen die 44 Milliarden nur einem Drittel der Bezüge, die von den 25 größten Wall-Street-Firmen ihren Angestellten 2010 ausgezahlt wurden oder 0,3 Prozent des Marktwerts der weltweit gehandelten Derivate.» (BeZ 7.2.2011)

Für die Redaktion der *Berliner Zeitung* haben wir es in Deutschland mit einer verfestigten Teilung in Unter-, Mittel- und Oberschicht zu tun. Das erscheint den Kommentatoren so klar, dass sie sich mit anderen Einschätzungen nur sehr selten auseinandersetzen; diese erscheinen ihnen offenbar nicht diskussionswürdig. Ein Kolumnist widerspricht dieser Linie insofern, als er große Dramatiker am Werk sieht, die das Bild einer Klassengesellschaft zementieren, «die längst nicht mehr der Wirklichkeit entspricht».

2.7 Normative Ansprüche – Gleichheit von Chancen und Verhältnissen

Dass sich soziale Schichten gebildet haben, die ihre «Insassen» festhalten und Aufstiege bzw. Abstiege sehr erschweren, halten die Kommentare der *Berliner Zeitung* für eine zutreffende soziale Diagnose. Daraus folgt logisch, dass weder Gleichheit noch Gerechtigkeit herrschen können. Die Meinungsbeiträge widersprechen ausdrücklich der Auffassung, die Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik im Großen und Ganzen verwirklicht sieht.

«Jeder Sechste ist in Deutschland armutsgefährdet. Das sagt die offizielle Stelle überhaupt, das Statistische Bundesamt.

Jeder Sechste, Tendenz steigend. Das ist ein alarmierender Wert, denn er zeigt: Armut ist mitten in der Gesellschaft angekommen. [...] Es sind Rentner, die lange gearbeitet, aber wenig verdient haben. Es sind Alleinerziehende, die keinen Job finden oder keine Kinderbetreuung oder beides. Es sind Leute, für die eine S-Bahn-Fahrt eine Budgetbelastung ist und ein Kinobesuch sowieso. Es sind Kinder, denen sich nachweislich weniger Türen öffnen als anderen. Es sind Leute, die es irgendwann aus der Kurve getragen hat und die sich nun von Minijob zu Minijob retten. Jeder Fünfte arbeitet in Deutschland im Niedriglohnbereich. Sie sitzen nebenan in der S-Bahn oder auch an Supermarktkassen. Hat jemand etwas von Leistungsgerechtigkeit gesagt? Es kann nicht ernst gemeint gewesen sein.» (BeZ 17.10.2012)

«Deutschland ist ein krasses Beispiel für Verteilungsungerechtigkeit. Von der Leistungsgesellschaft der frühen Bundesrepublik ist nicht viel geblieben. 1960 wurde das durchschnittliche Arbeitseinkommen mit 22,4 Prozent Abgaben belastet. Inzwischen sind es gut 34 Prozent. Vom Rest müssen dann noch deutlich höhere Konsumsteuern bezahlt werden. Das, was wir zumindest in Ansätzen durch Fleiß, Bildung und Talent beeinflussen können – unser Arbeitseinkommen – ist die Hauptfinanzierungsquelle des Staates. Für Vermögende ist Deutschland dagegen zu einem Schlaffenland geworden. Hohe Rechtssicherheit, ein großer, liquider Kapitalmarkt und – als Krönung – eine zunehmend vernachlässigbare Besteuerung ergeben eine der attraktivsten Mixturen der Welt.» (BeZ 27.8.2011)

Vor diesem Hintergrund zeigen die Kommentare wiederholt auf, wie negativ sich chronische Unterfinanzierung auf alle Lebensbereiche auswirkt.

«Menschen, die sich in einer Notlage fühlen, werden von anderen Krankenkassen mit allen möglichen Scheinargumenten abgewimmelt. Da heißt es dann: Das Medikament, an das Sie gewöhnt sind, können wir Ihnen nicht bezahlen. Die AOK lotst Antragsteller zu einer weit entfernten Geschäftsstelle. Die Barmer schließt ihren Service-Punkt ganz – wegen Überlastung. Die Wahrheit ist: Die Kassen wollen mit den Armen, Alten und Siechen nichts zu tun haben. «Schlechte Risiken» heißen diese Menschen im Kassensprech. Sie bringen nichts und kosten viel. Versauen die Bilanz.» (BeZ 20.5.2011)

«Ich finde außerdem, dass Mobilität, neben Bildung und Gesundheit eines der wichtigsten Themen bei Armut ist. Nicht nur geistige, sondern auch physische und physikalische Mobilität.» (BeZ 27.2.2010)

«Immerhin gibt man zu, dass Armut nicht mit Geldmangel gleichzusetzen ist, sondern solche Indikatoren wie soziale Ausgrenzung in den Bereichen Schule, Bildung, Freizeit, Wohnen, Gesundheit hinzutreten müssen, um Armut in Deutschland zu beschreiben.» (BeZ 19.5.2009)

Von Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit sehen die Kommentare der *Berliner Zeitung* die Bundes-

republik weiter entfernt denn je. Dass es gesellschaftliche Bereiche geben könnte, in welchen Gleichheit und Gerechtigkeit wenigstens ansatzweise praktiziert werden, ist keine Beobachtung, die in den Meinungsäußerungen auftaucht.

2.8 Bilanz Berliner Zeitung

Die Meinungsbeiträge in der *Berliner Zeitung* zeichnet ein Gleichklang aus – von den Kolumnen gelegentlich durchbrochen –, der für einen hohen redaktionellen Gesinnungsanteil spricht. Insbesondere im Umgang mit der Reichtumsthematik, aber auch unter den beiden stärker normorientierten Aspekten der sozialen Kluft und der Fragen von Gleichheit und Gerechtigkeit herrscht eine durchgängige Positionierung.

Gelungen wirkt der Wechsel zwischen Analyse und Emotion in den Meinungsbeiträgen. Sezierende Sachlichkeit und – vorrangig in Kolumnen – eine empfindsame Sprache, die gefühlte Wirklichkeiten zu Wort kommen lässt, bedeuten nicht nur Abwechslung, sie erschließen auch zusätzliche Zugänge zum «richtigen Leben».

Armut behandelt die *Berliner Zeitung* als ein gesellschaftliches Problem mit schlimmen Auswirkungen für die Betroffenen und nicht als ein persönliches Problem der Betroffenen mit negativen Folgen für die Gesellschaft.

Eine merkwürdig diffuse Meinungsmischung ergibt sich hinsichtlich der Sozialstaatlichkeit. Soziale Leistungen werden zwar in der Hauptsache als notwendig verteidigt. Darüber hinaus kommt so ziemlich alles vor: Resignation über defizitäre soziale Sicherheit, wortreich-aufgeplusterte Ablehnung sozialer Panikmache, polemisches Attackieren sozialer Interessenvertretung, dann wieder kenntnisreiche Beiträge zur Sozialgeschichte.

Drei Kennzeichen der *Berliner Zeitung* können im Vergleich zu den anderen Medien betont werden:

Die einfache Gleichung, dass Arbeit vor Armut schütze, wird von der *Berliner Zeitung* ausdrücklich problematisiert. Die Kritik an der Wirtschaft, die Armut trotz Arbeit verursache, ist ausgeprägt. Entsprechend zurückhaltend fällt die Empfehlung aus, Zugänge zu Arbeitsplätzen könnten am zuverlässigsten über Bildungswege erreicht werden.

Reichtum wird unterschiedslos negativ bewertet; ob es sich um geerbtes Vermögen, um investiv oder spekulativ eingesetztes Kapital oder um Luxuskonsum handelt, spielt keine nennenswerte Rolle. Diese ablehnende Grundhaltung führt trotzdem, verglichen mit vorwiegend positiven Bewertungen großer Vermögen in anderen Medien, zu einem parallelen Ergebnis: Auch die Kommentare der *Berliner Zeitung* leisten keine genauere Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Reichtumskonzentration in den Händen einer kleinen Minderheit.

Nicht wenige Wirtschaftskommentare stechen, gemessen an den Arbeitsbedingungen einer Tageszeitung, durch eine analytische Kapazität hervor, die so

nicht erwartet werden kann. Es werden finanzwirtschaftliche Zusammenhänge auf hohem Niveau verständlich erläutert, so dass sie von Zeitungsleserinnen und Zeitungslesern gut nachvollzogen werden können. Diese Erklärungen haben ein Aufklärungspotenzial. Sie sind weit entfernt von – in Medien durchaus gängigen – moralisierenden und personalisierenden Beschuldigungen, die viel Geld bevorzugt mit Gier (wie die *Berliner Zeitung* in anderen Kommentaren auch selbst) und kein Geld mit dem Verdacht auf Faulheit in Verbindung bringen (wie die *Berliner Zeitung* bei keiner Gelegenheit).

3 SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Es wurden nach den von uns gewählten Stichworten in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) 1.099 Texte gefunden und durchgesehen. Die gefundenen Texte erschienen im Zeitraum zwischen Mai 2008 und Ende 2012.

Nach dieser ersten Durchsicht wurden 135 Leitartikel und Kommentare aus den Ressorts Politik (erstes Zeitungsbuch, Seite 4) und Wirtschaft, die sich im weitesten Sinne mit dem Untersuchungsthema beschäftigen, ausgewählt und untersucht. Das heißt, auch in dieser zweiten Durchsicht wurde eine nennenswerte Zahl von Texten in den Untersuchungskorpus aufgenommen, in denen die uns interessierenden Aspekte zwar erwähnt werden, jedoch nicht im Mittelpunkt stehen.

Die folgende Auflistung zeigt auszugsweise, wie viele Kommentare sich mit welchem Subthema beschäftigt haben:

- private Armut: 13
- privater Reichtum: 22; darunter 16 Kommentare direkt zu Steuerhinterziehung/Steuerabkommen Schweiz, zwei zu Vermögensberatung und einer zur Luxusgüterbranche; zu dem Thema Reichtum privater Organisationen wie Unternehmen, Banken oder private Stiftungen gibt es keinen Text
- Staatsschulden: 16
- «öffentliche Armut» (Zustand Infrastruktur): 14
- soziale Klüfte/national: 5
- soziale Klüfte/international: 9
- Steuerstaat: 23
- Sozialstaat: 21.

Nach Jahren verteilen sich die untersuchten Kommentare wie folgt: 2008: 19, 2009: 22, 2010: 30, 2011: 29 und 2012: 35.

In der Regel erscheinen werktätlich auf Seite 4 des Mediums ein Leitartikel und drei Kommentare; am Samstag erscheinen ein Leitartikel und zwei Kommentare. Auf der Aufschlagseite Wirtschaft erscheint seit der Layoutreform (9. Juli 2012) regelmäßig ein Leitartikel/längerer Kommentar. Unregelmäßig erschienen zuvor noch ein bis zwei Kommentare zusätzlich. Als grobe Berechnung gehen wir für den gesamten Untersuchungszeitraum von werktätlich wenigstens fünf Kommentarplätzen aus. Im Untersuchungszeitraum sind 1.400 Ausgaben mit wenigstens 7.000 Kommentaren publiziert worden.

3.1 Private Armut

Das Thema wird als ganzheitliches gesellschaftliches Phänomen nicht behandelt. Armut wird wesentlich in vier Subthemen differenziert, die inhaltlich getrennt und voneinander weitgehend losgelöst analysiert und kommentiert werden: Lage von Hartz-IV-Empfängern, Kinderarmut, Frauenarmut, Altersarmut. Auf das Thema Armut in einer gesamtgesellschaftlichen Dimension wird nur in den Texten intensiver eingegangen, die sich mit Fragen der Definition und offiziellen Meßmethoden beschäftigen.

Die verschiedenen Armutsformen werden an einer Stelle «zusammengeführt»: dem System der Erwerbsarbeit. Ob jemand Arbeit habe und welche oder keine, das sei entscheidend, ob er oder sie arm werde, bleibe oder der Armut entkommen könne, so lautet die Grundargumentation, die sich durch alle Kommentare zieht. Entsprechend werden in vielen Kommentaren die folgenden Forderungen an die Politik gerichtet: stabilere Arbeitsverhältnisse, mehr Bildung, Ausbau der öffentlichen Angebote für Kinderversorgung.

So heißt es in «In der Armut gefangen» (SZ 17.9.2008):

«Unsichere Jobs oder niedrige Löhne sind oft der Anfang des Wegs in die Armut.»

In «Risiko Altersarmut» (SZ 11.7.2011) wird argumentiert, da sich der Arbeitsmarkt (geringere Entlohnung, prekäre Arbeitsverhältnisse) gravierend verändert habe, werde sich auch die Lage der Rentner, verglichen mit heute, grundlegend ändern:

«Ganz anders wird die Rentner-Republik Deutschland im Jahr 2030 aussehen. Ohne Reformen wird das staatliche Altersgeld für viele Menschen, die Lücken in ihrer Erwerbsbiographie haben, eine Art Hungerlohn.»

Und in «Arme Frauen» (SZ 28.3.2012) wird nach dem Hinweis, man dürfe zwar nicht dramatisieren, da viele Menschen im Alter einen Partner mit Einkommen und eventuell weitere Einkünfte haben, konkretisiert:

«Trotzdem könnten schon 2025 zehn statt wie bisher gut zwei Prozent der Rentner so arm sein, dass sie staatliche Hilfe benötigen. Und das werden vor allem Frauen sein. Dazu trägt das sinkende Rentenniveau bei, aber eben auch Mini- und Teilzeitjobs, mit denen sich keine ausreichenden Ansprüche auf Altersgeld erwerben lassen.»

In «Wenn die Kinder hartzen gehen» (SZ 26.1.2012) wird unter Verweis auf die sinkende Arbeitslosigkeit die Entwicklung von Kinderarmut so beschrieben:

«Die Kinderarmut nimmt zumindest langsam ab. Die sinkenden Zahlen der Kinder in Hartz-IV-Haushalten bestätigen, was bereits Mai 2011 Schlagzeilen machte: Verglichen mit anderen Industrienationen sind in der Bundesrepublik unterdurchschnittlich wenig Kinder arm. Am Hauptprob-

lem hat sich jedoch nur wenig geändert: Armut wird nach wie vor in zu vielen Familien weitervererbt.»

Und: «Das Risiko, arm zu werden, ist für Arbeitslose und für Eltern mit (vielen) Kindern besonders hoch.»

Der Leitartikel «Die Not der neuen Mütter» (SZ 24.4.2010) geht auf die Lage der etwa 1,6 Millionen alleinerziehenden Eltern (darunter zehn Prozent Väter) ein, unter denen es etwa 600.000 Hartz-IV-Empfängerinnen gebe, von denen sich etwa die Hälfte als arbeitssuchend gemeldet habe, so wird referiert. In dem Kommentar werden auch Vorbehalte aufgegriffen, diese Mütter wollten nicht arbeiten und warum nicht. Die Autorin kommt nach Abwägungen zu dem Schluss:

«Das reale, das ungelöste Drama ist jenes der mühsamen Existenzsicherung in einer familienfeindlichen Arbeitswelt ...»

Und: «Weil immer stärker dereguliert und flexibilisiert wird, weil Mobilität erwartet und Krankheit bestraft wird, können selbst flexible, gut organisierte, einsatzwillige Mütter oft nicht mithalten. [...] Das Kernproblem [...] bleiben Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Löhne.»

Obwohl Armut wesentlich, ja fast ausschließlich im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt gesehen wird – Menschen arbeiten zu kurz, zu wenig, gar nicht und/oder werden zu schlecht bezahlt –, und damit im Prinzip das Erwerbssystem Ursache und Lösung gleichermaßen für das Armutsproblem ist, spielen die zumindest mitverantwortlichen Akteure Unternehmen und Unternehmer so gut wie keine Rolle in diesen Kommentaren; es gibt nur selten vage Hinweise, da seien auch Unternehmen gefordert, müssten beispielsweise das Potenzial der Frauen stärker nutzen.

Einzelne Texte diskutieren die offizielle Definition von Armut und deren potenzielle Schwachstellen und Fehldeutungen. Der Kommentar «Arm oder nicht arm» (SZ 9.7.2008) beschäftigt sich mit der EU-Definition von Armut, dem neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, wonach jeder vierte Bundesbürger von Armut bedroht sei, und mit der Definition des Statistischen Bundesamtes, wonach jeder achte Bundesbürger armutsgefährdet sei, und kommt zu dem Schluss:

«Den Bundesbürgern geht es besser, als ihnen weisgemacht wird.»

Der Leitartikel «Armes Deutschland» (SZ 20.5.2008) bezieht eine Gegenposition, er bewertet den neuen Armuts- und Reichtumsbericht so:

«Deutschland ist ein reiches Land; und trotzdem gibt es viel Armut in Deutschland – auch wenn es stimmt, dass die deutschen Armen Krösusse wären in Kalkutta, Lagos, Khar-tum und Dhaka. Die deutschen Armen sind relativ arm.»

Und: «Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.»

Der Autor macht zugleich auf eine Verschiebung aufmerksam:

«Während im Jahr 2005 noch diejenigen als arm galten, die weniger als 938 Euro netto im Monat zur Verfügung hatten, beginnt die Armut heute erst unter 781 Euro. Das liegt daran, dass das Durchschnittseinkommen gesunken ist, welches der Berechnung von Armut europaweit als Richtmaß zugrunde gelegt wird.»

In den einzelnen Kommentaren, in denen Transferempfängern missbräuchliches Verhalten unterstellt wird, wird dies meist (mehr oder weniger subtil) behauptet, selten mit Untersuchungen und Zahlen belegt. Indirekt wird dieser Vorwurf jedoch häufiger in Form des Argumentes vorgetragen, die Hartz-IV-Regelsätze dürften nicht oder nur in sehr geringem Umfang erhöht werden, da sonst die Bereitschaft, eine Arbeitsstelle zu suchen, sinke oder ganz schwinde. Mit dem Argument des sogenannten Lohnabstandsgebotes wird zwangsläufig auch Geringverdienern unterstellt, sie seien verleitet oder anfällig, die Arbeit zugunsten des Empfangs von Sozialleistungen aufzugeben. In «Die unvollendete Reform» (SZ 30.8.2010) wird das so formuliert:

Die Mehrheit der Hartz-IV-Empfänger sei «arbeitswillig», jedoch habe es sich «eine Minderheit in der Grund-sicherung bequem gemacht», weil das System «voller Fehlanreize» stecke. Aber:

«Das Lohnabstandsgebot stimmt nicht, weil es für Langzeitarbeitslose meist nur schlecht bezahlte Jobs gibt. Ein Mensch, der arbeitet, soll mehr Geld zur Verfügung haben als jemand, der nichts tun kann, weil er arbeitslos ist. Gerade Alleinverdiener in einer Familie mit mehreren Kindern fragen sich allerdings, ob sie wirklich 40 Stunden in der Woche hart arbeiten sollen, wenn sie als «Hartzter» danach das Gleiche oder nur geringfügig mehr haben. Und auch das sollte man nicht schönreden: Hartz-IV-Familien können mit der Zahl ihrer Kinder ihr Einkommen steuern und staatliche Leistungen beziehen, selbst wenn sie ihre Kinder nicht pünktlich in die Schule schicken.»

Es gibt dagegen Kommentare, welche die Sozialtransfer-Empfänger dezidiert in Schutz nehmen. So wird in «Schneeschaufeln für Deutschland» (SZ 23.2.2010) im Zusammenhang mit einer Debatte über Strafandrohungen für arbeitsunwillige Hartz-IV-Empfänger argumentiert:

«Viele Armutsberichte haben ihr [der Kanzlerin; at/sto] die Augen geöffnet; das Gerede vom süßen Leben der relativ Armen war ungut, falsch und verleumderisch.»

Es fällt auf, dass es in den Kommentaren nur sehr selten Hinweise auf die potenzielle Dunkelziffer bezüglich der offiziell angezeigten Arbeitslosigkeit und kei-

nen Hinweis auf die potenzielle Dunkelziffer bezüglich der offiziell angezeigten Hartz-IV-Empfänger gibt; als eigenständiges Kommentarthema werden diese beiden Aspekte gar nicht behandelt. Dabei könnten beide Sachverhalte durchaus ein Thema sein, gibt es doch Studien und Analysen, die davon ausgehen, dass die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen beträchtlich höher ist als offiziell angegeben. Und die Wirtschaftswissenschaftlerin und Verteilungsforscherin Irene Becker (Universität Frankfurt/Main) kam beispielsweise in einer Studie von Ende 2006 zu dem Ergebnis, dass etwa zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger zwar einen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen hätten, diesen Antrag jedoch aus einer Vielfalt von Motiven (darunter Unwissenheit, Scham, Resignation etc.) gar nicht stellen.

Es ist bei diesem thematischen Stichpunkt, wie auch bei den meisten anderen, eine nennenswerte Bandbreite an analytisch-kommentierenden Äußerungen zu registrieren. Unter dem Aspekt der «redaktionsinternen» Meinungsvielfalt kann dies nur begrüßt werden. Unter dem Aspekt der Orientierung und Klärung im Sinne des Publikums fällt die Bewertung weniger positiv aus. Es wäre journalistisch verdienstvoller und vor allem inhaltlich interessanter, beispielsweise zu versuchen, den Vorhalt des potenziellen Missbrauchs insbesondere durch Arbeitslose und Sozialtransfer-Empfänger inhaltlich zu klären, wenigstens Argumente und Fakten stärker gegeneinander zu stellen und nicht nur Behauptungen gegen Behauptungen. Es gehört eindeutig zu den Aufgaben des Journalismus, eine halbwegs brauch- und belastbare Einigung über Fakten und Ereignisse herzustellen, um erst als Redaktion und dann als Öffentlichkeit eine gemeinsame Basis zu haben, auf der dann gewichtet, bewertet und debattiert werden kann, quasi «auf einem höheren Niveau» an Fakten und Sachverhalten. Das Publikum ist sonst auf die Entscheidung zurückgeworfen, sich einer der beiden oder keiner der «Glaubensgemeinschaften» und einer der beiden «Wahrheiten» oder keiner anzuschließen.

3.2 Privater Reichtum von Personen und Unternehmen

Privater Reichtum wird als eigenständiges Thema sehr selten und am Rande behandelt. In zahlreichen Kommentaren spielen zwar hohe Verdienste, Boni, Erwerbseinkommen und Vermögen eine wichtige Rolle, jedoch fast nur als Folge der Beschäftigung mit dem Thema Armut und/oder der sozialen Kluft. Die Entwicklung des privaten Reichtums, seine strukturellen Ursachen, die erhebliche Zunahme des leistungslosen Reichtums (Herausbildung einer Kapital- und Erbenegesellschaft), die vielfältigen Folgen (Gerechtigkeit, «stummer» Einfluss, volkswirtschaftliche Folgen etc.), die eventuellen Wechselwirkungen mit privater und öffentlicher Armut werden nicht als kommentarwürdiges Thema angesehen.

Von den sehr wenigen Texten, die sich mit dem Phänomen Reichtum beschäftigen, bearbeiten drei die

folgenden Aspekte: Einbruch der Umsätze in der Luxusbranche, Probleme bei der Vermögensverwaltung, mangelhaftes Beratungsangebot der Banken für die Reichen.

Es gibt keine Texte im Korpus, welche die Themen Gewinne, Vermögen und Einfluss von Unternehmen oder (unternehmensnahen) Stiftungen behandeln; es ist davon auszugehen, dass diese Themen ausschließlich im Rahmen einer betriebswirtschaftlichen Betrachtung (Unternehmensberichte) behandelt werden.

Der Leitartikel «Reich sind nur die anderen» (SZ 21.7.2009) beschäftigt sich – als einziger – mit der interessanten Frage, wer sich in Deutschland als reich einschätzt, inwieweit die offizielle Definition und das subjektive Empfinden sich überhaupt («in Reichweite») zueinander befinden. Die These lautet:

«Denn den Wohlhabenden dieses Landes ist in den letzten Jahrzehnten vielfach das Gefühl für die eigenen finanziellen Verhältnisse abhanden gekommen. Die Bundesrepublik ist ein reiches Land, in dem sich kaum jemand reich fühlt.»

Es werde über Abgaben und Steuern geklagt, nicht mehr wahrgenommen, was der Staat dafür leiste, und vergessen, die zu zahlenden Steuern und Abgaben in ein Verhältnis zu den persönlichen Gesamteinkommen und dem Gesamtvermögen zu setzen. Das Land habe ein Sensorium für Armut, vor allem für Kinder- und Altersarmut entwickelt:

«Doch eine entsprechende Wahrnehmung des Reichtums fehlt in der Republik.»

Über Armut gebe es viele Alltags-Erzählungen, Reichtum sei dagegen diskret:

«Weil über Reichtum selten und stets ungerne gesprochen wird, fehlt auch ein politischer Konsens, den es bei der Armut längst gibt: Wo, bitteschön, beginnt der wirkliche, große Wohlstand? Manche Ökonomen nennen ein Monatseinkommen von gut 3.000 Euro netto für einen Alleinstehenden; bei einem Paar mit zwei Kindern liege die «Reichtumsschwelle» bei knapp 7.000 Euro netto.»

Diejenigen, die gemeint seien, sähen dies so nicht:

«Diese Wahrnehmungsschwäche hat problematische politische Folgen. Sie macht eine Verständigung über die Lasten, die eine Gesellschaft verteilen muss, beinahe unmöglich. Wenn sich fast jeder von Armut bedroht fühlt, sinkt die Bereitschaft, dem Staat etwas abzugeben.»

Die SZ beschäftigt sich, anlässlich der aktuellen Auseinandersetzung über das Steuerabkommen mit der Schweiz, recht intensiv mit dem Thema der Steuerhinterziehung; übrigens inhaltlich deutlich anders als die FAZ. Es wird selten versucht, dieses Thema zu relativieren, indem beispielsweise der Staat, der normale Bür-

ger und der reiche Steuerhinterzieher in eins gesetzt werden, so wie in «Ein Land verlottert» (SZ 8.2.2010):

«Es geht um die Grundfesten des Staates. Auch wenn Steuerhinterziehung eine nicht zu entschuldigende Schuftigkeit ist und der Zugriff des Staates als Notwehr erklärbar, verlottern die Sitten doch auf beiden Seiten. Bürger machen schmutzige Geschäfte, Kriminelle verdienen daran, der Staat macht mit.»

Und: «Gerade jetzt, inmitten der größten Wirtschaftskrise seit acht Jahrzehnten, ist daher ein Neuanfang notwendig. Das Land braucht eine neue Kultur des Anstandes. Das gilt für alle Bürger, denn Kleine betrügen den Fiskus nicht anders als Große, jeder nach seinen Möglichkeiten.»

In den meisten anderen Texten wird eine recht harte Position vertreten. So heißt es in «Zeit für Gerechtigkeit» (SZ 21.7.2012):

«Der Ankauf von CDs ist ein wirksames Werkzeug, um Steuerhinterziehern auf die Spur zu kommen. Rechtsstaatlich ist der Erwerb von womöglich illegal beschafften Daten zwar nicht schön, doch der Steuerbetrug allemal das schlimmere Delikt.»

Die politische Dimension wird so skizziert:

«Die Globalisierung fordert dem normalen Arbeitnehmer viel ab: stagnierende Löhne, Verdichtung der Arbeit, häufigere Jobwechsel, unsichere Arbeitsverhältnisse. Wenn die Menschen dann noch das Gefühl haben, es geht ungerecht zu, wird ihre Zuversicht gebrochen und ihre Energie. [...] Zahlreiche deutsche Handwerker, Ärzte und Erben bunkern seit Jahren bis zu 100 Milliarden Euro Schwarzgeld in der Schweiz – ein Schlag ins Gesicht jener, die Steuern zahlen. Deshalb ist es höchste politische Pflicht, diese Entwicklung zu stoppen.»

In «Keine falsche Rücksicht» (SZ 21.2.2011) heißt es:

«Die Summen sind gewaltig. 200 Milliarden Euro sollen Deutsche in Steueroasen gebunkert haben, in der Schweiz und anderswo. Vielleicht sind es weniger, vielleicht mehr. Eines ist klar: Weil zahlreiche Gutverdiener ihre Kapitalerträge nicht versteuern, entgehen dem Staat Milliarden. Geld, das er für Bildung ausgeben könnte, für Alleinerziehende oder den Abbau von Schulden.»

Die häufige aktuelle Kommentierung wird jedoch nicht genutzt, um das Thema noch tiefer anzusetzen und zuzuspitzen – beispielsweise Aspekte anzusprechen wie die Rücksichtnahmen gegenüber Wohlhabenden, den Ausbau der Steuerverwaltung, den Umfang der legalen Steuervermeidung, die Entwicklung der Steuerhinterziehung.

3.3 Öffentliche Finanzen

Das Thema der Staatsschulden ist für die SZ ein prominentes Thema und wird in zahlreichen Kommenta-

ren behandelt; wir nahmen dieses Thema in den Untersuchungskorpus auf, da wir der Meinung sind, dass Staatsschulden auch als «öffentliche Armut» definiert werden können. Überwiegend nehmen die Kommentatoren, die dieses Thema bearbeiten, folgende Perspektiven ein und weisen auf folgende Aspekte hin:

Die Staaten hätten sich aufgrund von jahrzehntelangem Schuldenmachen in die Abhängigkeit der Finanzmärkte begeben und damit ihre Handlungsfähigkeit verringert. Es gebe ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Die Staatsschulden seien im Kern die entscheidende Ursache der gesamten Euro-, Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie zu verringern mache den wesentlichen Teil der Lösung aus. Entsprechend seien Schuldenbremse und harte Sparpolitik zu befürworten; selten werden in diesem Zusammenhang die Anforderungen noch erweitert, wie in dem Kommentar «Sparen ist gut, aber nicht alles» (SZ 17.4.2010), in dem neben Sparen auch weniger Bürokratie, bessere Investitionsbedingungen und niedrigere Steuern gefordert werden, werde doch nur so das zusätzlich notwendige höhere Wirtschaftswachstum erreicht. Staat und Politik gelten als die Schuldenmacher. Dabei wird der Politik – parteiübergreifend – eine gewisse Schuldenmentalität unterstellt, die wie eine Sucht wirke. Auf egoistische machtpolitische Motive wird ebenfalls verwiesen: Mit überhöhten Staatsausgaben würden sogenannte Wohltaten finanziert, um die Zustimmung des Wahlvolkes zu erreichen und die eigene politische Macht zu sichern.

So weit die Grundargumentation, die in Gänze oder in Teilen in allen Kommentaren vertreten wird.

Selten wird die Verantwortung breiter verteilt. So heißt es in «Narren im Schuldturn» (SZ 8.8.2011):

«Sie haben sich sorglos der Sucht hingegeben, alle miteinander: die Privathaushalte, die Unternehmen und die Staaten. Jetzt kommt das böse Erwachen.»

Die Überschriften der Kommentare geben diesen hier inhaltlich skizzierten Tenor anschaulich wieder. Eine kleine Auswahl: «Wie die Schwäbische Hausfrau»; «Zu viel Geld»; «Sparen in der Zeit»; «Immer noch zu viele Schulden»; «Die gute Schuldenbremse»; «Inflation der Schulden»; «Gnadenlos sparen»; «Gefährliches Leben auf Pump»; «Himmelfahrtskommando»; «Narren im Schuldturn».

Weitere mögliche inhaltliche Differenzierungen – beispielsweise «Schuldenmachen» für investive oder konsumtive Ausgaben, Steuersenkungen als Ursache hoher Staatsschulden, Nachfragewirkung von höheren Ausgaben, internationaler Vergleich, Vergleich im Zeitablauf etc. – werden nicht angesprochen.

Es gibt als Ausnahme einen Kommentar, der aus einer grundsätzlich anderen Perspektive auf das Thema Staatsschulden blickt. Aus ihm soll wird ausführlicher zitiert, weil er eben auch deutlich macht, wie in allen anderen Kommentaren nicht argumentiert wird. In «Sparen kann tödlich sein» (SZ 22.5.2012) heißt es:

«Wo aber Kürzen und Knapsen das Gebot der Stunde sind, droht die Demokratie ins Leere zu laufen. Der Abbau der Haushaltsdefizite bedeutete nämlich einfach den Abbau von Arbeitsplätzen. Die wirtschaftlichen und menschlichen Kosten dieser Kürzungen auf Geheiß der Gläubiger sind ungeheuer. [...] Der Finanzmarkt ist kein unabhängiges Gericht über die Solidität staatlicher Haushaltspolitik, er ist Partei – mit eigenen Interessen.»

Der Autor sieht einen Verteilungskampf:

«Zwischen den Gläubigern mit ihren berechtigten Ansprüchen auf Rückzahlung der Schulden und den Bürgern, die soziale Gerechtigkeit fordern. Der Konflikt ist nur schwer zu lösen, weil sich die Staaten in die Abhängigkeit von Finanzmärkten begeben haben durch jahrzehntelange Schuldenmacherei. So haben die Politiker selbst ihre Handlungsfähigkeit geschrumpft. Doch die Staaten sind nicht machtlos: Sie können all ihre Schulden jederzeit aufkünden. Das verschafft auch ihnen Drohpotenzial. Wer nun mit der schwäbischen Hausfrau argumentiert, dass wer Schulden hat, selber schuld sei und bitte schön abstottern möge, was er sich gepumpt hat, der sei daran erinnert, dass die Schulden der Staaten nicht zuletzt deshalb so hoch sind, weil ihnen in der Krise die Verstaatlichung der privaten Schuldenberge abgerungen wurde. Nun wollen sich ausgerechnet jene Banker, die ihr eigenes Geschäft nicht im Griff hatten und gerettet wurden, zum Wächter über gute Finanzpolitik aufschwingen. Dabei sind es die Wähler, nicht die Märkte, die von ihren Regierungen Rechenschaft verlangen dürfen.»

Erheblich prominenter und häufiger – auch im Vergleich zur FAZ – thematisieren die Kommentatoren der SZ den Zustand der öffentlichen Infrastruktur; auch dieser Aspekt kann aus unserer Sicht unter die Überschrift öffentliche Armut gefasst werden.

Es geht in diesen Kommentaren vor allem um die folgenden Aspekte: Versorgung mit Wohnraum, mangelhafte Qualität bei der Erstellung von humanen und sozialen Dienstleistungen, die Lage in Ostdeutschland, der Verfall der öffentlichen Infrastruktur im Ruhrgebiet, Folgen der Privatisierung der öffentlichen Wohnungswirtschaft. Es heißt in «Stadt, Land, Frust» (SZ 4.8.2012):

«In den Ballungszentren droht eine Wohnungsnot. Die Mieten sind in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Nun verschärft die Euro-Krise diese Entwicklung. Aus Angst um ihr Geld kaufen viele Deutsche Immobilien. Die teils absurd hohen Preise treiben die Mieten stark nach oben.»

Es gebe zudem einen Trend zur «Stadtteil-Veredlung»:

«Sozial Schwache bleiben ausgeschlossen – sie werden an den Stadtrand oder aufs Land gedrängt. Diese Entwicklung ist fatal, denn die Zukunft gehört der Stadt.»

In der Privatisierung sieht der Autor einen Fehler:

«Es ist an der Zeit, dass die Gesellschaft darüber diskutiert, wie Wohnbau sozial gestaltet werden kann. Zu lange galt die Idee des staatlich geförderten Wohnens als Relikt vergangener Jahrzehnte – schon wahr, es wurden Fehler gemacht. Was darauf folgte, war aber nicht besser; es wurde privatisiert, viele Stadtkämmerer unterwarfen sich dem Dogma der Banken- und Finanzwelt: Alles wird schon gut, wenn der Markt es richtet. Aber der Markt hat versagt, nichts ist gut. [...] Am Ende profitieren davon alle, denn es ist die Begegnung von Arm und Reich, die der Stadt von jeher ihren Reiz verleiht. Das städtische Leben muss für Bürger aller Einkommensschichten bezahlbar bleiben. Die Zentren der Republik dürfen nicht zu Reichen-Ghettos verkommen.»

Der Text «König Midas, abgesetzt» (SZ 18.7.2012) setzt sich grundsätzlich kritisch mit der Politik der Privatisierung auseinander:

«Gewiss: Die Kommunen verkauften ihre Betriebe der Daseinsvorsorge nicht nur aus Jux, Geldmacherei und Tollerei, sondern aus Not. Der Staat suchte angesichts der gewaltigen Schulden der öffentlichen Hand sein Heil in der Privatisierung seiner Unternehmungen. Lange Zeit wurde das allgemein begrüßt.»

Jedoch habe es bald Widerstand gegeben:

«Die Bürger erlebten Privatisierung als den Sieg der angeblich ökonomischen Effizienz über die soziale Verantwortung.»

Es gehe auch um die Frage der Demokratie:

«Privatisierung kann bisweilen eine gute Entscheidung sein – sie darf aber nicht auf den Ausverkauf staatlicher Gestaltungsmacht hinauslaufen. Das wäre ein Ausverkauf bürgerschaftlicher Mitbestimmung, also antidemokratisch.»

Auch die Unterschiede zwischen Ost und West und die daraus folgenden politischen Konflikte werden öfters behandelt. So heißt es in «Kusch, Osten. Platz!» (SZ 22.3.2012):

«Den Neidreflex zu bedienen und zu behaupten, der Osten sei saturiert und müsse endlich für den Westen bluten, das freilich ist nichts als wohlfeiles Geschwätz.»

Denn: «Das Ziel aber, das das Grundgesetz vorgibt, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, ist noch lange nicht erreicht. Es wird nicht mehr angestrebt von denen, die sich jetzt munter entsolidarisieren, nicht nur im Revier, sondern eben auch im wirtschaftlich potenten Südwesten.»

Der Leitartikel «Abbruch West» (SZ 20.3.2012) sieht dies gegenteilig:

«Der Osten blüht, den Westen hat man ausbluten lassen. Das ist das Verbrechen am Tatort Ruhrgebiet. Es so zu verkürzen, ist nicht populistisch. Es ist einfach wahr.»

Der Kommentar «Wer wenig hat, dem wird genommen» (SZ 24.7.2010) sieht problematische Folgen des Plans, dass aus Spargründen die Kommunen selbst entscheiden sollten, welche Mietkosten sie Hartz-IV-Empfängern erstatten:

«Dieser Plan ist extrem kurzfristig: Er soll die Kommunen entlasten, aber langfristig würde er das Gegenteil bewirken. [...] Seit den 80er Jahren warnen Stadtsoziologen vor den Folgen sozialer Ausgrenzung: Wenn Einkommensschwache systematisch gezwungen werden, in die Viertel mit den billigsten Mieten zu ziehen, bleibt die Armut unter sich. Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Perspektivlosigkeit werden bewusst auf bestimmte Gebiete konzentriert – so entstehen soziale Brennpunkte.»

Als Akteur wird in diesen Kommentaren ausschließlich die Politik angesprochen; am Rande einmal die Großkonzerne des Ruhrgebietes. Die Politik solle mehr in eine bessere öffentliche Infrastruktur investieren. Die Frage des Zustandes der öffentlichen Finanzen, deren Entwicklung und die (naheliegende) Wechselwirkung zwischen Staatsschulden und Zustand der öffentlichen Infrastruktur werden in keinem dieser Texte angesprochen.

3.4 Steuerstaat

Es wird in keinem Kommentar bestritten, dass privater Reichtum und private Armut zunehmen. In fast allen Texten wird es als angemessen bezeichnet, dass die Wohlhabenden und Reichen stärker als bisher an der Finanzierung der Bankenkrise und/oder an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden sollen. Es werden in einer Mehrheit der Kommentare höhere Steuern, vor allem eine höhere Erbschaftssteuer, von anderen Autoren eine höhere Einkommenssteuer gefordert. Diese Mehrheit argumentiert stark aus der Perspektive der Gerechtigkeit und verweist auf die Lasten, die vor allem in der jetzigen Krise bereits Arbeitnehmer und normale Steuerzahler auf sich genommen haben. Die Forderungen bleiben jedoch (in der Höhe) vage und sehr maßvoll: So erntet das Bündnis «UmFairteilen» mit seinen Forderungen Kritik und Ablehnung.

Es fällt auf, dass die Befürworter ihre Position beispielsweise nicht mit Hinweisen auf die hohen Steuerzufälle des Staates aufgrund der teilweise drastischen Steuerabsenkungen in den vergangenen 15 Jahren zu stärken versuchen. Es könnte ja auch gefragt werden, was diese Senkungen volkswirtschaftlich gebracht haben. Die Unterschiede zwischen den formellen und den faktischen Steuersätzen spielen ebenfalls keine Rolle (zu dem Aspekt Steuerhinterziehung siehe Kapitel 3.2).

Eine deutliche Minderheit rät von Steuererhöhungen ab, zuerst sollten Subventionen und Staatsausgaben verringert werden. Wenn, dann dürfe nur sehr maßvoll eventuell die Erbschaftssteuer erhöht werden, so deren Position. Sie tragen die Argumente vor, dass die Wohlhabenden und Reichen bereits sehr hohe Steuern bezahlten, dass sie demotiviert würden oder ihr Geld

außer Landes brächten, würden Steuern erhöht werden. Die Minderheit bestreitet den Anspruch der Gerechtigkeit nicht, ordnet ihn jedoch eindeutig volks- und betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten unter, in denen sie Sachzwänge sehen. Übrigens: Volks- und betriebswirtschaftliche Erfordernisse und Zwänge werden dabei oft gleichgesetzt, auf jeden Fall wird nie zwischen beiden «sauber» unterschieden; dies gilt auch für die Kommentatoren, die in den anderen untersuchten Medien dieselbe oder vergleichbare Positionen einnehmen. Es fällt auf, dass diese Positionen oft nur pauschal behauptet werden: So wird nicht genauer begründet, ab wann ein Steuersatz leistungshemmend ist oder Reiche zur Kapitalflucht veranlasst, es ist eben so. Da die Steuersätze in den vergangenen 15 Jahren erheblich gesenkt worden sind, hätte es in Deutschland umgekehrt eigentlich einen Motivations- und Leistungsschub größeren Ausmaßes bei den «oberen 30 Prozent» geben müssen – kann der belegt werden? Die Minderheitskommentatoren, die sehr stark beziehungsweise ausschließlich wirtschaftliche Aspekte anführen, beschäftigen sich nicht mit der ebenfalls volkswirtschaftlich begründeten These, dass eine zu starke soziale Ungleichheit, ein überschuldeter Staat und zu viel an privatem Reichtum zu erheblichen volkswirtschaftlichen Nachteilen und Schäden (beispielsweise geringe Binnennachfrage, Zunahme der Spekulationsgelder auf Finanzmärkten, unzulängliche öffentliche Infrastruktur) führen könnten; diese Thesen nehmen inzwischen auch in den Wirtschaftswissenschaften einen prominenten Platz ein. In einem tagesaktuellen Medium können natürlich nicht in jedem Kommentar diese verschiedenen Aspekte behandelt werden. Es fällt jedoch auf, wenn zahlreiche Aspekte in einer Vielzahl von Kommentaren über einen längeren Zeitraum gar nicht angesprochen werden.

Der Autor von «Wieder ganz bei sich» (SZ 13.10.2012) argumentiert, die SPD wolle die Steuern für Reiche und die oberen Mittelschichten erhöhen. Jedoch: Die Wirtschaftslage sei schlechter als 2011, die kapitalismuskritische Debatte sei verstummt, die Angst vor der Zukunft habe zugenommen:

«Man kann sagen, das Momentum für Steuererhöhungen ist verstrichen, ein gutes Jahr zu früh für die SPD. [...] In Zeiten akuter Wirtschaftsschwäche von Steuererhöhungen zu reden, zeugt nicht unbedingt von ökonomischen Weitblick.»

Es gebe jedoch einen anderen Vorteil:

«Der Zeitgeist der frühen 2000er Jahre, der Wille zur Liberalisierung, Privatisierung und Entstaatlichung, sind unter den Trümmern der Wirtschafts- und Finanzkrise und der schlechten Wahlergebnisse begraben. Die SPD ist wieder bei sich.»

Zurückhaltend wird auch in «Eine alte Krawatte» (SZ 10.9.2011) auf die Steuerpläne der SPD und vor allem deren Motive geblickt:

«Nach dem Willen der SPD sollen die Steuern für Reiche und Spitzenverdiener steigen. So habe der Staat auch ohne neue Kredite genug Geld, um seine umfangreichen Wohltaten unter dem weniger gut bemittelten Volk zu verteilen.»

In «Die Linke auf dem Holzweg» (SZ 6.8.2012) beschäftigt sich der Autor mit Forderungen des Bündnisses «UmFairteilen», die Steuern für Reiche und Wohlhabende zu erhöhen. Seine erste Bewertung:

«Warum das Ding nicht gezündet hat, kann vor allem zwei Gründe haben: Erstens, die Umverteiler sprechen so eindeutige Wahrheiten aus, dass kein vernünftiger Mensch sich engagieren mag. Oder, zweitens, ihre Vorschläge sind so abseitig, dass sich niemand ernsthaft mit ihnen befasst. Im konkreten Fall trifft beides zu.»

Er beschreibt dann die soziale Ungleichheit aus seiner Sicht:

«Nie gab es so viele Millionäre, ob aus Einkommen oder Vermögen, nie aber auch so viele Menschen, bei denen die monatlichen Bezüge gerade das Nötigste decken. Schlimmer noch: Die beiden Lager verfestigen sich, der Aufstieg von unten nach oben fällt schwerer als früher.»

Trotzdem:

«Das obere Viertel der Gesellschaft zahlt 80 Prozent des Einkommensteuer-Aufkommens. Hier noch stärker zuzulangen, wäre absolut falsch.»

Die Steuerquote liege hoch, die Steuereinnahmen sprudelten nur so, der Staat habe vielmehr ein Ausgabenproblem. Erst nach einer solchen Debatte über die Staatsausgaben,

«aber nur dann, kann man auch darüber nachdenken, ob bestimmte Einkommen oder Vermögen anders behandelt werden müssen, ob also etwa die Erbschaftssteuer in Deutschland zu niedrig ist».

In «Viel hilft nicht so viel» (SZ 4.8.2012) wird diesem Bündnis geraten:

«Sechs verschiedene Steuererhöhungen auf einmal – das klingt nach einer gewissen Maßlosigkeit des guten Willens. [...] Eine gezielte Forderung (höhere Erbschaftssteuer) verbunden mit einem konkreten Ziel (mehr Geld für Bildung) wäre überzeugender.»

In «Verlockend, aber falsch» (SZ 16.7.2012) wird erst einmal konstatiert:

«Die Bundesrepublik ist ein Paradies für Vermögende. Weder in den USA oder in Großbritannien noch in den allermeisten EU-Ländern zahlen Reiche so wenig Steuern wie in Deutschland.»

Trotzdem sei eine Vermögenszwangsabgabe falsch, weil sie auch Hausbesitzer an teuren Standorten treffen könne, verfassungsrechtlich fraglich sei und allein die Ankündigung

«einer solchen Enteignung [...] eine Massenflucht von Kapital ins Ausland auslösen» würde.

Aber: «Auch ein höherer Spitzensteuersatz schadet nicht, wenn der Staat im Gegenzug Bürger mit mittlerem Einkommen entlastet.»

In dem Text «Neues Regierungswunder» (SZ 10.11.2011) wird geraten:

«Außerdem sollte die Regierung die Entlastung hoher Einkommen zum Beispiel durch die Abgeltungssteuer zurücknehmen: Wer große Kapitalgewinne hat, kann mehr für die Gemeinschaft tun. Die meisten Arbeitnehmer haben mit stagnierenden Realeinkommen schon einen großen Beitrag geleistet.»

In «Koalitionsspitzen und Spitzensteuern» (SZ 29.7.2011) wird der CSU-Abgeordnete Norbert Barthle gelobt:

«Er schlägt vor, Spitzenverdiener etwas stärker zur Kasse zu bitten und zugleich den Steuertarif zu strecken. [...] Dem bei vielen Menschen verbreiteten Gefühl, dass der Staat sie als Reiche behandelt, obwohl sie nicht reich sind, könnte so entgegengewirkt werden».

Der Autor von «Das falsche Instrument» (SZ 23.7.2009) geht einen Schritt weiter:

«Viel sinnvoller wäre eine deutlich höhere Erbschaftssteuer: Sie träfe nicht den, der das Vermögen mit eigener Hände Arbeit geschaffen hat, sondern die, denen der Reichtum buchstäblich in den Schoß fällt.»

Und: «Zudem könnte der Einkommenssteuerspitzenatz auf 50 Prozent angehoben werden. Voraussetzung wäre, dass dieser Satz nur wirklich hohe Einkommen trifft und nicht – wie heute – auch Durchschnittsverdiener.»

3.5 Sozialstaat und Sozialarbeit

Die Themen Altersarmut und Hartz-IV-Gesetzgebung stehen, jeweils in Verbindung mit aktuellen Ergebnissen (u. a. Debatte über Zuschussrente, Urteil Bundesverfassungsgericht, «Jahrestag» Hartz-IV), im Mittelpunkt. Es gibt sehr unterschiedliche Bewertungen der Hartz-IV-Gesetzgebung. Ein Kommentator schreibt, für die einen sei sie Demütigung und Degradierung, für die anderen Grundlage des deutschen «Jobwunders». Er meint, beide Seiten hätten «ein bisschen» recht. In dieser Bandbreite bewegen sich die Kommentare.

Die Hartz-IV-Gesetzgebung wird selten grundsätzlich kritisiert, fast immer werden jedoch Konstruktionsfehler gesehen oder Mängel in wichtigen Details. In der Mehrheit der Kommentare spielt der folgende Grund-

konflikt eine bedeutende Rolle, er wird aber in keinem der Kommentare zugespitzt und «ausgetragen»:

Deregulierung, Hartz IV und Niedriglohnsektor wurden politisch bewusst eingeführt, um die Unternehmen via Entlastung von Lohnkosten wettbewerbsfähiger zu machen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Das Ergebnis: Es gibt nun weniger Arbeitslosigkeit und mehr Arbeitsstellen, allerdings zunehmend mehr mit so prekären Bedingungen und so geringem Lohn, dass daraus wiederum Armut entsteht beziehungsweise diese nicht hinter sich gelassen werden kann – das eine ist offensichtlich nicht ohne das andere zu haben. Und es wird zudem die Regel im Grundsatz akzeptiert: Die Hartz-IV-Empfänger müssen in diesem wirtschaftspolitischen Konzept materiell schlechter gestellt sein als die am schlechtesten gestellten Geringverdiener, denn nur dann bemühen sich die Hartz-IV-Empfänger, in die bessere Geringverdiener-Position zu kommen, und nur dann wollen die Geringverdiener in ihrer Position bleiben.

Bemerkenswert ist nun, dass die Kommentatoren, die sich, wie in den Texten dieses Kapitels nachzulesen ist, durchweg als sozial empfindsam erweisen, mehrheitlich in dieser «Welt» verharren und nicht aus ihr «ausbrechen», indem sie beispielsweise Zielkonflikte grundsätzlich zuspitzen oder ganz andere Fragen stellen: Stimmt das Menschenbild, das hinter diesen Gesetzen, Regeln und Annahmen steht? Wie ist es um die Ansprüche dieser Gesellschaft bestellt: Darf Arbeit überhaupt arm machen? Wie viel Armut darf eine Arbeitsstelle kosten? Ist sozial, was Arbeit schafft, oder ist nur ordentlich bezahlte Arbeit sozial? Ist das faktische Gegeneinander-Ausspielen von Hartz-IV-Empfängern gegen Geringverdiener hinzunehmen? Wenn Arbeit heute Erwerbstätige auch arm macht oder in Armut verharren lässt, was wird dann aus dem bisher vorgetragenen Rezept: Arbeit ist der beste Schutz gegen Armut? Eine grundsätzliche Kritik an diesem «Gesamtkonstrukt» wird nie formuliert.

Die Kommentatoren finden für sich vielmehr die folgende Lösung: Sie entscheiden sich für die eine oder die andere «Deutungswelt». Die mehrheitlich sozialkritischen Kommentatoren, welche die Hartz-IV-Gesetzgebung auch unter dem Aspekt der Gerechtigkeit und den Ansprüchen eines modernen Sozialstaates beurteilen, betonen die negativen sozialen Folgen der Neuordnung des Arbeitsmarktes stärker und den Wert der Zunahme der Arbeitsplätze geringer. Sie fordern von der Politik, beispielsweise einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, die soziale Lage der Hartz-IV-Empfänger zu verbessern, ohne die Forderungen materiell zu präzisieren.

Die Minderheit gewichtet die Arbeitsplatzfolge stärker und sieht in der neuen Arbeitsmarktordnung den einzig richtigen Weg, um auf Dauer mehr Wachstum zu schaffen und mit ihm die Möglichkeit, Armut zu mildern beziehungsweise zu verringern. Diese Minderheit stärkt den Aspekt, dass Mindestlöhne und Hartz-IV-Sätze nie so hoch sein dürfen, dass sie entweder Arbeitsplätze gefährden, Schwarzarbeit befördern und/

oder den Anreiz zu arbeiten oder Arbeit aufzunehmen schwächen. Ab wann ist eine Sozialleistung so hoch, dass sie Erwerbstätige demotiviert, einer Arbeit nachzugehen, und Transferempfänger abhält, eine Arbeit zu suchen? Diese Frage bewegt beispielsweise diese Minderheit sehr; es scheint manchmal, als entscheide ein Euro Hartz IV mehr oder weniger über Wohl und Weh dieser Volkswirtschaft.

In den weiteren Forderungen an die Politik nach mehr Bildung und Bildungseinrichtungen, mehr Arbeitsvermittlern, Ausbau von öffentlichen Einrichtungen zur Kinderversorgung gibt es Übereinstimmung zwischen diesen beiden Kommentatorengruppen.

Wie bereits erwähnt: Die Arbeitgeber werden – mit einer Ausnahme – als verantwortliche Akteure nie angesprochen; in dem Sinne beispielsweise, es sei (auch) ihre Verantwortung, bessere und besser bezahlte Arbeitsplätze, familien- und kinderfreundlichere Arbeitszeiten und eine bessere betriebliche Aus- und Weiterbildung anzubieten. Wenn diese Akteursgruppe eine Rolle spielt, dann nur in der allgemeinen Form, sie möge das Potenzial der Frauen besser fördern, damit diese eher in Arbeit kommen. Als Akteur wird – abgesehen von den einzelnen Betroffenen – nur die Politik angesprochen.

In keinem Fall führt die oft harte Kritik im Einzelnen dazu, dass die sozialkritischen Kommentatoren für eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen plädieren. Das heißt, das Absenken des gesetzlichen Rentenniveaus, die Teilprivatisierung der Altersversorgung, die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, der Aufbau eines Niedriglohnsektors, die Hartz-IV-Gesetzgebung – das alles wird im Grundsatz auch von den sehr sozialkritisch analysierenden Kommentatoren nicht in Frage gestellt. Es geht darum, die in ihren Augen unsozialen Folgen zu mildern.

In «Agenda 2020» (SZ 29.10.2010) sieht der Autor eine gute Wirtschaftslage und gute Erfolge der rotgrünen Arbeitsmarktreformen: Die Zahl der Arbeitslosen sei, ungeachtet einer beachtlichen Dunkelziffer, gesunken, die Zahl der Langzeitarbeitslosen habe sich halbiert:

«Aber mehr als zwei Millionen der knapp drei Millionen Arbeitslosen sind erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger, deren Zukunft oft düster aussieht: Selbst wenn sich das deutsche Wachstumswunder fortsetzen würde, profitieren davon nur wenige.»

Die Forderungen:

«Nötig wären deshalb eine Bildungsoffensive, mehr Ganztagschulen, eine Kindergartenpflicht, mehr Deutschunterricht, Anreize, die einfache Jobs attraktiver als den Bezug von Hartz IV machen – und mehr Arbeitsvermittler in den Jobcentern, die wirklich Zeit für individuelle Betreuung haben. Doch der Bundesregierung fehlt ein Konzept, eine Agenda 2020, wie sie diesen Menschen helfen und dem drohenden Fachkräftemangel trotzen will.»

In dem Text «Das dürre Hartz-Häppchen» (SZ 28.9.2010) wird über die Neuregelung der Hartz-IV-Sätze geurteilt, die Bundesregierung habe recht gehabt, die Sätze geringfügig zu erhöhen, um Geringverdiener nicht zu demotivieren und die Hartz-IV-Empfänger nicht anzuhalten, in ihrem Status zu verharren, aber kleinlich habe sie doch gehandelt:

«Die Koalition hat den Hartz-IV-Empfängern Alkohol und Tabak im Wert von etwa 19 Euro gestrichen, um ihnen dann drei Euro für Mineralwasser wiederzugeben. [...] Die Bundesregierung hat den Graben zwischen Arm und Reich vergrößert. Diese Koalition bedient Hoteliers, schont Vermögende beim Sparpaket, fördert die Atomindustrie, lehnt einen bundesweiten Mindestlohn ab, aber hebt ausgerechnet bei Langzeitarbeitslosen den moralischen Zeigefinger und streicht ihnen die Genussmittel, die in diesem Land zum Leben dazugehören.»

Hartz IV habe Betroffenen nur auf Zeit helfen und eine Brücke in die neue Arbeit sein sollen:

«Es ist der Geburtsfehler dieser größten deutschen Sozialreform, dass dies nie richtig funktioniert hat.»

Es bedürfe einer Neuorientierung:

«Wenn die Hartz-Gesellschaft in Deutschland kleiner werden soll, müssen Bund und Länder die Milliarden aus der Familienpolitik besser anlegen.»

In «Die unvollendete Reform» (SZ 30.8.2010) wird dieser eben genannte Konstruktionsfehler so beschrieben:

«Das Fördern funktioniert nicht richtig. Fast jeder zweite Hilfsbedürftige ist ein Dauerkunde der Jobcenter. Wer unten ist, bleibt oft unten.»

Auch in diesem Text spielt das Lohnabstandsverbot eine bedeutende Rolle:

«Die Folgen für den Arbeitsmarkt wären verheerend, weil dies die Arbeitsmoral der Geringverdiener untergräbt. Für sie wäre es ein Signal, dass Nichtstun genauso gut ist wie Arbeiten.»

In dem Text «Die richtige Dosis Mindestlohn» (SZ 14.3.2012) geht es um die Frage, welcher Mindestlohn Arbeitsplätze vernichte und Schwarzarbeit befördere:

«Unabhängige Arbeitsmarktforscher schlagen deshalb 6,50 Euro im Osten und 7,50 im Westen vor, die sich schrittweise anheben lassen. Es wäre ein Kompromiss für ein parteiübergreifendes Bündnis.»

In «Den Graben verkleinern» (SZ 11.7.2009) wird registriert: Es gebe zwar «keinen Anspruch auf soziale Gleichheit». Aber es gebe ein Recht auf ein «angemes-

senes Arbeitsentgelt». Deshalb sei ein bundesweiter Mindestlohn ein Beitrag, «um den großen Graben zwischen Oben und Unten zumindest ein bisschen zu verkleinern». Dieser Mindestlohn müsse jedoch «deutlich unter den 7,50 Euro pro Stunde liegen», den die Gewerkschaften forderten. So müsse der Staat mit «einem intelligenten Kombilohnmodell» Geld zuschießen.

In «Gnadenbrot im reichen Land» (SZ 12.10.2012) geht es um die «boomenden» Angebote der «Tafel»-Bewegung und um eine grundsätzliche Kritik der Hartz-IV-Gesetzgebung:

«Es wäre eine Katastrophe, wenn es diese gemeinnützige Einrichtung nicht mehr gäbe. Es ist aber auch eine Katastrophe, dass es sie geben muss. Die vielen Tafeln zeigen, dass die Not zurückgekehrt ist in ein reiches Land. Natürlich ist diese Not eine andere Not als die in Kalkutta. Die Armen in Deutschland sind relativ arm – sie sind arm dran.»

Der Autor sieht eine Zäsur:

«Das Gesetz über die Grundsicherung von Arbeitssuchenden (so heißt das Hartz-IV-Gesetz im Wortlaut) hat der deutschen Gesellschaft die Grundsicherung genommen, die Sicherheit darüber, dass es in Deutschland eine ausreichende soziale Basis-Sicherung gibt.»

Seine Bilanz:

«Armutsbekämpfung verlangt mehr als Barmherzigkeit. Ein Staat, der tausend Tafeln braucht, ist kein guter Sozialstaat.»

Die Frage von Grundsicherung wird auch in «Rente? Vielleicht» (SZ 11.9.2012) in den Vordergrund gerückt. Die Entwicklung der Rentenversorgung lasse die Jungen ängstlich in ihre Zukunft schauen:

«Weil sie auch das Gefühl kennen, in einem Sozialstaat aufzuwachsen, der seine grundsätzlichen Versprechen nicht mehr grundsätzlich hält – etwa das einer existenzsichernden Rente.»

Das Erwerbsleben von Jungen sei oft unterbrochen und prekär:

«Wie soll Vertrauen in die Märkte als Basis ihrer individuellen Altersvorsorge wachsen, wenn eine Krise die nächste jagt? Wie soll Vertrauen in sozialpolitische Prinzipien wachsen, wenn diese Jahr um Jahr zusammengestrichen werden? Unter diesen Bedingungen kann Vertrauen nicht wachsen.»

In «Hartz, aber fair» (SZ 20.10.2009) geht es auch um das «große Versprechen», den Kindern solle es einmal besser gehen. «Eine viel zu große Minderheit» von Kindern wachse heute in unzureichenden oder armen Verhältnissen auf. Die Gründe aus Sicht des Autors:

«Andere Industrienationen haben diese Schwierigkeiten ebenfalls; sie entstehen, weil der klassische Sozialstaat auf moderne Risiken nicht reagiert: Partnerschaften sind nicht mehr so stabil wie früher, weshalb die Zahl der Alleinerziehenden steigt. Sie haben schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt, und mit ihren Kindern gehören sie zur typischen Kundschaft der Sozialämter.»

Es bedürfe, «damit die Kinder von heute nicht die Armen von morgen sind, [...] einer ökonomisch wie psychologisch klugen Politik», beispielsweise des Ausbaus der öffentlichen Kinderversorgung, «denn die beste Versicherung gegen Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit der Mütter».

Und es müsse eine «moderate Erhöhung des Hartz-IV-Satzes» geben. Davon ginge auch das Signal aus, dass diese Familien und Kinder dazu gehören:

«[...] dieses Land blickt nicht bloß auf seine wohlhabenden Eltern, die von den Kinderfreibeträgen profitieren. [...] Nur solche Signale helfen den Kindern, den einen, wichtigen Glauben zu entwickeln: dass es ihnen eines Tages besser gehen wird.»

Der Kommentar «Der sozial schwache Staat» (SZ 25.9.2010) will via Sprachkritik die Verhältnisse im Grundsatz zurechtrücken:

«Jemand, der keine Arbeit hat, aber eine will und partout keine kriegt, und der deshalb jeden Euro dreimal umdrehen muss, der ist arm, aber nicht sozial schwach. Sozial schwach ist freilich ein Staat, der nicht alles tut, um die Menschen aus der Armut herauszuholen.»

3.6 Soziale Kluft

Da die Zunahme von privatem Reichtum und privater Armut nie bestritten, bestenfalls auf Basis geographischer Vergleiche und verschiedener methodischer Erhebungen relativiert wird, wird ein zunehmend sozial-materielles Auseinanderdriften verschiedener Bevölkerungsgruppen angenommen. Die Frage ist nun, ob dies als soziale Kluft, gar als strukturell sich verfestigende soziale Schichtung und damit als eine gesellschaftspolitisch bedeutsame Folge angenommen und bewertet wird.

In einigen Texten – numerisch deutlich mehr als in der FAZ – wird das Thema in diesem Sinne bearbeitet. In «Peinliche Schönfärberei» (SZ 29.11.2012) werden die Änderungen kritisiert, welche die Bundesregierung am Entwurf des neuen Armuts- und Reichtumsberichts, verantwortet vom Bundesarbeitsministerium, vorgenommen hat:

«Bei den neu formulierten Passagen im Armuts- und Reichtumsbericht handelt es sich aber nicht mehr um einen ganz normalen politischen Vorgang, sondern um eine peinliche Schönfärberei. Es geht um ein paar harmlose Sätze: «Die Privatvermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt.» Die FDP wird keinen Wissenschaftler finden, der die-

se Aussage widerlegen kann. Dennoch wurde dies gestrichen. Dass es vier Millionen Menschen gibt, die weniger als sieben Euro die Stunde verdienen, ist auch nicht erfunden. Trotzdem fehlt diese Aussage jetzt. Und warum soll eine Regierung nicht sagen, dass es das Gerechtigkeitsempfinden von Menschen verletzt, wenn die Löhne zwischen Gut- und Geringverdienern auseinandergegangen sind? Doch selbst diese Passage ist entfernt. Der geschönte Bericht zeigt vor allem, wie groß der Graben in der Koalition ist.»

Der Leitartikel «Wer wie viel verdient» (SZ 2.10.2010) beginnt mit brisanten grundsätzlichen Fragen, um ihnen jedoch gleich wieder die Spitze zu brechen:

«Ist das Wirtschaftssystem so organisiert, dass wir ein gutes Gewissen haben dürfen? Ist es gerecht, ist es sozial? Darf es Armut geben, und wie viel? Was ist zu tun? Wenn die Welt ein Wunschkonzert wäre, dürfte es natürlich keine Armut geben, und mancher hält alles andere als diesen Idealzustand für einen Skandal.»

Der Autor konstatiert folgende Verhältnisse:

«Arbeitslose, denen der Staat gerade mal 359 (bald 364) Euro Grundversorgung im Monat zuweist. Arbeitnehmer, die mit 700 Euro netto zu wenig verdienen, um von diesem Job leben zu können. Und Wirtschaftsführer mit 100.000 Euro oder gar einer Million – im Monat. Exzesse prägen das Gesamtbild. [...] 359 versus 100.000 Euro – diese Schere wenigstens ein Stück weit zu schließen, ist den Schweiß der Edlen gewiss wert. Die Politik hat dazu auf dem Papier alle Möglichkeiten.»

Im Folgenden wägt der Autor ab: «Die Ökonomen sprechen vom Lohnabstandsgebot, das höhere Hartz-IV-Sätze verbietet.» Wollte man «diese Schranke aushebeln», dann müsste man generell Mindestlöhne festsetzen, nicht wie bisher nur je Branche, und das «wäre ein schwerer Eingriff in die Marktwirtschaft, Arbeitsplätze in großer Zahl würden unrentabel und gingen verloren». Setzte sich die Politik «über die wirtschaftliche Logik politisch hinweg», dann sei dies «unwürdig gegenüber den Betroffenen, die lieber für weniger Geld arbeiten als gar nicht». Denn noch sei «Arbeit Lebenselixier», und wer keine habe, «muss um sie kämpfen – unter konstruktiver Hilfe des Staates». So bleibt es auch in diesem Kommentar bei der einen klassischen Antwort auf die «großen Fragen»: Der Staat müsse mehr fördern. Es bedürfe «vieler kluger Ansätze und Anstrengungen für mehr Jobs».

In «Das Publikum wendet sich ab» (SZ 13.12.2008) blickt der Autor unter dem Aspekt der Gerechtigkeit auf die momentane Krise:

«Generell findet in der Krise eine große Umverteilung statt. [...] Diese Ungerechtigkeit zu mildern und die Lasten langfristig besser zu verteilen, wäre eine wichtige Aufgabe. Die Politiker werden sie jedoch nur angehen, wenn sie unter dem Druck der Öffentlichkeit stehen.»

In «Wie man Armut zementiert» (SZ 27.5.2008) geht der Autor davon aus, dass

«die Gesellschaft nach Jahren des Jobabbaus, stagnierender Reallöhne und wachsender Gewinne auseinanderdriftet».

Nun gebe es die Forderung nach Umverteilung, aber:

«Als müsste nur ein neuer Robin Hood kommen, den Reichen nehmen, um den Armen zu geben, und alles wäre gut. Die Realität ist leider komplizierter. Schlichte Umverteilung könnte den ärmeren Bürgern sogar mehr schaden als nützen.»

Denn der Staat hole sich das Geld vor allem von den kleineren Unternehmen und Facharbeitern,

«die dem Zugriff des Steuer- und Abgabenstaates voll ausgeliefert sind».

Die Großkonzerne und Reichen könnten sich via Verlagerungen und Stiftungen vor diesen Zugriffen schützen. Es gebe noch etwas zu beachten:

«Reine Finanztransfers machen ärmere Menschen zum Objekt, sie verändern ihr Einkommen, aber nicht unbedingt ihre Chancen darauf, langfristig für sich selbst sorgen zu können.»

Die beste Versicherung gegen sozialen Abstieg sei unverändert gute Bildung, Arbeit und öffentliche Kinderbetreuung:

«Die rot-grünen Reformen, die Arbeitslosen mehr abverlangten, aber dafür Millionen Jobs schaffen halfen, waren also effektive Armutspolitik. Auch wenn Umverteilungs-ideologien dies bestreiten werden.»

Die bisher skizzierten Positionen werden mehrheitlich vertreten. Bei dem nun folgenden Text handelt es sich dagegen um ein Unikat. Der Autor von «Gefährliche Kluft» (SZ 11.3.2011) nimmt insofern eine andere Perspektive ein, als er in mehr sozialer Gerechtigkeit mit Hilfe von Umverteilung auch einen Schutz vor Finanzkrisen sieht:

«Nach der großen Rezession, nach den Schuldenblasen in den USA und Teilen Europas, nach der Empörung über die Bonusbarone der Wall Street ist es an der Zeit, die soziale Frage neu zu stellen. Nicht um die Gerechtigkeitsdebatten der Vergangenheit neu zu führen, sondern um Finanzkrisen der Zukunft zu verhindern.»

Seine Analyse:

«In vielen Staaten ist die Ungleichheit in den vergangenen drei Jahrzehnten rasant gestiegen. [...] Das ist zunächst ein Gerechtigkeitsproblem. Massives Privatvermögen erhöht

die Chancen, Regierungen zu beeinflussen. Gleichzeitig wirft es Fairnessfragen auf: Lässt sich wirklich argumentieren, dass Spitzenmanager tausendmal mehr leisten als einfache Angestellte? Vor allem aber ist die Kluft zwischen der hauchdünnen Schicht der Plutokraten und der breiten Masse eine ökonomische Herausforderung. Einflussreiche Volkswirte kommen zu dem Schluss, dass die Instabilität des Finanzsystems in der wachsenden sozialen Ungleichheit in den USA und in Europa wurzelt. Ihre Argumentation ist schlüssig: Vermögensunterschiede lassen die Nachfrage nach Krediten anschwellen, weil das Luxusleben der Oberschicht Begehlichkeiten weckt.»

Sein Schluss:

«In Europa hingegen, vor allem aber in den USA, erodiert die Mittelschicht. Die Löhne stagnieren. [...] Die Politik muss darauf mit einer Sozialstaatsdebatte reagieren. Wenn das Finanzsystem gezähmt werden soll, darf die Frage nach der Verteilung kein Tabu im politischen Diskurs sein.»

In «Glückes Schmiede geschlossen» (SZ 20.8.2011) beschäftigt sich der Autor mit den Jugendunruhen in Westeuropa und weiteren sozialen Protesten:

«Der Kapitalismus ist eine ähnlich frevlerische Wirtschaftsform, wie sie der Kommunismus war. Er frevelt heute auf Kosten von Menschen und Staaten.»

Er sieht folgende Konfliktlinien:

«Die Kosten dieses Systems trägt die Mittelschicht, die sich geschunden wähnt von der Unterschicht, weil die von den Steuern der Mittelschicht lebt und weil sie betrogen wird von Reichen, die keine Steuern zahlen. Die Regierungen könnten an der Schonung des Reichtums etwas ändern; aber sie tun es nicht.»

Er erinnert:

«1967 hat ein Papst, es war Paul VI., in der Enzyklika über den «Fortschritt der Völker» eindringlich gefordert, «dass die Wirtschaft im Dienst des Menschen steht». Die 44 Jahre seitdem haben diese Forderung verhöhnt.»

In «Die Wutprobe» (SZ 4.4.2009) wird registriert, dass jetzt mit der Finanzmarktkrise und trotz der Leistungen des Sozialstaates «noch nie seit 1945 [...] die Kluft zwischen Arm und Reich so groß wie heute» gewesen sei. Es sei «die Hauptaufgabe der Politik», eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Sie müsse «die Kluft zwischen Arm und Reich verringern». Niedrigverdiener müssten entlastet werden, «die vermögendere Schichten» gelte es «an Kosten der Allgemeinheit stärker zu beteiligen».

Auch in der SZ, nicht so dominierend wie in der FAZ, wird die Lage der sogenannten leistungsbereiten Mittelschichten als Gefährdungspotenzial für Stabilität und Zusammenhalt der Gesellschaft prominent hervor-

gehoben. Aber auch zu diesem Aspekt gibt es in der SZ unterschiedliche Bewertungen.

In «Abstiegsängste in der Mitte» (SZ 15.6.2010) empfiehlt der Autor den gehobenen Mittelschichten, sie mögen «nach unten» schauen, beispielsweise auf die Hartz-IV-Empfänger:

«Sie wurden weit stärker belastet als die Mittelschicht.»

Die Gutverdiener hätten dagegen «ein exzellentes Jahrzehnt hinter sich, mit rasant steigenden Gehältern und sinkenden Steuersätzen». Deshalb:

«Es ist an der Zeit, mit diesem Missverständnis aufzuräumen – und die Wohlhabenden im Land an den Sparpaketen der nächsten Jahre zu beteiligen.»

In «Den Bürger ernst nehmen» (SZ 10.10.2009) fordert der Autor, die Steuern zugunsten der Mittelschichten zu senken, auch wenn die Staatsschulden hoch seien, der Staat könne ja seine Ausgaben verringern. Eine Position, die mehrheitlich vertreten wird:

«Leistungsträger in der Mitte der Gesellschaft, die hart arbeiten und grundsätzlich bereitwillig (viele) Steuern zahlen, fühlen sich vom Staat drangsaliert, und sie haben Recht. Wenn von einem Bruttoeinkommen von 50.000 Euro nach Abzug der Sozialbeiträge und der direkten Steuern sowie der Berücksichtigung indirekter Steuern auf den Konsum noch ein Drittel übrig bleibt, muss man sich über Demotivation, Leistungsverweigerung und Ausweichstrategien (Schwarzarbeit) nicht wundern.»

3.7 Normative Ansprüche:

Gleichheit von Chancen und Verhältnissen

An normative Ansprüche, verankert in Verfassungen oder Rechtsprechung, auf Chancengleichheit, gleiche Lebensbedingungen oder Sozialpflichtigkeit von Eigentum wird in nur wenigen Texten erinnert, vor allem in denen, die sich mit den Lebenslagen in Ost- und Westdeutschland beschäftigen, und in wenigen Texten, die sich mit dem Problem Hartz IV auseinandersetzen.

In «Armes Deutschland» (SZ 20.5.2008) heißt es:

«Dazu finden sich im Grundgesetz und in den Landesverfassungen Richtsätze: «Eigentum verpflichtet» steht im Grundgesetz, und «sein Gebrauch (soll) zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen». Es ist schön, dass man das wieder zitieren darf, ohne für einen Kommunisten gehalten zu werden. Die hessische Verfassung formuliert einen guten Besteuerungsgrundsatz: «Vermögen und Einkommen werden progressiv nach sozialen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der familiären Lasten besteuert.»»

Und: «Der Armuts- und Reichtumsbericht ist ein Bericht zur Lage der Demokratie – weil eine Demokratie, in der immer mehr Menschen am gesellschaftlichen Rand leben, nicht gut funktionieren kann.»

In «Reichtum verpflichtet» (SZ 18.9.2012) wird an die Pflichten erinnert, die sich aus Art. 14, Abs. 2 des Grundgesetzes ergeben:

«Dieser Artikel ist auch kein sozialistischer Restposten. Er ist das vergessene Fundament des deutschen Sozialstaates. [...] Dieser Artikel ist der knappste und schärfste Kommentar zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.»

Und: «Die Ungleichheit «darf ein gewisses Maß nicht überschreiten, sonst geht sie über in Unfreiheit», sagt der Rechtsdenker und frühere Verfassungsrichter Böckenförde. Er hat 1995, als Karlsruhe die damalige Art der Erhebung der Vermögenssteuer als verfassungswidrig einstufte, in sein Minderheitenvotum den Satz geschrieben, dass die Sicherung unbegrenzter Eigentumsakkumulation nicht Inhalt der Eigentumsgarantie sei. Es wird Zeit zu kapieren, wie wahr dieser Satz ist – und dann die Folgen daraus zu ziehen. Zu den Vorzügen des Reichtums gehört, dass man damit viel gegen die Armut tun kann.»

In dem Text «Kusch, Osten. Platz!» (SZ 22.3.2012) werden Spannungen zwischen west- und ostdeutschen Bundesländern geschildert und wird dafür plädiert, die Vorgaben des Grundgesetzes zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse zu beachten.

In «Neid und Ausgleich» (SZ 10.11.2009) heißt es zur Ungleichheit der Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland:

«Eine Angleichung der Lebensverhältnisse ist in weite Ferne gerückt.»

3.8 Bilanz Süddeutsche Zeitung

Es gibt in unserem Untersuchungskorpus keine Texte, die sich mit privater Armut und/oder mit privatem Reichtum in ihrer gesamtgesellschaftlichen Dimension beschäftigen. So werden beispielsweise Fragen wie die folgenden nicht behandelt: Warum gibt es in diesem Ausmaß soziale Ungleichheit? Sind die Ursachen in den Strukturen der Gesellschaft oder in individuellem Versagen begründet oder in beidem? Gibt es Wechselwirkungen zwischen der Zunahme von privater Armut und privatem Reichtum, handelt es sich um «kommunizierende Röhren»? Gibt es Wechselwirkungen zwischen Staatsschulden, öffentlicher Armut und privater Armut und privatem Reichtum? In tagesaktuellen Medien können solche und andere Fragen nicht täglich gestellt und behandelt werden. Jedoch sollten solche Fragen, die anhalten, etwas tiefer zu «schürfen», über Monate und Jahre hinweg in Kommentaren und Leitartikeln auch von tagesaktuellen Medien immer wieder behandelt werden; vor allem wenn es sich um die Arbeit einer der anerkanntesten und redaktionell bestausgestatteten Tageszeitungen dieser Republik handelt.

Wenn das Thema Armut behandelt wird, dann wird die Ursachenfrage indirekt angesprochen, indem die

neuen prekären Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt oft als Grund für Armut oder deren Verstärkung (mit-)angesehen werden. Diese Ursachen werden von einem Teil der Kommentatoren als Sachzwänge (Stichwort: Globalisierung) charakterisiert und damit letztlich der kritischen Debatte entzogen.

In diesem Zusammenhang eine Anmerkung, die für die SZ gilt (allerdings für die FAZ noch viel stärker): Es ist ironischerweise so, dass ausgerechnet in den Kommentaren, die diese strukturellen Veränderungen (der Anpassung an die Globalisierung) hervorheben und als einzig richtigen Weg charakterisieren, die vermuteten Defizite des Einzelnen (Mangel an Bildung, «Generalverdacht» auf mangelnde Leistungs- und Arbeitsmotivation, zu geringes Engagement bei Arbeitsplatzsuche etc.) ebenfalls in den Vordergrund gerückt werden. Die Folge: Die strukturell verursachten Probleme und Anforderungen, so die Ursachenbeschreibung dieser Kommentatoren, werden von ihnen selbst wieder hinter den (anscheinend) vom Individuum zu verantwortenden Mängeln versteckt.

Die Zunahme von privater Armut und privatem Reichtum wird nicht geleugnet, selten relativiert, sondern meist prominent nach vorne gestellt und kritisiert. Die daraus folgenden oft sehr drastischen Diagnosen über soziale Klüfte und soziale Ungleichheiten führen jedoch in keinem Fall zu systemkritischen Fragen oder gar zu systemkritischer Kritik; ein Teil der vorgetragenen Diagnosen könnte eine solche Dimension der Kritik durchaus erwarten lassen.

Das Thema der privaten Armut wird intensiv bearbeitet, fast immer ausdifferenziert in einzelne Erscheinungsformen: Altersarmut, Frauen- und Kinderarmut, soziale Lage von Hartz-IV-Empfängern. Diese Subthemen werden getrennt voneinander behandelt.

Das Thema der potenziellen «verdeckten Armut» wird nicht angesprochen. Auch die «verdeckte» Arbeitslosigkeit wird – mit einer Ausnahme – nicht thematisiert, was inhaltlich angemessen wäre, spielen doch in der Ursachenanalyse die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt eine sehr bedeutende Rolle.

Die SZ beschäftigt sich in vergleichsweise vielen Kommentaren sehr kritisch mit dem Zustand der öffentlichen Infrastruktur. Es wird dabei jedoch nie ein Zusammenhang mit dem Zustand der öffentlichen Finanzen hergestellt; es wird auch kein Zusammenhang mit der privaten Armut hergestellt, obwohl die davon betroffenen Bevölkerungsschichten sehr viel stärker von öffentlichen Dienstleistungen abhängig sind als andere, das heißt öffentliche Armut die private erheblich verstärken kann.

Das Thema des privaten Reichtum wird eigenständig nicht behandelt; das Thema wird vor allem in Verbindung mit dem Thema der privaten Armut und der zunehmenden sozialen Ungleichheit «aufgerufen». Die folgenden unseres Erachtens ebenso bedeutsamen wie naheliegenden Aspekte werden deshalb nicht behandelt: Ursachen von Reichtum, mögliche Wechselwirkung mit privater und öffentlicher Armut, Zunah-

me von leistungslosem Reichtum, Macht und Einfluss, volkswirtschaftliche Folgen und Privilegien von Reichtum.

Manche dieser Aspekte werden im Rahmen der Frage einer höheren Besteuerung von Wohlhabenden und Reichen angesprochen, dann allerdings vage und beiläufig. So drückt sich die Machtfrage in der nicht selten verwendeten Stereotype aus, werde diese oder jene Steuer erhöht, dann flüchte das Kapital. Die Frage des Leistungsbezuges wird in Verbindung mit der Erbschaftssteuer erwähnt.

Der Reichtum von privaten Organisationen (Stiftungen, Unternehmen) wird nicht thematisiert.

Das Thema der Staatsverschuldung wird prominent behandelt, jedoch inhaltlich sehr enggeführt und letztlich eindimensional. In allen sich damit beschäftigten Kommentaren, mit einer Ausnahme, lautet die Grundargumentation: Ein seit Jahrzehnten überhöhtes Ausgabenverhalten des Staates führe in Addition zu einer riskanten Überschuldung, die wiederum Grund für weitere Krisen sei, weshalb die Staatsausgaben wesentlich verringert werden müssten. Zahlreiche bedeutende Aspekte werden, egal wie die jeweilige Wertung ausfallen würde, nicht behandelt; so beispielsweise die Frage der Nachfragewirkung, die möglichen unterschiedlichen Ursachen, die Frage der Verwendung dieser Gelder, ein internationaler Vergleich.

Der Befund, die wichtigen leistungsorientierten Mittelschichten würden überdurchschnittlich hoch mit Sozialabgaben und Steuern belastet, wird häufiger angesprochen. Es wird argumentiert, diese Schichten finanzierten den Sozialstaat und garantierten wirtschaftliche Prosperität. In teilweise drastischen Formulierungen, sie würden vom Staat «drangsaliert» und «geschröpft», wird ihre Lage geschildert. Man müsse sich nicht wundern, wenn sie sich mit Demotivation, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit wehrten; ein Ausmaß an Verständnis, wenn auch selten so drastisch vorgetragen, das Hartz-IV-Empfängern nie zuteil wird.

Als verantwortliche Akteure spielen die Individuen (Arbeitnehmer, Arbeitssuchende, Transferempfänger) und vor allem die Politik eine Rolle. Die Unternehmen und Unternehmer werden, von Ausnahmen abgesehen, nicht erwähnt.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass es in der SZ zu fast allen bedeutenden Themen sehr unterschiedliche Bewertungen gibt.

So werden die Folgen der Neuordnung des Arbeitsmarktes und der Hartz-IV-Gesetzgebung geradezu gegenteilig bewertet: Die einen rücken die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in den Vordergrund und sehen darin ausdrücklich eine Bestätigung dieser für sie alternativlosen Politik, ohne jedoch genauer Belege anzuführen, ob diese Zunahme überhaupt auf ebendiese Politik zurückzuführen ist; sie setzen diesen Zusammenhang als selbstverständlich voraus, die anderen sozialkritischen Kommentatoren bestreiten ihn nicht. Die sozialkritischen Kommentatoren sehen in dieser Politik dagegen eine Politik der Armut und der Degr-

dierung von Arbeit und stellen dann in sich schlüssig die sozialen Nachteile in den Mittelpunkt. Forderungen von ihnen, beispielsweise Mindestlöhne einzuführen und Hartz-IV-Regelsätze zu erhöhen, werden wiederum von den anderen Kommentatoren wegen zahlreicher wirtschaftlicher Nachteile abgelehnt oder stark relativiert. Eine ähnlich gegenteilige Kommentierung gibt es auch beim Thema der Steuerpolitik.

Es existieren in der SZ damit zwei sich deutlich unterscheidende Kommentarwelten, mit jeweils eigenen Argumentationsmustern und Forderungen. Es fällt auf, dass diese beiden Deutungswelten getrennt voneinander vertreten werden, sich nicht aufeinander beziehen und nicht miteinander «ins Gespräch» kommen. Wenn die eine Seite sagt, geringe Löhne produzieren vor allem Armut, und die andere, sie ermöglichen viele Arbeitsplätze, dann denkt der Betrachter, eine direkte Konfrontation könne doch nicht nur inhaltlich interessant und argumentativ spannend, sondern auch im Sinne von Qualität und Orientierung gewinnbringend sein. So bleibt dem Publikum nur die Freude über eine gewisse Meinungsvielfalt, die sich weitgehend mit der in der offiziellen Politik maßgeblichen Bandbreite deckt.

4 FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Die Datenbankrecherche in dem Zeitraum von Frühjahr 2008 bis Ende 2012 ergab mit den ausgewählten Stichworten – aus den unter II.2 beschriebenen Gründen – über 2.000 Texte. Aus dieser Gesamtmenge wurden insgesamt 202 Texte ausgewählt, die sich im weitesten Sinne mit dem Untersuchungsthema beschäftigen. Es wurde der Themenbereich Staatsverschuldung aufgenommen, da dieser Befund auch als öffentliche Armut definiert werden kann. Und es wurde der Themenbereich Steuerhinterziehung und damit die entsprechenden Suchbegriffe nachträglich aufgenommen, da es sich herausstellte, dass das Thema Sozialtransfer nicht selten mit dem Verdacht von Missbrauch verbunden wird. Daraus ergibt sich auch die Frage, wie die Redaktion mit dem quasi «gegenüberliegenden» Thema der Steuerkriminalität umgeht. Diese 202 Texte wurden gewichtet und qualitativ auf ihre Argumentationsketten, ihre Perspektivvielfalt und Positionen analysiert.

Zu diesen 202 Texten zählen unter anderem

- 6 Texte zu privater Armut;
- 38 Texte zu privatem Reichtum; darunter 31 Texte zu den Aspekten Steuerabkommen mit der Schweiz und Ankauf von Steuerdaten;
- 76 Texte zu Verschuldung des Staates; sie wurden in Teilen summarisch analysiert, da sich Argumentationsketten und Deutungen wiederholten oder sich sehr stark ähnelten;
- 5 Texte zum Zustand öffentlicher Daseinsvorsorge/Infrastruktur;
- 13 Texte zu sozialen Klüften/Inland, darunter fünf Texte zur Lage der Mittelschichten;
- 9 Texte zu sozialen Klüften/Ausland; dabei geht es vor allem um das Thema Kampf gegen Hunger;

- 13 Texte zu Steuerstaat (vor allem zu dem Aspekt von höheren Steuern);
- 17 Texte zu Sozialstaat.

Die Kommentare zu den Aspekten Staatsverschuldung (76 Texte) und Steuerhinterziehung (31 Texte) machen zusammen etwa 50 Prozent aller Texte aus. Würden sie herausgerechnet werden, dann beschäftigten sich in dem Untersuchungszeitraum etwa 100 Kommentare im weitesten inhaltlichen Sinne mit dem Untersuchungsthema. Über die Jahre verteilen sich die Texte wie folgt: 2008: 39, 2009: 54, 2010: 48, 2011: 24, 2012: 37.

In dem Untersuchungszeitraum sind etwa 1.400 Ausgaben der FAZ erschienen. In jeder Ausgabe gibt es im ersten Buch vier Kurzkomentare und einen Leitartikel und im Wirtschaftsbuch Platz für fünf Kurzkomentare und einen Leitartikel; darunter sind drei Kurzkomentare auf der Seite «Unternehmen», die regelmäßig Ereignissen in Branchen und Unternehmen gewidmet sind. Das bedeutet, es gibt in jeder Ausgabe in der Regel acht Kommentarplätze, auf denen potenziell Themen des Untersuchungsfeldes behandelt werden können, also im Untersuchungszeitraum etwa 11.000 Kommentarplätze.

4.1 Private Armut

Mit Verweis auf offizielle Statistiken und Studien wird die Zunahme von Armut nicht geleugnet. Armut wird aber nicht bewusst thematisiert und beispielsweise in auch nur einem Text als eigenständiges bedeutendes gesellschaftliches Phänomen in den Mittelpunkt gerückt. Die Armutstendenzen werden in Kommentaren erwähnt, allerdings eher beiläufig, nicht selten mit relativierenden Hinweisen verbunden. Es wird selten, aber dann an prominentem Platz, die offizielle Methodik der Erfassung von Armut bezweifelt und damit auch auf diese Weise das Ausmaß von Armut relativiert beziehungsweise entdramatisiert. So heißt es in «Arme Statistik» (FAZ 9.7.2008):

«In der zuweilen hysterisch geführten Armutsdebatte wird mit fragwürdigen Studien und Statistiken gearbeitet. Nicht nur, dass die Daten veraltet sind. Schon die Methode der Armutsmessung ist zweifelhaft. Was soll man nun von der jüngsten Studie über die Europäische Union halten, die dasselbe Armutsrisiko von 19 Prozent für Rumänien wie für Großbritannien behauptet?»

Und: «Wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens hat, der gilt als armutsgefährdet. Es geht nicht um die absolute Höhe der Einkommen, sondern um die Verteilung. So betrachtet, hätte die DDR, in der fast alle gleich arm waren, mit einer niedrigen Armenquote glänzen können. Umgekehrt gilt: Dynamische Marktwirtschaften produzieren zwar mehr Ungleichheit, aber auch mehr Chancen.»

Auch «Arme Arbeiter, reiche Beamte» (FAZ 1.10.2012) geht in Bezug auf den Entwurf des neuen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung am Rande auf dieses Thema ein:

«Niemand hätte sich über die wachsende Zahl von Haushalten mit geringeren Einkommen und Vermögen gewundert, wäre der gesellschaftliche Wandel hin zu mehr Alleinlebenden und Alleinerziehenden berücksichtigt worden. Merkwürdig ist, dass Frau von der Leyen in ihrem Bericht die kapitalisierten Ansprüche an die Rentenkasse und an das staatliche Pensionssystem unter den Tisch fallen lässt. Dabei handelt es sich nicht um Kleingeld, sondern Schätzungen zufolge um fünf bis sieben Billionen Euro. Offenbar ist es dem Arbeitsministerium wichtiger, die heimischen Familienunternehmen, in denen die großen Vermögen meist gebunden sind, an den Umverteilungsspranger zu stellen, als ausgewogen über die finanzielle Lage der verschiedenen Gesellschaftsschichten zu berichten.»

Oft werden Politiker und weitere Akteure, die das Thema Armut oder einzelne Erscheinungsformen von Armut aufgreifen, unter den Verdacht der Dramatisierung gestellt, wie beispielsweise in «Voodoo-Rente» (FAZ 19.12.2012):

«SPD und Union müssen aufpassen, dass ihr Kampf gegen Altersarmut nicht zum sozialpolitischen Voodoo-Kult verkommt. Sie schauen gerne weit in die Zukunft, um die Geister der Armut zu beschwören. Das verleiht dem flächendeckenden Mindestlohn magische Anziehungskräfte.»

Und: «Nicht die Altersarmut ist im Übrigen das größte Problem für die Rentenversicherung, sondern die Kinderarmut. Dass es sie gibt, liegt wohl auch daran, dass vor lauter sozialpolitischem Voodoo-Kult niemand mehr der Zukunft traut.»

In «Die arme Mitte» (FAZ 20.5.2008) heißt es:

«Die Wahrscheinlichkeit, auf arme Kinder zu treffen, ist viel größer als die, armen Rentnern zu begegnen. Das wirft ein Schlaglicht auf die Phantomdebatte zur Altersarmut.»

Dieses letzte Zitat ist auch ein Beleg für zwei weitere wichtige Befunde. Zum einen schätzt es die Redaktion, Betroffene gegeneinanderzustellen: Deutschland gegen Griechenland, Junge gegen Alte, Arbeitnehmer gegen Beamte, arme Kinder gegen arme Alte, Mittelschichten gegen Unterschichten; allerdings nie «die unteren 80 Prozent» gegen die «oberen 20 Prozent». Und zum anderen wird Armut nie als Gesamtphänomen thematisiert, Armut wird zerlegt in Einzelphänomene behandelt: vor allem Altersarmut, Kinderarmut, Hartz-IV-Armut. Damit werden Wechselwirkungen und gesamtgesellschaftliche Dimensionen ignoriert und wichtige Zusammenhänge zerschnitten. Folgende Gruppen gelten als besonders von Armut bedroht: alleinerziehende Eltern, die Kinder von Sozialtransfer-Empfängern und Niedriglöhner. Das überrascht insbesondere vor dem Hintergrund, da die Redaktion durchaus offizielle Analysen akzeptiert, die nahelegen, dass es sich bei Armut um ein ganzheitliches und zudem nicht nur um ein materielles Problem handelt. So heißt

es in dem Kommentar «Armes reiches Land» (FAZ 15.10.2011) mit Bezug auf Erkenntnisse aus dem damals aktuellen Sozialbericht des Statistischen Bundesamtes:

«Der erste Eindruck überrascht nicht: Wer (aus-)gebildet ist, hat auf dem Arbeitsmarkt mehr Chancen, wird seltener arm, lebt gesünder und länger. Und noch immer ist Bildungserfolg in Deutschland stark von der Herkunft abhängig. Auch das ist inzwischen eine Binsenweisheit. Andere Befunde haben es ebenso in sich, ohne dass sie sich auf Anhieb erschließen. Etwa, dass es schwieriger geworden sei, der Armut zu entrinnen. [...] Einmal arm, immer öfter arm: So lautet das seriöse Fazit.»

Hier wird der «Teufelskreis» analytisch gut beschrieben. Dieser Zusammenhang wird – innerhalb des Untersuchungszeitraumes – jedoch nur in diesem Kommentar erwähnt.

Welche Ursachen sieht die Redaktion für die Zunahme von Armut?

Interessanterweise sieht sie vor allem zwei Gründe, die in veränderten Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft und in politischen Entscheidungen liegen: Es sei teurer, allein sein Leben zu finanzieren als in einer Familie oder Gruppe. Immer mehr Menschen lebten aufgrund des allgemeinen Wandels der Gesellschaft und Tendenzen wie der Individualisierung jedoch allein, führten also das teure Leben und seien deshalb eher von Armut bedroht. So heißt es in «Gleichheit als Illusion» (FAZ 30.1.2010):

«Und je mehr sich die traditionellen Familien auflösen, desto größer wird die Zahl der armutsgefährdeten Alleinerziehenden.»

Die zweite strukturelle Veränderung: Aufgrund des weltweiten Wettbewerbes habe die Politik mit der Agenda-2010-Politik eine Spreizung der Löhne durchgesetzt und einen Niedriglohn-Sektor geschaffen, um die Unternehmen wettbewerbsfähig zu halten und um vor allem niedrigqualifizierte Arbeitsplätze zu erhalten. So heißt es in dem Text «Armut und Arbeit» (FAZ 20.8.2009):

«Die gewollte Lohnspreizung brachte zwangsläufig ein steigendes Armutsrisiko mit sich, das den Sozialstaat unzweifelhaft vor große Herausforderungen stellte – und die er angegangen ist. Denn es kann gegen sittenwidrige Löhne vorgegangen werden, und die Sozialhilfe in Form von Hartz IV definiert die Untergrenze, unter die niemand fallen kann. Die Tatsache, dass Deutschland im europäischen Vergleich noch unter dem durchschnittlichen Armutsrisiko liegt, zeigt, dass von einem «working poor»-Phänomen angelsächsischen Ausmaßes keine Rede sein kann.»

Beide strukturelle Gründe werden als Sachzwänge in die Argumentationskette eingeführt. Die Unternehmer als eigenständig handelnde und verantwortliche Ak-

teure werden im Zusammenhang mit der Lohnfrage, den Arbeitsplatzbedingungen, der betrieblichen Ausbildung und auch mit familien- und kinderfreundlichen Arbeitszeiten nicht erwähnt.

Die Folgen dieser strukturellen Entwicklungen werden – unausgesprochen und ausgesprochen – vor allem den betroffenen Individuen angelastet: Sie müssten sich anpassen, notfalls mehr arbeiten, sich besser ausbilden und weiterbilden. Obwohl es sich nach Meinung der Redaktion weitgehend um strukturelle Ursachen handelt, betont sie doch sehr stark die persönliche Verantwortung und das persönliche Versagen. Es gilt – weitgehend uneingeschränkt – als persönliche Aufgabe mit diesen neuen strukturellen Verwerfungen und Änderungen zurechtzukommen; dabei wird unterstellt, dass Staat und Politik mit der Hartz-IV-Gesetzgebung ein neues ausreichendes strukturelles «Auffangnetz» für jeden einzelnen Menschen bereits geschaffen haben.

Die persönliche Verantwortung wird beispielsweise thematisiert, indem in subtilen und weniger subtilen Anmerkungen behauptet wird, dass Kinder von Sozialtransfer-Eltern bei diesen nicht in guten Händen seien. So heißt es in «Arme Kinder» (FAZ 2.2.2012):

«Man kann darüber streiten, ob die Sätze ausreichen; aber inwieweit Hartz-IV-Gelder bei den Kindern ankommen, lässt sich kaum überprüfen: Hier stößt der freiheitliche Staat schnell an das Recht der Eltern.»

Ein weiteres Beispiel zeigt, dass es ein Grundmisstrauen in die Leistungsbereitschaft und ein Grundvertrauen in die Missbrauchsneigung der Transferempfänger gibt. So formuliert der Autor von «Denkgebote» (FAZ 19.2.2010):

«Besonders zwei Punkte machen den Freien Demokraten zu schaffen. Wie können Hartz-IV-Empfänger in großer Zahl zur Aufnahme geringfügiger Erwerbsarbeit gebracht werden, ohne dass dadurch der Effektivlohn in weiten Teilen des Arbeitsmarktes weiter gesenkt und die vollzeitbeschäftigenden Kleinbetriebe untergraben werden? Und: Wie können Kinder grundgesetzkonform so vor Armut bewahrt werden, dass ihre Eltern dadurch nicht von der Arbeitssuche abgehalten werden?»

In «Armes reiches Land» (FAZ 15.10.2011) heißt es:

«Der Kern der Aufstiegschance ist indes immer noch der Aufstiegswille des Einzelnen. Dieser Wille ist vielen abhanden gekommen in einer Generation, die erwartet, dass ihr fast alles in den Schoß fällt.»

Und: «Auch heute kann jeder, der Bildungs- und Aufstiegs willen besitzt, mit Hilfe des Staates unsichtbare Decken durchstoßen. Aber in einer weitgehend gesättigten Gesellschaft wird die soziale Sicherung gegen Verarmung manchmal als Hängematten-Angebot missverstanden, gerade von Jüngeren.»

Und: «Weil Bildung und Arbeit noch immer die Schlüssel zur Vermeidung von Armut sind, wird die alimentierende Gesellschaft dazu übergehen müssen, den Aufstiegswillen stärker zu fördern.»

Es heißt in «Aktivierende Sozialpolitik» (FAZ 26.4.2011):

«Offensichtlich hält keineswegs nur eine kleine Minderheit die «soziale Hängematte» für hinreichend bequem, zumal, da sie für reguläre Arbeit wegen der geringen beruflichen Qualifikation oft nicht wesentlich mehr verdienen könnten.»

Und: «Solange es für Nichtstun Sozialleistungen gibt, ist der Anreiz, Arbeit abzulehnen, oft überwältigend.»

Und: «Wenn Zuwanderer ins deutsche Sozialsystem damit rechnen müssten, dass sie für den Bezug von Sozialleistungen verpflichtet sind, ganztägig zu arbeiten, wäre der Anreiz für potentielle Immigranten wesentlich geringer als derzeit.»

In «Gleichheit als Illusion» (FAZ 30.1.2010) steht:

«Die kinderreichere Unterschicht hat sich in der Abhängigkeit von Sozialleistungen eingerichtet.»

Das Verhalten des Einzelnen gilt also letztlich als ausschlaggebend. Gesellschaftliche und wirtschaftsstrukturelle Gründe spielen zwar bei der Analyse eine fast entscheidende Rolle, jedoch werden die Folgen dieser strukturellen Änderungen jedem Einzelnen zur Bearbeitung übertragen. Es wird in diesem Zusammenhang vor allem Sozialtransfer-Empfängern nachgesagt, es mangle ihnen an Motivation und Leistungsbereitschaft. Belegt wird dieses Phänomen (in den Kommentaren) nie, nur pauschal behauptet. Als Ursache wird ebenso pauschal angeführt, dieses Verhalten hänge mit Umfang und Dauer von Sozialleistungen zusammen, es gebe also zu wenig «Druck» für die Transfer-Empfänger, etwas zu leisten.

Diesen unterstellten Missbräuchen wird in einem Teil der Kommentare sehr akribisch nachgegangen, wie sonst bei keiner anderen Gruppe: etwa den Mittelschichten, den Steuerhinterziehern, den Wohlhabenden und Reichen. Diesen «Unterschichten» werden auch umfänglich direkt und indirekt Ratschläge gegeben: sich anstrengen, mehr um die Kinder kümmern, für unnütze Dinge (Rauchen, Trinken etc.) kein Geld ausgeben, sich bewerben für den Arbeitsmarkt und dabei nicht nachlassen. Das heißt, Armut wird in diesem Fall nicht als gesellschaftliches Phänomen behandelt, sondern als Frage der persönlichen Lebensführung. Diese Art von Kommentierung könnte insofern als denunziatorisch charakterisiert werden, als sie das benannte Verhalten konstatiert und kritisiert, aber nie fragt, warum sich die Menschen so verhalten; vielleicht gibt es ja eine andere Erklärung als die eines raffiniert-egoistischen Handelns zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit, vorausgesetzt

die kritisierten Betroffenen verhalten sich überhaupt so wie in den Kommentaren unterstellt wird.

Es fällt auf, dass es in keinem der Texte «entlastende» Hinweise gibt. Beispiele: So hat das Forschungsinstitut für Kinderernährung der Universität Bonn in einer umfangreichen Untersuchung (Sommer 2007) festgestellt, dass eine gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen mit den Geldsummen, die im Rahmen des ALG II vorgesehen sind, nicht möglich sei. Und die Wirtschaftswissenschaftlerin Irene Becker, kam in einer Studie von Ende 2006 zu dem Ergebnis, dass etwa zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger zwar einen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen hätten, diesen Antrag jedoch aus einer Vielfalt von Motiven (darunter Unwissenheit, Scham, Resignation etc.) gar nicht stellen.

Beide Beispiele deuten darauf hin, dass Hartz-IV-Empfänger und potenzielle Hartz-IV-Empfänger möglicherweise unter einem besonderen «Druck» leben, der berücksichtigt werden könnte.

Das Thema Dunkelziffer bezüglich Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern existiert nicht.

Die Unternehmer werden als verantwortliche Akteure nicht erwähnt; im Gegensatz zu den Arbeitnehmern und potenziellen Arbeitnehmern.

4.2 Privater Reichtum von Personen und Unternehmen

Das Thema privater Reichtum, seine Zunahme, die Ursachen dafür, der potenzielle Zusammenhang mit der zunehmenden Armut, eventuell volkswirtschaftliche Folgen von privatem Reichtum, der Zusammenhang von Leistung und Reichtum, Einfluss und Macht von Reichtum, Reichtum und Einfluss von Organisationen, etwa Stiftungen und Unternehmen – das alles wird als Thema nicht behandelt. Umfang und Zunahme von privatem Reichtum werden, wenn es in den inhaltlichen Zusammenhang passt oder nicht ignoriert werden kann, beiläufig, selbstverständlich und relativierend erwähnt. So heißt es in «Die Früchte der Arbeit» (FAZ 3.9.2008):

«Natürlich [seien] die Einkommen weniger Topmanager kräftig nach oben geschneit, während die Anteile von Mittel- und Unterschicht am Gesamteinkommen gesunken sind.»

In «Arme Arbeiter, reiche Beamte» (FAZ 1.10.2012) wird nach der «richtigen» Definition von Reichtum gefragt und thematisiert, dass nach offizieller Definition bereits «Normalverdiener» zu der Gruppe der Reichen und Wohlhabenden gezählt werden:

«Wissenschaftler sagen: von einem Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro und einem Vermögen von einer halben Million Euro an. Allerdings dürften sich längst nicht alle Besitzer eines Häuschens in München oder Hamburg zu den Reichen zählen. Fragt man die Leute, beginnt Reichtum von einem Einkommen von 9.100 Euro oder einem Vermögen von 2,6 Millionen Euro an.»

Weiter heißt es zu dem Aspekt, ab wann Reichtum akzeptiert werde:

«Für das Gerechtigkeitsgefühl ist entscheidend, wie durchlässig eine Gesellschaft nach oben ist. Solange hierzulande Vermögensaufbau durch Begabung und Anstrengung möglich ist, tolerieren die Leute, wenn Familien ihr Unternehmensvermögen auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen an die nächste Generation weitergeben können, ohne durch Erbschafts- oder Vermögenssteuern das Überleben der Betriebe zu gefährden.»

Und wohl um zu zeigen, dass in Deutschland «alles halb so wild» und im Kapitalismus wie Sozialismus überall alles gleich ungerecht ist, empfiehlt der Autor noch einen Blick zurück und nach unten – auf die untergegangene DDR:

«Wer trotz der Mängel in Frau von der Leyens Bericht zum Klassenkampf in der Sozialen Marktwirtschaft Deutschlands aufrufen will, sollte sich zuvor anschauen, wie im «real existierenden Sozialismus» das Vermögen verteilt war. Wie der Politikwissenschaftler Klaus Schroeder herausgefunden hat, verfügten 1989, zum Ende der DDR, in der es bekanntlich kaum privaten Immobilienbesitz gab, zehn Prozent der Kontoinhaber über sechzig Prozent des Geldvermögens. Kommen uns diese Zahlen nach der Lektüre des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung bekannt vor?»

Wenn die Wohlhabenden und Reichen erwähnt werden (müssen), dann werden sie verteidigt: gegen die (negative) öffentliche Meinung, gegen geplante Steuererhöhungen. Und es werden ihre Verdienste hervorgehoben. In «Die Besseren Verdienenden» (FAZ 7.9.2011) steht:

«Gut die Hälfte des Lohn- und Einkommenssteueraufkommens in Deutschland stammt von nur zehn Prozent der Steuerzahler; nur ein Prozent von ihnen erbringt ein knappes Viertel der Einnahmen. Doch werden diese Spitzensteuersatz-Zahler, zu denen man schon mit einem Jahreseinkommen von knapp 53.000 Euro zählt, nicht etwa mit Dankbarkeit überschüttet. Den «Reichen» werden vielmehr Vorwürfe gemacht: Sie zahlten noch zu wenig Steuern, schlüpfen durch alle möglichen Löcher und hätten das Vermögen, von dem sie lebten, meistens gar nicht selbst verdient.»

Dieser letzte Satz weist indirekt auf ein weiteres Thematisierungsdefizit der Redaktion hin: Denn die Redaktion unterstellt, Reichtum basiere grundsätzlich auf persönlicher (unternehmerischer) Leistung. Die entscheidende Zunahme von leistungslosen Einkommen und Vermögen (Erben- und Kapitalgesellschaft) – volkswirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich von erheblicher Bedeutung – wird argumentativ ignoriert. Es gibt also die übergroße Mehrheit der «guten Reichen» und eine kleine Gruppe von «bösen Reichen». Es heißt in «Finanzsöldner» (FAZ 10.9.2009):

«Die Prinzipien der Marktwirtschaft müssen auch im Finanzgewerbe wieder gelten. Dazu gehört vor allem das Risiko des Scheiterns – eines Händlers wie der ganzen Bank.»

Die Mehrheit leide unter Ruf und Tun der Wenigen, so steht in «Die Besseren Verdienenden» (FAZ 7.9.2011):

«Doch überdecken die Skandale der Geldgier, dass die große Mehrheit derjenigen, die hierzulande steuertechnisch als «reich» gelten, hart arbeitende Unternehmer und Angestellte sind, die nicht grundlos vergleichsweise hohe Einkünfte erzielen. Auch wenn mancher Banker ein anderes Bild abgegeben hat: in der Realwirtschaft ist der Verdienst immer noch an Leistung, Verantwortung und Unternehmensegeist geknüpft.»

Jedoch: «Diese Leistungsträger, ohne die kein (Sozial-) Staat zu machen ist, haben im politischen Diskurs aber kaum noch Fürsprecher.»

Die Verteidigungslinie erstreckt sich im Kern auch auf den Tatbestand der Steuerkriminalität. Sie wird nie gerechtfertigt, sondern immer verurteilt. Aber mehrere Punkte fallen dann doch auf: Es ist meist von «Steuer-sündern», «Steuerunehrlichen» oder «Steuerhinterziehern» und nie von «Steuerkriminellen» die Rede. Ton und Argumente haben nie die Schärfe, mit der Sozialtransfer-Beziehern regelmäßig Faulheit und Missbrauch unterstellt wird. Obwohl es zahlreiche Kommentare zu diesem Thema gibt, wird beispielsweise nie auf Umfang von Steuerhinterziehung und Schaden für Wirtschaft und Gesellschaft hingewiesen; dem Thema wird also keine gesellschaftspolitische Dimension zugewiesen. Es wird aber darauf hingewiesen, dass der Staat schon wieder übertreibe, so in «Drohkulissee» (FAZ 19.9.2009):

«Deutschland feilt an seinem Folterwerkzeug gegen Steuer-oasen – oder gegen Bürger und Unternehmen, die dort aktiv sind. Ihnen drohen Sanktionen.»

Es wird oft darauf hingewiesen, dass Politik und Staat es dem Bürger schwer machen, steuerehrlich zu sein und zu bleiben: sehr hohe Abgaben und Steuern, sehr komplexe Vorschriften, ein Überdross an Kontrollen, der gegebene Alltag der «kleinen Schummeleien». Nachsicht für den Steuerhinterzieher und Schuldzuweisung an Staat und Politik sind also wichtige Momente in der Argumentation. So heißt es in «Steuer und Sühne» (FAZ 9.12.2010):

«Eine Ursache für das Vergehen kann auch das komplexe Steuerrecht sein. Wer später klüger wird, sollte sich korrigieren dürfen. Die recht hohen Verzugszinsen sind dann Strafe genug.»

«Lieber abrüsten» (FAZ 23.2.2010) fragt, ob reuige Steuerhinterzieher unverändert von einer Strafe befreit werden sollten und meint:

«Die geltende Rechtslage ist ein wichtiger Beitrag zum Steuerfrieden und damit zum gesellschaftlichen Frieden im Land. Sie ist ein Angebot zur Kooperation mit dem Fiskus, zur Deeskalation der heiklen Beziehungen zwischen den gerupften Steuerzahlern und ihrem stets mehr fordernden Staat. Das Entgegenkommen nutzt übrigens auch den öffentlichen Kassen: Denn allein durch das Aufrüsten gegen seine Steuerbürger kann ein freiheitlicher offener Staat seine Einnahmen nicht sichern.»

In «Schäubles Zugriff» (FAZ 2.2.2010) heißt es:

«Der moderne Steuerstaat verlangt seinen Bürgern viel ab, vielfach zu viel. Wenn die Hälfte des Einkommens kassiert wird, wird die Bereitschaft, für das Ganze Verantwortung zu übernehmen, über Gebühr strapaziert. Dass es Zeiten in der Bundesrepublik gab, in denen die Steuerlast in der Spitze noch höher war, ändert daran wenig. Es gibt Belastungsgrenzen, die ein Gemeinwesen nicht überschreiten sollte.»

In «Die Internationale der Steuerfahnder» (FAZ 24.8.2009) wird nahegelegt, Staaten und Politik wollten sowieso nur ihre Kassen füllen:

«Hinter dem staatlichen Verlangen nach Steuerehrlichkeit, gegen das im Grundsatz niemand etwas haben kann, steht letztlich der Drang nach mehr Geld für die Staatskassen in dieser finanzpolitisch desolaten Zeit. Dies richtet sich gegen Gerechte und Ungerechte. Sie kann sich in einer verschärften Wegzugsbesteuerung von solchen Bürgern äußern, die das Recht wahrnehmen, zum Beispiel der deutschen Steuerhölle zu entfliehen.»

Und im Zusammenhang mit diesem letzten Zitat wird den Politikern, die das Thema stark machen, nachgesagt, es gehe ihnen um anderes. In «Zertrampelt» (FAZ 24.11.2012) steht:

«Den Reichen nehmen, den Armen geben – was gibt es Schöneres? Was für Robin Hood noch eine überschaubare Aufgabe war, gestaltet sich für den Rechtsstaat komplizierter.»

Und in «Der Steuerfahnder» (FAZ 8.5.2009) wird erläutert:

«Das «Stopfen von Steuerschlupflöchern» der Wohlhabenden ist seit je sozialdemokratisches Terrain, hier lassen sich klassenkämpferische Gerechtigkeitsparolen mit starken Fiskalinteressen aufs schönste verbinden. Ganz nebenbei lenkt das populistische Kämpfen um jeden Steuercent davon ab, dass die Staatsschulden in atemberaubendem Tempo wachsen.»

4.3 Öffentliche Finanzen

Wir haben diesen Themenbereich mit aufgenommen, da wir der Meinung sind, dass unter dem Stichwort öffentliche Armut (oder öffentlicher Reichtum) sowohl der Zustand der Staatsfinanzen als auch der der öffent-

lichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastruktur gefasst werden können. In unserem Zusammenhang sind Staatsfinanzen und öffentliche Infrastruktur von Belang, da sie «Gegenpart» zu privater Armut und privatem Reichtum sind: Arme Bürger sind auf öffentliche Infrastruktur angewiesen. Reiche Bürger können an staatlicher Verschuldung in Form von Staatsanleihen zusätzlich Geld verdienen und sind vielleicht nur deshalb reich, weil sich der Staat aufgrund niedriger Steuern (arm macht) und die Gewinne aufgrund niedriger Löhne stärker steigen als zuvor. Das Thema Staatsverschuldung wird mit weitem Abstand am häufigsten bearbeitet. Die Redaktion hat eine Grundposition, die sich mit geringfügigen Abweichungen in allen Texten prägend widerspiegelt. In «Wurzeln öffentlicher Armut» (FAZ 17.10.2012) werden diese Argumente und Positionen beispielhaft zusammengefasst; als absolute Ausnahme wird hier allerdings die Staatsverschuldung als öffentliche Armut definiert. Zitate aus diesem Text:

«Die öffentliche Armut ist nicht, wie oft behauptet, ein Einnahmenproblem. Die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus Steuern und Abgaben steigen von Jahr zu Jahr sprunghaft an. Aber die Gier von Politikern aus nahezu allen Parteien nach immer großzügigeren finanziellen Leistungen aus öffentlichen Kassen kennt keine Grenzen.»

Und: «Erst steigende Schuldzinsen als Warnsignale der Kapitalmärkte führen zur Besinnung, freilich auch zur Suche nach Schlupflöchern.»

Und: «Jeder private Haushalt muss unter vielen Wünschen diejenigen auswählen, die mit den verfügbaren Mitteln finanziert werden können. Diese privatwirtschaftlichen Regeln müssen im Grundsatz auch für die öffentliche Hand gelten.»

Und: «Öffentliche Armut ist selbstverschuldet. Die Fehler der Vergangenheit, für die die Steuerzahler heute und künftig bluten müssen, dürfen nicht weiter begangen werden. Eine wachstumsfördernde Politik, die Investoren nicht bestraft, Arbeitslosigkeit vermindert und Sozialausgaben sparen hilft, ist der beste Weg, die öffentlichen Kassen ohne neue Steuerlasten noch reichlicher als bisher zu füllen und die öffentliche Armut zu überwinden.»

In «Das Gift und das Gegenmittel» (FAZ 4.7.2011) wird die Einführung der Schuldenbremse sehr gelobt:

«Deutschland ist auf Entzug. Das Land befreit sich vom süßen Gift der Verschuldung.»

Und: «Ob Könige, Diktatoren oder Demokraten: die Regierenden haben zu allen Zeiten liebend gerne mehr ausgegeben, als sie ihren Bürgern offen abverlangen konnten oder wollten.»

Es wird oft geraten, der Staat müsse viel mehr sparen und die Politik der Privatisierung ausbauen, so in «Kommunale Finanztricks» (FAZ 27.11.2010):

«Dauerhaften finanziellen Handlungsspielraum könnten sich die Kommunen mit Einsparungen beim Schuldendienst verschaffen, indem sie nicht zwingend benötigtes Eigentum an Betrieben aller Art veräußern. Die rund 700 kommunalen Krankenhäuser (meist zuschussbedürftig) gehören ebenso wenig zur unverzichtbaren Daseinsvorsorge wie zahlreiche Eigenbetriebe und das riesige kommunale Eigentum an Mietwohnungen.»

Die Zitate belegen darüber hinaus, dass der Politik die alleinige Schuld an der Staatsverschuldung zugeschrieben wird: Um Wähler, Wahlen und Einfluss zu gewinnen oder zu erhalten, gibt die Politik, ohne an die Folgen zu denken, ständig mehr Geld aus, um mit kurzfristig wirkenden Wohltaten und Vorteilen, Wähler für sich zu gewinnen. Die Politik gilt als unfähig, sich Grenzen zu setzen, dies tun die Finanzmärkte. Mit dieser Bewertung der Politik ist zugleich unausgesprochen und zwangsläufig ebenfalls eine sehr negative Bewertung der Wählerschaft verbunden: Sie lässt sich offensichtlich auf diese Weise für einzelne Parteien und Politiker gewinnen – wenn diese Methode nicht von Erfolg gekrönt wäre, dann würden die Politiker sie ja nicht über Jahrzehnte hinweg anwenden – und straft sie – ebenfalls in Kenntnis der Folgen – nicht ab.

Zusätzlich zur absoluten Dominanz dieser Perspektive, die als recht eindimensional charakterisiert werden könnte, überrascht, dass naheliegende wichtige Aspekte in diesen sehr vielen Kommentaren nie abgewogen, nicht einmal erwähnt werden:

- So besteht ein grundlegender Unterschied zwischen kredit- und schuldenfinanzierten (investiven) Ausgaben in öffentliche Infrastruktur oder in konsumtive Leistungen; auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit.
- So könnte die Wechselwirkung zwischen Staatsfinanzen und dem Zustand der öffentlichen Infrastruktur – sie ist nicht nur unter sozialen, sondern vor allem unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten von hohem Belang – immer wieder thematisiert werden.
- Staatliche Ausgaben lösen – mal mehr, mal weniger – wirtschaftliche Nachfrageimpulse aus. Das heißt, es gibt immer volkswirtschaftliche Folgen, die bewertet werden könnten.
- Es müsste auch abgewogen werden, inwieweit die nachweisbar hohen Steuerverringerungen in den letzten 15 Jahren zu diesen hohen Staatsschulden beigetragen haben. In diesem Zusammenhang liegt auch die Frage nahe, ob es quasi einen «Endpunkt» für die Verringerung von Staatsausgaben und für das Absenken von Steuern gibt.
- Es könnte in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, inwieweit der Staatsapparat in den vergangenen 20 Jahren abgebaut worden ist und ob er noch stärker abgebaut werden sollte.
- Zudem könnte die Frage behandelt werden, ob die Verringerung von Steuern für Private und die Ver-

ringerung von Staatsausgaben tatsächlich zu mehr Wachstum und damit zu letztlich höheren Steuereinnahmen des Staates führen – vor allem mit dieser Begründung sollen Steuern für Unternehmen und Reiche und Staatsausgaben gesenkt werden – und ob die Steuerpolitik der letzten 15 Jahre dies verifiziert oder falsifiziert.

- Es könnte genauer behandelt werden, welchen Anteil die Bankenrettung an der Entwicklung der Staatsschulden hat; das wird meist am Rande erwähnt, jedoch recht ungenau und vage und mit der offenkundigen Tendenz, diesen Einflussfaktor zu relativieren.
- Es könnte die Frage behandelt werden, inwieweit die Lage von Armen aufgrund der hohen Staatsverschuldung und des weithin unzureichenden Zustandes der öffentlichen Infrastruktur sich zusätzlich verschlechtert und inwieweit die hohen Staatsschulden ein zusätzliches profitables Geschäftsfeld für Wohlhabende und Reiche sind (Stichwort: Staatsanleihen) und insoweit für eine erhebliche Vermehrung von privatem Reichtum und von weiteren Staatsschulden sorgen.

Es geht bei diesen Anmerkungen nicht um die Frage, welche Position die Redaktion in ihren Kommentaren einnimmt. Es geht um die Frage, ob die handwerkliche Kommentarleistung einer Redaktion auch nur annähernd der Komplexität und dem Perspektivenreichtum des von ihr aus eigenen Stücken gewählten Themas gerecht wird. Es ist festzustellen, dass die Redaktion dieses Thema ungewöhnlich intensiv bearbeitet, jedoch immer perspektivenarm und analytisch stark unterkomplex.

Das Thema des Zustandes der öffentlichen Infrastruktur wird getrennt in vier Texten innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes angesprochen. Nur in einem Text wird die inhaltlich interessante Abwägung zwischen Staatsfinanzen und Zustand der öffentlichen Infrastruktur vorgenommen. Und das in sehr vorsichtigen, beinahe diplomatischen Formulierungen, wohl aus der Sorge heraus, nicht zu sehr von dem redaktionellen Konsens abzuweichen. So heißt es in «Den Substanzverzehr bremsen» (FAZ 18.2.2009):

«Schulen und Krankenhäuser, Kindergärten und Sportanlagen, Verwaltungsgebäude und Universitäten, Straßennetze, Schienenwege und Abwasseranlagen – überall zeigen sich zunehmend schwere Mängel, die auf unterlassene Instandsetzung, Unterhaltung und Erneuerung zurückzuführen sind. Früher oder später ist die öffentliche Hand zu teurer Sanierung gezwungen.»

Es folgt die klassische Schuldzuweisung an die Politik:

«Öffentliche Ausgaben, die rasch spürbare Vorteile bewirken, hatten bisher Vorrang vor dem sich langfristig auszahlenden pfleglichen Umgang mit der Substanz des öffentlichen Vermögens.»

Und dann die Abwägung, wie auf «rohen Eiern»:

«Die Sorgen über Tempo und Ausmaß der öffentlichen Neuverschuldung sind ohne Zweifel berechtigt. Soweit der Substanzverzehr mit der Aufnahme von Krediten aufgehalten und sogar vermindert wird, ist freilich anzumerken, dass die Belastung der Steuerzahler in der überschaubaren Zukunft nicht steigt. Was heute den Raubbau an öffentlichem Vermögen – schuldenfinanziert – verhindert, entlastet mindestens in gleichem Umfang künftige öffentliche Haushalte.»

Und: «Es ist nicht nur die enorme monetäre Verschuldung, die künftig die Steuerzahler drücken wird. Die realwirtschaftlichen Belastungen in Form des unterlassenen Vermögenserhalts treten hinzu.»

Und: «Denn der Raubbau an der öffentlichen Infrastruktur belastet in gleicher Weise die künftigen Steuerzahler wie kreditfinanzierte öffentliche Ausgaben.»

Außer der Reihe soll hier noch ein Text erwähnt werden, der – ebenfalls ein Unikat wie der eben zitierte – das Verhältnis zwischen Finanzmärkten und Politik aus einer besonderen Perspektive erläutert. Solche inhaltlichen «Irrläufer» – in einem inhaltlich bereichernden Sinne gemeint – gibt es selten. In «Politische Zauberlehrlinge» (FAZ 20.5.2010) geht der Autor von einem Zweckbündnis aus:

«Lange schien das gutzugehen: Die Staatslenker taten so, als seien ihre Schiffe unsinkbar und als hätten sie unbegrenzt Kredit – und die Finanzjongleure taten so, als könnten sie die Politik mit unendlich viel Geld versorgen, wenn man ihnen nur freie Hand ließe bei der Erfindung neuer Geldvermehrungstricks.»

Und: «Losgelöst von der Realwirtschaft, vervielfachten sie die umlaufende Geldmenge. Gerade für demokratische Politiker, die auf stete Zustimmung angewiesen sind und sich diese mit der Befriedigung steigender Ansprüche meilen erkaufen zu müssen, waren sie die idealen Partner. Das wachsende Kapital suchte weltweit nach Anlagen, und die stets klammen Finanzminister fragten allenthalben begierig diese Kredite nach. [...] So ging die seit den siebziger Jahren zu beobachtende Deregulierung der Finanzmärkte in den Industriestaaten mit einem explodierenden Wachstum der Staatsschulden einher.»

Und: «Während Industriekonzerne immer größere Teile ihrer Gewinne ebenfalls durch Finanztransaktionen erwirtschaften, nehmen die Arbeitnehmer immer weniger am Wirtschaftswachstum teil. Die Löhne stagnierten, die Gewinne aus Finanztransaktionen landeten in den Depots von Aktienbesitzern. An diesem Punkt hätte der Finanzbranche selbst klarwerden müssen, dass sie sich damit in demokratischen Staaten den Boden unter den Füßen wegzieht. Wo Mehrheiten über die politische Richtung bestimmen, kann sich auf Dauer kein Wirtschaftssystem halten, das dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden zuwiderläuft.»

Der Rat zum Schluss: «Die Regierungschefs aller Euro-Länder, auch Deutschlands, werden diesem Teufelskreis nur entrinnen, wenn sie der Alchimie abschwören und zu einer Wirtschaftsweise zurückkehren, die wieder weit mehr als bisher auf realen Werten beruht.»

4.4 Steuerstaat

Eine materielle Umverteilung (von oben nach unten) wird in allen Kommentaren rundweg abgelehnt. Dies gilt für alle Vorschläge und Konzepte der Erhöhung von Steuern und Abgaben, vor allem bezogen auf die besserverdienenden Mittelschichten, Wohlhabenden und Reichen. Die Grundargumentation geht so: Soziale Ungleichheit und ein «schlanker Steuer- und Sozialstaat» – mit möglichst niedrigen Sozialleistungs-Sätzen, möglichst niedrigen Steuern und Abgaben und schlechtestenfalls möglichst geringen Mindestlöhnen, am besten gar keinen – gehöre zu einer Marktwirtschaft. Beides führe letztlich zu mehr Wachstum, damit zu mehr Arbeitsplätzen und Wohlstand, weil so die Leistungsträger motiviert und die Nicht-Leistungsträger gezwungen würden, sich anzustrengen und beispielsweise auch eine schlechte und schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Denn Arbeit sei – im Gegensatz zu Umverteilung – das einzige und zugleich beste Instrument gegen Armut. Unterstützung sollen die (Noch-) Nicht-Leistungsträger vor allem in Form von Bildung erhalten.

Zur Verstärkung dieser Thesen werden gelegentlich die folgenden weiteren Argumente angeführt: Eine Politik der Umverteilung schüre grundsätzlich Erwartungen, die nicht erfüllbar seien. «Ein umverteilender Sozialstaat» könne dazu führen, dass Unternehmen und Leistungsträger abwanderten, und er demotiviere die Transferempfänger und verleite sie dazu, sich nicht anzustrengen. Von dieser Argumentationskette, dem dahinterstehenden Menschenbild, der damit verbundenen geringen Gewichtung des Wertes Gerechtigkeit und der damit verbundenen hohen Bewertung vermuteter – nicht belegter – volkswirtschaftlicher Effekte, zugleich der impliziten Gleichsetzung betriebs- und volkswirtschaftlicher Effekte, gibt es im Grundsatz keine Ausnahme. Diese Grundargumentation ist immer mit Hinweisen auf die Macht der Wohlhabenden und Reichen verbunden, ohne dies so zu nennen und ohne dies zu thematisieren: Es wird als selbstverständlich angenommen, dass Leistungsträger, Wohlhabende und Reiche auf überhöhte Zumutungen von Politik und Staat mit Leistungsverweigerung, Schwarzarbeit, Steuer- und Kapitalflucht reagieren; ob eine Zumutung überhöht oder noch tragbar ist, das wird den Betroffenen überlassen.

Im Detail beschäftigt sich die Redaktion ausführlich beispielsweise mit den Gründen, die gegen Erbschaftsteuer (in einem Kommentar dazu heißt es aus der Perspektive von Ethik und Erblasser: «Mit welchem Recht nimmt der Staat ihm am Lebensende einen erheblichen Teil seines Vermögens ab? Er hat es aufgebaut, indem er auf Konsum verzichtet und – mit

versteuertem Geld – Ersparnisse gebildet hat.») und Vermögenssteuer sprechen. Die Redaktion kommt zu dem Schluss, die Vermögenssteuer sei wirklich «ein Steuer-Zombie», den man am besten sterben lasse. Dann sei es doch besser, so wird die Argumentation weitergeführt, die Einkommenssteuer zu erhöhen. Um dann mit einer furiosen Wende – vermutlich «trickreich» in den Augen der Redaktion – zu dem Schluss zu kommen, aber die Leistungsträger würden bereits einen so hohen Anteil am Steueraufkommen tragen, dass die Einkommenssteuer doch auf keinen Fall erhöht werden dürfe.

Im Folgenden werden einige Beispiele genannt, in denen sich diese Argumentationen widerspiegeln. So heißt es in «Zwangsneurose» (FAZ 12.7.2012):

«Es scheint in Vergessenheit zu geraten: Wer in Deutschland viel verdient, zahlt sehr viel Steuern. Rund die Hälfte beansprucht der Fiskus. Früher verlangte er sogar bis zu zwei Drittel. Wer so viel abgeben muss, versteht keinen Spaß, wenn über neue Lasten spekuliert wird – zu Recht. Ein Staat, der überzieht, zerstört Anreize zu investieren, zu arbeiten, zu sparen. Eine solche Politik ist letztlich weder sozial noch marktwirtschaftlich.»

In «Gleichheit als Illusion» (FAZ 30.1.2010) skizziert die Redaktion ihre grundsätzlichen Bedenken:

«Der Versuch, über staatliche Umverteilung die subjektive Gerechtigkeitslücke zu schließen, kann nicht gelingen. Vielmehr nährt die egalitätsfixierte Politik die Unzufriedenheit, weil sie unerfüllbare Erwartungen weckt.»

In «Steuerpolitische Gierhalse» (FAZ 24.10.2012) heißt es:

«SPD und Grüne wollen mit der Zusage, Reiche zu schröpfen, zurück an die Fleischtöpfe der Macht.»

Und: «SPD und Grüne spreizen die Schere zwischen Arm und Reich auf. Dazu halten sie sich an den Grundsatz: Wer hat, dem kann genommen werden.»

In «Steinbrücks Agenda» (FAZ 9.10.2012) steht:

«Reich sind die anderen. Wer sie schröpfen will, legt sich zumindest nicht mit der breiten Masse an. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück nimmt, wie es seine Partei schon länger plant, die ungeliebte Minderheit ins Visier: Vermögende, Kapitalanleger, Spitzenverdiener. Für die Finanzkrise sollen sie bluten, ob sie nun spekuliert haben oder nicht.»

In «Verdächtiger Satz» (FAZ 19.9.2012) ist im Zusammenhang mit dem Entwurf für einen neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu lesen:

«Der Wohlstand ist enorm gewachsen – weniger beim den Euro rettenden Staat als in privaten Haushalten, versteht sich. Allerdings haben Großverdiener mehr profitiert als

«kleine Leute». Die Reichen sind noch reicher geworden. Weil Arbeitsministerin Ursula von der Leyen das ändern und mit Hilfe von Mindestlöhnen und Zuschussrente mehr umverteilen will, findet sich ganz versteckt im Bericht der Satz: «Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.» Damit begibt sie sich in die Koalition mit SPD, Grünen, Linken, Gewerkschaften und Sozialverbänden, die alle für höhere Steuern oder Abgaben auf Vermögen trommeln. Vergessen sie, dass die oberen zehn Prozent schon heute 50 Prozent der Steuerlast tragen und so den Sozialstaat erst ermöglichen? Am besten wäre es, den Satz in der Ressortabstimmung zu streichen.»

Es ist der Redaktion unbenommen, welche Position sie einnimmt. Die handwerklich-inhaltliche Qualitätsfrage ist nur, wie differenziert und perspektivenreich sie argumentiert und abwägt, um dann zu ihrer Haltung zu kommen. Die folgenden fragenden Hinweise in Bezug auf den Themenbereich Steuerpolitik legen zum wiederholten Mal den Verdacht nahe, dass die Redaktion bei ihrer inhaltlichen Arbeit in einem tiefen Tal der Eindimensionalität steckt. Denn wer durchgehend und ohne Ausnahme Steuererhöhungen ablehnt und (allerdings selten) weitere Senkungen fordert, müsste eigentlich ab und zu auch die folgenden Fragen abwägen:

- Wie weit haben Agenda 2010 und Steuerverringern die soziale und wirtschaftliche Situation in den vergangenen 15 Jahren für Unternehmen, Wohlhabende und Reiche verändert?
- Wie hoch sind die Einnahmen, auf die der Staat in den vergangenen 15 Jahren aufgrund der seither vorgenommenen Steuersenkungen verzichtet hat?
- Wie viel soziale Ungleichheit mehr gibt es beispielsweise verglichen mit dem Jahr 2000?
- Hat dieses Mehr an sozialer Ungleichheit zu mehr Arbeit, Wachstum und Wohlstand geführt? Hat sich diese Grundthese bewahrheitet, oder wurde sie widerlegt?
- Reicht dies oder muss es eine noch tiefere soziale Ungleichheit geben?
- Ist Wohlhabenden und Reichen zumutbar, höhere Steuern zu tragen, ohne dass dies negative Folgen für die Volkswirtschaft hat?
- Kann ein bestimmtes Ausmaß an privatem Reichtum auch negative volkswirtschaftliche Folgen haben?
- Wie tief müssen Steuern für Reiche und Unternehmen noch sinken, um das volkswirtschaftliche Optimum zu erreichen?
- Wie viel soziale Ungleichheit ist für den Einzelnen noch erträglich und für die Volkswirtschaft immer noch nützlich?

Solche Fragen und Aspekte werden nicht erwähnt.

4.5 Sozialstaat und Sozialarbeit

Der deutsche Sozialstaat gilt bei der Redaktion als durchweg sehr leistungsfähig und zeitigt gerade des-

halb viele negative Folgen: Er habe eine «umverteilende Wirkung», sei die entscheidende Quelle der hohen Staatsverschuldung, wirke wachstumshemmend und wirtschaftsfeindlich und demotiviere – aus entgegengesetzten Perspektiven und Gründen – Leistungsträger und Nicht-Leistungsträger gleichermaßen; Letztere gerieten zudem in ein verhängnisvolles persönliches Abhängigkeitsverhältnis. Als Beleg für seine Überdimensioniertheit wird unter anderem angeführt, im internationalen Vergleich sei nur Frankreich «noch spendabler», so in «Das Versprechen der SPD» (FAZ 9.9.2008). Der Sozialstaat dürfe auf keinen Fall ausgebaut, sondern müsse abgebaut werden. Auch die Politik der Privatisierung – auch auf kommunaler Ebene – müsse fortgeführt werden. Die Politik der Agenda 2010 und die Hartz-IV-Gesetzgebung werden durchweg als positiv, sozial und erfolgreich gewürdigt.

Es gibt noch zwei weitere Markierungen: Die Redaktion sieht in sozialstaatlichen Leistungen – unausgesprochen – keine Rechte, sondern Gaben. So ist nicht selten von «Wohltaten» die Rede, mit denen die Politik sich die Zustimmung von Wählerschichten «erkaufen» wolle. Und damit inhaltlich schlüssig verbunden ist die zweite Markierung: Die Redaktion ist der Meinung, dass es für jede Sozialleistung eine Gegenleistung des Empfängers geben müsse. Diese Grundargumentation wird – von seltenen Ausnahmen abgesehen – durchgehalten.

Im Folgenden nun einige Beispiele, zuerst aus «Die Früchte der Arbeit» (FAZ 3.9.2008):

«Die von der rot-grünen Regierung beschlossenen Hartz-Reformen gelten als kalt und herzlos. Zwar hat es mit Hartz IV keinen Kahlschlag, sondern vielmehr einen Ausbau des deutschen Sozialstaates gegeben.»

Und: «Die Pflicht für Arbeitslose, nach einem Jahr wieder arbeiten und eine Stelle annehmen zu müssen, flankiert mit der Einführung von Lohnzuschüssen, hat 1,1 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Besser mehr Jobs für Geringverdiener als keine Arbeit. Das ist der Erfolg von Hartz IV.»

In «Mindesteinkommen für Millionen» (FAZ 11.1.2010) wird die folgende Hartz-IV-Bilanz gezogen:

«Aus dem Mindesteinkommen für Millionen ist in Deutschland ein dichtes soziales Netz gegen Armut geknüpft – verbunden mit dem Anspruch, dass sich in diesem Netz keiner hängenlassen soll. Zugegeben: Hartz IV ermöglicht kein ausschweifendes Leben, sondern nur ein wirtschaftliches Überleben. Hartz IV lädt nicht zum Verweilen ein.»

In «Hartz als Chance» (FAZ 28.9.2010) heißt es:

«Die nun geplante moderate Steigerung des Hartz-IV-Regelsatzes für Erwachsene um fünf Euro auf 364 Euro (plus Miete und Heizung) zeigt, dass die Bundesregierung das Problem ernst nimmt, dass zu großzügige Fürsorgeleistungen Beschäftigung gleich doppelt behindern: Je höher

die staatliche Leistung, desto geringer der Anreiz zu arbeiten. Zugleich erschwert die zur Finanzierung der Sozialleistungen erforderliche Steuerlast den Aufbau von Arbeitsplätzen. Freilich hat der Koalition dann doch der letzte Mut gefehlt, den Ermessensspielraum zu testen und den Regelsatz überhaupt nicht zu erhöhen. Damit verstärkt sie die negativen Effekte von Hartz IV auf den Arbeitsmarkt.»

Und: «Die 600 Millionen Euro scheinen hier zwar besser angelegt als in einer Erhöhung der Regelsätze für Kinder. Die Gefahren des Versuchs sollte man nicht unterschätzen: Im ungünstigen Fall kommt über eine teure Bürokratie eine staatlich gepöppelte Nachhilfe- und Vereinsindustrie in Gang. Da die Ministerin angekündigt hat, dass sie sich diese Hilfen auch für Kinder von Geringverdienern oberhalb der Hartz-Schwelle vorstellen kann, könnte sich hier – mit oder ohne Chipkarte – ein neues Schwungrad für den Sozialstaat entwickeln.»

Da geht es um ein messerscharfes Austarieren von schon zu viel oder gerade noch richtig, als entschiede ein Euro mehr oder weniger über Wohl und Weh der gesamten Sozialstaatskonstruktion.

In «Gleichheit als Illusion» (FAZ 30.1.2010) werden grundsätzliche Sozialstaatstendenzen bearbeitet:

«Erst in den siebziger Jahren schlug das Pendel um in Richtung Verteilungsgerechtigkeit. Über die Jahrzehnte hat der umverteilende Sozialstaat gigantische Schuldenberge aufgehäuft und auf Kosten der kommenden Generationen agiert.»

Und: «Eine anspruchsvolle Sozialpolitik setzt einen Mentalitätswandel voraus. Die deutsche Gleichheitsfixierung und die Angst vor der Freiheit müssen aufgegeben werden. Es gilt, die (Selbst-)Blockaden in der Unterschicht aufzubrechen, gerade unter Migranten, und deren Aufstiegswillen zu stärken. Eine illusionslose Sozialpolitik fordert und fördert Bildung. Gleichheit kann heute nur in einem annäherungsweise gleichen Zugang zu Chancen zur Entfaltung liegen.»

In «Sozialstaat in Schiefelage» (FAZ 26.1.2010) wird deutlich, wo die Redaktion zusätzliche wesentliche Fehlentwicklungen sieht:

«Wie schiefe Sozialanreize wirken können, zeigt das kräftige Wachstum der Lieblingsgruppe der Sozialpolitiker, der Alleinerziehenden; diese Gruppe wächst hierzulande viermal schneller als in anderen Industrieländern. Es ist politisch «unkorrekt», zu fragen, ob der Staat mit finanziellen Anreizen die Trennung von Partnern und Familien unterstützen soll. Ein politisch ebenso «unkorrektes» Tabuthema ist die Einwanderung in das deutsche Sozialsystem. Wer das anspricht, muss mit wütender Empörung der Wohlfahrtsanhänger rechnen. Hierzu einige staunenswerte Zahlen des Statistischen Bundesamts: Von 1970 bis 2003 stieg die Zahl der Ausländer in Deutschland von drei auf 7,3 Millionen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Ausländer blieb da-

gegen mit 1,8 Millionen konstant. Ein Großteil der Einwanderung nach Deutschland ging also am Arbeitsmarkt vorbei in das Sozialsystem. Solche unbequemen Wahrheiten über schiefe Anreize halten Sozialpolitiker nicht davon ab, mit der Erhöhung des Schonvermögens oder von Zuverdienstgrenzen einen weiteren Ausbau des Systems zu fordern.»

Es soll noch auf zwei Texte verwiesen werden, die von dem Mainstream der Redaktion abweichen. So macht der Text «Arbeit, Alter, Armut» (FAZ 6.9.2012) zurückhaltend, aber unüberlesbar auf die Vorzüge des herkömmlichen Rentensystems aufmerksam:

«Wie weit die «Solidargemeinschaft» mittlerweile von ihren Ursprüngen entfernt ist, zeigt ein Blick zurück auf Anfänge des Umlageverfahrens. Damals sollte nicht nur ein unausgesprochener Vertrag zwischen der erwerbstätigen Generation und den Alten, zwischen Arbeitsmarkt, Beitragszahlern und Ruhestandlern geschlossen werden. Die Kinder sollten auch dazugehören. Die Beiträge sollten eigentlich so verstanden werden, dass sie zurückgeben, was die Generation zuvor erarbeitet und in Erziehung und Ausbildung der Kinder investiert hatte. Die Rente, die diese Beitragszahler eines Tages beziehen würden, sollten sie sich durch die Arbeit für ihren Nachwuchs, also durch die Geburt, Erziehung und Bildung der nächsten Generation, «verdienen».»

Und: «Das Umlageverfahren dagegen, so ergänzungsbedürftig es auch sein mag, trägt mit dem ständigen Appell an die Generationen den Keim der Gesellschaft jenseits des Staates in sich. Ihn vollends vertrocknen zu lassen wäre so, wie wenn eine Landschaft langsam verödet.»

Und der Text «Nachhutgefechte» (FAZ 1.11.2011) bezieht zu dem Instrument Mindestlohn, das sonst sehr ungeliebt ist, die folgende Position:

«Wer zu Recht das Hohelied der Sozialen Marktwirtschaft singt, der kann keine Politik gutheißen, die das krückengleiche Aufstocken von Vollzeitarbeitseinkommen auf das lebensnotwendige Niveau erzwingt. Der branchenunabhängige, gesetzlich verankerte Mindestlohn hat zum eigenständigen Leben zu reichen und darf nicht dazu führen, dass der Arbeitende als Teilsozialhilfeempfänger dasteht. Daher muss der Staat eine Lohnuntergrenze bestimmen, die die Würde des Vollzeitarbeitnehmers wie die Nichtbelastung der Staats- und Sozialhaushalte sicherstellt.»

4.6 Soziale Kluft

Es gibt nur wenige Texte, die direkt oder indirekt auf die Folgen für die Gesellschaft zu sprechen kommen, die sich aus der zunehmenden Armut und dem zunehmenden Reichtum ergeben (könnten). Da Reichtum mit seinen vielfältigen Folgen als eigenständiges Thema nicht thematisiert wird, da Armut lediglich in ihren einzelnen Erscheinungsformen registriert, aber als (vorübergehende) Folge von Marktmechanismen und/oder persönlichem Versagen als erklärbar und bereits

mit den vorhandenen Instrumenten des Sozialstaates als beherrschbar gilt, ist das Thema soziale Kluft aus der herkömmlichen Perspektive von Gerechtigkeit, Zusammenhalt der Gesellschaft, Destabilisierung, Gegeneinander von Unten und Oben in sich schlüssig für die Redaktion ebenfalls nicht existent. Das ist jedoch nur eine Seite.

Die andere Seite kann so skizziert werden: Ohne viel darüber zu schreiben, geht die Redaktion wie selbstverständlich davon aus, dass die soziale Kluft zugenommen hat. Sie sieht darin kein Problem, sondern zum einen eine selbstverständliche Entwicklung einer privat-kapitalistischen Marktwirtschaft und zum anderen die Grundlage für künftige Erfolge und damit letztlich die Lösung: Soziale Ungleichheit ist für sie der Antreiber für mehr Leistung und damit für mehr Wachstum, Arbeit und Wohlstand, die besten Instrumente gegen Armut. Sie behandelt dieses Thema jedoch nicht offensiv, nicht bewusst, es «läuft mit». Sie könnte ja offen abwägen: Wie viel soziale Ungleichheit bringt volkswirtschaftlich Vorteile und ab wann wird soziale Ungleichheit zur Quelle gesellschaftlicher und damit volkswirtschaftlich unfruchtbarer Konflikte? Das macht sie nicht. Da das Thema nicht bewusst behandelt wird, bleibt offen, inwieweit die Redaktion in den von ihr ja nicht bestrittenen Befunden der Zunahme von Reichtum und Armut bereits eine Quelle von gesellschaftlichen Konflikten sieht. Diesbezüglich gibt es lediglich Andeutungen, wie die beiden nachfolgenden Auszüge illustrieren.

In «Verteilungskämpfe» (FAZ 12.12.2012) werden Konflikte gesehen, die sich aus der Euro-Krise ergeben könnten. Da stehe jedoch Deutschland gegen Griechenland:

«Die Hilfe für Griechenland steht nun gegen den Schutz älterer Mütter vor Altersarmut. Ganz unabhängig davon, wie dieser Streit ausgeht – er ist Vorbote künftiger Verteilungskämpfe. Es geht darum, wer oder was uns nähersteht, um nationale und europäische Solidarität. Und das übrigens in einer Zeit, in der der Staat über ganz gute Einnahmen verfügt.»

Der Text «Das Unausweichliche» (FAZ 15.11.2012) beschreibt – längs der Frontlinie: Menschen gegen Sachzwänge – gesellschaftliche Auseinandersetzungen in anderen EU-Staaten:

«Die Arbeitsniederlegungen und Proteste gegen die Sparpolitik in Ländern, die im Zentrum der Staatsschuldenkrise stehen, kann man verstehen. Die Leute müssen beträchtliche Einkommenseinbußen hinnehmen, die Arbeitslosigkeit wächst, kurzfristig sind die Aussichten trüb. Und doch bieten nur fiskalische Konsolidierung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen die einzige Chance, Wohlstand zu schaffen und dauerhaft zu erhalten. [...] Bestimmte Gesetzmäßigkeiten lassen sich eben nicht ausschalten, schon gar nicht in einer Welt, in der Spanien mit Brasilien und Portugal mit Indien konkurriert. [...] Das ist kei-

ne Verhöhnung von Leuten, denen das Wasser bis zum Hals steht – aber die Anerkennung des Unausweichlichen.»

An einem weiteren Beispiel kann gezeigt werden, wie die Redaktion das Thema der sozialen und gesellschaftlichen Klüfte, mit dessen Behandlung sie den Befund von zunehmender Armut und zunehmendem Reichtum als gesellschaftlichen Konflikt anerkennen und politisieren würde, zu meiden versucht. Die Redaktion argumentiert einheitlich: Bildung ist das entscheidende Instrument, um Menschen aus der Armut zu holen und in das Erwerbssystem zu integrieren. Zugleich akzeptiert sie die allgemeinen Analysen, dass Bildungserfolge in Deutschland mehr als anderswo von der sozialen Herkunft bestimmt sind. Diesen Widerspruch löst sie nie auf, sondern versucht ihn «klein zu halten», indem sie diesen Befund nie genauer thematisiert, sondern erwähnt und dann auf die Seite legt.

Die Unsicherheit der Redaktion über Ausmaß und Folgen sozialer Ungleichheit und sozialer Klüfte schlägt sich auch in den recht unterschiedlichen Diagnosen nieder. So heißt es in «Das Armutsrisiko» (FAZ 16.6.2010):

«... von einem Auseinanderfallen in krass Arme und krass Reiche ist gerade die deutsche Gesellschaft weit entfernt. Das Maß der materiellen Ungleichheit in Deutschland ist nach allen vorliegenden internationalen Vergleichsstudien geringer als in den meisten anderen Industriestaaten. Es gibt einen üppigen Sozialstaat, der über steuerliche Umverteilung eine Nivellierung der Einkommensunterschiede bewirkt.»

In «Arme Arbeiter, reiche Beamte» (FAZ 1.10.2012) wird die soziale Ungleichheit erst einmal auf Basis von demoskopisch gemessenen Stimmungen beschrieben:

«Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer – davon sind die meisten Leute in Deutschland überzeugt. Zwar wollen vier von fünf Deutschen nicht in einem egalitären Land leben, in dem es nur geringe Unterschiede bei Einkommen und Vermögen gibt. Doch wünschen sich dem Institut für Demoskopie Allensbach zufolge genauso viele Leute, die Kluft zwischen ärmeren und wohlhabenden Schichten möge schmaler werden.»

Der Autor sieht Politiker, auch von der CDU wie Arbeitsministerin von der Leyen, Ängste schüren:

«So schürt sie mit ihrer Zuschussrente die Angst vor der Altersarmut und befeuert mit ihrem Armuts- und Reichtumsbericht die Empörung der «unteren» Hälfte der Bevölkerung über das «oberste» Zehntel, das über mehr als die Hälfte des Nettovermögens verfügt.»

Dann anerkennt der Autor ein Auseinanderlaufen sozialer Lagen, was für ihn Sachzwang und Grundlage für Erfolg zugleich ist:

«Am Befund einer sich öffnenden Schere zwischen Arbeits-einkommen und Unternehmens- oder Kapitaleinkünften ist nicht zu rütteln. Dem Druck auf den Arbeitslohn im unteren und mittleren Bereich durch neue Wettbewerber aus Asien kann sich in einer globalisierten Wirtschaftswelt keine Handelsnation entziehen. Dank zurückhaltender Tarifpolitik – viele Jahre stagnierten die Löhne – hat sich Deutschland vom kranken Mann Europas zum in der Welt bestaunten und in der EU beneideten Wirtschaftswunderland gemauert.»

Am liebsten meidet jedoch die Redaktion dieses heikle Thema ganz und widmet sich einem anderen: Die Redaktion rückt die Lage der Mittelschichten und der sogenannten Besserverdiener in den Mittelpunkt. Deren Lage gilt für sie als entscheidender sozialer Brennpunkt. In «25 für 80» (FAZ 26.8.2008) wird diese Schicht so charakterisiert:

«Ein Viertel der Steuerpflichtigen zahlt vier Fünftel der Lohn- und Einkommenssteuer. Das Statistische Bundesamt bestätigt den Befund des Armutsberichts der Bundesregierung, dass in Deutschland die Umverteilung über das Steuersystem funktioniert. Wer monatlich mehr als 3.125 Euro verdient, zählt zur besserverdienenden Minderheit. Dieser überschaubare Kreis der Leistungsträger finanziert den deutschen Sozialstaat, führt selbst kein Luxusleben, strengt sich täglich an und stellt am Ende eines jeden Monats fest, dass sich Leistung in diesem Land kaum noch lohnt. Doch darum scheren sich die Umverteiler unter den Politikern nicht. Unter Führung der Linken wird laut die angeblich große soziale Schiefelage beklagt, um die Leistungsträger noch stärker zu schröpfen. Weil die in der Minderheit sind, haben sie auch von den anderen Parteien nicht viel zu erwarten.»

Eine Schicht, die sich deshalb zu Recht Sorgen macht, wie in «Gleichheit als Illusion» (FAZ 30.1.2010) steht:

«Zweifel haben die Mittelschicht befallen, die vor allem das Erreichte sichern will und sich müht, ihren wenigen Kindern mit allerlei Extrakursen eine gute Ausbildung zu ermöglichen.»

Und in «Das Armutsrisiko» (FAZ 16.6.2010) heißt es:

«Es gibt einen üppigen Sozialstaat, der über steuerliche Umverteilung eine Nivellierung der Einkommensunterschiede bewirkt. Wird der Sozial- und Steuerstaat aber überdehnt, wird gerade jene Mittelschicht ausgepresst und gelähmt, die das Rückgrat der Gesellschaft bildet.»

Diese mittelschichtigen Besserverdiener werden nach Lesart der Redaktion also von zwei Seiten «bedroht» und «ausgeplündert»: vom Steuerstaat, aufgrund der hohen Steuern, aber auch vom Sozialstaat aufgrund der hohen Abgaben. Diese Zwangslage wird argumentativ sehr oft dargelegt: Arbeitsmotivation und Leistungsbereitschaft dieser Schicht seien bedroht, da sie einerseits hohe Abgaben und hohe Steuern zu bezah-

len habe. Andererseits erlebe sie, dass Sozialtransfer-Empfänger – deren Leistungen sie zu finanzieren habe – am Monatsende nicht viel weniger Geld als sie selbst auf dem Konto hätten, so dass sich eine Beschäftigung nicht mehr zu lohnen scheine.

In «Mitten ins Herz» (FAZ 13.5.2008) wird die Zukunft der Besserverdiener so beschrieben:

«Wer ist ein Besserverdiener in diesem Land? Oder gar ein Reicher? Da hält sich die Politik lieber noch bedeckt, jedenfalls der Teil der Politik, der den wohl zur Diffamierung so bezeichneten Gesellschaftsgruppen jetzt mal wieder ans Portemonnaie will. Schon fallen die Worte Vermögenssteuer und Streichung von Steuervorteilen, populistisch hübsch verpackt in den Satz, starke Schultern müssten mehr tragen als schwache. Als ob sie das nicht längst täten. Im Ergebnis kann das nur eines bedeuten: Wer sich anstrengt und durch seine Leistung ein ordentliches Einkommen erwirtschaftet, soll noch mehr abgezogen bekommen, damit Geringverdiener und Transferempfänger zusätzlich unterstützt werden können. Das nennt die SPD dann Zukunftskonzept.»

Und: «Sie treffen eine Mittelschicht, die ordentlichen Berufen nachgeht, hohe Beiträge in die Sozialversicherungen einzahlt, ein Familienleben pflegt und überproportional in die Bildung der Kinder investiert – in das einzige Kapital in diesem Land, auf das sich sinnvoll eine Zukunft gründen lässt. Gebeutel von einer schier endlosen Last aus Steuern, Abgaben und Zuschlägen, lernen die Pfeiler dieser Gesellschaft mit jedem Blick auf ihren Gehaltsstreifen aufs Neue, dass sich Leistung nicht lohnt. Wer soll sich noch reinknien, wenn von 100 Euro Gehaltserhöhung mindestens 65 beim Staat landen? Mit ihrem maßlosen Steuererhöhungsprogramm und der Unfähigkeit, die Sozialkassen tragfähig zu machen, hat diese große Koalition dafür gesorgt, dass vom Konjunkturaufschwung in der Mittelschicht kaum etwas angekommen ist. Verständnis für die sozial Schwachen im Lande und deren Unterstützung hat jeder. Doch sind die Sozialleistungen nicht eher zu hoch denn zu niedrig? Entlarvt sich das Gejammer nicht selbst bei fast 2.000 Euro Hartz IV für eine vierköpfige Familie? Das muss die geschröpfte Mitte erst mal netto verdienen, jene Gruppe der angeblich Besserverdienenden, die immer und für alles zahlt. Wie lange will das große Kartell der Kassierer noch so unverfroren in die Taschen derer greifen, die Deutschlands Wohlstand tagtäglich erarbeiten?»

4.7 Normative Ansprüche:

Gleichheit von Chancen und Verhältnissen

Die natürlich aus der Tagesaktualität entstandenen Kommentare werden selten mit Grundwerten oder verfassungsrechtlichen Ansprüchen verknüpft, aktuelle Ereignisse und Befunde werden wiederum so gut wie nie an verfassungsrechtlichen Ansprüchen gemessen. Der Autor von «Gerecht ist nicht gleich» (FAZ 2.2.2010) beschäftigt sich mit dem Anspruch von Bildungsgerechtigkeit und der Frage, ob Schule soziale Unterschiede aufzuheben vermag:

«Von Begabungsunterschieden wird auf soziale Unterschiede geschlossen, von Ungleichheit auf Benachteiligung und Ungerechtigkeit. Der Wohlfahrtsstaat reagiert darauf mit Fürsorge in Gestalt von Umverteilung. Das jedoch gelingt im Bildungssystem noch weniger als auf anderen Feldern.»

Und: «Dabei hat sich der Gleichstellungszwang im Bildungssystem schon immer als die größte Ungerechtigkeit überhaupt erwiesen. Bildungsgerechtigkeit ist etwas anderes, als die sozialstaatliche Umverteilungsrhetorik nahelegt. Odo Marquard hat Gleichheit als «angstloses Anderssein dürfen für alle» bezeichnet – auch und gerade im Bildungswesen.»

Der Text «Wir Ampelmännchen» (FAZ 10.11.2009) beschäftigt sich mit der inneren Einheit und der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland:

«Kurt Biedenkopf brach mit einem Tabu, als er Anfang der neunziger Jahre behauptete, mit der im Grundgesetz vorgeschriebenen «Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse» könne gerade im Föderalismus nicht Einförmigkeit gemeint sein. Ein Mahnmal zur Verdrängung dieser Einsicht ist der Solidarpakt geworden.»

Dazu auch «Gedopter Osten» (FAZ 27.6.2009):

«Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall verläuft noch immer eine Wohlstandsgrenze durch das vereinigte Land. Sie trennt Ost von West, oft trennt sie aber auch Ost von Ost: Regionen, Wirtschaftszweige und Menschen, die es vermeintlich geschafft haben, von jenen, die zurückgeblieben sind.»

Und der Text «Überfällige Renteneinheit» (FAZ 24.12.2008) stellt fest:

«Tatsächlich ist die rentenrechtliche Spaltung in Ost und West nicht mehr zu begründen.»

Der Text «Eigennutz» (FAZ 24.12.2008) handelt von Eigeninteressen und ihren Grenzen:

«Eigennutz bis hin zu seiner hässlichen Spielart, der Gier, wird stets Bestandteil eines freiheitlichen Marktsystems bleiben, das den Menschen – Finanzkrise hin, Finanzkrise her – nehmen muss, wie er ist.»

Und: «Genesen wird die Wirtschaft nicht am Staat, sondern am privaten Vertrauen darauf, dass die Nutzen-Kalküle wieder stimmen.»

4.8 Bilanz Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Zunahme von Armut und die von Reichtum werden nicht bestritten. Beides wird – mal relativierend und mal nicht – erwähnt und als Grundlage der Argumentation genommen. Beide Entwicklungen werden jedoch nicht bewusst hervorgehoben und thematisiert. In bei-

den Fällen gelten als prägende Ursachen das persönliche Verhalten – in dem einen Fall als Folge von persönlicher Leistung und im anderen Fall von persönlicher Nicht-Leistung oder nicht ausreichender Leistung.

Armut als Gesamterscheinung wird nicht behandelt. Es werden inhaltlich losgelöst voneinander einzelne Erscheinungsformen bearbeitet: vor allem die Kinder-, Hartz-IV- und Altersarmut.

Reichtum wird verteidigt und gewürdigt und als Ergebnis von persönlicher Leistung gesehen. Reichtum, der nicht auf Basis von persönlicher (unternehmerischer) Leistung entsteht, existiert für die Redaktion als eigenes Thema nicht.

Mögliche Wechselwirkungen zwischen Armut und Reichtum werden nicht behandelt. So ist das Thema der möglichen sozialen Kluft und den damit zusammenhängenden Problemen konsequenterweise ebenfalls nicht oder nur am Rande existent. Zudem gilt soziale Ungleichheit nicht als Problem, sondern als Lösung von (volks-)wirtschaftlichen Problemen.

Im Mittelpunkt stehen für die Redaktion die Lage der besserverdienenden Mittelschichten und die Staatsverschuldung.

Es gibt darüber hinaus drei Befunde, die als eher ungewöhnlich auffallen. Die erste Beobachtung: Die Redaktion pflegt systematisch ein negatives, teilweise herablassendes und gar verächtliches Bild von Politik. Sehr oft ist recht undifferenziert die Rede von «der Politik». Ihr wird – ohne nähere Begründung – selbstverständlich und stereotyp vorgeworfen, sie verfolge ihre Themen und Positionen vor allem aus instrumentellen Gründen.

Einige Beispiele: Die Staatsschulden seien so hoch, weil Wähler mit Wohltaten gelockt werden müssten. Die Politik bedenke die Folgen davon nicht. Die Reichen würden geschröpft, weil es der Mehrheit der Wähler gefalle. Ministerin von der Leyen mache die Altersarmut zum Thema, weil sie sich profilieren wolle. Das Thema Steuerflüchtlinge werde stark gemacht, um Stimmung gegen die Reichen zu machen.

Vor allem der systematisch vorgetragene Vorwurf, Politik steigere bedenkenlos die Staatsschulden, um rein egoistische persönlich-politische Ziele auf Kosten der Allgemeinheit zu verfolgen, kann – wenn die Kommentierung nicht als politisch-publizistische Propaganda abgetan, sondern ernst genommen werden soll – nur als sehr schwerwiegend und im Grundsatz als politikfeindlich wahrgenommen werden. Ähnlich negativ kommen nur noch die Sozialtransfer-Empfänger und unter denen vor allem die Sozialtransfer-Eltern weg.

Der entscheidende Punkt besteht darin, dass dies jeweils als Vorwurf formuliert wird, der das Verhalten der Politik als tendenziell unaufrichtig und persönlich-berechnend denunzieren soll. Es gibt keinen Zweifel, dass Politiker und Parteien ungeachtet ihrer Grundpositionen ihr Verhalten, ihre operative Politik und ihre aktuellen Forderungen auch an den Aspekten der öffentlichen Zustimmung, der Erringung von Einfluss und

der Durchsetzung ihrer Positionen ausrichten – das gehört zu den Kernelementen einer parlamentarischen Parteiendemokratie. Dies als Vorwurf zu formulieren ist also so sinnvoll, wie Unternehmern in dieser privatkapitalistischen Wirtschaft vorzuwerfen, sie wollten ja nur Gewinne machen, hat also keinen sachlichen Gehalt und kann damit zwangsläufig nur dem Versuch der Herabwürdigung dienen; ungeachtet der Frage, ob es die gewünschte Wirkung erzielt.

Die zweite Beobachtung: Die Argumentationen in den Kommentaren sind überwiegend «holzschnittartig» und überraschend primitiv-undifferenziert. Das fällt besonders auf, da dieses Medium als eines der qualitativsten dieser Republik gilt. Zur Illustration werden hier noch einmal wenige Beispiele genannt.

Beispiel Staatsverschuldung: Ungeachtet wie ein Kommentator zu diesem Thema steht, er könnte beispielsweise – oder müsste es sogar – immer wieder die Aspekte abwägen, für was die kreditfinanzierten Schulden ausgegeben werden, für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur oder für rein konsumtive Leistungen. Er könnte abwägen, inwieweit zusätzliche Staatsausgaben die Konjunktur ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen oder nicht. Er könnte abwägen, inwieweit die Politik der Steuersenkungen seit 2000 zu der Erhöhung der Staatsschulden geführt hat, inwieweit beispielsweise Lasten aus der Wiedervereinigung noch eine Rolle spielen. Er könnte auch gegenrechnen, inwieweit beispielsweise der öffentliche Dienst Personal abgebaut hat. Er könnte die Staatsverschuldung von Deutschland vergleichen mit der von anderen vergleichbaren Industriestaaten, um das Thema auch in Relation und nicht nur in Absolutheit zu behandeln. Er könnte darlegen, inwieweit das Gemeinwesen besser dasteht, wenn die Staatsschulden sehr stark verringert werden würden: Was ist deshalb besser, was ist schlechter, auf wessen Kosten ginge die Schuldenreduzierung? Er könnte die Wechselwirkung des Zustandes der Staatsfinanzen und des Zustandes der öffentlichen Infrastruktur bearbeiten. Dass Staatsverschuldung auch ein Element der privaten Reichtumsvermehrung ist, da nur (sehr) Wohlhabende in der Lage sind, Staatsanleihen in nennenswerten Umfang zu kaufen und daran zu verdienen, auch das könnte ein Aspekt der Kommentierung sein. Keiner der hier genannten Aspekte spielt in auch nur einem der Kommentare eine Rolle; es wurden zu diesem Thema 76 Kommentare analysiert.

Beispiel Mindestlohn: Es könnte abgewogen werden, dass ein Mindestlohn – im Vergleich zu einem noch geringeren Lohn – eine (stärkere) Anerkennung für geleistete Arbeit ist, damit motiviert (deshalb eventuell sogar die Arbeitsproduktivität steigert), den Lebensunterhalt einer Person eher gewährleistet und damit Armut verhindert, ein Faktor gesamtwirtschaftlicher Nachfrage darstellt und tatsächlich zudem für das jeweilige Unternehmen (je nach Größe und Stärke) ein mehr oder weniger relevanter Kostenfaktor ist, der beachtet werden muss. Die Kommentare konzentrieren

sich jedoch ausschließlich auf den letztgenannten Aspekt. Die Redaktion könnte sich in diesem Zusammenhang auch die Frage stellen: Wenn Arbeit die Lösung ist, um Armut zu vermeiden oder der Armut zu entkommen, so lautet durchgehend das Rezept der Redaktion, wie kommt es dann, dass die Armut ausgerechnet in Zeiten zunimmt, in denen die Erwerbsquote – die Redaktion bejubelt diesen Rekord immer wieder – einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Keiner der hier beispielhaft genannten sehr naheliegenden Aspekte wird behandelt.

Beispiel Reichtum: Man könnte den Zusammenhang von Reichtum und Leistung, von privatem Reichtum und privater Armut, die möglichen negativen volkswirtschaftlichen Folgen von privatem Reichtum (siehe Zunahme von vagabundierenden anlagensuchenden Spekulationsgeldern), den Zusammenhang von Reichtum und gesellschaftlichem Einfluss und zahlreiche weitere Aspekte behandeln. Ebenfalls: Fehlanzeige.

Diese handwerkliche Kritik der stark unterkomplexen Kommentierung kann auch auf die von der Redaktion genannten Rezepte ausgedehnt werden: mehr Wachstum, mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, niedrigere Steuern und Abgaben, weniger Staatsausgaben, mehr Privatisierung, mehr Bildung. Zu jedem dieser Stichworte gab und gibt es Erfahrungen und neue Erkenntnisse aus den vergangenen 20 Jahren, die im Detail und manchmal auch im Prinzip etwas Neues über Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit dieser Vorschläge zu sagen haben. Auch diese Aspekte spielen keine Rolle.

Kommentare sind auch zum Abwägen und zum Widerlegen anderer Argumente da – darin unterscheiden sie sich im Kern von Plakaten. Solche Abwägungen können natürlich nicht in kürzeren Kommentaren und alles andere als täglich vorgenommen werden. Jedoch sollten sie in viereinhalb Jahren wenigstens immer wieder zu lesen sein – Fehlanzeige.

Die dritte Beobachtung: Vor allem im Zusammenhang mit Staat, Sozialstaat und Sozialpolitik werden gehäuft Begriffe eingesetzt, die nur – für Kommentatoren legitim – denunziatorisch gemeint sein können und die vor allem gesellschaftliche und soziale Rechte mehr oder weniger als Gaben darstellen. Bei dem Plan für eine Zuschussrente geht es um «Wohltaten». Die Mittelschichten werden vom Staat «geschröpft». Die Politik, vor allem die Sozialpolitik, ist ein «Kartell der Kassierer». In Deutschland haben wir es mit einer «alimentierenden Gesellschaft» zu tun. Bundesministerin von der Leyen wird als «Ministerin für Bedürftige» bezeichnet. Der Sozialstaat ist «spendabel» und es droht «ein neues Schwungrad für den Sozialstaat». Der Sozialstaat ist ein gefährliches Wesen: Es handelt sich um einen «wuchernden Sozialstaat», der «Verteilungspolitikern» erlaubt, «die jeweilige Klientel zu bedienen». Der Sozialstaat schafft «gefährliche Abhängigkeiten». Und er lässt einen «Teufelskreis» entstehen, «in dem eine schrumpfende Schar von Leistungsträgern eine steigende Zahl von Transferempfängern finanzieren soll». Es ist die Rede von «der Lieblingsgruppe der Sozialpoli-

tiker, der Alleinerziehenden», die in Deutschland kräftig wachse, «viermal schneller als in anderen Industrieländern». Und: «Die Ursachen für den öffentlichen Schuldenumpf sind leicht auszumachen. Für Politiker ist das Verteilen sozialer Wohltaten auf Pump, also zu Lasten kommender Generationen, wegen der sofort wählbaren Auswirkungen verführerisch.» Es gebe eine «deutsche Gleichheitsfixierung und die Angst vor der Freiheit», eine «subjektive Gerechtigkeitslücke» und eine «egalitätsfixierte Politik».

Transferleistungen werden auch mit Begriffen aus der Medizin verbunden. Ein Beispiel: «Die Unkultur des Ruhigstellens durch Umverteilung» müsse von einer Kultur des sozialen Aufstiegs abgelöst werden. Vor allem in Verbindung mit dem Thema Staatsverschuldung werden Sprachbilder aus der Welt der Sucht verwendet: «Deutschland ist auf Entzug. Das Land befreit sich vom süßen Gift der Verschuldung.» Es ist die Rede von dem «unersättlichen Staat», der ständig «gefüttert» werde und der «trotz ungekannter Rekordmarken bei den Steuereinnahmen nicht aufhören kann, neue Schulden zu machen». Und: «Nach Jahren einer unverantwortlichen Politik, welche die Daueralimentierung zum Prinzip erhob und die Wirtschaftskraft des Landes systematisch schwächte, wurde eine rigorose Kehrtwende unvermeidlich.»

5 DER SPIEGEL

Im Zeitraum von Mai 2008 – die Untersuchung beginnt mit Ausgabe 17 – bis Ende 2012 wurden nach Durchsicht der Inhaltsverzeichnisse der Printausgaben des *Spiegel* (Sp) insgesamt 129 Texte ausgewählt und qualitativ untersucht. Sie haben *im weitesten Sinne* mit dem Untersuchungsthema Armut, Reichtum und soziale Ungleichheit oder wenigstens einem Aspekt davon zu tun, wobei dieser nicht im Mittelpunkt stehen muss; so wurden Texte über «Tafeln», Finanzmärkte, Euro-Krise und Staatsschulden, Inflation, Gentrifizierung, Hartz-IV-Bilanzen, Mietpreise, Steuerhinterziehung etc. mit in den Untersuchungskorpus aufgenommen.

Über die Jahre sind die Texte wie folgt verteilt:

- 2008: 28 Texte;
- 2009: 22 Texte;
- 2010: 19 Texte;
- 2011: 24 Texte;
- 2012: 36 Texte.

Im Untersuchungszeitraum sind 244 Ausgaben des Mediums erschienen. Das heißt, das Untersuchungsthema wurde etwa in jeder zweiten Ausgabe behandelt; ob mit einer langen Titelgeschichte, einem Essay, einem Interview, oft einem Bericht von ein bis drei Seiten.

Die Serie über Reiche im Frühjahr 2012 wird getrennt ausgewertet; siehe Kapitel 5.9.

5.1 Private Armut (5 Texte)

Es gibt keinen Text, der die Armutsentwicklung in Gänze und damit in ihrer gesellschaftlichen Dimension beschreibt und analysiert. Die Texte behandeln einzel-

ne Armutsformen oder auch nur Aspekte davon. Die Subthemen sind: Hartz IV, prekäre Arbeit, Alters-, Kinder- und Bildungsarmut. Prominent werden jeweils die Zusammenhänge mit den Verhältnissen (Stichwort: neue flexible, fragile und oft schlecht bezahlte Arbeitsplätze) auf dem Arbeitsmarkt hergestellt.

In «In der Vorsorgefalle» (Sp 37/2012) wird die Perspektive erweitert: Nicht nur die Arbeitsmarktverhältnisse seien ein Problem, es gebe auch Probleme bei der Erwirtschaftung der notwendigen Rendite der Versicherungsträger:

«Das Niveau der gesetzlichen Rente schrumpft, Lebensversicherungen, Aktien oder Fonds werfen immer weniger Rendite ab: Vielen Bürgern, die vom goldenen Ruhestand träumen, droht ein böses Erwachen. [...] Dass die gesetzliche Rente in vielen Fällen nicht mehr ausreicht, den Lebensstandard zu sichern, ist seit langem bekannt. Neu dagegen ist, dass auch jene Vorsorgesysteme in die Krise geraten, die sich die Politiker als Ersatz gedacht hatten.»

Es wird unterstellt, dass die gesetzliche Rente so schwach bleibt und bleiben muss und dass die Krise der privaten Vorsorgesysteme eine Überraschung sei; an die zahlreichen Kritiker, die bei der Teilprivatisierung der Rente auf diese möglichen Probleme hingewiesen haben, wird nicht erinnert. Auch hier ist allein der Akteur Politik gefragt:

«Würde die nächste Bundesregierung eine Vorsorge-Agenda 2020 beschließen, müsste sie aus folgenden Elementen bestehen: einem Programm zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit, einer Qualifizierungsoffensive und flächendeckenden Mindestlöhnen. Und, daran führt angesichts der steigenden Lebenserwartung kein Weg vorbei: aus langfristig steigenden Altersgrenzen.»

Wenn es um Aspekte privater Armut geht und in Verbindung damit um die neuen Arbeitsmarktverhältnisse, werden als Akteure kritisch die Politik, manchmal auch die Gewerkschaften angesprochen, nie jedoch die Unternehmen und ihre Verbände.

5.2 Reichtum von Personen und Unternehmen (34 Texte)

Die Berichterstattung über Reichtum kann inhaltlich grob in drei Kategorien eingeteilt werden:

- Lifestyle-Berichterstattung;
- Berichterstattung aus der Perspektive der Wohlhabenden und Reichen, die sich schützen und ihr Vermögen zusammenhalten müssen und
- zahlreiche Berichte, Essays und Interviews über «gierige» Manager, Investment-Banker, das Motiv «Gier» und entfesselte Finanzmärkte.

Zur Lifestyle-Berichterstattung zählt beispielsweise der Text «Die armen Reichen» (Sp 23/2008) mit der Unterzeile «Ortstermin: In München kümmert sich ein Lobbyist um die Sorgen der Millionäre». Im Jahr 2009 soll es erstmals in Deutschland eine Millionärsmesse geben:

«Der Luxusmarkt sei einer der am schnellsten wachsenden Märkte überhaupt. 150 Milliarden Dollar Umsatz 2007. 300 Milliarden Dollar Umsatz in den nächsten Jahren. Das Gute sei: Die Reichen werden immer mehr. Genauso wie die Armen.»

In dem Text wird definiert, wer wirklich reich ist:

«Im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird der Reichtum [...] definiert. Es gibt eine Zahl. Reich ist, wer, alleinlebend, mehr als 3418 Euro netto bekommt. Aber echter Reichtum, sagt Gijrath, beginnt erst ab fünf Millionen Euro, netto.»

Zur Gattung Lifestyle zählt auch «Die dunkle Seite des Geldes» (Sp 1/2010), dessen Vorspann lautet:

«Die Superreichen haben 2009 viel verloren. Nun berichtet ein Vermögensberater über die hässlichen Folgen der Krise für das Leben im Luxus.»

Und der Text «Herr Rabeder zieht aus» (Sp 33/2010), bei dem es über fast fünf Seiten um das folgende Thema geht: «Ein österreichischer Millionär trennt sich von Hab und Gut, um Armen dieser Welt zu helfen.»

Und der Text «Im Yachtfieber» (Sp 3/2011), der über drei Seiten unter anderem Produkte beschreibt, wie die Dusche, aus der Champagner fließt:

«Wirklich Reiche leben ihre Dekadenz hemmungslos auf Luxusbooten aus. Dabei schätzen sie vor allem deutsche Wertarbeit.»

Eine andere Kategorie beschäftigt sich aus der Perspektive der Wohlhabenden und Reichen mit der Frage, wie sie sich und ihr Eigentum schützen und warum sie dies tun müssen. Dazu zählt «Die Flucht der Elite» (Sp 17/2008):

«Sie schicken ihre Kinder in Privatschulen, ziehen in bewachte Viertel und verlassen das Sozialsystem. Die deutschen Eliten fangen an, sich aus der Solidargemeinschaft zu verabschieden. Eine Regierungsstudie belegt: Die Spaltung der Gesellschaft wächst, die Politik ist hilflos.»

Es wird ausführlich – aktueller Anlass ist der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – die zunehmende soziale Spaltung skizziert und so zusammengefasst:

«Da gibt es ganz oben die Eliten, die sich – unzufrieden mit dem mangelhaften Leistungsangebot des Staates – zunehmend aus der Solidargemeinschaft verabschieden. Und da gibt es unten die große Masse der Menschen, die keine Chance haben, dem staatlichen Bildungssystem, den gesetzlichen Sozialversicherungen und dem Problemkiez vor der Tür zu entkommen.»

Den oberen Schichten wird von Wissenschaftlern bescheinigt, sie handelten aus «Statuspanik». Vor diesem

Hintergrund wird das Delikt der Steuerhinterziehung, das sehr weit verbreitet sei, relativiert:

«Die Politik sei daran nicht unschuldig, sagt der Kölner Finanzwissenschaftler Clemens Fuest. Das Unrechtsbewusstsein schwinde, weil die Bürger verstärkt den Eindruck hätten, dass sie für ihre Steuern keine angemessene Gegenleistung erhielten.»

Zur Darstellung des Schutz- und Abwehrverhaltens gehört auch der Bericht «Shoppen gegen die Angst» (Sp 1/2012), in dem geschildert wird, wie gehobene Mittelschichten, Wohlhabende und Vermögende ihr Geld vor dem Hintergrund einer vermuteten Geldentwertung anlegen: in Konsum, Immobilien und Gold.

In der dritten Textgruppe wird vor allem das Handeln der Finanzmarktakteure und Manager – meist sehr kritisch – behandelt. Das Wort «Gier» steht im Vordergrund.

So führt die Redaktion «mit dem Schriftsteller und einstigen Marxisten Hans Magnus Enzensberger» ein Interview (Sp 45/2008), das auch von der Finanzmarktkrise handelt. Als Enzensberger auf Krisenzyklen aufmerksam macht, fragt die Redaktion:

«SPIEGEL: Machen Sie es sich nicht zu einfach? Es geht doch auch um Moral. Haben die Banker moralisch versagt? Enzensberger: Es ist ein bisschen viel verlangt, dass ausgerechnet die Banker für die Moral zuständig sein sollen.»

In der zwölf Seiten langen Titelgeschichte «Schuld und Sühne» (Sp 8/2009) heißt es in der Einleitung:

«Die Gier lebt weiter: Weltweit verteilen die Banken Milliarden an Boni, obwohl sie gigantische Verluste erwirtschaften und auf die Hilfe des Staates angewiesen sind.»

Und: «Was als durchaus sinnvolle Erfolgsbeteiligung begonnen hatte, entwickelte sich immer mehr zu einem System hemmungsloser Selbstbedienung.»

Es fällt auf, dass auch in diesem langen Text mit nicht einem Wort erwähnt wird, warum die anlagesuchenden privaten Gelder in den vergangenen zwei Jahrzehnten so stark zugenommen haben; man könnte beispielsweise auf die (Teil-)Privatisierung der Rentensysteme, auch dem in Deutschland, und auf die Politik der anhaltenden Steuersenkungen für Kapitaleinkünfte, hohe Einkommen und Vermögen hinweisen. Auch in vielen anderen Texten, in denen diese privaten Finanzvermögen eine tragende Rolle spielen, böte es sich allein im Sinne von Orientierung an, auf diese mögliche Analyseoption aufmerksam zu machen – Fehlanzeige. Beispielsweise in dem Text «Wohin mit all dem Geld?» (Sp 23/2012), dessen Vorspann lautet:

«Während die Staaten durch die Schuldenkrise taumeln, wissen Pensionskassen, Fonds und Versicherungen kaum noch, wie sie ihre Milliarden sicher investieren sollen. Einer der Krisengewinner ist Deutschland.»

Aber auch in diesem Text wird mit keinem Wort das «Rätsel» aufgelöst.

An manchen Stellen wird offenbar, dass die Redaktion sich nicht entscheiden mag: Ist jetzt die Gier der Einzelnen oder einer Gruppe die Ursache für diese Krise und/oder das Unvermögen und die Schuldenmentalität der Politik, oder ist es doch «das System»? Gemessen an der Häufigkeitsverteilung neigt sie eindeutig zu den Ursachen «Gier» und Politikversagen, aber auch die Ursache «System» – eine Diagnose, die natürlich weitreichende inhaltliche Folgen hätte – ist immer wieder mal im Rennen; allerdings nur in vagen Andeutungen, «irgendwie» und «verdruckt». So schreibt ein Reporterteam in der etwa 30-seitigen Titelgeschichte «Schlussverkauf» (Sp 50/2011) über ihre dreiwöchige Recherchezeit:

«Es waren wieder dramatische Wochen. Wer mit diesen Insidern sprach, ihr Tun beobachtete, wurde Augenzeuge einer Wette, die Europa verändert: An den Märkten wird auf den Untergang der Euro-Zone gewettet. Dahinter steckt kein Plan, keine Verschwörung, noch nicht einmal Absicht. Die Richtung ergibt sich vielmehr aus der Analyse der Situation und den Notwendigkeiten täglicher, manchmal sekundenschneller Entscheidungen, die die Akteure auf den Finanzmärkten fällen, um im Geschäft zu bleiben.»

Die Gier als entscheidende Krisenursache gewinnt dann doch wieder die Oberhand, sie hat auch zu viele Vorteile: Sie fördert enorm die Aufmerksamkeit, denn was wünscht das Publikum mehr als «richtige Schurken» und eine tüchtige Portion Unmoral, die verurteilt werden kann. Sie entlastet: Was können Politik und Bankenvorstände schon gegen die unberechenbaren Raffinessen der Raffgier Einzelner ausrichten? Und die Kritik der Einzelnen ersetzt die Kritik am Spekulationsgeschäft insgesamt: Die guten Finanzspekulationen können so weiter dem positiven Geldgeschäft zugezählt, die Krisen, Blasen und Exzesse den «Schurken» angelastet werden.

Im Zusammenhang mit den zahlreichen Texten zur Finanz- und Euro-Krise beschäftigt sich die Redaktion intensiv mit der Rolle der Politik. Ihr wird im Kern nachgesagt, sie sei heute machtlos, weil sie sich über ihr jahrelanges Schuldenmachen den Finanzmärkten ausgeliefert habe. Stellvertretend wird hier aus dem Essay «Ackermanns Herrschaft» (Sp 22/2011) zitiert; wie in diesem Essay, so ist übrigens in den meisten Texten sehr undifferenziert von «der Politik» die Rede. Da heißt es über die Macht der Finanzmärkte:

«Sie treiben Politiker noch mehr in die Ängstlichkeit, die Handlungsschwäche, die Handlungsunfähigkeit, die Lüge.»

Die Finanzmärkte, «der neue Souverän», seien

«extrem nervös, gierig und nur an Zahlen interessiert. Nach diesen Maßgaben kontrolliert und treibt er die Politik».

Die Politik könne nicht anders, weil sie überschuldet sei, was sie selbst zu verantworten habe:

«Das eigene Lotterleben [von Griechenland; at/sto] hat es in die Kreditsucht getrieben, damit ist es zum Spielball von Ratings, Zinsen und ackermannschen Kalkülen geworden. Im Prinzip gilt das für alle Staaten der Euro-Zone, auch für Deutschland. [...] Jetzt rächt sich das, was immer «Schuldenstaat» genannt wurde, eine Politik, die sich nicht zügeln kann, die ihre Bürger möglichst wenig belasten und möglichst viel beschenken will, um sie bei Laune zu halten, eine Politik, die Belastungen auf künftige Generationen verschiebt.»

Es gebe noch einen Verantwortlichen:

«Es geht auch um uns, die Bürger. Erwarten wir nicht von den Finanzinstituten hohe Renditen, erwarten wir nicht vom Staat eine geringe Steuerlast, aber hohe Subventionen und Sozialleistungen?»

Wie kann sich die Politik aus dieser Umklammerung befreien? Mit mehr Regulierung, aber vor allem:

«Das geht nur, indem die Schuldenpolitik endlich aufhört. Nur der weitgehend schuldenfreie Staat ist ein souveräner Staat. Die Schuldenbremse ist ein gutes Instrument, noch besser wäre dazu ein allgemeines Bewusstsein, dass sich hohe Staatsschulden nicht gehören, weil sie die Demokratie unterminieren und die ökonomischen Lasten kommenden Generationen aufbrummen.»

Der Bericht «Reich in Rente» (Sp 17/2012) führt über etwa viereinhalb Seiten einen neuen Aspekt in die Debatte um die Höhe von Managergehältern ein:

«Das Gehalt des VW-Chefs von 18,3 Millionen Euro löste eine Debatte über gerechte Bezahlung aus. Dabei werden die Luxus-Renten übersehen, die sich viele Bosse gesichert haben: zweistellige Millionensummen.»

Nach Darstellung vieler Einzelfälle wird Bilanz gezogen:

«Nach einer Aufstellung des SPIEGEL haben allein die 30 im Deutschen Aktienindex Dax versammelten Großkonzerne ihren derzeit aktiven Vorständen Ende vergangenen Jahres Pensionszusagen garantiert, die zusammen einen Wert von mehr als 637 Millionen Euro haben.»

Es finden sich auch Texte in dieser Kategorie, wie der 13-seitige Essay «Lob der Gier» (Sp 20/2009), der inhaltlich spannende Fragen aufwirft:

«Für die einen schon wieder 25 Prozent Rendite, für die anderen Kurzarbeit und Entlassungen – die Wirtschaftskrise verschärft die soziale Kluft und wird zur Systemkrise. «Gegen grenzenlose Profitgier» marschierten Millionen am 1. Mai – aber kann man die Jagd nach Rendite begrenzen in einem Kapitalismus, der nur von Profit angetrieben wird?»

Das Grundproblem definiert der Autor so:

«Die Vermögensblase, das sind jene um die Welt vagabundierenden Billionen Dollar, die nicht mehr in die warenproduzierende Wirtschaft investiert werden, in Fabriken und Maschinen, weil dort die Renditen geringer sind als auf den Finanzmärkten. Das globale Finanzvermögen lag 1980 bei 12 Billionen Dollar und hat sich bis 2007 auf 196 Billionen Dollar vervielfacht. Die Finanzvermögen sind in den vergangenen 25 Jahren dreimal so stark gestiegen wie die Weltproduktion, die Vermögensansprüche der Geldbesitzer sind inzwischen viermal größer als die jährliche globale Wirtschaftsleistung.»

Er sieht in mangelnder Kreativität die Ursache der Krise:

«Das Grundproblem dieser Krise und dieses Systems ist nicht Gier, nicht menschliches Versagen, das Grundproblem sind die vagabundierenden Billionen, deren gierige Besitzer nicht daran denken, sie wie im Kapitalismus des 20. Jahrhunderts in arbeitsplatzschaffende Fabriken zu stecken. Dort fehlt es an Kreativität und Rendite, deshalb fließt das Geld in den Kanälen der Finanzmärkte um die Welt. Auch wenn es den Regierenden gelingen sollte – was zu bezweifeln ist –, die Finanzmärkte transparenter und regulierter zu gestalten, bleibt diese Urgewalt des herumirrenden Geldes. «Die Innovationskraft der Finanzmärkte ruiniert die Märkte», so sagt es Schäuble. [...] Der Kapitalismus hat eine Entwicklungsstufe erreicht, in der Geld mehr Ware als Zahlungsmittel geworden ist: mit Devisen, Schulden, Krediten zu handeln ist einträglicher als mit Industrieprodukten, und das finden nur die Verwerflichen, die glaubten, der Sinn der Marktwirtschaft sei die optimale Versorgung der Menschen mit Arbeit und Brot. Der Sinn ist die Vermehrung von Geld, darum gibt der Kapitalist Menschen Arbeit und produziert Waren.»

Dieser Text wurde länger zitiert, da er belegt, wie tiefgehend und grundsätzlich in einzelnen Essays oder Interviews gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse analysiert werden. Er zeigt jedoch auch, dass sogar in einem solchen Text, der vielfältig Kontexte und Wechselwirkungen herstellt, das Themenfeld Armut und Reichtum gemieden wird. Natürlich kann man argumentieren, es gebe etwa 200 Billionen Dollar privates Finanzvermögen, und das werde falsch angelegt. Man könnte auch die naheliegende Frage stellen, warum das private Finanzvermögen in den letzten zwei Jahrzehnten so stark zugenommen hat – und wäre mit ihr schnell bei den Themen soziale Klüfte, Steuersenkungen für Wohlhabende, Lohnsenkungen für Arbeitnehmer. Und auch beim Thema Einfluss und Macht von privatem Reichtum.

Es fällt also auf, dass wichtige, vor allem gesellschaftspolitische Aspekte und Perspektiven von Reichtum, die im engen Zusammenhang mit den von der Redaktion ausgewählten Themen stehen, nie prominent und umfassend behandelt, bestenfalls manchmal am Rande vage erwähnt werden.

Es fällt ebenfalls auf – im Vergleich mit den Texten im Kapitel «Sozialstaat und Sozialarbeit» –, wie sachlich und nachsichtig die jeweiligen Autoren mit Wohlhabenden und Reichen und ihren Interessen umgehen; Sozialtransfer-Empfänger müssen sich immer auf eine gewisse «Erbarmungslosigkeit» und viele akribische Nachfragen einstellen.

Es wurden keine Texte gefunden, die sich mit der Anballung von Produktivvermögen (Konzentrationsprozessen), dem Reichtum von privaten Unternehmen (Aktiengesellschaften, Stiftungen) und den damit zusammenhängenden Folgen beschäftigen; abgesehen vom Handeln und der Macht (der Finanzmärkte).

5.3 Öffentliche Schulden (11 Texte)

In einzelnen Texten wird auf die Lage der öffentlichen Infrastruktur aufmerksam gemacht. So in «Unterricht mit Schutzhelm» (Sp 50/2008):

«Baufällige Schulen, brüchige Brücken, marode Abwasserkanäle – in den Kommunen hat sich ein Sanierungsbedarf von 700 Milliarden Euro angestaut. Ein Fall für ein Konjunkturprogramm.»

In diesen Texten wird kein Zusammenhang mit den Staats- und Kommunal финанzen hergestellt. Es wird kritisch angemerkt, die Kommunen benötigten deshalb zwar Unterstützung, würden jedoch das Geld oft für Wohltaten für potenzielle Wähler und für Prestigeprojekte ausgeben, würden also mit ihren Finanzen verschwenderisch umgehen.

Meist beschäftigen sich die Texte mit den wachsenden Staatsschulden und der Verantwortung der Politik. So heißt es im Vorspann der Titelgeschichte «Die letzte aller Blasen» (Sp 18/2010):

«Griechenland ist erst der Anfang: Seit langem schon leben die Industriestaaten über ihre Verhältnisse, die Finanzkrise hat die Staatsschulden erneut dramatisch anschwellen lassen. Jetzt wird die Rechnung für den Wohlstand auf Pump präsentiert. Nicht alle werden sie zahlen können.»

Der Vorspann der Titelgeschichte «Welt am Abgrund» (Sp 32/2011) lautet:

«Europa wie die USA haben sich hoffnungslos überschuldet. Was 2007 als Krise auf dem US-Immobilienmarkt begann, hat die globale Staatengemeinschaft verwüstet. Die Politik findet kein Mittel mehr, die Finanzmärkte zu beruhigen. Vor allem aber lässt sich die Lehre aus der jüngsten Krise in zwei Worten zusammenfassen: solide Staatsfinanzen.»

Und: «Ohne die Schuldenexzesse des vergangenen Jahrzehnts wäre wohl kein Land ernsthaft in Schieflage geraten.»

In «Die Gewalt der Zinsen» (Sp 46/2012) wird gefragt:

«Die meisten Staaten sind so hoch verschuldet, dass ihre Politik mehr von den Gläubigern als von den Bürgern be-

stimmt wird – warum können Demokratien nicht mit Geld umgehen?»

Und festgestellt: «Je öfter Regierungen wechseln und je pluralistischer sie sind, desto schneller steigt die Verschuldung und desto schwerer fällt die Entschuldung. Je mehr Demokratie, desto lockerer sitzt das Geld.»

Es wird selten differenziert und gefragt, für welchen Zweck die Schulden gemacht werden; ob sie einen investiven oder rein konsumtiven Charakter haben. Und es werden nie die beiden anderen Parameter ins Spiel gebracht: Wie hat sich die Einnahmensituation der öffentlichen Hand verändert und warum, und haben sich vielleicht die Anforderungen an den Staat verändert oder gar erhöht. Es wird versucht, Politik und Staat nachzuweisen, sie seien strukturell unfähig, eine andere als eine Schuldenpolitik zu betreiben.

Es ist bemerkenswert, dass eine Redakteurin in dem Essay «Unbarmherzige Samariter» (Sp 6/2012) eine ganz andere Antwort – ein Unikat im Untersuchungskorpus – auf diese in zahlreichen Texten vorgetragenen Befunde über die Schuldenmentalität der Politik gibt. Die Unterzeile lautet:

«Wie Margaret Thatcher und ihre deutschen Schüler die marktkonforme Demokratie erschaffen haben».

Sie erinnert an deutsche Wissenschaftler, die Vorreiter waren:

«Dringend, schrieb in den neunziger Jahren so ein mehr in Wirtschaftskreisen bekannter Experte, müsse der Staat an Macht verlieren. Dagegen sei Widerstand zu erwarten. Zu lösen sei das Problem, indem man beispielsweise Steuern senke. Man brauche «das Diktat der leeren Kassen». Man brauche «ein Defizit, das als anstößig gilt». So könne man den Staat beschneiden. Ganz unverblümt steht es da: Nicht aus Notwendigkeit solle der Staat machtloser und ärmer werden, sondern aus Prinzip. Der das schrieb, war kein Exot. Es war Herbert Giersch, ein vor anderthalb Jahren in hohem Alter verstorbener Wissenschaftler, der jahrzehntlang als «Doyen der deutschen Volkswirtschaft» galt. Er war Regierungsberater, Gründungsmitglied der «Fünf Wirtschaftsweisen», Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, prägender Lehrbuchschreiber und Ausbilder mehrerer Generationen von Ökonomen, die heute in Banken, Verbänden, Unternehmen zu finden sind.»

Die Autorin macht auf die verblüffende Ähnlichkeit der Wirtschaftsreformen der letzten 20 Jahre mit den Empfehlungen von Giersch aufmerksam.

5.4 Steuerstaat (15 Texte)

In diesem Themenfeld werden vor allem die Subthemen Steuerhinterziehung – meist im aktuellen Zusammenhang mit dem Steuerabkommen mit der Schweiz – und Besteuerung von Wohlhabenden und Reichen behandelt.

Es gibt im Untersuchungszeitraum keine Analyse von Umfang, Entwicklung und Art der Steuerhinterziehung in Deutschland und den davon ausgehenden volkswirtschaftlichen Schäden; nur innerhalb von Texten zu dem Thema «Steuerstaat» und zu anderen Themen werden ab und zu diesbezügliche Angaben gemacht.

So wird auch das Thema Steuerabkommen mit der Schweiz beiläufig genutzt, um beispielsweise den Umfang der Steuerhinterziehung und den daraus folgenden gesamtwirtschaftlichen Schaden darzustellen.

In dem Interview «Sieben Schritte zum Glück» (Sp 32/2012) mit einem leitenden Steuerfahnder wird eine grundsätzlich kritische Position zu dem geplanten Abkommen publiziert. Diesem Tenor schließt sich dann der Bericht «Eine Frage der Ehre» (Sp 34/2012) an:

«Die von der Bundesregierung geplante Amnestie für Schwarzgeldbesitzer in der Schweiz steht vor dem Aus. Experten plädieren für einen Kurswechsel: Anstatt sich auf Deals einzulassen, soll Deutschland gegenüber Steueroasen Härte zeigen.»

Es werden in diesem Text nicht nur kritische Stimmen zitiert, die Redaktion selbst schreibt kritischer als bisher:

«Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat die schwarz-gelbe Koalition eine Gerechtigkeitsdebatte am Hals. Mal wieder, so scheint es, legen Union und FDP gegenüber Reichen und Bankiers ein erstaunliches Maß an Großzügigkeit an den Tag.»

In diesem Text wird erstmals der Hintergrund etwas ausgeleuchtet, wenn auch nur kurz und knapp:

«Bis zu 80 Milliarden Euro Schwarzgeld aus Deutschland lagern in der Schweiz. Jahrzehntlang lebten deutsche Steuerflüchtlinge und Schweizer Geldmanager in perfekter Symbiose. Im Schutz des Bankgeheimnisses verschoben Ärzte, Anwälte und Unternehmer aus Hamburg oder Heidelberg ihre Schwarzgeldvermögen über den Rhein.»

Sprachlich fällt auf, dass meist von «Steuersündern» oder «Steuerflüchtlingen», aber sehr selten von «Steuerkriminalität» die Rede ist.

Die Redaktion widmet sich in einzelnen Texten der Steuerpolitik in Bezug auf Wohlhabende und Reiche. Das Thema wird meist aus Sicht der potenziell Betroffenen behandelt. So trägt ein mehrseitiger Bericht zur Debatte über eine Erhöhung der Vermögenssteuer die Überschrift «Jagd auf Reiche» (Sp 39/2012):

«Die SPD will Vermögen deutlich stärker besteuern. Der Plan ist gut gemeint. Doch er belastet die Unternehmen – und könnte viele Wohlhabende ins Ausland treiben.»

Mit Verweis auf den aktuellen Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung heißt es weiter:

«Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer – kein Wunder, dass die Vermögensteuer populär ist. Drei Viertel der Bürger unterstützen ihre Wiedereinführung. Das Bündnis ›Umfairteilen‹ plant für diesen Samstag sogar einen bundesweiten Aktionstag.»

Es wird dargelegt, es sei angemessen, Reichtum stärker zu besteuern, jedoch sei das Instrument der Vermögenssteuer ungeeignet, auch aus diesem Grund:

«Die Reichen könnten die Flucht ergreifen.»

Es gebe eine bessere Alternative: ein höherer Spitzensteuersatz und eine höhere Abgeltungssteuer auf Geldvermögen.

Das Motiv der Steuer- und Kapitalflucht steht auch in dem Text «Flucht vorm Fiskus» (Sp 40/2008) im Mittelpunkt. Die Einleitung lautet:

«Etliche Familienunternehmer bereiten die Übersiedlung ins Ausland vor – aus Angst vor der neuen Erbschaftsteuer. Die Koalition bemüht sich, ihren Gesetzentwurf zu entschärfen.»

Mit Verweis auf vage Belege heißt es im Text, «der absehbare Treck nach Süden» mache sich «schon bemerkbar». Ein niedriger einheitlicher Tarif wird in dem Text für Privatleute und Wirtschaft als verkraftbar («Niemand müsste deswegen das Land verlassen.») dargestellt. Ein Vorteil der Erbschaftssteuer: Sie habe eine stabile Basis, da jährlich «Vermögenswerte von rund 200 Milliarden Euro vererbt» würden, «Tendenz steigend». Jedoch dürfe es keine höhere Belastung in Gänze geben:

«Nichts würde dagegen sprechen, bei Erbschaften kräftiger zuzulangen und im Gegenzug andere Steuern zu senken, um Investitionen und Konsum zu stimulieren.»

Der Text endet mit einem Rat, den ein Steuerfachmann gibt:

«Entweder schafft die Politik sie ab, oder die Erbschaftsteuer schafft sich selbst ab, weil die Erben ins Ausland ausweichen.»

Auch sprachlich deutet die Redaktion immer wieder an, dass sie letztlich von solchen ›schicklichen‹ Steuererhöhungen nicht viel hält. So heißt es in der Titelseite «Kürzen als Chance» (Sp 22/2010):

«Angesichts einer Erbschaftswelle von jährlich bis zu 150 Milliarden Euro könnte der Fiskus erkleckliche Zusatzeinnahmen erzielen, und es träfe nicht die Ärmsten. Schon aus Gründen der Gerechtigkeit gelten höhere Steuern für Erben bei vielen als schicklich.»

Zu diesem etwas herablassenden Sprachduktus passt, dass über eine Initiative Vermögender für eine höhere Besteuerung unter einer Rubrik berichtet wird, in der

meist eher Skurriles und Unterhaltendes zu finden ist. Die Überschrift lautet «Die guten Reichen» (Sp 22/2009) und die Unterzeile:

«Ortstermin: In Berlin formiert sich der Aufstand der Vermögenden.»

Trotzdem: Der Autor schildert das Anliegen der «23 Vermögenden» sachlich und vollständig, ironische Schlenker eingeschlossen, und schließt:

«Es klingt wie eine weihnachtliche Idee. Wie ein Märchen vom guten Reichen. [...] Wahrscheinlich hätte man noch vor einem Jahr über sie gelächelt. Man hätte sie Gutmenschen genannt; ein Begriff, der achtvoll klingt, aber verachtend gemeint ist.»

5.5 Sozialstaat und Sozialarbeit (27 Texte)

Der mögliche Missbrauch und eventuelle Fehlentwicklungen bei Art und Umfang von Hilfe und Sozialtransfers sind häufig behandelte Aspekte: entweder weil Transferempfänger sich nicht korrekt verhielten oder weil Organisation und Art der Unterstützung nicht oder wenig effektiv seien. Dabei werden vor allem Politik und ›Unterschichts-Eltern‹ als die Verantwortlichen für potenzielle Missstände und Fehlentwicklungen genannt. Mit diesem Ansatz rücken gesamtgesellschaftlich letztlich wenig bedeutende Aspekte wie die «Tafel»-Bewegung und die Frage der Wohnkosten von Hartz-IV-Empfängern in den Vordergrund.

So spielen in dem Text «Angebot schafft Nachfrage» (Sp 6/2009) potenzieller Missbrauch und eine Fehlleitung von Finanzmitteln eine wichtige Rolle. Die Einleitung lautet:

«Das Bundesverfassungsgericht muss sich demnächst mit den Hartz-IV-Leistungen für Kinder beschäftigen. Dabei verlassen sich Tausende Familien längst auf die Segnungen der Gratis-Küchen.»

Es werden verantwortliche «Tafel»-Aktive zitiert, die darauf aufmerksam machen, dass die Nachfrage immer größer werde, weshalb es notwendig sei, eine kostenlose Schulspeisung für bedürftige Kinder einzuführen. Die Politik könne sich jedoch dazu nicht entscheiden. Es heißt weiter:

«Eine staatlich finanzierte Schulspeisung habe anders als jede Hartz-IV-Aufstockung den Effekt, dass sie garantiert den Kindern diene. Denn leider, so berichtet Arche-Gründer Siggelkow, komme es in den Familien oft genug vor, dass die Eltern Zuschüsse für ihre Kinder in Alkohol, Zigaretten oder technische Geräte investierten.»

Der Vorspann des Berichtes «Die Mär vom armen Kind» (Sp 39/2010) lautet:

«Hunderttausende Kinder gelten in Deutschland als arm, doch ihr größtes Problem ist nicht der Mangel an Geld. Vie-

le leiden unter Verwahrlosung und der Gleichgültigkeit ihrer Eltern. Selbst die jüngsten Hartz-IV-Pläne der Regierung bieten da keine Lösung.»

Diese Feststellung wird so präzisiert:

«Tatsächlich bedeutet Hartz IV ein bescheidenes Leben ohne Extras, aber die Behauptung, es stürze Kinder ins Elend, ist falsch.»

Und: «Das Problem der Kinder hat maßgeblich damit zu tun, dass sie von ihren Eltern nicht einmal gezeigt bekommen, wie man sich die Schnürsenkel bindet. Es handelt sich um Mädchen und Jungen, die wegen zu viel Fast Food, Fernsehen und Phlegma ihrer Eltern eher Überflussympptome wie Übergewicht und Zahnfäule aufweisen als Anzeichen des Mangels. In diesem Milieu wirkt Hartz IV nicht selten wie eine Stilllegeprämie. Je mehr Kinder, desto größer der Anreiz für die Eltern, sich in der Arbeitslosigkeit einzurichten.»

Die Aussagen werden nicht sehr überzeugend belegt; vor allem bleibt offen, ob es sich um ein Regelverhalten, um Ausnahmen oder um ein häufiges Verhalten handelt. Würde sich eine relevante Zahl der Eltern tatsächlich so verhalten, dann könnte dies für eine Redaktion zudem Anlass sein zu fragen, warum dies so ist.

Das Motiv des Missbrauchs und des Fehlverhaltens von Eltern spielt auch in dem Text «Bildung gegen Armut» (Sp 26/2008) eine wichtige Rolle:

«Um armen Kindern zu helfen, will die Koalition den Eltern mehr Geld geben. Doch die Vorschläge beruhen auf veralteten Zahlen, fehlerhaften Berechnungen und fragwürdigen Analysen. Das eigentliche Problem sind fehlende Aufstiegschancen.»

Die Fokussierung auf das Thema Kinderarmut wird mit der entsprechenden Schwerpunktsetzung des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung begründet:

«Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Armut von Kindern, die seit Wochen die Deutschen bewegt. Wenige Dinge sind so bedrückend wie der Umstand, dass die Entwicklung von Kindern im wohlhabenden Deutschland leidet.»

Die Rolle der Politik wird auch hier überwiegend negativ bewertet:

«Für die Politiker der Großen Koalition freilich bietet das Thema derzeit vor allem Gelegenheit, sich selbst in den Vordergrund zu spielen. Seit der federführende Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) vor fünf Wochen den Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts vorstellte, ist zwischen Union und SPD ein Wettlauf entbrannt um die Frage, welche Partei die größten Geschenke für Kinder und Familien in Aussicht stellt.»

In dem Text werden dann Argumente gegen das Kindergeld erläutert. Es werden Fachleute erwähnt, die schon lange sagen würden, es bringe nichts, den Eltern beispielsweise via Kindergeld mehr Geld zu geben,

«wenn die Gefahr besteht, dass Papa und Mama davon keine Kinderbücher kaufen, sondern Zigaretten und DVD-Spieler.»

Die Autoren beziehen die Position:

«Doch schon heute könnten sich alle Experten bestätigt sehen, die Armut nicht mit immer höheren Sozialtransfers bekämpfen wollen, sondern durch Reformen für mehr Betreuung, Bildung und Beschäftigung.»

Dazu zählen die Autoren auch die neuen Regeln der Agenda 2010, von denen es in anderen Texten jedoch heißt, sie seien so etwas Ähnliches wie «Armmacher» (siehe prekäre Arbeitsverhältnisse, Niedriglohnsektor etc.).

Dieser redaktionellen Grundlinie, bei den Sozialtransfer-Empfängern sehr akribisch nachzuschauen und nachzurechnen, wo ein Cent zu viel bezahlt wird, entspricht auch der Text «Gute Kunden» (Sp 24/2010):

«Bei den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger ließe sich ein dreistelliger Millionenbetrag einsparen. Doch Wohnungsgesellschaften wollen das verhindern.»

Der Text beginnt so:

«Es geht jetzt um jeden Quadratmeter.»

Geschildert wird aus der Sicht von Mitarbeitern von Job-Centern der tägliche «Kampf» gegen die Ansprüche von Hartz-IV-Empfängern. Der Text endet mit einem Beispiel, das zeige, wie sehr das System zur Verschwendung einlade:

«So wurde etwa einem Iraner, der jeden Monat Wasser für über 200 Euro verbrauchte, in Hamburg monatelang beständig die Rechnung beglichen. Der Mann hatte in seiner Wohnung rituelle Waschungen für Freunde und Familienmitglieder angeboten.»

In der Reportage «Raus mit euch» (Sp 43/2008), welche die Arbeit von drei Hartz-IV-Kontrolleuren schildert, heißt es in einer Bilanz:

«Im Jahr 2007 hat das Fahnderteam der Augsburger Arge Kosten von 300.000 Euro gespart. Zu diesem Zweck fuhr das Trio 8.000 Kilometer kreuz und quer durch die Stadt, füllte rund 1.500 Protokolle aus und klingelte an ebenso vielen Haustüren. Die Steuerkasse füllten die Hartz-IV-Detektive also kaum. Bedeutender scheint da ihre abschreckende Wirkung.»

In «Die Mär vom armen Kind» (Sp 39/2010) wird auch das Thema Lohnabstandsgebot behandelt: Es sei jetzt

schon so, dass eine vierköpfige Hartz-IV-Familie «auf bis zu 1.800 Euro Stütze im Monat, zuzüglich Extrageldern etwa für die Babyerstaussstattung oder Klassenfahrten» komme. Da lohne es sich für viele andere

«eigentlich kaum, einer regulären Arbeit nachzugehen, zumal sie als Arbeitnehmer auch Bus- und Bahntickets und die vollen Rundfunkgebühren von ihrem Lohn bezahlen müssen.»

Und: «Die Lebensverhältnisse eines heutigen Hartz-IV-Empfängers sind freilich nicht schlechter als der Standard eines normalen Arbeitnehmerhaushalts in den sechziger Jahren.»

Es wird in diesem Zusammenhang nicht selten argumentiert, dass Hartz-IV-Empfänger im Vorteil seien, weil sie weitere Leistungen erhielten. So heißt es in «Soziales Nullsummenspiel» (Sp 4/2010), abgesehen von der Notwendigkeit, das «Lohnabstandsgebot» einzuhalten, sei zu beachten,

«dass Hartz-IV-Empfänger Zugang zu einem wachsenden Wohlfahrtssystem haben».

Darunter werden vor allem die Angebote der «Tafel» und weitere ehrenamtliche Bildungsangebote gezählt.

In «Die Hartz-Fabrik» (Sp 1/2011) heißt es, es gebe «eine florierende Armutsindustrie» mit der Folge:

«Der Hartz-IV-Status ist die Eintrittskarte in eine Gratiswarenwelt – ein fragwürdiger Leistungsanreiz.»

In den Texten über die Wirkung der Agenda 2010 und der Hartz-IV-Reformen überwiegt die Feststellung, sie habe positiv gewirkt und Arbeitsplätze geschaffen. Meist getrennt davon wird prominent darauf aufmerksam gemacht, dass viele dieser Arbeitsplätze schlecht sind und schlecht bezahlt werden. Der in beiden Entwicklungen liegende Zielkonflikt wird ignoriert oder nur beiläufig erwähnt.

Es gibt von dieser Regel jedoch Ausnahmen. So wird in «Das Gefühl von Arbeit» (Sp 21/2008) sogar der sonst selbstverständlich vorgetragene Befund in Frage gestellt, die Hartz-IV-Politik habe für mehr Arbeitsplätze gesorgt:

«Der Deal lautete: Fördern und Fordern. Der Staat würde den Arbeitslosen zukünftig mehr Einschränkungen abverlangen. Der Druck auf die Arbeitslosen würde erhöht und fast jede Arbeit zumutbar sein. Die Arbeitgeber würde man stärken, die Arbeitslosen, auch durch Sanktionen, mobiler und flexibler machen. Die Selbstverantwortung sollte steigen. Dafür würden die Arbeitslosen am Ende belohnt – mit Arbeitsplätzen.»

Nun sei die Arbeitslosigkeit stark gesunken, nun könne Peter Hartz ja sagen, dies sei ein Erfolg:

«Aber Hartz sagt das nicht. Er weiß ja auch nicht so genau, ob es da einen Zusammenhang gibt. Niemand weiß das. Es

gibt eine Studie vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, in der die Wirkungen von Hartz IV untersucht wurden. Heraus kam ein dickes Buch mit vielen Zahlen, Tabellen, Einschätzungen und einer unklaren Gesamtlage. [...] Die Armut habe, so sagen es die Wissenschaftler, durch Hartz IV nicht zugenommen. Sie verteile sich jetzt nur anders. [...] Die wichtigste Frage aber, auf die die Wissenschaftler eine Antwort suchten, lautete: Hat Hartz IV die Menschen in Arbeit bringen können? Denn das war ja Teil des Deals. Fördern und Fordern. Die Wissenschaftler haben eine umständliche Antwort darauf formuliert, man könnte sie zusammenfassen mit: vielleicht.»

Und in einem weiteren «Ausnahme-Text» wird direkt der Zielkonflikt behandelt. In «Unten bleibt unten» (Sp 43/2008) wird bilanziert:

«Als Folge der Hartz-Reformen sind die Arbeitslosenzahlen auf ein historisches Tief gesunken – und trotzdem derzeit sogar der Finanzkrise. Doch der Erfolg ist teuer erkaufte.»

Hier wird zwar wie selbstverständlich festgehalten, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die Agenda-Politik zurückzuführen ist, der «Preis» dafür wird jedoch auffallend scharf benannt:

«Tatsächlich haben die umstrittenen Hartz-Reformen die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt vertieft. Was ursprünglich vor allem Langzeitarbeitslosen zugutekommen sollte, erweist sich heute eher als Programm, all jene unten zu halten, die eh schon unten sind.»

Die Gründe dafür werden im Unvermögen der Arbeitsverwaltung gesehen und darin, dass entgegen den Erwartungen der Fachleute und des Gesetzgebers viele neue Arbeitsplätze im industriellen Sektor und nicht im Dienstleistungssektor entstanden seien.

Wer die Hartz-IV-Regeln verbessern will, der hat übrigens «schlechte Karten» bei der Redaktion. In «Wettlauf der Populisten» (Sp 3/2010) heißt es:

«Die Parteien überbieten sich mit Vorschlägen für eine Hartz-IV-Reform. SPD und Union wollen die Leistungen für Arbeitslose ausbauen, die FDP fordert mehr Staatshilfen für arbeitende Hilfe-Empfänger. Den Plänen ist gemeinsam: Sie sind derzeit nicht zu bezahlen.»

Über das Motiv der Politik heißt es:

«Vier Monate vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen überbieten sich die Parteien mit Vorschlägen für eine Reform der Hartz-IV-Reform. [...] Es geht um Stimmungs- pflege vor einer wichtigen Landtagswahl, die Meinungsführerschaft im eigenen Lager – und nicht zuletzt um die hohe Kunst des politischen Bluffs.»

Aktuelle Entwicklungen wie steigende Energie- und Mietpreise werden immer wieder thematisiert; meistens gibt es am Rande Hinweise, dass finanziell

schlechter gestellte Menschen von solchen Entwicklungen jeweils stärker betroffen sind, prominenter werden jedoch keine Verbindungen zu der allgemeinen Arm-Reich-Entwicklung hergestellt. So heißt es in dem Text «Kalte Angst» (Sp 33/2008):

«Basistarife, Gratisstrom, Pendlerpauschale – mit einem Wettlauf der Populisten reagiert die Politik auf die steigenden Energiepreise. Doch viele Bürger glauben den einfachen Versprechen nicht.»

Und: «Es geht um die Frage, ob eine warme Wohnung bald zum Luxusgut wird und der Wochenendausflug mit dem Auto ein Vergnügen für Betuchte. Es ist eine ähnlich emotionale Frage wie die, ob gesunde Zähne ein Privileg der Reichen sein sollen. Doch statt sich dieser Angst redlich zu stellen, bestimmen vor allem die Populisten die politische Debatte. Gregor Gysi, Fraktionschef der Linkspartei, sagt bereits die ersten Kältetoten in eisigen deutschen Schlafzimmern voraus. Das ist schon deshalb Mumpitz, weil die fünf Millionen Hartz-IV-Empfänger die Heizkosten größtenteils vom Staat bezahlt bekommen.»

Die Redaktion rät dann, die Bürger sollten Energie sparen.

5.6 Soziale Kluft (33 Texte)

Das Thema der sozialen Ungleichheit und der sozialen Klüfte wird in zahlreichen Zusammenhängen thematisiert: Privatisierung von Bildung, Spekulation mit Nahrungsmitteln und weltweiter Hunger, die Lage in den USA, Jugendunruhen in Westeuropa und den USA, Lage der Kommunen, die Folgen von Hartz IV. Meistens steht in den Texten der Aspekt soziale Ungleichheit und soziale Klüfte nicht im Mittelpunkt, sondern wird am Rande erwähnt. Unter diesen Texten sind neun Interviews.

Der folgende Text zählt mit seiner Schwerpunktsetzung zu den raren Ausnahmen; thematisch beschäftigt er sich sehr eng mit dem Untersuchungsthema. Das heißt, an ihm ist auch abzulesen, was in der Regel nicht oder nur beiläufig angedeutet zu lesen ist. Der fünfseitige Text «Geschlossene Gesellschaft» (Sp 11/2009) ist Teil einer Serie. Im Mittelpunkt des Textes steht zwar die Geschichte der Entwicklung des Sozialstaates, aber es wird zugleich der aktuelle Zustand des Sozialstaates so markant bewertet, wie in der aktuellen Arbeit der Redaktion dies fast nie zu lesen ist. Alle feierten, so der Autor, das Comeback des Sozialstaates, vor allem vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise. Die Sozialleistungen würden wieder ausgebaut. Aber:

«Tatsächlich ballen sich hierzulande Reichtum und Besitz in so wenigen Händen, wie es die Soziologen sonst nur von traditionellen Klassengesellschaften wie den USA oder Großbritannien kennen. Nach einer aktuellen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung verfügt das obere Zehntel der Bevölkerung über fast 62 Pro-

zent des Privatvermögens. Fast ein Drittel der Deutschen dagegen besitzt so gut wie nichts oder ist verschuldet. Unter dem Mikroskop der Verteilungsforscher wird eine scharfe Klassengesellschaft sichtbar.»

Der Autor sieht als wichtige Ursachen die hohe Belastung des Faktors Arbeit und die vergleichsweise geringe der Kapitaleinkommen. Seine Bilanz:

«Vor allem aber ist der Sozialstaat für viele Niedrigverdiener zu einem schlechten Geschäft geworden.»

Auch die Autoren von «Bürokratische Hydra» (Sp 46/2009) konstatieren erst einmal eine soziale Kluft:

«Fünf Jahre nach dem Start von Hartz IV ist die Bilanz zwiespältig: Die rot-grüne Agenda 2010 hat viele Jobs geschaffen, aber die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft. Eine Reise zu Gewinnern und Verlierern der umstrittensten Sozialreform der Nachkriegszeit.»

Tenor der Analyse: Hartz IV sei richtig gewesen, habe jedoch viele Konstruktionsfehler, vor allem im Bereich der Organisation, und müsse deshalb weiterentwickelt werden. Das Thema Arm und Reich und damit die Frage von Verteilung und sozialer Ungleichheit wird entgegen der Ankündigung im Vorspann gar nicht behandelt. Hartz IV wird als Organisationsproblem und teilweises Missverständnis interpretiert:

«Eine Putzfrau, die 49 Stunden im Monat arbeitet, geht mit 392 Euro nach Hause. Arbeitet sie 61 Stunden, bekommt sie 368 Euro. 24 Euro weniger Lohn für zwölf Stunden mehr Arbeit.»

Dieses Beispiel könnte sehr wohl im Kontext von Gerechtigkeit und der Verteilungsfrage gedeutet werden; immerhin wird diese Erwerbstätige für viel Arbeit gering bezahlt. Die Autoren lesen jedoch darin ein organisationspolitisches Problem, manche Hartz-IV-Regelungen seien einfach unsinnig: Man habe «der neuen Bürokratie keine klaren Strukturen» vorgegeben.

Die Schlussfolgerung der Autoren:

«Nötig ist deshalb nicht das Zurückdrehen der Hartz-Reformen, sondern ihre Weiterentwicklung. Es geht um vernünftige Mindestlöhne für alle, faire Regeln für die Zeitarbeit und eine Neuordnung der Minijobs, damit sich Leistung wieder lohnt. Es geht darum, Hartz IV zu retten.»

Sie stellen sich nicht die Frage, ob Hartz-IV nach all diesen (quantitativ nicht präzisierten) Verbesserungen überhaupt noch den politisch gewünschten Effekt hätte, die Unternehmen via geringerer Lohnkosten wettbewerbsfähig zu machen und zu halten. Dieser entscheidende Zielkonflikt wird auch hier außen vor gelassen.

In «Auf dem Weg nach unten» (Sp 33/2010) wird die Lage in den USA analysiert:

«Während sich Amerikas Superreiche selbst dafür feiern, dass sie Milliarden spenden, geht es dem Rest des Landes schlechter denn je. Selten zuvor hatte die USA so viele Langzeitarbeitslose. Die Kluft zwischen den Ärmsten und der Spitze der Gesellschaft hat sich dramatisch geöffnet.»

Der Essay «Die sozialen Kriege» (Sp 39/2010) des Philosophen Richard David Precht handelt «Vom Unbehagen der Mittelschichten» und von der «Angst vor einem Sozialkrieg».

In dem Interview «Die Gesellschaft ist vergiftet» (Sp 50/2011) sagt der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer:

«Die zunehmende soziale Spaltung zersetzt das Miteinander, die Gesellschaft ist vergiftet. Soziale Desintegration ist gefährlich, insbesondere für schwache Gruppen. Erhebliche Teile denken, sie seien mehr wert als andere. Nur wer etwas leistet, wer nützlich ist, wer effizient ist, zählt etwas. [...] Maßgebliche Teile der Eliten und Besserverdienenden ziehen sich aus der Solidargemeinschaft stärker zurück. Sie reklamieren Etabliertenvorrechte, kämpfen gegen Mindestlöhne, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, obwohl die Umverteilungspolitik seit Jahren zu ihren Gunsten verläuft. Das ist Klassenkampf von oben. Daran kann man sehen, dass Kernnormen dieser Gesellschaft höchst gefährdet sind.»

Auch in dem Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stieglitz (Sp 40/2012) geht es unter anderem um soziale Klüfte und Auseinandersetzungen, vor allem in den USA.

In der Titelgeschichte «Kalte Enteignung» (Sp 41/2012) werden die Folgen von Inflation für besitzende Bürger analysiert:

«Die Notenbanken überschwemmen die klammen Industriestaaten mit Geld. Das hilft den Regierungen, ihre Schulden zu senken, raubt aber den Bürgern ihre Ersparnisse. Die Geschichte einer perfiden Umverteilung – von unten nach oben.»

Beispielhaft wird am Fall der Gentrifizierung in München in dem Beitrag «Ein Herz für Reiche» (Sp 45/2011) dargestellt, wie sich die Vermehrung von Reichtum und von Armut vor Ort auswirkt:

«In keiner anderen deutschen Großstadt sind die Mieten und Immobilienpreise so hoch wie in München. Luxus-sanierungen verändern das Gesicht ganzer Viertel, Einkommensschwache werden aus der Stadt vertrieben. Jetzt regt sich Widerstand gegen die Übernahme der Metropole durch den Geldadel. [...] So steckt die Stadt in einem Kultur- und Klassenkampf, der längst nicht mehr zwischen den unteren und höchsten Einkommen tobt. [...] Der DGB registriert einen Arbeitskräftemangel bei Altenpflegern, Feuerwehrleuten, Polizisten und Handwerkern. Ausbildungsplätze blieben unbesetzt, weil Bewerber keine Wohnungen fanden. Der Immobilienboom könnte die ökonomische Entwicklung der Stadt gefährden.»

Dieser Text ist mit seiner Schwerpunktsetzung eine Ausnahme.

Ebenso eine Ausnahme ist der Text «Wohlstand für alle – anderen» (Sp 17/2012). Ungewohnt faktenreich und ungewohnt differenziert werden sehr viele Zusammenhänge und Wechselwirkungen dargestellt; qualitativ sticht dieser Beitrag heraus. In der Einleitung steht:

«Der deutsche Arbeitsmarkt ist tief gespalten. Längst nicht alle Beschäftigten profitieren vom Aufschwung, der Niedriglohnssektor wächst weiter, die Gewerkschaften sind überfordert. Kann der Staat für mehr Gerechtigkeit sorgen?»

Die Redaktion resümiert:

«Es ist paradox: In einer Zeit, in der sich die Wirtschaftseliten der USA und Großbritanniens die Erfolgsrezepte der deutschen Industrie zum Vorbild nehmen, nähert sich die Sozialstruktur der Bundesrepublik zunehmend einer Dreiklassen-Gesellschaft an: An der Spitze stehen Manager mit rasant steigenden Millionengagen. [...] Dann folgen die gutausgebildeten und ordentlich bezahlten Angestellten- und Facharbeiterheere der modernen Informations- und Industriegesellschaften. Den Schluss bilden Berufsgruppen, die einst zum Kernbestand der traditionellen Arbeitswelt zählten: Verkäuferinnen, Köche und Kellner oder Erzieherinnen, die heute nicht selten weniger verdienen als vor zehn Jahren.» So würden «die alten Verteilungsfragen neu gestellt. Mit welchen Mitteln lässt sich die Spaltung zwischen Arm und Reich überwinden?»

5.7 Normative Ansprüche:

Gleichheit und Gerechtigkeit (4 Texte)

Der ausdrückliche Verweis auf Normen und Grundregeln – Sozialstaatsgebot, Verfassungsgebote wie Sozialpflichtigkeit von Eigentum, gleichwertige Lebensverhältnisse – spielt keine Rolle. Es gibt einen Text «Das geteilte Land» (Sp 47/2011) über die regionale Ungleichverteilung von Bildungsqualitäten, in dem Normen des Grundgesetzes erwähnt und zitiert werden. Der allgemeine Anspruch auf sozial gerechte Verhältnisse wird aber in vielen Texten implizit oder explizit erwähnt.

5.8 Bilanz Der Spiegel

Das Medium beschäftigt sich nach nicht erkennbaren handwerklich-inhaltlichen Kriterien – abgesehen von dem herkömmlichen Aktualitätsbezug – punktuell, wenig engagiert und damit unzuverlässig mit dem untersuchten Themenfeld; Systematik, etwa ein inhaltliches Konzept der Gewichtung, ist nicht zu erkennen. Profunde Essays zu sehr grundlegenden Fragen wechseln sich mit informativen Texten zu vielen Detailfragen, (wenigen) hoch qualifizierten Analysen, die Wechselwirkungen und Kontexte herstellen, und mit Texten ab, in denen Sozialtransfer-Empfänger wenig belegt Generalverdächtigungen ausgesetzt werden. Verlässlich ist das Medium in folgendem Punkt: Verglichen mit Sozial-

transfer-Empfängern werden Wohlhabende und Reiche «hofiert» und ihre Verhaltensweisen und Interessen gerechtfertigt – abgesehen von Exzessen sogenannter gieriger Manager und Finanzakteure, die moralisch scharf kritisiert werden.

Im Untersuchungszeitraum werden die Themen Armut und Reichtum in ihrer gesellschaftlichen Dimension nicht behandelt. Auch die Ursachen werden nie tief gehender analysiert. Die ebenso naheliegende wie grundlegende Frage beispielsweise, inwieweit Gründe für zunehmende Armut und zunehmender Reichtum entweder in persönlichem Versagen beziehungsweise persönlichen Leistungen oder in gesellschaftlichen Strukturen liegen, wird nie offen gestellt und behandelt; sie «entlädt» sich, wie erwähnt, im Vortrag von einseitigen Verdäkten.

Es gibt keinen Text – die Serie über Reiche im Frühjahr 2012 wird getrennt analysiert, siehe Kapitel 5.9 –, der das Thema Armut oder/und das Thema Reichtum in Deutschland im Zusammenhang behandelt, deren Zunahme darstellt, die jeweiligen Ursachen, Folgen und eventuellen Wechselwirkungen analysiert. So ist die Frage doch von Relevanz: Gibt es eine Wechselwirkung zwischen der Zunahme von privater Armut und privatem Reichtum? Und die folgende auch: Speisen sich die anlagesuchenden vagabundierenden Finanzvermögen etwa aus der Zunahme von privatem Reichtum und der Teilprivatisierung des Rentensystems? Also: Ist privater Reichtum wesentliche Quelle aktueller Krisen? Man kann die Fragen je nach Recherche- und Analyseergebnis bejahen oder verneinen, in unserem Zusammenhang ist dies zweitrangig, die Redaktion sollte sich allerdings mit ihnen beschäftigen.

Die Texte behandeln jeweils isoliert Aspekte von Armut oder von Reichtum. So werden wichtige Zusammenhänge zwangsläufig und systematisch zerrissen und die gesamtgesellschaftliche Dimension gerät aus dem Blick. Die Berichte über Armut drehen sich um folgende Subthemen: Hartz IV, Altersarmut, Kinderarmut, prekäre Arbeitsverhältnisse. Der Arbeitsmarkt gilt in fast allen Texten als ausschlaggebender Faktor: In ihm «stecken» Ursache und Lösung zugleich. Wer kein ordentlich bezahltes und sozial abgesichertes Arbeitsverhältnis hat, dem droht schnell Armut. Wer arm ist, der kann sich wiederum am besten und schnellsten mit guter Bildung und einem ordentlichen Arbeitsverhältnis aus eigener Kraft und Anstrengung aus dieser materiellen Not befreien. So die argumentativen «Stereotypen», die oft wiedergegeben werden, ohne ihre Gültigkeit prominent zu überprüfen. Es gibt Raritäten, wie die Texte «Ära der Unsicherheit» (Sp 17/2012) und vor allem «Wohlstand für alle – anderen» (Sp 17/2012), die den seit vielen Jahren brüchig gewordenen Zusammenhang zwischen Bildung, Arbeit und dem Vermeiden von Armut kritisch darstellen und die zudem sehr umfangreich und kenntnisreich differenziert die aktuellen Arbeitsmarktverhältnisse, deren Folgen, Wechselwirkungen und Zusammenhänge beschreiben und analysieren.

Obwohl die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt eine ausschlaggebende Rolle spielen, werden als verantwortliche Akteure ausschließlich die Individuen und die Politik angesprochen. Die Unternehmen und Unternehmer bleiben außen vor, obwohl sie bezüglich der Arbeitslöhne, der Arbeitsplatzverhältnisse, der betrieblichen Aus- und Weiterbildung und bezüglich familien- und kinderfreundlicher Arbeitszeiten durchaus als verantwortlicher Akteur ein «großes Thema» sein könnten.

Wie der Befund der zunehmenden Armut, so wird auch der Befund des zunehmenden privaten Reichtums nur anhand von Einzelphänomenen behandelt: Es gibt keine zusammenhängende Darstellung und Analyse der Reichtumsentwicklung in Deutschland und ihrer gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen sowie einfluss- und machtpolitischen Folgen.

Ein Beispiel von vielen für die «Zusammenhangslosigkeit», mit der das Thema behandelt wird: Es gibt einen Bericht über die Schwierigkeiten von Banken und Fondsgesellschaften, die zunehmenden privaten Geldmengen auf den Finanzmärkten überhaupt noch rentabel anzulegen. In dem Text wird gleichwohl nicht mit einem Wort die Frage angesprochen, warum es denn so viel privates Geld gibt, das angelegt werden will.

Es fällt auf, dass das Thema Reichtum in hohem Maße als Lifestyle-Thema behandelt wird; die Stichworte: Lebensweise von Reichen, Milliardärsmesse, reiche Aussteiger, prominente Erben.

Neben der Thematisierung von Reichtum aus der Perspektive von Lifestyle und Prominenz ist auch die Perspektive der Sicherung und Bedrohung von Reichtum prominent vertreten; die Stichworte: Steuerhinterziehung, Inflation, Abwehr gegen geplante Steuererhöhungen, Verluste für Reiche aufgrund der Finanzmarktkrise, Probleme bei der Vermögensverwaltung.

Das Thema Reichtum in seiner gesellschaftspolitischen Dimension ist nicht existent, als Unterhaltungsthema dagegen sehr wohl; die Analyse der «Reichen-Serie» stärkt diese Wertung.

Es bleibt der alles überwölbende Eindruck, dass jeweils «die Sache» zugunsten von Personalisierung, Skandalisierung, Prominenz und Unterhaltung zurückstehen muss; auch die intensive Berichterstattung über Sozialtransfer-Empfänger und ihr potenzielles missbräuchliches Verhalten ist darunter zu fassen.

Die Texte bewegen sich in ihrer überwältigenden Mehrheit im Mainstream der gesellschaftlich gängigen und herrschenden Stereotype, die auf verschiedenen «Seiten» gepflegt werden. Eine Auswahl aus einer längeren Liste an Stichworten: unverantwortliche Sozialtransfer-Empfänger, die Schulden machenden Politiker, «die Politik», Gefahren von Sozialmissbrauch, inkompetente Versuche der Reichenbesteuerung, gierige Manager. Das letzte Beispiel zeigt anschaulich, wie sich die Redaktion tiefer gehende Analysen «verbaut»: Wer Fehlentwicklungen und Krisen auf die strukturelle Schuldenmentalität der Politik und die Gier und Unmoral Einzelner oder einer Gruppe zurückführt, der erntet

zwar hohe Aufmerksamkeit, da er «Schurken» vorführen kann, blendet jedoch die Option aus, die Fehler im System überhaupt zu suchen; ob sie dort gefunden werden, ist eine zweite Frage. Denn diese Analyse verleitet von vornherein zu der Aufteilung: Die guten Finanzspekulationen dienen dem positiven Geldgeschäft, die Krisen, Blasen und Exzesse werden den «Schurken» angelastet. Dieses Beispiel zeigt mehr als andere die engen analytischen Grenzen (der übertriebenen Anwendung) des journalistischen Prinzips der Personalisierung.

Das Bemühen ist offensichtlich, unter Verwendung der wirksamsten «Signalwörter» bei möglichst großen Teilen der eigenen potenziellen Käuferschicht relativ sicher schnell anschlussfähig zu sein.

Thematisch innovativ zeigt sich die Redaktion nie. Dieser Vorhalt wird gemacht, da die Redaktion dieses Mediums eine der wenigen in Deutschland ist, die über die Ressourcen verfügt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Sie investiert enorme Ressourcen in Versuche, einerseits dem «letzten Schmu» von (angeblich raffiniert-gierigen) Sozialtransfer-Empfängern auf die Schliche zu kommen und andererseits – mit ebenso zweifelhaftem Erkenntniswert – die Mechanismen der «gierigen» Finanzmärkte akribisch detailliert zu rekonstruieren. Sie lässt zugleich gesellschaftspolitisch interessante Themen liegen. Ein Beispiel: In dem Text «Still ruht der Vertrag» (Sp 38/2012), der sich in allen Details mit den gravierenden Problemen der Angebote für eine private Altersvorsorge beschäftigt, wird am Schluss kurz eine Alternative angedeutet. Verbraucherexperten empfehlen, so heißt es am Ende des Textes, einen staatlichen Pensionsfonds einzurichten, der von der Politik überwacht werden soll und der die Beiträge am Kapital- und Aktienmarkt anlegt; der Zusammenhang zu aktuellen Fragen der Finanzmärkte und zu den gegenläufigen Interessen von Finanzmarkt-Akteuren ist offenkundig. Solche Einrichtungen funktionierten in Norwegen und Schweden bereits seit Jahren, so schließt der Text, mit viel geringeren Kosten und höheren Renditen. Nach unseren Untersuchungen ist dieses Beispiel nicht mehr aufgegriffen worden.

5.9 Analyse Spiegel-Serie 2012

«Hausmitteilung»

Das Wochenmagazin *Der Spiegel – das deutsche Nachrichten-Magazin* startete mit einer Titelgeschichte in Heft Nr. 9, 27. Februar 2012, eine vierteilige Serie über «Deutschland, Deine Reichen. Wer sind sie – und warum so viele?» Das Thema wird auf insgesamt 31 Seiten bearbeitet, 42 Fotos und mehrere Grafiken eingeschlossen. Nach Angaben in der Hausmitteilung hat ein Team von vier *Spiegel*-Redakteuren die Serie recherchiert und geschrieben.

Die Redaktion legt offen, dass sie von Topmanagern, die sie sprechen wollte, Absagen erhielt: Alexander Dibelius, Martin Blessing, Mathias Döpfner werden genannt.

Der Hausmitteilung sind noch zwei bedeutsame Informationen zu entnehmen: 1966 habe der *Spiegel*

schon einmal «Die Reichen in Deutschland» porträtiert; offensichtlich hat sich die Redaktion das Ziel gesetzt, zwei Mal pro Jahrhundert dieses Thema etwas aufwändiger zu bearbeiten. Im historischen Vergleich wird festgehalten: «Seitdem ist die Kluft zwischen Arm und Reich dramatisch gewachsen – und mit ihr die Kapitalismuskritik. Entsprechend verunsichert sind die Vermögenden im Land.»

Fragestellung

Die Serie stellt Leben und Lage der Reichen und deren Ansichten in den Mittelpunkt: Warum gibt es so viele Reiche? Wer sind sie? Wie leben sie? Und: Wie schaut das oberste Prozent «auf die zunehmend kapitalismuskritischen 99 Prozent darunter?»

Das heißt, die Redaktion nimmt die Perspektive der Wohlhabenden und Reichen ein. Der Grund: Da die Öffentlichkeit eher negativ und neidisch auf dieses eine Prozent schaue, so die *Spiegel*-Redaktion, sei es an der Zeit, «keine andere Reise zu unternehmen, eine, die das Gespräch mit diesem Reichtum sucht». (Sp 9/2012: 64)

Texte und Inhalte

Prägend ist der biografische Ansatz: Mit vielen Anekdoten und Ereignissen werden Leiden und Lust von möglichst prominenten Reichen erzählt. Es treten auf: Sportler (Bastian Schweinsteiger, Sebastian Vettel, Dirk Nowitzki), Kunstsammler und Künstler (Julia Stoschek, Anselm Kiefer, Gerhard Richter), Junge (Meike Schlecker) und Alte (Hermann Bühlbecker), Finanzinvestoren (Carsten Maschmeyer) und reiche Prominenz (Ute Ohoven, Friede Springer), Skurrile (Klaus Zapf) und Seriöse (Michael Otto), klassische Industrielle (Arend Oetker, Ferdinand Piëch, Susanne Klatten) und Internetpioniere (Ralph Dommermuth), Schauspieler (Maria Furtwängler) und Fernsehmoderatoren (Thomas Gottschalk), junge Erben (Marie-Christine Ostermann) und ältere oder verstorbene Erben (Gunter Sachs, Gloria von Thurn und Taxis, der Haniel-Clan, die Darmstädter Wella-Familien) – sie alle sind vertreten.

So bestreitet die Redaktion den Einstieg in das Thema mit der sehr ausführlichen Schilderung des wechselvollen Lebens des Hoteliers Dietmar Müller-Elmau, Eigentümer von Schloss Elmau, und seiner Familie. Oft werden in rascher Abfolge in kleinen Szenen, Anekdoten – wie kam Jean-Remy von Matt auf «seinen Sozialneid-Slogan «mein Haus, mein Auto, mein Boot?»» – und Geschichten erzählt, wie Menschen schnell Geld machten, es eventuell auch wieder verloren. So das Schicksal des 22-jährigen Studenten Pius Heinz, der knapp neun Millionen Dollar beim Pokern gewonnen hat, von Heiko Hubertz, dem Gründer einer Online-Spiele-Firma, und von dem Reichen, der Sibirien kaufen wollte.

Die Redaktion bemüht sich um eine gewisse Gliederung und Systematisierung dieser unterschiedlich langen biografischen Darlegungen: die «guten Unternehmer» (der Hamburger Reeder Peter Krämer, Götz Werner), die bunten Vögel («Die Geissens», Hermann

Bühlbecker, Ute Ohoven), die gierigen Abzocker (Thomas Middelhoff, Klaus Zumwinkel) und diejenigen, die mit Fehlverhalten für ein schlechtes Image der Eliten sorgen, beispielsweise Josef Ackermann.

Es wird die Gelegenheit auch genutzt, um zu erläutern, wie wenig Geld diese Reichen letztlich verdienen. So wird intensiv Leben und Arbeiten von Ralph Domermuth, Gründer von Internetunternehmen, dargestellt: Es geht um seine Sparsamkeit, seine Arbeitswut und seine Segelleidenschaft. Anhand seiner Einnahmen wird erläutert, wie viel von einem Unternehmens-Bruttogewinn in Höhe von 250 Millionen Euro in seiner Tasche landet: 80 Millionen gehen an das Finanzamt. Ihm bleibt ein Nettogewinn von 79 Millionen Euro, von denen 18 Millionen an ihn ausgeschüttet werden, der große Rest bleibt im Unternehmen. Von den 18 Millionen Euro bleiben ihm 13 Millionen Euro nach Steuern. Sein Sohn, so wird geschildert, arbeitet in den Sommerferien auf dem Bau und macht dort all das, so das Zitat, «worauf die polnischen Arbeiter keine Lust haben» (Sp 11/2012: 80).

Es ist ein wichtiges Anliegen der Serie, die Vielfalt des Lebens und der Einstellungen der Schicht der Wohlhabenden und Reichen anhand von Personen und Familien zu schildern. Der Befund: Diese Schicht sei vielfältiger denn je. Sie entspreche allen Klischees und sei gleichwohl ganz anders (vgl. Sp 9/2012: 65, 69). Die Reichen seien von vielen Seiten und auf vielfältige Art unter Druck gesetzt (ebd.: 69). Es sei deshalb um die Vermögenden herum «eine komplette Angstindustrie entstanden» (ebd.) aus Juristen, PR- und Security-Leuten; in einem eigenen Text wird unter anderem das Thema Personenschutz dargestellt (vgl. Sp 12/2012: 85). Dieses Motiv zieht sich durch die ganze Serie.

Wesentliche gesellschaftspolitisch bedeutsame Sachverhalte werden im ersten Teil auf knapp zwei Seiten (vgl. Sp 9/2012: 66 f.) zusammengefasst:

- anhand der Situation in den USA wird die Zunahme des Reichtums erläutert und mit Zahlen belegt (vgl. ebd.: 66);
- mit Verweis auf einen Text in dem US-Magazin *Atlantic* wird die These skizziert, es gebe eine neue Plutokratie, da sich Schwerreiche aus vielen Ländern gegenüber den normalen Bevölkerungen abschotteten und eine eigene virtuelle Nation bildeten, «denn auch in China, Indien oder Russland kumulieren unglaublich wenige Gewinner unglaublich viel Geld» (ebd.);
- mit einem Satz wird auf die potenziellen Folgen von Reichtum eingegangen, denn Reichtum sei «dort besonders gefährlich, wo dieses Geld Medien kaufen kann, Justiz oder Politik» (ebd.);
- die Schilderung der Lage in Deutschland wird mit dem merkwürdig verschwurbelten Satz eingeleitet: «Aber das Phänomen der chronisch reicher werdenden Reichen ist eben auch im scheinbar gefestigten Deutschland zu beobachten» (ebd.);
- es wird die Zahl der Millionäre und Milliardäre in Deutschland referiert und die zunehmende soziale

Kluft festgestellt, verbunden mit der Frage, warum dies in Deutschland auch so wie anderswo sei, sei doch die alte Bundesrepublik «jahrzehntlang ein Sonderfall in der kapitalistischen Welt» (ebd.) gewesen;

- mit Zitaten von Renate Köcher, Allensbach-Institut, und Markus Grabka, DIW, wird auf die zunehmende Polarisierung zwischen Unter- und Oberschichten und auf die Ursachen des zunehmenden Reichtums – die wichtigere Rolle von Kapitaleinkommen – hingewiesen;
- es wird auf die wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Ursachen der zunehmenden Polarisierung aufmerksam gemacht: Teilzeitarbeit, keine Zuwächse in unteren und hohe Zuwächse in oberen Einkommensschichten, keine Vermögenssteuer, Reduktion des Spitzensteuersatzes, mehr Single- und Alleinerziehenden-Haushalte einerseits und mehr gutsituierte Doppelverdiener-Partnerschaften andererseits;
- es wird erwähnt, dass etwa zwölf Millionen Menschen in Deutschland als armutsgefährdet gelten;
- es wird die Frage der Maßstäbe und der Relationen behandelt: Einerseits könne jemand, der ein Vermögen von fünf Millionen Euro habe, von den Zinsen leben. Zum obersten Prozent gehöre heute – nach offizieller Definition – bereits jemand, der ein Bruttojahreseinkommen von etwa 120.000 Euro habe. Andererseits gelte als arm, «wer weniger als 60 Prozent des gewichteten, mittleren Einkommens verdient.» (ebd.: 67) Dies bedeute: «Eine vierköpfige Familie rutscht demnach ins Armutsrisiko, wenn sie weniger als 1.735 Euro monatlich verdient. Es ist eine Summe, mit der man in Rumänien noch zur Elite zählen würde und in weiten Teilen Afrikas das Zeug zum Stammesfürsten hätte.» (ebd.)
- es werden die Gehälter der Bundeskanzlerin, des VW-Vorstandsvorsitzenden, des IG-Metall-Vorsitzenden und einer Altenpflegerin genannt und gefragt, was an Unterschieden verkräftet werden könne und ab wann Armut moralisch «wertvoller als Vermögen» (ebd.) sei.

Mit anderen Worten: In dieser Serie, die 31 Seiten umfasst, werden auf knappen zwei Seiten alle wichtigen Inhalte und Aspekte des Themenfeldes Armut und Reichtum in Stichworten aufgelistet; es könnte sich um eine Art journalistischen Ablass handeln, um anschließend wieder zum «eigentlichen Thema», dem Leben der Reichen, kommen zu können.

Positionierung der Redaktion

Die Redaktion nimmt zu Beginn Stellung und charakterisiert Reichtum als «eine komische Sache in Deutschland» (ebd.: 64). Denn Geld sei «in der durchökonomisierten Gesellschaft» ein Maßstab für fast alles, «zugleich aber als Messlatte verdächtiger denn je». Deshalb sei den Reichen ihr Reichtum entweder peinlich oder sie wollten sich nicht länger dafür rechtfertigen. Und: «Wieder andere fürchten sich vor dem wachsenden Neid derer, die weniger haben, zu denen auch

das Gros der Politiker, Soziologen und Medienleute gehört. Die Debatten über Verteilungsgerechtigkeit machen das nicht einfacher.» Dem folgt eine berufsständische Kritik: «Denn seien wir ehrlich: Sobald hierzulande von Reichtum die Rede ist, fühlen sich viele Journalisten bemüßigt, ihn misstrauisch bis höhnisch einzubetten.» Es sei auch leicht geworden, «auf Wohlhabenden herumzukloppen. Sie wehren sich kaum noch.» (ebd.)

Im Anschluss wird eine Reportage der Wochenzeitung *Die Zeit* kritisiert, in der geschildert wird, wie Reporter der Wochenzeitung verkleidet als Obdachlose zur Weihnachtszeit in dem wohlhabenden Städtchen Kronberg im Taunus um ein Quartier betteln und auf welche Reaktionen sie stoßen. Die *Spiegel*-Redaktion kommentiert: Der Erkenntniswert sei gering gewesen. «Aber die Aktion zeigt auch, wie schlicht und reibungslos Eliten-Bashing mittlerweile selbst für eine großbürgerliche Leserschaft funktioniert.» (ebd.)

Reiche, das ist eine der Botschaften dieser Serie, sind in der Defensive und wehrlos einer tendenziell negativen öffentlichen Stimmung ausgeliefert. Das Klima werde rauer, die Kapitalismuskritik nehme zu, «auch die Ideen der Marktwirtschaft als solche» (ebd.: 65) würden zur Disposition gestellt.

An einer anderen Stelle übernimmt die Redaktion die Rechtfertigung, warum die Regierung Schröder keine Vermögenssteuer einführt und den Spitzensteuersatz senkte: «In Wahrheit ließen viele seiner [SPD-; at/sto] Parteikollegen auch deshalb die Finger von Reichensteuern, weil damit paradoxerweise die Armen weiter gefährdet worden wären. Denn die Drohung der Eliten kam reflexhaft: «Dann müssen wir unsere letzten Fabriken und die Firmenzentralen gleich mit ins Ausland verlagern.»» (ebd.: 67)

An einer dritten Stelle nimmt die Redaktion Stellung zum Thema Leistung und gibt Rat im Umgang mit Reichtum. Reichtum sieht sie «auch als Indikator [...] für funktionierenden Wettbewerb, kraftvolles Unternehmertum oder ein innovationsfeindliches Klima.» (Sp 12/2012: 84) Niemand neide Wendelin Wiedeking, Karl-Theodor zu Guttenberg, Bastian Schweinsteiger oder Martin Winterkorn die Millionen, wenn sie etwas leisteten. Und entsprechend des Ansatzes des Reichtumsforschers Thomas Druyens rät die Redaktion in einer fast schon pädagogischen Rolle: «Aber man sollte diese Reichen weniger beschimpfen als beteiligen, zum Mitmachen animieren. Man sollte ihnen erklären, welche wichtige Bedeutung sie haben. Auch welche Verantwortung. Und welche Vorbildfunktion.» (ebd.: 85)

Diese dreiteilige Positionserklärung schließt mit den etwas kryptischen Betrachtungen: «Geld an sich ist etwas Blasses. Es sagt nichts, aber es kann vieles. Wer Reichtum generell unmöglich machen will, beraubt sich zugleich der Möglichkeit, ihn gerecht zu verteilen. Und eine Kapitalismuskritik, die sich auf Finanzforderungen beschränkt, macht letztlich den gleichen Fehler wie jene ominösen Märkte, gegen die sie sich so gern richtet: Sie reduziert alles aufs Geld. Und was, wenn das mal weg ist?»

Inhaltliche Lücken

Alle gesellschaftspolitisch bedeutenden Fragen rund um den Reichtum werden in der *Spiegel*-Serie nicht behandelt; abgesehen von der bereits erwähnten sehr verdichteten knapp zweiseitigen Kurzfassung.

Zu den Fragen und Aspekten, die nicht behandelt oder nur am Rande erwähnt werden, gehören:

- die zunehmende Rolle von leistungslosen Einkommen;
- der Zusammenhang von Leistung und Reichtum;
- die Situation der Erben- und Kapitalgesellschaft;
- die (faktische) Belastung der Vermögenden via Sozialabgaben und Steuern und deren Entwicklung in den vergangenen zwei Jahrzehnten;
- die Ursachen der Vermehrung des Reichtums;
- der potenzielle Zusammenhang von Vermehrung des Reichtums und der Armut;
- der potenzielle Zusammenhang zwischen privatem Reichtum und Staatsverschuldung bzw. der öffentlichen Armut (öffentliche Infrastruktur, Daseinsvorsorge);
- die potenziellen volkswirtschaftlichen Probleme, die von privatem Reichtum ab einer bestimmten Größenordnung ausgehen können (Vermehrung Spekulationsmasse, Verminderung realwirtschaftlicher Investitionen);
- wichtige Trends: beispielsweise die zunehmend stärkere Konzentration von Vermögen in den Händen des obersten Prozents;
- die Rolle des Produktivvermögens;
- die faktische und potenzielle Macht, die von Reichtum ausgehen kann;
- der direkte und indirekte Einfluss auf die Politik;
- die Frage der Steuerhinterziehung.

Übrigens: Diese Auflistung von fehlenden Aspekten rundum das Themenfeld privater Reichtum gilt nicht nur für diese Serie, sondern für die gesamte von uns analysierte Berichterstattung dieses Mediums; und für die meisten anderen Medien auch.

Fazit

Nach allgemeiner Einschätzung sind Rolle, Umfang und Macht von Reichtum nur sehr schwierig zu recherchieren, da sich die betroffenen Akteure eher bedeckt halten und zudem sehr viel mehr Mittel als andere haben, um gegebenenfalls eine nicht genehme Berichterstattung zu verhindern und eine positive zu «organisieren».

Nur wenige journalistische Medien haben in Deutschland deshalb die Kraft (Finanzen, Personal, Konfliktfähigkeit), ein solches Thema zu bearbeiten. Der *Spiegel* gehört dazu. Deshalb ist es von allgemeiner Bedeutung, ob er ein solches Thema überhaupt behandelt und wenn ja, dann wie.

In dieser Serie kommen Reiche zahlreich zu Wort und können ohne ein kritisches «Gegenüber» ihre Positionen darlegen. Mit ihren Positionen gibt es – entgegen der Ankündigung – keine kritische Auseinandersetzung.

Sie sehen sich latent als Unrecht Bedrängte und Kritisierte und werden von der Redaktion auch als sol-

che gesehen. Bedroht werden sie immer: ob von Kritikern, der Last des Erbes, einer potenziellen Reichensteuer, der Steuerfahndung oder einer möglichen Währungsreform.

Das eigentliche Thema der Redaktion ist, anhand von biografischen Episoden darzustellen, wie diese abgeschottete Reichen-Welt aussieht. Da die Redaktion diesen biografischen Zugang wählte, machte sie sich von vornherein abhängig von den Gesprächspartnern. Denn Einblicke in Alltag und biographische Einzelheiten konnte sie nur von den Dargestellten erhalten. Dies könnte erklären, dass es kaum kritische oder gar negative Äußerungen über die Dargestellten gibt, abgesehen beispielsweise von Thomas Middelhoff, der jedoch von vornherein in der Sektion «böser Reicher» aufzutreten hatte.

Es ist dem *Spiegel* nicht gelungen, an die wirklich Reichen «heranzukommen». Dazu zählen beispielsweise die Aldi-Brüder, die Quandt-Familie, die Klatten-Familie, die Familie Waldburg-Zeil und andere. In der Serie treten fast ausschließlich Reiche auf, die aufgrund ihrer Präsenz in den Medien weithin bekannt und prominent sind, also generell bereit sind, öffentlich aufzutreten. Vermutlich war dies wiederum Absicht, um Aufmerksamkeit für die Serie zu erzielen.

Diese Serie hätte – wenn im ersten Teil die beiden bereits erwähnten Seiten «Inhalt» gestrichen worden wären – problemlos in einem Gesellschaftsmagazin wie *Bunte* publiziert werden können. Und so endet diese 31 Seiten starke Serie nicht zufällig mit den schweren persönlichen Schicksalsschlägen der Familien Schlicker, Merckle und Schickedanz und einer kleinen biografischen Erzählung über Karl Rabeder, der sein Vermögen verkaufte, den Erlös in eine gemeinnützige Organisation steckte und so vom unglücklichen Milliardär zum glücklichen Almhütten-Bewohner wurde. Eine Geschichte, über die es in anderen Medien heißt, ganz so stimme sie nun auch wieder nicht.

6 DIE ZEIT

Zwischen Mai 2008 und Ende 2012 sind 243 Ausgaben der Wochenzeitung *Die Zeit* (DZ) erschienen. Internationale Krisen und nationale Probleme bilden den Hintergrund dafür, dass im Grunde in jeder Ausgabe ein Bezug zur Arm-Reich-Thematik vorkommt. Unseren engeren Kriterien entsprechend, welche die Zentrierung von Armuts- oder Reichtumsaspekten im jeweiligen Artikel verlangen, hatten wir es am Ende des zweistufigen Auswahlverfahrens mit 277 Beiträgen unterschiedlichster Längen zu tun. Die Verteilung auf die fünf Jahre ist relativ regelmäßig bei einem leichten Absinken in den Jahren 2009 und 2011.

Das *Zeit-Magazin* ist nicht einbezogen, also auch nicht Günter Wallraffs Reportagen «Ausgebeutet. Günter Wallraff als Niedriglöhner in einer Brötchenfabrik» (DZ 19/2008) und «Die Kälte ganz unten. Für Obdachlose in Deutschland geht es jede Nacht um Leben und Tod. Günter Wallraff war mit ihnen unterwegs – undercover» (DZ 11/2009).

Eine quantifizierende Analyse, welche die verschiedenen Aspekte des Themenfeldes unterscheidet, ist für die *Zeit* nicht sinnvoll, weil sie, wie wir schnell feststellen konnten, der Arbeitsweise des Blattes widerspricht. Die *Zeit*-Redaktion interessieren Zusammenhänge. Gerade dort, wo sie einzelne Gesichtspunkte detailliert ausleuchtet, verfolgt sie die Fäden, die das Problem mit anderen Feldern verknüpfen. Ein einfaches Beklagen von Staatsschulden, umstandsloses Gleichsetzen von sozialer Schwäche mit individuellem Versagen, schlichtes Moralisieren über Neid oder Gier, wird man in der *Zeit* nur in den Ausnahmefällen antreffen, in welchen sie nicht zu ihrer Normalform findet.

6.1 Private Armut

Das Thema Armut hat in der *Zeit* eine intensive Präsenz. Das liegt an der Quantität der Beiträge, stärker noch an der Variationsbreite der journalistischen Herangehensweisen: Nahaufnahmen beispielsweise aus dem Familienalltag, welche die Anstrengungen beschreiben, mit wenig Geld über die Runden zu kommen; direkte Vergleiche, die luxuriöse und ärmliche Lebensverhältnisse nebeneinander stellen, mehrfach am Beispiel USA; Statistiken, grafisch aufbereitet, die Zahlen und Daten präsentieren; Analysen, die nach Ursachen forschen und Lösungen einfordern; die Darstellung und Kritik regierungs- wie parteipolitischer Reaktionen auf die Armut; internationale Situationsberichte über katastrophale Lebens- und Arbeitsbedingungen; zwei große Reportagen eines Redakteurs, der zusammen mit einer Schauspielerin als Bettlerpaar jeweils eine Woche lang durch die reichen Gemeinden Kronberg und Königstein im Taunus und das arme Berlin-Neukölln zog.

Armut wird von der *Zeit*-Redaktion als ein wichtiges gesellschaftspolitisches Problem behandelt, das sie wiederholt zu einem großen Thema einer Ausgabe dadurch macht, dass sich ein Leitartikel auf der Seite eins, ein Dossier oder der Aufmacher eines Ressorts, in der Regel des Wirtschaftsressorts, damit beschäftigt. Die soziale Frage ist bei der *Zeit* nicht ausschließlich, aber vorrangig im Ressort Wirtschaft angesiedelt. Zur sogenannten Titelzeile, mit der die *Zeit* auf der Seite eins die Aufmerksamkeit auf ihre jeweilige Ausgabe zu lenken versucht, hat es die Armut im fast fünfjährigen Untersuchungszeitraum allerdings streng genommen nur zwei Mal gebracht, im Juni 2008:

«Abgespeist. Die Armen bleiben arm. Dabei gibt kaum ein Land so viel Geld für Soziales aus wie Deutschland. Wo bleibt es bloß?»

und im Januar 2010: «Abgestempelt. Hartz IV ist zum Symbol für Armut und Angst geworden. Dabei war die Reform des Arbeitsmarktes notwendig. Was falsch gelaufen ist – und was richtig bleibt.»

Dazu kommt als Drittes die Ankündigung von Günter Wallraffs Reportage über «Die Kälte ganz unten» im

Zeit-Magazin im März 2009. Hinter dieser ‚Zurückhaltung‘ dürfte die ebenso schlichte wie realistische Einschätzung stehen, dass sich Armut schlecht verkauft.

Beschrieben und diskutiert werden in den Texten sowohl die negativen Auswirkungen der Armut auf die Betroffenen als auch die Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische Demokratie. Diese Aufarbeitung wird manchmal mit fast chirurgischer Sachlichkeit geleistet, mit einer Haltung, welche die Soziologie «legitime Indifferenz» nennt, was man mit «nicht zu beanstandender Kühle» übersetzen könnte; an anderen Stellen mit Empathie und expressiven Bekenntnissen. Zugleich begleitet die Darstellungen der Armut ein Gestus des Sich-die-Augen-Reibens, dass so etwas in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts möglich ist. Oder auch in Europa:

«In Europa, verdammt! Fast ein Viertel aller Jugendlichen in der EU ist arbeitslos. Das ist nicht einfach ein Problem, es ist Wahnsinn.» (DZ 23/2012: 10)

Kinder- und Altersarmut, Hartz IV und Migration lösen auch in der *Zeit* am häufigsten Berichterstattungen zum Thema Armut aus. Hinzu kommt als fünfter Anlass ab September 2008 die Finanz- und Wirtschaftskrise, später dann die Griechenland- und Euro-Krise, deren soziale Folgen national wie international immer wieder in Reportagen eingefangen werden. Die Redaktion bemüht sich in jeder dieser fünf Hinsichten sehr darum, genau hinzuschauen, repräsentative Details herauszuarbeiten, typische einzelne Situationen und Personen vorzustellen.

Details zu fokussieren, Einzelschicksale herauszugreifen, ist ein bewährtes Instrument der journalistischen Arbeitsweise. Es macht dabei einen großen Unterschied, ob diese Methode primär wegen der Aufmerksamkeitseffekte eingesetzt wird, um ein Thema möglichst grell auszuleuchten und spektakulär als Blickfang aufzubereiten. Oder – und das ist bei der *Zeit* durchgängig der Fall – ob Einzelheiten und persönliche Schicksale soziale Probleme exemplarisch veranschaulichen sollen im Sinne der Maxime, dass die Wahrheit konkret ist. Die beiden «Maria-und-Josef»-Reportagen und die Langzeitbegleitung der «Familie Rosenkranz» sind gute Beispiele dafür.

«Darf man mit einer Lüge nach der Wahrheit suchen?» (DZ 52/2011: 13) Wenn die Verhältnismäßigkeit der Mittel der Maßstab sein soll, in diesem Fall: ja, denn das bisschen Lüge hat viele Einblicke zutage gebracht. Mit dem «Krippenspiel von Kronberg» und seiner Wiederaufführung ein Jahr später in Berlin-Neukölln (DZ 52/2012: 15 ff.), bei dem ein Redakteur und eine SchauspielerIn jeweils eine Woche lang als obdachlose Bettler unterwegs waren, hat die *Zeit* dem alltäglichen Umgang mit Armut nachgespürt. «Mama! Da sind wieder die faulen Feiglinge», bekommen sie in Kronberg zu hören. Der Redakteur stellt sich später auf einer Veranstaltung in Kronberg der Diskussion und schreibt darüber:

«Ernüchternd am Wiedersehen in Kronberg war, dass die Debatte über den Streit um den Artikel nicht hinauskam. Die Bürger beklagten eine «flächendeckende Stigmatisierung», einen «Bannstrahl», ihnen sei «Schreckliches angetan» worden. Nicht einmal ging es um das Schicksal jener, als deren Stellvertreter wir durch die Stadt gezogen waren.» (DZ 7/2012: 18)

«Wir und die Wucht der Welt. Was lässt die Krise übrig von dem, was Deutschland ausmacht? Zu Besuch bei einer fast ganz normalen Familie» ist der erste Teil des Reports überschrieben, mit dem die *Zeit* der Frage nachgeht, wie sich die globale Krise des Finanzsystems auf den Alltag auswirkt: «Die ZEIT begleitet Familie Rosenkranz durch die Krise. Teil 1: Die Finanzkrise trifft einen Arbeitnehmerhaushalt (ZEIT Nr. 12/09), Teil 2: Die Insolvenz des Arbeitgebers (ZEIT Nr. 13/09)».

Leiser, aber dafür zusammenhängender, lässt sich der redaktionelle Stil im Umgang mit der Armutsproblematik charakterisieren. Das zeigt sich zum einen in einer Darstellungsweise, die es nicht bei der Thematisierung von bestimmten Armutsphänomenen belässt, sondern Armut als übergreifendes – nationales und internationales – gesellschaftliches Problem anspricht.

«Kennen Sie einen Armen? Vor zehn Jahren war das eine eher rhetorische Frage. Heute ist sie es nicht mehr. Jeder sechste Bundesbürger gilt inzwischen als arm. Und das, obwohl der Sozialstaat jedes Jahr 700 Milliarden Euro verteilt. Etwas läuft schief. [...] Vor allem hat sich inzwischen herumgesprochen, dass Armut nicht allein ein materielles Problem ist, sondern vor allem einen Mangel an Lebenschancen bedeutet. [...] Ein wachsender Teil der Bevölkerung ist also wirklich bedroht, wirtschaftlich und sozial abgehängt zu werden. Diese Einsicht hat die Gesellschaft mit großer Verspätung und großer Wucht erfasst. Aber sie hat bis heute daraus nicht die richtigen Konsequenzen gezogen.» (DZ 27(2008: 19)

Auch dort, wo typische Formen der Armut behandelt werden, etwa die Kinderarmut, wird die Perspektive weit geöffnet und der übergreifende Lebenszusammenhang hergestellt:

«Wo es an Geld mangelt, müssen Kinder mit vielfältigen Einschränkungen leben. Sie werden zu Außenseitern in einer konsumorientierten Gesellschaft. Finanzielle Armut schlägt sich nieder im Fehlen von Freunden und sehr häufig in zu geringer Bildung: Nachweislich sind arme Kinder in der Schule weit weniger erfolgreich als ihre Klassenkameraden aus wohlhabenden Familien. Die Ursache liegt in einem dichten Geflecht aus Diskriminierung und fehlender Förderung, aus schlechten Rahmenbedingungen im familiären Bereich und, schlimmer noch, im gesellschaftlichen Umfeld. So bleiben arme Kinder ohne Chance.» (DZ 41/2008: 31)

Festzuhalten wäre bis hierher: Armut ist für die *Zeit* ein großes Thema. Wie ordnet sie es ein? Das Dreieck Ar-

mut, Arbeit, Bildung benennt die Bezugspunkte, welche die *Zeit* unermüdlich miteinander verknüpft.

«Im Kern der Krise, am Grund der Angst sitzt die Arbeitslosigkeit.» (DZ 8/2009: 1)

«[...] eine Mutter mit eigenem Einkommen. Es gibt einfach keinen besseren Schutz vor Kinderarmut. (DZ 20/2009: 28)

«Wie bekämpft man also Armut? [...] Mit Bildungspolitik, die vor allem den Benachteiligten und Leistungsschwächsten zugute kommt.» (DZ 23/2008: 31)

Damit liegt die *Zeit* einerseits voll auf Kurs des gesellschaftlichen Mainstreams. Das Untersuchungsmaterial deutet andererseits darauf hin, dass sie diese Verbindungen besonders nachdrücklich herausarbeitet und nie aus dem Auge verliert, das heißt, dass sie beispielsweise isoliert-individuelle Blicke auf Armut ebenso vermeidet wie rein wirtschaftliche auf Arbeit. Gebräuchliche Vereinfachungen, die einen Aspekt benennen und ihn für die Sache als ganze ausgeben, kommen auch in *Zeit*-Texten vor, aber sie fallen auf, weil sie hinter den Standard des Blattes zurückfallen. Dieses kontinuierliche Aufrufen von Zusammenhängen dürfte auch der Grund sein für die hohe Quantität und Qualität sozialkritischer Beiträge. Von Armut wird nicht nur auf fehlende oder schlechte Arbeit geschlossen, sondern häufig werden die Arbeitsverhältnisse direkt als Ausgangspunkt aufgegriffen, um auf die daraus resultierende Armut hinzuweisen. Das geschieht häufiger am Beispiel sogenannter Schwellenländer und wirtschaftlich nicht entwickelter Regionen als mit Blick auf Deutschland. Das eigene Land wird jedoch nicht ausgenommen:

«Luxus nur für Gäste. In Münchner Hotels sollen schein-selbstständige Zimmermädchen geputzt haben. Sie wurden weit unter Mindestlohn bezahlt.» (DZ 19/2009: 5)

«Aufpasser der Meere. Seeleute haben einen globalen Tarifvertrag. Doch nicht alle Reeder halten sich daran. Jonas Vierung war mit dem Inspektor der Gewerkschaft ITF an Bord der «Torge S.» (DZ 40/2009: 35)

«Ein halber Dollar. In der Sportartikelbranche werden noch immer Hungerlöhne gezahlt.» (DZ 45/2009: 22)

«So süß und doch so bitter. Die Deutschen lieben Schokolade und wissen oft nicht um die menschenunwürdigen Bedingungen im Kakaoanbau.» (DZ 52/2009: 30)

«Schon stehen Sie mittendrin im Reich des weltweit größten Elektronikproduzenten, auch iPod-City genannt: Werks-hallen, Wachschutz, Schlaftürme, Kantinen für mehrere Hunderttausend Wanderarbeiter, die Smartphones und Computer für Apple, Nokia oder Dell montieren. Sinnbild für Chinas Wirtschaftsboom und Apples sagenhafte Gewinne – und für den Preis, den Menschen dafür zahlen: Niedrig-löhne um die 200 Euro im Monat, Zwölf-Stunden-Schichten

bei Sprechverbot, Vorwürfe der Kinderarbeit, eine Selbst-mordserie unter Arbeitern vor zwei Jahren, jetzt eine Mas-senschlägerei mit der Polizei in einem anderen Werk, die Schlagzeilen macht, weil sich womöglich die Auslieferung des neuen iPhones verzögert.» (DZ 40/2012: 1)

Die ökonomische Dimension möglicher Lösungen wird mit einer gewissen Vorsicht behandelt. Die Rolle des Lohns als Kostenfaktor wird stets mitgedacht. Ein Mindestlohn wird mehrfach klar gefordert, insbesondere im Zusammenhang mit den Halbherzigkeiten der Politik, dann wieder relativiert, dann doch zum Wich-tigsten erklärt.

«Wie wäre es, wenn es einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn gäbe, landesweit gültig, branchenübergreifend, vielleicht noch nach Regionen gestaffelt? Gesetz im Kasten, Klappe zu. Die Stimmung würde besser, und die Meinungen über das Soziale in der Marktwirtschaft.» (DZ 26/2008: 19)

«Denn zu hoch gesetzte Mindestlöhne treiben Menschen erst recht in die Armut, wenn sie ihren Job verlieren. Das ist keine neoliberale Angstmache, sondern begründete Sorge selbst jener Ökonomen, die Mindestlöhne bejahen.» (DZ 8/2009: 29)

«Am wichtigsten sind letztlich gesetzliche Mindestlöhne. Schließlich gilt es zu verhindern, dass sich fortsetzt, was in Deutschland viel zu lange möglich war: dass Betriebe in ei-nen zerstörerischen Wettbewerb um die schlechtesten Ar-beitsbedingungen geraten. (DZ 36/2009: 27)

Die *Zeit* kritisiert Billiglöhne, aber so wenig wie sie Ar-men-Beschimpfung betreibt, so wenig lässt sie sich zu einfacher Unternehmer-Schelte hinreißen. «Wir Lohn-drücker» heißt die Geschichte, in der «vier Unterneh-mer erklären, warum sie so wenig zahlen – und was sich ändern muss».

«Die *ZEIT* hat Unternehmer aus dem Niedriglohnsektor gefragt, warum sie so schlecht bezahlen – und was sich än-dern müsste, damit die Löhne in ihrer Branche steigen. Die Antworten zeigen: Kunden, Berufsberater, Unternehmer, der Staat – sie alle könnten etwas tun.» (DZ 45/2012: 22)

Es sind Kleinunternehmer und Mittelständler, die für die Recherche ausgewählt wurden; das ist nicht zu be-anstanden, denn weit über 80 Prozent der Niedriglöh-ne werden in KMUs bezahlt. Der direkte Hinweis auf Massenarbeitslosigkeit als einer Rahmenbedingung, die unsoziales Arbeitgeberverhalten begünstigt, wird selten gegeben, in diesem Fall in einem Leitartikel:

«Eine Wirtschaft, die um Menschen konkurrieren muss, wird sich ganz von selbst anders verhalten als eine, die Jobs als eine Art Gnade vergibt: Sie wird nicht nur über Anwerbepremien für ausländische Spezialisten nachden-ken, sondern auch über vernünftige Löhne für alle. Und

außerdem über Familienfreundlichkeit und kluge Teilzeitregelungen und flexible Übergänge in den Ruhestand und Weiterbildung im Betrieb und über Unterstützung bei der Jobsuche für Ehepartner und vieles andere mehr. Sie wird Arbeitnehmern höflich begegnen.» (DZ 33/2010: 1)

Die Konsequenz, mit der die *Zeit* Armut, Arbeit und Bildung in einem Atemzug nennt, bedeutet auf der einen Seite: Die Redaktion kommt so gar nicht auf die Idee, der gesellschaftspolitischen Problematik mit persönlichen Schuldzuweisungen an die Betroffenen auszuweichen. Sie macht sich im Gegenteil dafür stark, Armut als eine gesellschaftliche Herausforderung zu begreifen, weil die Rahmenbedingungen stimmen müssen, damit der Einzelne sich sinnvoll anstrengen kann. Von dieser Position weichen, wenn man die redaktionelle Arbeit in ihrer Kontinuität bewertet, auch solche Beiträge nicht ab, die sich kritisch mit der Qualität der Sozialstatistik auseinandersetzen oder die ausdrücklich auf soziale Verbesserungen hinweisen beziehungsweise gewissen negativen Dramatisierungen widersprechen. Im redaktionellen Kontext gelesen, handelt es sich hier nicht um weichspülende Relativierungen, sondern um Klarstellungen.

Gelegentlich werden in Beiträgen auch querköpfige Fragen aufgeworfen. Es handelt sich um Ausnahmen, aber nicht um Zufälle, sondern – diesen Eindruck vermittelt jedenfalls der Gesamtauftritt der *Zeit* auf dem Themenfeld Armut – folgerichtige Anschlussgedanken wie diesen:

«Warum wir lieber für Opfer spenden als für Menschen, die um ihre Rechte kämpfen ... Die Bilder hungernder Kinder treiben mehr Spenden ein als Bilder von Protestmärschen für das Recht auf Nahrung. Warum? Weil wir Hunger lieber als ein Problem der Natur sehen statt als Problem der Politik. Opfer machen Quote. Menschen, die um Rechte kämpfen, schrecken ab.» (DZ 52/2008: 10)

Oder jenen, formuliert unter dem Titel «Was ist gerecht? Dass Flüchtlinge abgewiesen werden und einfache Arbeiter so wenig verdienen, kann man erklären, aber kaum verteidigen»:

«Deutschland ist ein gutes Land mit überwiegend netten, anständigen Leuten. So viel schon mal vorweg. Doch es hat auch seine verlogenen Seiten. Und zwar in zwei grundlegenden Gerechtigkeitsfragen. Es geht um Oben und Unten. Und um Drinnen und Draußen. Anders gesagt: um Hartz IV und die tunesischen Flüchtlinge. Beide Fragen haben gemeinsam, dass sie meist nur an der Oberfläche berührt werden, es scheint beinahe so, als gebe es hier eine Absprache zwischen Politik, Medien und Stammtisch, ein Schweigekartell.» (DZ 8/2011: 1)

Und schließlich diesen aus einem Feuilleton-Aufmacher:

«Canetti [der Schriftsteller Elias Canetti; at/sto] ging vom Schrecken der entwerteten Million aus. Was wurde ihm

wohl zur aktuellen Situation einfallen, in der Milliarden-, ja Billionenwerte auf einer Art Sondermülldeponie des Weltkapitals verscharrt werden? Auf heutige Verhältnisse gebracht: Wenn unnützes Geld einfach weggesperrt werden kann, was hindert eine Gesellschaft daran, auch ihre unnützen, ihre gleichsam notleidenden und toxischen Menschen auszulagern, wegzusperrern, einzufrieren? Die Nutzlosen wohnen in Bad Hotels, die Armen behandelt man in Bad Hospitals, die Alten erleiden ein Bad Aging, die Randständigen verdämmern in Bad Schools, die Illegalen darf man ausfliegen mit Bad Airplanes in Bad Countries ... Die Werbung hatte Globalisierung stets als Verheißung des Allzusammenhangs inszeniert, als sanfte Großorgie der Wertsteigerung. Eine erotische Annäherung aller an alle, die Verführung der Welt durch Kaufkraft, Markenqualität, Sicherheit. Jetzt ist die Vision dahin, Globalisierung könne nach der Maxime «Alles wird verbunden» funktionieren. Die neue Losung lautet: Alles geht gemeinsam unter. Wenn du nicht aufpasst, schluckt dich die Bad Bank. Bislang war die Rückversicherungsgesellschaft die große metaphysische Instanz des Geldgewerbes: ein Netz, gespannt unter uns allen, dazu da, die stürzende Welt von unten zu halten. Nun gibt es noch eine Instanz, die als Anspielung an die Welt des Glaubens zu verstehen ist: die Bad Bank. Ist sie nicht die Hölle des Kapitals, das Fegefeuer der Wertpapiere?» (DZ 7/2009: 39)

Vor dem Hintergrund solcher Qualitäten verwundert es auf der anderen Seite, dass die *Zeit* an einer Schlüsselstelle auf das Weiterfragen verzichtet. Wo sie sich um eigene Antworten bemüht, fährt sie gleichsam Karussell: Gegen Armut hilft Arbeit, zu Arbeit verhilft Bildung, deshalb braucht, wer arm oder von Armut bedroht ist, Bildung. Bei dieser Karussellfahrt kommt die Wirtschaft als Regisseurin des Fahrgeschäfts nicht vor. Der wirtschaftliche Druck, dem die Erwerbsarbeit unterliegt, das Schicksal der Arbeit als Kostenfaktor der Ökonomie wird zur Randerscheinung. Allen sonstigen kritischen Fragen an den Kapitalismus, die in der Finanzkrise Hochkonjunktur haben, zum Trotz taucht ein – in historischer und internationaler Perspektive – automatisch sich aufdrängende Gedanke nicht auf: Weshalb hat, von vereinzelt Wirtschaftswunderzeiten abgesehen, in mehr als 200 Jahren allgemeiner Erwerbsarbeit noch nie ein Bildungsniveau ausgereicht, um ordentlich bezahlte Arbeit für alle sicherzustellen, die sie benötigen? Analytische Klarheit wird der Botschaft geopfert, dass am Ende für alle eine Lösung möglich sei.

Das Aufmerksamkeits- und Kritikpotential, das im Vergleich von Armut und Reichtum liegt, nutzt die *Zeit* immer wieder. Die zwei Welten gegeneinander zu stellen, die Welt des riesigen Reichtums hier, die Welt der Armut und des Elends dort, ist eine wiederholt angewandte Methode, etwa in der Reportage «Ein Land, zwei Welten. Greenwood und Greenwich: Zu Besuch in einer der ärmsten und einer der reichsten Städte des Landes» (DZ 15/2012: 3). In der Ausgabe 51/2011, in der «Die Linke Sahara Wagenknecht und der Christ-

demokrat Heiner Geisler streiten über die Frage, ob und wie der wild gewordene Kapitalismus abzuschaffen ist», werden die zwei Welten in nationaler und internationaler Perspektive auch statistisch aufeinander bezogen:

«Die 43 reichsten Menschen der Erde haben ein Vermögen von 1,12 Billionen US-Dollar. Das entspricht dem Bruttoinlandsprodukt des gesamten subsaharischen Afrika, wo 854 Millionen Menschen leben.»

«241 Euro will jeder Deutsche dieses Jahr für Weihnachtsgeschenke ausgeben, etwa so viel wie die jährliche Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung von Sierra Leone.»

«9 Millionen Euro verdiente Siemens-Chef Peter Löscher im vergangenen Jahr. Hat er ohne Urlaub und Wochenende jeden Tag 10 Stunden gearbeitet, folgt daraus ein Stundenlohn von 2.460 Euro. Eine Friseurin in Zwickau verdient laut Tarif 3,82 Euro in der Stunde.»

«Für ein Kind aus der Oberschicht ist bei gleicher Intelligenz und gleichem Lernvermögen die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, 4,5-mal so hoch wie für ein Arbeiterkind.» (DZ 51/2011: 68)

Der Arm-Reich-Vergleich wird in Einzelfällen auch mit der detaillierten Konkretisierung geleistet, von der oben bereits die Rede war.

«Das Ehegattensplitting ist keine Sozialleistung für Hausfrauen. Es ist ein Transfer von unten nach oben, von sämtlichen Steuerzahlern an verheiratete Paare aus der Mittelschicht. [...] Mit Geld kann man nicht nur gute Schulen, Nachhilflehrer oder Universitäten bezahlen. Mit Geld kann man vor allem Zeit kaufen, und darauf kommt es am Ende an, wie der letzte Familienbericht der Bundesregierung zeigte. Es mag arme Familien geben, deren Kinder glücklich und geborgen sind, und wohlhabende Eltern, die ihren Nachwuchs zu sehr verwöhnen, unter Druck setzen oder verwahrlosen lassen. Doch in der Regel haben gut bezahlte Frauen häufiger Geld für Steuerberater, Putzhilfen, Taxifahrer. Sie verpassen vielleicht manchmal einen Laternenumzug, weil sie eine Sitzung leiten oder nach London reisen müssen. Dafür schleifen sie ihre Kinder nicht schlecht gelaunt zum Schlussverkauf, weil das Budget sonst nicht reicht. [...] Dabei scheitern Beziehungen von armen Menschen besonders häufig. Nach Angaben des Deutschen Jugendinstituts erlebt jedes zweite Kind aus einer Familie mit wenig Geld die Trennung der Eltern, aber nur etwa sieben Prozent der Kinder aus gut situierten Haushalten tun es. [...] Kann man von der Politik erwarten, dass sie sich mehr Gedanken über soziale Fragen macht als ihre Wähler? Dass sie Leidenschaft entwickelt und Interesse am Detail? Vermutlich nicht.» (DZ 44/2012: 7)

Es gibt eine zweite Schlüsselstelle, an der auch die *Zeit* das Nachdenken abbremst. Sie setzt sich zu wenig mit der Frage auseinander, ob hinter dem Ruf nach der Po-

litik ein realistischer Gestaltungs- und Steuerungswillen steht oder nur ein Ausweichmanöver. Das gilt trotz der Titelzeile «Der überforderte Staat. Opel wankt, die Banken wackeln: In der Wirtschaftskrise wird die öffentliche Hand zur letzten Hoffnung. Doch die Politik kann nicht alle Wünsche erfüllen. Was möglich ist – und was zu weit geht.» (DZ 10/2009 Politik).

Nach unserer Interpretation gibt auch die *Zeit* der Neigung nach, die Politik dort in die Verantwortung zu rufen, wo sich Widersprüche nicht auflösen lassen. Wo Wirtschaftlichkeit und soziale Sicherheit hart aufeinanderprallen, plädiert sie gern für ein kräftiges Sowohl-als-auch, dessen Austarieren sie als politische Aufgabe deklariert. Der Zeigefinger, der anklagend oder zumindest appellierend Richtung Politik weist, erfüllt die Funktion eines Lückenbüßers in fatalen Lagen, also in Fällen chronischer gesellschaftlicher Defizite.

«Armut ist ein ernstes Problem, auch in Deutschland. [...] Dennoch lassen sich Trends erkennen, Ursachen der Armut und die Punkte, an denen die Politik ansetzen muss, um sie zu verringern. [...] Ohne bessere Bildungs-, Integrations- und Familienpolitik geht es nicht.» (DZ 23/2008: 31)

Beide staatlichen Steuerungsmittel, Recht und Geld, lassen sich in den meisten Fällen nur so einsetzen, dass den einen genommen, was den anderen gegeben wird. Die politische Intervention, die mehr soziale Chancen für die einen eröffnet, kann das in der Regel nur dann, wenn sie gewisse Einschränkungen der Freiheiten anderer damit verbindet. Die öffentliche Meinung ist geübt darin, die positiven Wirkungen von der Politik einzufordern und gleichzeitig die negativen Folgen abzulehnen. Von Qualitätsjournalismus, wie die *Zeit* ihn repräsentiert, kann erwartet werden, dass er die Widersprüchlichkeit solcher Erwartungen erkennt und thematisiert, statt sie zu verstärken.

6.2 Reichtum von Personen und Unternehmen

«Es gilt also zu unterscheiden zwischen dem, was der globale Wettbewerb tatsächlich verlangt, und dem, was nur als «alternativlos» hingestellt wird. Um das zu tun, braucht die gesamte Gesellschaft ein ehrliches Verhältnis zu ihren Unternehmern und Wirtschaftsführern. Eines, das von Achtung für ihre Leistung getragen ist, aber nicht von falscher Ehrfurcht oder gar von falscher Moral.» (DZ 51/2011: 68)

Was die *Zeit* der Gesellschaft empfiehlt, sich nicht von falscher Ehrfurcht oder falscher Moral leiten zu lassen, darum bemüht sie sich beim Thema Reichtum in der Tat selbst. Die Grenze ist nicht leicht zu ziehen und die Frage selten zweifelsfrei zu beantworten: Basieren hohes Einkommen und großes Vermögen auf einer außergewöhnlichen Lebensleistung oder doch nur auf besonderer Rücksichtslosigkeit in einem brutalen Verteilungskampf, dessen Gewinne vor allem die Verluste anderer sind. Die *Zeit* versucht Klarheiten diesseits

und jenseits der Grenze fest- und auseinanderzuhalten. Sie würdigt unternehmerische Leistungen, und sie formuliert scharfe Kritik, wo sie die ungerechte, maß- und verantwortungslose Akkumulation von Immermehr sieht. Und sie macht auch auf die Mechanismen des sich selbst legitimierenden Erfolgs aufmerksam.

«Einfach nur reich. [...] Widerspruch ist aber angezeigt, wenn Maschmeyer heute als «einer der erfolgreichsten und faszinierendsten Unternehmer Deutschlands» (Klappentext) dargestellt wird und wenn er wegen seiner privaten Gewinne ein Vorbild sein will. Eine irgendwie bewunderungswürdige unternehmerische Leistung hat Carsten Maschmeyer nicht erbracht.» (DZ 14/2012: 33)

«Doch wenn die Unternehmer es erst einmal haben, das große Geld, so halten sie und mehr noch ihre Erben es auch für verdient. Es ist der Beweis ihrer Anstrengung, ihres Glücks, ihrer Überlegenheit. Bald sind die Methoden vergessen, mit denen sie gewannen.» (DZ 51/2011: 68)

Bedingt durch die globale Spekulationskrise steht das im Finanzsystem zirkulierende große Geld im Zentrum der Reichtumsberichterstattung. Drei Intentionen bestimmen die Vielzahl der Artikel. Erstens, zu begreifen und nachvollziehbar zu machen, was sich im Finanzsystem ereignet, zum Beispiel:

«Man muss sich in die achtziger Jahre zurückversetzen, um zu verstehen, wie diese Reichenwelle ins Rollen kam. Wer bis dahin ein Vermögen schaffen wollte, musste es mühsam anhäufen: Filiale für Filiale, Regionalmarkt für Regionalmarkt, Investition für Investition, häufig auch Generation für Generation. Es war die Art von Wohlstandserwerb, die bis heute hierzulande für die meisten Großvermögen verantwortlich ist: etwa das der Brüder Albrecht (Aldi) mit ihrem schrulligen Sparsamkeitstick, der verschwiegenen Familie Quandt (BMW) und des Hamburger Versandhandelskönigs Otto. Doch jenseits des Atlantiks, im Amerika der Reagan-Jahre, legte der Kapitalismus den Turbogang ein. Finanzinvestoren mischten sich immer aggressiver in die Welt der Unternehmen ein, zerschlugen sie, warfen Personal heraus und trieben die Manager zu mehr Leistung an. Investmentbanken finanzierten das schnelle Wachstum von Konzernen. Deregulierungen und Steuersenkungen begannen erst in Amerika und erreichten dann ein Land nach dem nächsten. So konnten Unternehmen an Wert gewinnen und Vermögen anschwellen wie nie zuvor.» (DZ 37/2008: 23 ff.)

Zweitens, kritisch zu benennen, was hier schief läuft. Punktgenaue Sätze, anschauliche Schilderungen, pointierte Deutungen setzt die Redaktion dafür ein:

«Für die Banken geht es schon längst nicht mehr darum, Kredite an Unternehmen zu vergeben. Sie wollen Wetten gewinnen.» (DZ 7/2012: 24)

«Als [der Hedgefonds-Manager; at/sto] John Paulson einem Interview zustimmte, waren seine Bedingungen seitenlang.

So wenig wie möglich sollte über seine Privatsphäre und seinen Immobilienbesitz gesprochen werden. Nun sitzt er da, ein Glas Wasser vor sich, und sagt gar nichts. Das Aufnahmegerät zeigt später an, dass er nach der ersten Frage quälende 30 Sekunden lang schwieg. Erst als sein Pressesprecher die Frage wiederholt, räuspert er sich. Mehr nicht ... «Der Schlüssel zu einem guten Portfolio ist, dass die Wetten auf einen fallenden Kurs mit denen auf einen steigenden gut ausbalanciert sind.» [...] Er war zum Raubtier geworden, das seine Beute verteidigt und jeden angreift, der ihm auch nur einen Fetzen davon abjagen will. [...] In dem Dörfchen [Greenwich in Connecticut; at/sto] stehen oder fahren laut Steuerstatistik 931 Porsche, 94 Ferrari, 90 Bentley, 65 Aston Martin, 40 Maserati, 39 Rolls-Royce, vier Maybach – aber nur ein Lamborghini. Die meisten Manager sind dann eben doch schon an die 50. Dieser Luxus ist möglich, weil niemand in der Finanzwelt besser bezahlt wird als Hedgefonds-Manager. Sie bekommen zwei Prozent des Geldes, das Investoren in ihren Fonds stecken, als Gebühr. Allein für seine Präsenz in seiner Firma bekäme Paulson im nächsten Jahr also 560 Millionen Dollar. Zusätzlich erhält er 20 Prozent des jährlichen Gewinns. [...] 2007 verdienten die 25 erfolgreichsten unter ihnen 18-mal so viel wie fünf Jahre zuvor: 360 Millionen Dollar – eine amerikanische Familie dagegen 60.500 Dollar. Auf dass es ihnen auch weiterhin gut gehe, zahlen sie nicht wie jeder Angestellte oder Arbeiter 35 Prozent Einkommensteuer auf ihre Gewinne, sondern nur 15 Prozent Kapitalertragsteuer.» (DZ 32/2008: 12)

«Zu den Schäden wird unter anderem auch die gedemütigte und abgewertete Demokratie gehören, die in der Eile der Rettungsmanöver überall mit Füßen getreten wurde. Diese Ohnmachtserfahrung wird der Bürger so schnell nicht vergessen – die Ohnmacht der Volksvertretung vor den Gesetzen der Wirtschaft. Aber größer noch wird seine Ohnmachtserfahrung vor den Wirtschaftsführern sein – ihrer Unverantwortlichkeit und Unbelangbarkeit. [...] Vor Jahren gab es einmal den Slogan der deutschen Wirtschaft «Leistung muss sich wieder lohnen». Da dachte man an Fleiß, Intelligenz, Bildung, Kenntnisse. Heute wissen wir, dass die Leistung, die sich wirklich lohnt, in etwas ganz anderem besteht: in Rücksichtslosigkeit, Lüge, Frechheit und Betrug.» (DZ 29/2012: 1)

Drittens, Antworten zu suchen, wie die desaströsen Entwicklungen beherrschbar und steuerbar gemacht werden könnten. Auf dieser Ebene bietet die *Zeit* verschiedene Varianten an: a) am häufigsten den operativen Zugriff des Staates, b) selten den resignierten Verweis auf die Intransparenz des Systems und c) ebenfalls nur ausnahmsweise die Bestätigung, dass es gut so ist, wie es ist.

Zu a)

«Lizenz zum Zocken. Bei der Finanzregulierung sind die Regierungen nicht ehrgeizig – weil sie zu zerstritten sind und die Banken fürchten.» (DZ 29/2009: 7)

«Stoppt die Selbstversorger! Leichtfertige Bonuszahlungen

an Spitzenmanager haben zur heutigen Misere beigetragen. Der Markt korrigiert das nicht von allein.» (28/2009: 27)

«Kappt die Boni! Die Wut über die neuerlichen Milliarden-gewinne der Banken ist falsch – der Aufruhr über die Ver-wendung der Gewinne jedoch nicht.» (DZ 31/2009: 25)

Zu b)

«Dann muss man nur solche Blasen verhindern, die dem Wohlstand mehr schaden als nutzen. Dann geht es nur um die ganz großen spekulativen Blasen, bei denen Fantasie und Gier zählen, die realen wirtschaftlichen Grundlagen hingegen gar nicht. Doch das ist eben unmöglich. Es liegt in der Natur dieser Blasen, dass man erst hinterher schlauer ist. Was zu tun ist, während man die Blase nur erahnt, bleibt eine wirtschaftspolitische Glaubensfrage – die in der angel-sächsischen Welt und in Europa höchst unterschiedlich be-antwortet wird.» (DZ 33/2009: 18)

Zu c) Nach dem Motto, die Realität, was immer man an ihr auszusetzen haben mag, ist die Lösung, eine bessere gibt es nicht, finden sich in der *Zeit* auch hin und wieder Beiträge, die von der FAZ abgeschrieben sein könnten:

«Der Finanzmarkt sorgt dafür, dass das Kapital der Sparer jene erreicht, die es produktiv verwenden – indem er es da-hin lenkt, wo die höchsten Renditen locken, und die Mit-tel aus weniger lukrativen Firmen abzieht. Der Staat wäre damit logistisch überfordert. Auch in Zukunft wird der Fi-nanzmarkt wieder außer Rand und Band geraten. Dies war nicht die erste Finanzkrise, und es wird nicht die letzte sein. Die Profitgier des Einzelnen treibt das System an, macht es schnell und schlagkräftig, führt es aber gelegentlich an den Rand des Zusammenbruchs. Der Staat kann zwar überwachen, dass die Banken Sicherheitsstandards einhal-ten und so finanzstark sind, dass sie möglichst nicht vom Steuerzahler gestützt werden müssen. Doch wer Krisen auf ewig unterbinden will, der muss die Kreditbranche mit ei-nem lähmenden Netz von Regeln überziehen. Das riskiert Wachstum und Jobs. Am Ende wäre das für die Gesell-schaft sogar teurer als Rettungsaktionen für die eine oder andere Bank. [...] Und so gern man es den Zockern einmal zeigen würde – genau das wäre gefährlich.» (22/2008: 31)

In der überwiegenden Zahl ihrer Artikel hat die *Zeit* eine kritische Perspektive auf die Spitzeneinkommen und die Super-Vermögen. Das ist einerseits besonders für ein Wirtschaftsressort untypisch. Andererseits liegt sie damit voll im Trend in einer Phase, in der selbst ein Bundespräsident und ehemaliger Direktor des Interna-tionalen Währungsfonds davon spricht, «dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster ent-wickelt haben, das in die Schranken gewiesen werden muss».

Abgelöst vom historischen Hintergrund der Finanz-krise können, wenn Reichtum generell thematisiert wird, sehr verschiedene Problemperspektiven ein-genommen werden. Eine Sichtweise, wie sie sich im

Spiegel findet, die Belästigungen des Reichtums durch die Normalos in den Vordergrund stellen, ist der *Zeit* fremd. Dass in der journalistischen Aufbereitung des Themenfeldes auch Randphänomene und Obskures vorkommen, ist Teil des journalistischen Handwerks. So kann man in einer Reportage über den New Yorker Prominentenvorort Bedford auch Nebenwirkun-gen ansprechen:

«Die Preise für Grundstücke sind für Normalverdiener unerschwinglich, ein durchschnittliches Haus kostet mehr als eine Million Dollar, zu mieten ist so gut wie nichts. «Unser dringendstes Problem ist, bezahlbaren Wohnraum für Ar-beitskräfte zu schaffen», sagt Bürgermeisterin Lee V. A. Roberts. «Allein der Grund ist so teuer, dass wir nur bauen kön-nen, wenn wir ihn gestiftet bekommen.» Das wird freilich für alle Bewohner – ob reich oder arm – zum Problem. Denn nicht einmal die Feuerwehrleute, die im Notfall die Häuser retten sollen, kommen hier noch unter.» (DZ 43/2008: 33)

Man kann das Naserümpfen etablierter Steinreicher über luxurierende Neureiche beschreiben:

«Seit drei bis vier Jahren fängt es an, wirklich zu viel zu wer-den», klagt die Baronin Marianne Brandstetter, die an die-sem heißen Sommertag auf der Terrasse des Beach Club von Monte Carlo empfängt. «Zuerst die Russen! Dann die Chinesen! Dann Inder! Auch ein paar Pakistaner.» [...] «Vor 25 Jahren hätte ein reicher Mensch in seinen Sechzigern im Frühjahr geschrieben, dass er gern im Juli ein paar Immo-bilien sehen möchte», erzählt er [– at/sto]. «Heute ruft einer an und sagt: Ich bin hier, ich will heute Nachmittag etwas sehen.» Dann gibt er 15, 20 oder 25 Millionen Euro aus, will sofort einziehen und eine Party geben. [...] So fegen die neuen Superreichen mit kapitalistischer Urgewalt durch die Rückzugsorte der alten Reichen, alles Ständische und Ste-hende verdampft, und was bleibt, ist ein großes Unbeha-gen.» (37/2008: 23 ff.)

Und man kann Probleme thematisieren, die der Reich-tum den Reichen schafft:

«Viele der Reichen in diesem Land sind lebensuntüchtig, viele sind Erben, sie fühlen sich nicht wohl in ihrem golde-nen Käfig, sie sind ängstlich, manchmal nahe der Depres-sion, nicht in der Lage, ihre eigenen Geschicke zu bestim-men. Sie sind überfordert von dem vielen Geld, das sie besitzen, und trotzdem wollen sie es vermehren. Viele der Reichen in diesem Land wollen, dass jemand anderes, je-mand Starkes ihr Leben für sie regelt, den Alltag für sie ko-ordiniert.» (DZ 5/2012: 11)

In der *Zeit*-Geschichte über «Josef und seine gierigen Millionäre» (gemeint ist der «Immobilienkönig» Josef Esch) werden jedoch weitaus mehr Aspekte aufgegrif-fen, etwa dieser:

«Was dieser Fall ans Licht bringt, ist auch das unerhörte Komplott einer Clique von Mächtigen, die sich Jobs und Mil-

tionen zuschanzten, wie es ihnen gefiel. Dass sie die Verantwortung für Tausende Arbeitnehmer und deren Existenzgrundlage trugen, hatten sie vergessen.» (DZ 5/2012: 11)

Trotzdem: Fragwürdig wird es, wenn Randerscheinungen und Obskures das Übergewicht behalten. Vorbehaltlich der Möglichkeit, angesichts der Fülle des Materials doch einen wichtigen Text übersehen zu haben, können wir auch in der *Zeit* keine Folgenanalyse erkennen, die Reichtum als eine Spinne im Netz gesellschaftlicher Kontakte und Einflüsse systematisch-konzentriert zu rekonstruieren versucht. Nur selten wird auf das Machtpotenzial wenigstens verwiesen, das in der Verfügung über Unsummen sich zusammenballt. Dass es an einem USA-Beispiel geschieht, überrascht nicht, die Macht ausländischen Reichtums kritisiert eine deutsche Redaktion leichter:

«Paulson ist ein Hedgefonds-Manager. Er verwaltet seit Ende des vergangenen Jahres 30 Milliarden Dollar. Mehr Geld hat kaum ein anderer Fonds auf der Welt, mehr Macht auch nicht. [...] Er ist der neue König der Hedgefonds-Manager, im vergangenen Jahr, zu Beginn einer der größten Wirtschaftskrisen, hat er den höchsten Gewinn gemacht, der in der Geschichte der Hedgefonds je erzielt wurde – 15 Milliarden Dollar, 3,7 Milliarden davon gingen an ihn. [...] Er setzte auf den Crash des Hypothekenmarktes – und behielt recht. Während immer mehr Amerikaner nun ihre Häuser verlieren, macht Paulson den Gewinn seines Lebens. [...] Nicht ohne Grund nennt man ihn an der Wall Street schon «den anderen Paulson». Denn mancher hat das Gefühl, dass der Hedgefonds-Paulson fast so viel Macht wie der US-Finanzminister Henry Paulson hat.» (32/2008: 11 f.)

Mit aller Deutlichkeit herausgestellt wird hingegen, wie massiv es die Vorstellung von Gerechtigkeit verletzt, wenn so augenfällig Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert werden, wenn

«Gnade eine Sache der Größe ist. Dass ab einer gewissen Größenordnung Schuld und Verantwortung sich einfach auflösen. Dass man Hunderttausende von privaten Haushalten in den Orkus rauschen lassen darf, wenn nur die großen Spieler wieder «Spielraum» haben.» (DZ 7/2009: 39)

«Ob Barclays in London, Credit Suisse in Zürich, JP Morgan in New York oder auch die Deutsche Bank in Frankfurt – die führenden Institute melden riesige Gewinne, und ihre Topleute verdienen kräftig mit. Die Staaten aber stehen mit Abermilliarden neuer Schulden da, weil die Finanzbranche einen gewaltigen Abschwung ausgelöst hat. Und nur ein paar Monate später regiert in den Führungsetagen der Banken business as usual. Das ist ein Anschlag auf das Gerechtigkeitsempfinden. (DZ 34/2009: 1)

6.3 Öffentliche Finanzen

Das Thema Staatshaushalt wird in der öffentlichen Meinung der Jahre 2008 bis 2012 als Schuldendebatte behandelt. Die *Zeit*-Redaktion bürstet diese Debatte

regelmäßig gegen den Strich, ohne dabei die Staatsschulden zu einer zu vernachlässigenden Größe zu erklären. Vor dem Hintergrund der Normalfunktion von Banken, sich Geld zu leihen, also Schulden zu machen, und mit diesem geliehenen Geld als Gläubiger aufzutreten, schreibt die *Zeit* volkswirtschaftliche Grundkurse gegen populistische Grundstimmungen.

«In keinem Industrieland der Welt fürchten sich die Bürger so sehr vor hohen Staatsschulden wie in Deutschland. Wir Deutschen erfanden den europäischen Stabilitätspakt, um uns vor der sorglosen Haushaltspolitik unserer Nachbarn zu schützen – und litten dann selbst am meisten unter den strengen Schuldenregeln. Wir diskutieren über Schuldengrenzen, eine Schuldenbremse und das totale Verbot neuer Schulden. Staatsschulden sind für uns eine Frage von Schuld und Moral: Wir plündern das Konto unserer Enkel! Wir versündigen uns an unseren Töchtern und Söhnen! [...] Es ist ein ganz entscheidender Denkfehler in der Schulden-debatte: Wir dürften unseren Kindern nicht unsere Schulden vererben, heißt es immer – dabei vererben wir ihnen doch auch unsere Wertpapiere. Und wir verdienen ganz gut daran, dass der Staat Schulden hat und deswegen Anleihen und Schatzbriefe ausgibt. Wir kassieren nämlich die Zinsen. Allein 613 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Weil die Bundeswertpapiere so sicher und jederzeit handelbar sind, sind die professionellen Käufer übrigens auch bereit, eine zusätzliche Prämie zu zahlen. Das heißt: Der Staat kommt günstiger an Kapital als jedes private Unternehmen. Er kann mit seinen Schulden Investitionen finanzieren, die sich für ein privates Unternehmen gar nicht mehr lohnen würden. Und wenn er Schulden aufnimmt, um damit Straßen zu bauen, oder Schulen oder Krankenhäuser, dann kann es durchaus sinnvoll sein, dass unsere Kinder und Enkel einen Teil der Zinsen bezahlen. Denn sie haben ja auch den Nutzen: etwa in Form schnellerer Reisezeiten. Eines besseren Bildungssystems. Oder der gründlicheren Gesundheitsversorgung [...] in einer Volkswirtschaft kann man nur sparen und dafür Zinsen bekommen, wenn sich auf der anderen Seite auch irgendjemand verschuldet. Haben wir ängstlichen Deutschen womöglich den Kapitalismus nicht verstanden? [...] Die deutschen Firmen sind noch viel höher verschuldet als der Staat – mit insgesamt 3,6 Billionen Euro. Niemand aber verlangt ernsthaft, dass sie ihre Verschuldung abbauen. Die Fremdkapitalquote unserer Betriebe ist eine der höchsten der Welt, und wer sich die vergangenen 50 Jahre anschaut, wird schnell merken, dass das deutsche Wirtschaftswunder per Kredit finanziert wurde. Tatsächlich gehört der Kredit zum Kapitalismus wie der Stimmzettel zur Demokratie. Man verschuldet sich, um zu wachsen; um Innovationen auf den Markt zu bringen oder neue Maschinen zu kaufen. Dieses schuldenfinanzierte Wachstum ist die Basis des Wohlstands von morgen. (DZ 35/2008: 21)

Gegen die griffigen Empörungsformeln – von der Politik, die mit schuldenfinanzierten Wohltaten Stimmen kauft, von den Leuten, die über ihre Verhältnisse leben, von einem Wachstum, das auf schwäbische Hausfrauenart ohne Schulden zu bekommen wäre – ist

die *Zeit* nicht immun, aber sie kommen vergleichsweise selten in Hauptsätzen vor, eher in Nebensätzen. Hingegen gelingt es der Redaktion Gegenperspektiven zu eröffnen, Zusammenhänge offenzulegen, die von anderen nicht gesehen, zumindest nicht beschrieben werden. Ein Dossier unter dem Titel

«Sie haben die Schulden – wir den Profit. Die verschwenderischen Südeuropäer gefährden unseren Wohlstand? Von wegen – ihnen haben wir Deutschen den Reichtum zu verdanken.» (DZ 41/2012: 19)

analysiert akribisch, wie abwegig die Vorstellung ist, es könnte eine wachsende Wirtschaft ohne Schulden geben, und wie gut die deutsche Wirtschaft – nicht nur die Waffenindustrie – von staatlichen und privaten Einkäufen Griechenlands, Italiens, Spaniens, Portugals gelebt hat.

«Jene Länder, von denen es heute heißt, sie könnten nicht mit Geld umgehen, haben viel Geld überwiesen, an VW, Daimler und BMW. Dieses Geld ist nicht in den deutschen Konzernzentralen geblieben, es hat sich weiterverbreitet zu Zulieferern und Dienstleistern der deutschen Automobilindustrie, es hat sich verwandelt in die Löhne deutscher Fließbandarbeiter, in die Gehälter deutscher Manager, in die Dividenden deutscher Aktionäre.» (DZ 41/2012: 19)

Allerdings gibt es eine Grenze der Kreditfähigkeit, die zwar sehr weit hinausgeschoben werden kann, aber selbst bei Staaten, auch bei Bundesländern, Städten und Kommunen, muss das Verhältnis zu den erwartbaren Einnahmen, also im Fall der öffentlichen Finanzen: der Steuern, im Auge behalten werden. Damit befindet man sich mitten in der Steuerdebatte.

Steuersenkungen, Einsparungen, Steuererhöhungen sind die drei möglichen Standpunkte in der Steuerdebatte, die sich um die beiden Fragen dreht, wer bezahlt und wer bekommt wie viel. In dem thematischen Spektrum, das sich hier auftut, lassen sich sehr viele verschiedene Argumente platzieren. Unter den Aspekten von Armut und Reichtum hat die *Zeit* im Untersuchungszeitraum eine klare Richtung. Die Reichen kommen zu gut weg, sie müssten zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben stärker herangezogen werden. Nicht so stark, wie es von dezidiert linken Positionen aus verlangt wird, aber doch nennenswert, insbesondere im Hinblick auf die Erbschaftssteuer. Diese Richtung vertritt die *Zeit* mit durchaus schwankender Linienführung, aber ohne wirkliche Ausreißer in die Gegenrichtung, auch dann nicht, wenn sie die Fragen «Müssen jetzt die Reichen ran?» mit einem Pro und Contra erörtert:

«Ja, die Vermögenden haben genug verdient, findet Wolfgang Uchatius. Nein, kontert Josef Joffe, das löst die Wirtschaftskrise nicht. Und die Unternehmerin Martine Dornier-Tiefenthaler sagt: Macht uns nicht zum Feindbild.» (DZ 36/2011: 1)

Einige Beispiele für die ansonsten dominierende Pro-Richtung:

«Höhere Steuern für Großerben, eine Finanzabgabe, Verfolgung von Sündern – das wäre ein Programm für mehr Gerechtigkeit und weniger Zorn. Für Leistung und nicht gegen sie. Die Linke hat recht, wir haben uns im boomenden Deutschland davor gedrückt, über Gerechtigkeit zu reden. Nur weil sie ihre Forderungen hoffnungslos überzieht, können die anderen nicht einfach so tun, als sei schon alles in Ordnung.» (DZ 33/2012: 1)

«Der Schutzpatron der Villenviertel heißt Horst Seehofer. Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident hat in Berlin durchgesetzt, dass künftig nicht mehr nur Oma ihr klein' Häuschen steuerfrei auf die Erben übertragen werden kann, sondern auch Opa sein groß' Schlösschen.» (DZ 47/2008: 43)

«Im internationalen Vergleich werden Vermögende in Deutschland kaum zur Kasse gebeten. Das Aufkommen aller vermögensbezogenen Steuern macht hierzulande nur 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. In Großbritannien ist der Anteil viermal so hoch, in den USA und Frankreich beträgt er das Dreifache. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) empfiehlt deshalb, die Vermögensteuern deutlich anzuheben. [...] Bei einer Anhebung befürchtet das DIW «deutliche Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen». Heißt im Klartext: Wenn die Vermögenden stärker zur Kasse gebeten werden, ergreifen sie häufiger die Flucht in Steueroasen.» (DZ 32/2009: 21)

«Wenn die Vermögen so ungleich verteilt sind, wie es die Statistiker im Armutsbericht anprangern – warum traut die Regierung sich an eine spürbare Erbschaftsteuer nicht heran?» (DZ 22/2008: 21)

«Tatsächlich gibt es ja gute Gründe, in diesen Tagen über höhere Steuern für Reiche nachzudenken. Ebenso wie über mehr Geld für Hartz-IV-Empfänger und alle, die in dieser Krise ihren Job verlieren. Weder die Höhe der Steuern noch die der Sozialleistungen ist in Stein gemeißelt. Im Gegenteil: Über den sozialen Ausgleich muss immer wieder neu verhandelt werden. Und wann, wenn nicht jetzt, inmitten einer solchen Wirtschaftskrise, gibt es Anlass, die Balance der entsprechenden Instrumente zu überprüfen?» (DZ 17/2009: 19)

Der Zustand der öffentlichen Finanzen entscheidet mit darüber, wie aktiv der Staat gesellschaftliche Rahmenbedingungen gestalten und Angebote machen kann, die andernfalls als privat zu finanzierende Marktgüter nur Wohlhabenden zugänglich wären.

«Man kann die Finanzlage der deutschen Städte am Beispiel Wuppertal schildern. Dort bröckeln die Bürgersteige, Schwimmbäder liegen auch im Sommer trocken, jetzt schließt sogar das Theater, dem die Choreografin Pina Bausch zu Weltruhm verhalf. Man kann nach Schwerin blicken, wo der Landesrechnungshof vorgeschlagen hat,

Zuschüsse für Musikschulen und Sportvereine zu streichen und die Straßenbahn stillzulegen. [...] Ob Wuppertal oder Schwerin – im Westen wie im Osten sind viele Städte schon heute pleite. Sie müssen sich den Haushalt vom Land genehmigen lassen, weil sie total überschuldet sind.» (DZ 53/2009: 23)

Auf diese Dimension der Verteilungsfrage ist das Augenmerk der *Zeit* nur unregelmäßig gerichtet, unberücksichtigt bleibt sie nicht. Vor allem im Zusammenhang mit der sozialen Infrastruktur wird sie hervorgehoben.

6.4 Sozialstaat und Sozialarbeit

Die *Zeit* gebraucht in der Sozialstaatsfrage ihren «eigenen Kopf» und zielt auf eine differenzierte Darstellung, deren Grundbotschaft die Stärkung, nicht die Schwächung des Sozialen ist. Das zeigt sich unter anderem daran, dass sie Skandalisierungen der Sozialarbeit nicht übernimmt, sondern nach Hintergründen und den konkreten Bedingungen fragt.

«Fast immer, wenn es irgendwo zur Katastrophe kam, wurde später einzelnen Sozialarbeitern der Prozess gemacht. Aber sind Kevin, Jessica und Lea-Sophie tatsächlich nur tragische Einzelfälle? Oder sind sie die Folge eines immer maroder werdenden Systems der Jugendhilfe, das unter dem öffentlichen Sparzwang zusammenzubrechen droht? In Bremen hatte man vor Kevins Tod ein Drittel des Personals in der Abteilung «Junge Menschen» gekürzt, nachdem eine Unternehmensberatung ein Sparziel von fünf Millionen Euro verordnet hatte; in Schwerin hatte man innerhalb von zehn Jahren ein Viertel der Sozialarbeiter abgeschafft. [...] Überall sind die Kassen der Kommunen klamm, deshalb werfelt man in den Ämtern an den Strukturen, streicht Stellen und kürzt Leistungen, und dabei scheint es, als sei der Bedarf an Schutz und Hilfe nie so groß gewesen. Nach einem Bericht der Regierung leben in Deutschland 2,5 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze, in Berlin ist es fast jedes dritte. Seit Anfang der Neunziger hat sich die Zahl der Familien, die vom Jugendamt betreut werden, versechsfacht. In Talkshows fordern Politiker gern neues Personal und bessere Frühwarnsysteme, tatsächlich aber müssen in den Jugendämtern immer weniger Mitarbeiter immer mehr Fälle bearbeiten.» (DZ 22/2008: 15)

In Einzelfällen jedoch praktiziert auch die *Zeit* den wohlfeilen Gestus einer Kritik, die auf Vorteilswellen surft. Von einem reflektierten Urteil zeugt es nicht, wenn Journalisten Verbandsfunktionären vorwerfen, diese würden ihre öffentliche Argumentation den Aufmerksamkeitsregeln der Öffentlichkeit, also auch den Verwertbarkeitskriterien des Journalismus anpassen. Haben «Soziallobbyisten wie Schneider» – O-Ton *Zeit* – nur diese zwei Möglichkeiten, schlechte Öffentlichkeitsarbeiter oder unglaubwürdige Interessenvertreter zu sein?

«So also sieht ein Krisengewinnler aus: Backenbart, Ruhrpottdeutsch, lautes Lachen und ein Job als Geschäftsführer

eines Sozialverbandes. Ulrich Schneider ist in diesen Tagen einer der erfolgreichsten Lobbyisten des Landes – ein Interessenvertreter für die Armen, als deren Anwalt sich der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband versteht. «Man braucht immer eine Zahl», sagt er. «Das ist wichtig für die Medien.» Außerdem braucht man Menschen. Der nordrhein-westfälische CDU-Sozialminister Karl-Josef Laumann hat ihm geraten, vor allem über Kinderarmut zu sprechen: «Damit erreichst du am meisten, nicht nur bei meiner Partei.» Das sei wahr, sagt Schneider. Seit er das mache, hörten mehr Menschen hin. [...] Bald beginnt die Vorweihnachtszeit. Das sind besonders wichtige Wochen für die Lobbyisten der Armen.» (DZ 45/2008: 23)

Zudem wird mit dem Lobbyismus-Begriff nahegelegt, hier würde ein Interesse vertreten, dessen Allgemeinwohl-Qualitäten fragwürdig und dessen Durchsetzungsmethoden problematisch sind. «Krisengewinnler» ist in diesem Zusammenhang eine Wortwahl, die der Bezeichnung «Katastrophentourismus» für journalistische Arbeit entspricht, die oft unter außerordentlich schwierigen Bedingungen aus Katastrophengebieten berichtet.

Die *Zeit*-Texte im Themenbereich Sozialpolitik folgen im Untersuchungszeitraum im Wesentlichen zwei Diskurslinien. Einerseits wird an die Notwendigkeit des Sozialsystems inklusive starker Gewerkschaften erinnert. Ausdrücklich gegen den sogenannten neoliberalen Zeitgeist der 90er Jahre wird argumentiert, wie nützlich sich gewerkschaftliches Engagement erweist.

«Respekt, Kollegen. Die Gewerkschaften treten wieder selbstbewusst auf – das ist gut für den Wirtschaftsstandort Deutschland.» (DZ 18/2012: 1)

«Die Löhne sind kein Ergebnis allein von Marktprozessen, auch das Machtgefälle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern spielt eine Rolle. Gewerkschaften können ein wichtiges Korrektiv sein. Sie haben zur Bewältigung der Krise beigetragen, und könnten jetzt dabei helfen, dass der Aufschwung bei möglichst vielen ankommt.» (DZ 5/2011: 31)

«Dass die Bundesrepublik bisher vergleichsweise glimpflich durch diese Weltwirtschaftskrise gekommen ist, dass man hierzulande ernsthaft von einem kleinen Jobwunder sprechen kann, das ist auch den Gewerkschaften zu verdanken.» (DZ 20/2010: 37)

Andererseits wird die Funktionstüchtigkeit des gewachsenen Sozialstaates im Umgang mit den neuen sozialen Gefährdungen infrage gestellt. Nicht, um dem Abbau sozialer Leistungen das Wort zu reden, sondern eindeutig mit der Botschaft, wir brauchen einen besseren Sozialstaat. In der Hartz-IV-Debatte des Jahres 2010 – Stichworte Westerwelles Dekadenz und Hartz-IV-Erhöhung – war die *Zeit* ein ziemlich einsamer Rufer in der Wüste der Vorurteile.

«Fünf Euro wühlen das Land auf. Fünf Euro mehr Hartz-Hilfe im Monat. Für die Linken im Land ist das nur noch zynisch, für die Mehrheit der Deutschen laut einer Umfrage schon zu viel. Sie meinen, es reicht auch so. [...] Wir könnten uns mehr Großzügigkeit leisten, und Hartz IV würde immer noch funktionieren. Das wäre ein Signal an viele Menschen, die davon leben müssen: Ja, wir erwarten, dass ihr euch anstrengt. Aber wir wissen auch, dass das nicht immer zum Erfolg führt. Dann sind wir bereit zu teilen.» (DZ 40/2010: 1)

Wo der klassische Sozialstaat seine Vorzüge hat, werden sie in der *Zeit* dargestellt:

«Zu den wenig beachteten, aber wichtigen Vorzügen des staatlichen Rentensystems gehört, dass niemand daran Geld verdient. Es gibt keine Möglichkeit für Vermittler, Berater und Verkäufer der Finanzbranche, Mittel aus dem Topf für sich selbst abzuzweigen. Keine Provisionen, keine Gebühren, keine Werbung. Die Rentenversicherung arbeitet ausgesprochen effizient. Die Verwaltung kostet nur 1,1 Prozent der Auszahlungen.» (DZ 2/2009: 26)

Und dort, wo er seine Funktion offenkundig nicht mehr angemessen erfüllt, wird es kritisch angesprochen:

«Wer heute eine sozialversicherungspflichtige 2.000-Euro-Stelle hat, bekommt nach vierzig Berufsjahren weniger Rente, als ein Sozialhilfeempfänger vom Staat erhält. Die alte Arbeiterversicherung versagt ausgerechnet beim Schutz der kleinen Leute, bei der Klientel also, für die sie einst erfunden wurde. Für Millionen von Geringverdienern, für Friseurinnen oder Supermarkt-Kassiererinnen, für Wachdienstler oder Floristen ist die gesetzliche Rentenversicherung ein extrem schlechtes Geschäft. [...] Leistung soll sich lohnen – das ist das wichtigste Argument der Skeptiker. Wer viel einzahlt, soll im Alter mehr bekommen als jemand, der nur wenig Geld überweisen kann. Nur: Was eigentlich ist mit der Leistung derer, die für wenig Geld hart arbeiten und trotzdem nichts zu erwarten haben? Sie erleben den Sozialstaat als unfaire Umverteilungsmaschine, die unten nimmt und oben gibt. [...] Im Jahr 2030 wird das Rentenniveau in Deutschland niedriger sein als in den meisten anderen Industrieländern, Deutschland gehört dann zum unteren Drittel. Die Geringverdiener von heute sind die neuen Verlierer des Rentensystems.» (DZ 39/2012: 10)

Die Sozialstaatskritik der *Zeit* richtet sich nicht gegen Sozialleistungen. Kritik meldet sie an, weil sie Sozialleistungen nicht überall ankommen sieht, wo sie dringend gebraucht werden.

«Dass nicht allein die Armen, sondern vor allem die Mittelschicht vom Sozialstaat profitiert, hat in Deutschland Tradition. [...] er ist sogar besonders hartherzig gegenüber denen, die ihn am dringendsten brauchen. [...] Drei Beispiele: Der Staat gibt Milliarden aus, um mit der Altersteilzeit den Vorruhestand zu erleichtern, was vor allem Besserverdienende nutzen. Alten Hartz-IV-Empfängern dagegen wird die Unterstützung gekürzt, sobald sie für ein paar Tage ins

Krankenhaus müssen. Sie erhalten dort ja warme Mahlzeiten umsonst.

Das höhere Kindergeld wird als große familienpolitische Leistung gefeiert, doch arbeitslosen Eltern wird jeder Cent Kindergelderhöhung von der Stütze abgezogen. An den Bedürftigsten geht die vermeintliche Wohltat also glatt vorbei. Ausgaben für elitäre Privatschulen dürfen Eltern von der Steuer absetzen, für die in Hauptschulen abgeschobenen Bildungsverlierer aber tut sich wenig. Allen Sonntagsreden zum Trotz sank der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die weder über einen Schulabschluss noch über eine Berufsausbildung verfügen, in den vergangenen zehn Jahren nicht, sondern er stieg. Gleichzeitig wurden die Stellen in der Jugendsozialarbeit um fast ein Drittel gekürzt.

Dabei ist die Rechnung ganz einfach: Nur wenn weniger Geld für die Starken ausgegeben wird, bleibt mehr für die Schwachen.» (DZ 27/2008: 19 ff.)

6.5 Soziale Kluft und soziale Frage

Die soziale Kluft zu konstatieren bedeutet für die *Zeit* zugleich, die soziale Frage zu stellen. Deshalb ist die Trennung dieser beiden Abschnitte, die sich für andere untersuchte Medien angeboten hat, in diesem Fall nicht sinnvoll.

«Allerorten werden die wachsenden Abgründe zwischen Arm und Reich konstatiert, die schwindelerregenden Gehälter ganz oben, die Zunahme von Unwissenheit und Verwahrlosung ganz unten. Wenn die Recheneinheit von Staatshilfen für selbst verschuldet fallierende Banken bei einer Milliarde beginnt, für unverschuldet abseits Geratene aber bei Tausend endet, muss man sich nicht wundern, dass die soziale Frage erneut auf den Tisch kommt.» (DZ 47/2009: 47)

Die Diagnose soziale Kluft ist für die *Zeit* eindeutig. Die Themen Armut und Reichtum werden im Untersuchungszeitraum fast durchgängig unter dieser Perspektive des gesellschaftlichen Auseinanderdriftens, der Gefahr der sozialen Spaltung behandelt. Die Beschreibungen der sozialen Schere sowie die Frage nach und die Warnung vor den Risiken kehren in der *Zeit*-Berichterstattung regelmäßig wieder.

«Dabei hat bei den Vermögen in der Zeit zwischen 2002 und 2007 nur eine Gruppe zugelegt: die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Nur sie konnten nach den DIW-Erhebungen ihren Anteil am Volksvermögen erhöhen. Im Jahr 2002 verfügten sie über 58 Prozent aller im Lande vorhandenen Vermögenswerte, 2007 gehörten ihnen mehr als 61 Prozent.» (DZ 5/2009: 27)

«Der märchenhafte Way of Life der USA ist auf Pump gebaut, die Steuersenkungspolitik nützte vor allem den Wohlhabenden in den Premiumlagen, der Graben zwischen Arm und Reich ist schwindelerregend. Die effektive Analphabetenquote erreicht fast 28 Prozent, 2,3 Millionen US-Bürger sitzen im Gefängnis. Der «Mythos von der klassenlosen Gesellschaft», sagt Richard Sennett, sei zerronnen; getrogen

hat das *trickle-down*, also die Hoffnung, die Reichen müssten nur reicher werden, dann würde genug Geld von oben nach unten durchsickern.» (DZ 40/2008: 63)

«Wie viel Verunsicherung, wie viele Niedrigverdiener verträgt eine Volkswirtschaft? Welche Spaltung in Privilegierte und Frustrierte verkraftet ein Unternehmen?» (DZ 36/2009: 27)

An die Diagnose der sozialen Kluft schließt die *Zeit* sehr grundsätzliche Fragen an, die sich ausdrücken in einer Titelzeile wie:

«7 Fragen an den Kapitalismus. 1. Existiert er überhaupt? 2. Ist Ungleichheit der Preis des Wachstums? 3. Wo bleibt der Mensch? 4. Zerstört er die Demokratie? 5. Ist sinnhafte Arbeit möglich? 6. Gibt es die Moral des Marktes? 7. Geht es ohne Blase und Absturz?» (DZ 35/2009: 1)

oder in der Serie des Wirtschaftsressorts «Was ist die Alternative zum Kapitalismus?» in den Ausgaben 46–50/2011, die so vorgestellt wird:

«Das Finanzwesen gerät aus den Fugen, die Klimafrage ist ungelöst. Es muss doch noch etwas anderes geben als das heutige System. Die Folgen der Serie: Die Suche beginnt. Was Asien uns voraushat. Wirtschaften fürs Glück. Wenn das Netz regiert. Leben ohne Wachstum. Wer noch Sozialismus will.» (DZ 46/2011: 23)

Oder im direkten Anschluss an die Serie unter der Rubrik «Glauben & Zweifeln»:

«GERECHTIGKEIT ist ein alter Traum der Menschheit. Aber wie kann er wahr werden? Nach einem Jahr der Staatspleiten, Rettungsschirme und Anti-Banken-Proteste fragen wir auf den Seiten 65–69, was sich jetzt ändern muss.» (DZ 51/2011: 65 ff.)

Dem Risiko, dass Antworten umso seichter erscheinen, je tiefer die Fragen gehen, ist auch die *Zeit* ausgesetzt. Fragen mit einer analytischen Schärfe auszustatten, vor der sich schnelle und leichte Antworten blamieren, ist allerdings schon für sich genommen ein publizistischer Mut mit Seltenheitswert. Zudem befindet sich der Journalismus, der grundlegende Probleme aufwirft und sich solchen Problemen stellt, nicht in der Situation, aus einem Fundus plausibler Antworten auszuwählen zu können. Systemfragen, das ist ihre unvermeidliche Eigenschaft, verlangen nach strukturellen Alternativen, wie diese Analyse nahelegt:

«Bei der Frage, ob man ohne Wachstum auskommen kann, geht es also nicht um Gier, Besitzstreben oder Bequemlichkeit. Es geht darum, dass das System ohne Wachstum nicht funktioniert. Man kann sich den Kapitalismus wie ein Flugzeug vorstellen: Solange die Triebwerke ordentlich Schub erzeugen, liegt es stabil in der Luft, und die Passagiere merken gar nicht, dass sie 10.000 Meter von der Erde entfernt sind. Sie können Filme anschauen, Sekt trinken,

sich wohlfühlen. Bleibt das Flugzeug jedoch stehen, dann stürzt es ab. Deshalb müssen die Piloten Gas geben, immer weiter Gas geben. Deshalb muss die Wirtschaft wachsen. Auch wenn die Natur schrumpft.» (DZ 22/2009: 17)

Dem Klärungsbedarf, der solchen Zusammenhängen entspringt, wird gerade nicht gerecht, wer ihn mit einfachen Formeln für erledigt erklärt. Die Hilflosigkeit beispielsweise der Wirtschaftswissenschaften angesichts der Krisen des Finanzsystems ist nicht wesentlich höher als die Ratlosigkeit der Politikwissenschaft in Anbetracht des Einfluss- und Ansehensverlustes der Politik oder als die Erklärungsschwächen der Gesellschaftswissenschaften im Hinblick auf die Krisenphänomene überhaupt. Der Journalismus kann nicht für die Antworten zuständig sein, aber er trägt eine Mitverantwortung dafür, dass die Probleme nicht unter den Tisch gekehrt werden und die Debatte im Gang bleibt. Dazu leistet die *Zeit* beachtliche Beiträge.

«Wut ohne Empfänger. Es gärt und brodel, aber wen sollen die Menschen für die Krise verantwortlich machen? Niemals ist der Widerspruch von Kapital und Arbeit eklatanter geworden als in dem Moment, da die Masse der abhängig Beschäftigten den Kapitalismus retten und seinen Profiteuren auch noch ein Handgeld zahlen muss.» (DZ 15/2009: 1)

«Es ist eine Illusion, sich den Bankenkraus als moralisch reinigendes Gewitter vorzustellen, als Abrechnung mit dem Egoismus und Chance für mehr Solidarität. Die Welt wird nicht wärmer, ihre Türen und Fenster sollen bloß fester schließen. [...] Wenn Barack Obama für die Superreichen die Steuern erhöhen will, schimpfen die Republikaner das wie eh und je Neid und Klassenkampf. Aber zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert dringen sie damit nicht mehr durch; es ist, als höre das Land einfach nicht länger zu. Das gesamte politökonomische Gedankengebäude, demzufolge der Überfluss oben mit der Zeit nach unten durchsickern werde und die Armen an ihrem Schicksal im Wesentlichen selbst schuld seien, ist fundamental erschüttert – und das in den Vereinigten Staaten, dem Land ohne Sozialismus. In Europa darf man sich damit erst recht nicht mehr blicken lassen. Doch die tiefere und stärkere Strömung, die eigentliche Grundtendenz des historischen Augenblicks, geht nicht zur Gerechtigkeit hin, sondern in Richtung Sicherheit.» (DZ 43/2008: 4)

Eine zentrale Defizitdiagnose der journalistischen Kommentierungen liefert die *Zeit* selbst und die Formulierung spricht dafür, dass sie sich selbst einbezieht.

«Wir haben uns angewöhnt, Interessengegensätze zwischen oben und unten, Reich und Arm nicht als das zu erkennen und zu benennen, was sie sind: harte materielle Verteilungskonflikte.» (DZ 44/2012: 7)

6.6 Bilanz Die Zeit

Die *Zeit* bearbeitet das Themenfeld Reichtum und Armut quantitativ mit Kontinuität und qualitativ in einem

Leistungsspektrum, mit dem ihr im Vergleich zu den anderen untersuchten Medien und nach unserer Einschätzung auch darüber hinaus ein Alleinstellungsmerkmal zukommt.

Die *Zeit*-Redaktion bezieht Position in den gängigen Kontroversen, deutet diese Kontroversen, relativiert sie und öffnet andere Horizonte. Sie versucht Klarheiten zu schaffen – nicht durch Vereinfachung, sondern indem sie die Vielfalt, die Widersprüche, die Komplexität konturiert, Alternativen hervortreten lässt. Dem Publikum wird Orientierung nicht vorgesetzt, es werden ihm die Voraussetzungen für eigene Orientierungsleistungen zubereitet. Das scheint jedenfalls die Idee zu sein. Auch wenn ihre Umsetzung nicht in jedem Einzelfall gelingt, ist sie gut zu erkennen.

Wie ein guter Redner versucht die *Zeit* Eindringlichkeit nicht durch Lautstärke zu erreichen.

«Maßlos! Abzocker! Heuschrecken! – wem ist mit solchen Titulierungen geholfen? Ahnungslos! Populisten! Wirtschaftsfeinde! – geht es auch eine Nummer kleiner? Wer leisere Worte wählt, zeigt Größe ...» (DZ 51/2008: 37)

Die Zeit, hier dürfte bezogen auf unser Untersuchungsthema ihr entscheidendes Plus liegen, hat eine Wirtschaftsredaktion, die Ökonomie als ein Feld der

Gesellschaftspolitik versteht. Ihr gelingt die Doppelperspektive, auf der einen Seite die inneren Mechanismen des Wirtschaftens zu sehen und bei Bedarf auch zu verteidigen, auf deren anderen Seite aber die Wirtschaft als einen Teil der Gesellschaft zu beobachten und immer wieder die Frage zu stellen, ob auch der Gesellschaft gut tut, was der Wirtschaft nützt.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Armut führt die *Zeit*-Redaktion mit hohem Engagement. Weitergehende Erwartungen zu formulieren erscheint uns aufgesetzt – mit der einen Ausnahme: Die Versöhnungschancen zwischen Wirtschaft und Armut werden mit Hinweis auf mehr Bildung unrealistisch aufgebessert. Der Doppeleffekt der Ökonomie, nicht nur die Lösung, sondern auch die Verursachung der sozialen Frage zu sein, wird zugunsten der Positiv-Perspektive «bereinigt».

Das Thema Reichtum halten wir hingegen nicht für hinreichend ausgeschöpft. Die Einflusszonen des großen Geldes, die Selbstverständlichkeiten der Macht, die es ausübt, ohne zu Machtmitteln greifen zu müssen, weil seine schiere Größe Anpassungs- und Folgebereitschaften auf allen Gebieten auslöst von der Kunst über die Bildung, die Erziehung, die Politik und die Medien, das alles wird nicht wirklich ausgeleuchtet, selten genug überhaupt erwähnt. Hier gäbe es noch viel zu tun.

IV REFLEXIVE UND SPEKULATIVE SPLITTER

1 DER GROSSE UNTERSCHIED: «WER ARBEITET, HAT KEINE ZEIT, GELD ZU VERDIENEN.»

Es gibt einen gravierenden Unterschied zwischen Armut und Reichtum in Kommentierung und Berichterstattung. Reichtum wird – bewusst oder unbewusst – nicht politisiert. Er ist eine persönliche Angelegenheit, über die zu reden zudem als «unfein» gilt, weshalb derjenige, der darüber redet, sich als «Neider» entpuppt. Und er ist eine persönliche Angelegenheit, weil Reichtum in der Öffentlichkeit weithin als Ergebnis der Leistung von Einzelnen oder ihres familiären Umfeldes gilt. Zudem ist es ein Leichtes für jeden Wohlhabenden und Reichen, sich als Wohltäter und Mäzen eine positive öffentliche Resonanz zu beschaffen; die Option, auch einmal in diesen Genuss zu kommen, möchte sich niemand «verscherzen».

Die Soziologen Sighard Neckel, Christoph Deutschmann und andere machen bereits seit Jahren auf folgenschwere Umdeutungen aufmerksam: Wenn Reichtum, hohe Renditen und hohe Einkommen zum Leitbild würden anstelle von Leistung, wenn also das Ergebnis entscheidend sei und der Weg dorthin ohne Bedeutung, wenn damit dem «Leistungsprinzip alle Grundlagen» (Neckel 2008: 57) entzogen würden, wie sollten dann Reichtumstendenzen überhaupt noch politisiert und problematisiert werden. Neckel erinnert: «In der Werbung für ihren Investmentfonds hat die Postbank diese Entwicklung vor einigen Jahren auf die knappe Formel gebracht: «Wer arbeitet, hat keine Zeit, Geld zu verdienen.»» (ebd.: 11)

Dagegen ist das Feld Armut politisiert, weil alle Betroffenen öffentliche Gelder erhalten, aufgebracht von den Steuerzahlern. Ständige Rechtfertigung und Ansprüche auf eine Gegenleistung dominieren das Verhältnis gegenüber den Sozialtransferempfängern.

Erst wenn diese kommunikative Schräglage zulasten des Themas Armut aufgehoben ist, wird der Blick auf Strukturen frei, die soziale Ungleichheit produzieren, und auf Wechselwirkungen, wie die zwischen der Zunahme des privaten Reichtums und der Zunahme von privater und öffentlicher Armut.

2 BEDINGUNGEN JOURNALISTISCHEN ARBEITENS

Sind Armut und Reichtum für die Medien Themen, die sie jenseits ihrer Chronistenpflicht interessieren? Zweifellos findet auf den Themenfeldern Armut und Reichtum eine anlassbezogene Berichterstattung statt; in Sachen Armut häufiger als in Sachen Reichtum. Themen nicht aufzugreifen bedeutet in der journalistischen Kommunikation nicht, ihre Existenz zu leugnen. Verneint werden damit nur ihre Aktualität und ihre Bedeutung.

Im Folgenden wird konkretisiert, welche Bedingungen das journalistische System bei der Berichterstattung über diese beiden Themenfelder vorfindet (und auch hinnimmt). Indirekt wirkt dies auch auf die Arbeit

der Kommentierung. Als bestimmende Elemente bezüglich der eher intensiven Armutsbichterstattung werden in der Fachwelt gemeinhin angeführt:

- über die Armutslage gibt es viel Material, auch weil es eine Kontinuität der Berichterstattung gibt;
- das Thema ist leicht zugänglich in der Recherche, was Fakten, Ereignisse und Betroffene anbetrifft;
- Armut ist im Gegensatz zu Reichtum ein öffentliches Thema. Armutsmenschen produzieren beispielsweise in unterschiedlichen Formen Probleme, die teilweise auch im öffentlichen Raum sichtbar werden, beispielsweise Obdachlose, Bettler, Alkoholranke. Andere Armutsmenschen sind als öffentliches politisches Thema sichtbar: siehe Sozialtransferleistungen;
- wer darüber berichtet, muss nicht mit Konflikten rechnen, da das Sanktionspotenzial der Betroffenen sehr gering ist;
- die Berichterstattung über Fälle von Armut erfüllen oft die Kriterien der massenmedialen Produktion wie Personalisierung und (negative wie positive) Emotionalisierung;
- die Journalisten können sich klar abgrenzen von dieser Gruppe, sie haben mit ihr nichts gemein aufgrund ihres gehobenen kulturellen und sozialen Status.

Die eher defizitäre Reichtumsberichterstattung wird auch von folgenden Elementen mitbestimmt:

- Es gibt wenig aktuelles statistisches und analytisches Material; so ist es wohl kein Zufall, dass im 3. Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Armut auf etwa 400 und Reichtum auf nur zehn Seiten beschrieben wird;
- die Angehörigen dieser Schicht sind kaum zugänglich und verweigern sich meist öffentlichen Diskussionen und direkten Recherchen;
- das potenzielle Sanktions- und Konfliktpotenzial dieser Schicht ist vergleichsweise hoch; Wohlhabende und Reiche haben Ressourcen und Optionen, die öffentliche Kommunikation über sie weitgehend nach ihren (teilweise sehr unterschiedlichen) Bedürfnissen zu steuern;
- die Journalisten selbst können sich schlecht abgrenzen, da sie aufgrund ihres Einkommens und/oder ihrer Tätigkeit entweder am Rande dieser Schicht leben oder wenigstens die Hoffnung haben, zu ihr aufsteigen zu können oder wenigstens in ihre Nähe zu kommen;
- es gibt kein erkennbares politisches Interesse, sich an dieses Thema heranzuwagen, denn die meisten Politiker/Parteien und weitere meinungsmachende Kreise wollen ihr Verhältnis zu den Reichen so gestalten, dass sie im Zweifel immer «Geschäfte und politische Deals» mit ihnen machen können, so dass eine entsprechende Berichterstattung von meinungsmachenden und einflussreichen weiteren Kreisen vermutlich nicht anerkannt und belohnt wird;

- es wird registriert, dass sich Boulevardmedien dieses Themas selten oder nicht annehmen, obwohl die entsprechenden Tatbestände einen «idealen Stoff» für diese Mediengattung liefern.

3 HERKUNFT DER JOURNALISTEN

Wir gehen davon aus, dass die von uns untersuchten Redaktionen über das von uns untersuchte Themenfeld in weitgehender Autonomie arbeiten, also informieren, analysieren und auch kommentieren können. Die Frage des Ökonomisierungsdrucks, von Sparmaßnahmen in den Redaktionen, kann bei unserem Thema keine oder nur eine bescheidene einschränkende Rolle spielen. Ob die Redaktionen diese Themenpalette kommentieren, wie oft und wie, das liegt in hohem Maße in ihrer redaktionellen Verantwortung.

Wir halten es für möglich, dass sich die eigene materielle Lage und schichtenspezifische Zugehörigkeit der Journalisten, ihre Einstellung zu Leistung, Verdienst und Karrierebewusstsein gerade bei diesem Thema auf inhaltliche Positionierung und Perspektivenwahl auswirken.

Es kann unterstellt werden, dass bei allen untersuchten Medien vor allem Journalisten aus gehobenen sozialen und kulturellen Schichten führende Positionen und damit auch die Rolle von ständigen Kommentatoren einnehmen. Die Wissenschaftlerin Klarissa Lueg hat sich der Frage gewidmet, woher Journalisten kommen. Sie untersucht ihr Thema anhand von Befragungen von Schülern und Leitern von Journalistenschulen und von Chefredakteuren (zu Umfang und Vorgehen vgl. Lueg 2012: 57 ff.). Sie nimmt an, dass soziale Herkunft und Habitus «einen starken Einfluss» (ebd.: 43) auf das Handeln der journalistischen Akteure haben.

Lueg referiert vorab weitere Studien, die belegen, dass Journalisten zu mehr als zwei Dritteln zumindest aus vergleichsweise gesicherten und leicht privilegierten sozialen Schichten stammen, vor allem aus Angestellten- und Beamtenfamilien; es handelt sich dabei nicht um niedrigrangige Angestellte und Beamte, sondern jeweils um Angestellte und Beamte in gehobenen bis sehr gehobenen Positionen, jeweils mit Hochschulabschluss. So ergab die Befragung von Weischenberg u.a. unter gut 1.500 Journalisten, dass nur neun Prozent aus Arbeiterhaushalten stammen (vgl. ebd.: 133; beachte zu weiteren Details bezüglich Einstellungen und Positionen Arlt/Storz 2010: 234 ff.).

Die Untersuchung von Lueg bestätigt im Prinzip die bereits vorhandenen Forschungsergebnisse. Das journalistische Feld sei «als Ganzes ein Feld der etablierten Sozialschichten» (Lueg 2012: 242). Bemerkenswert ist, dass die Schüler aus gehobenen und hohen Herkunftsschichten vor allem leitende Positionen in prestigeträchtigen Ressorts, während vor allem Schüler aus mittleren und gehobenen Schichten die Position des Chefredakteurs anstreben; diese Gruppen seien stärker als die hohen von «Aufstiegswillen und Bildungseifer» geprägt (ebd.: 115), sind jedoch rein zahlenmäßig, dies zur Erinnerung, «stark unterrepräsentiert» (ebd.: 117). Die Schulleiter selbst stammen ebenfalls aus einer «ab-

gesicherten Mittelschicht» und bewegen sich seit Jahren «in einem akademisch geprägten Feld» (ebd.: 109). Das Handeln dieser Schulleiter bezüglich der Auswahlverfahren skizziert Lueg so: «Die Schulleiter erkennen die an Vertrauen gebundene Beziehung zu etablierten sozialen Machtgruppen (Akteure wie Akademiker, Unternehmer, Politiker und Prominente) als maßgeblich an und übernehmen in ihrer Suche nach geeigneten und effektiven Nachwuchsjournalisten Maßstäbe, die für eine geeignete Feld-Habitus-Passung im Sinne dieser Referenzgruppen sorgen. Die von den Schulleitern gewünschten Bewerberqualitäten begünstigen Bewerber aus einem akademischen, von beruflichem Erfolg geprägten Elternhaus» (ebd.: 120).

Zudem befragte Lueg 21 Chefredakteure (zu Details vgl. ebd.: 122 ff.). Zwölf von ihnen stammen aus sogenannten breiten Schichten (Arbeiterschicht und Kleinbürgertum), darunter vier aus der Arbeiterschicht, und neun aus dem gehobenen Bürgertum und dem Bürgertum (vgl. ebd.: 133). Diese breitere Herkunftsstreuung führt jedoch nicht zu einer Weitung des journalistischen Feldes, da sich «die aufgestiegenen Chefredakteure» an den Habitus der Angehörigen der gehobenen Schichten anlehnten und «weitgehend deren Einstellungsbedingungen» teilten (ebd.: 242).

4 UNGENUTZTE CHANCEN DER PRESSEFREIHEIT

Die Medien agieren in einem sehr hohen Maße reaktiv auf Ereignisse, Initiativen, Informationen, Deutungen und Wissen aus dem machtpolitisch relevanten politischen Feld. Das heißt aber auch: Wenn kein von den Medien als relevant, mächtig und/oder «störfähig» eingeschätzter Akteur beispielsweise das Thema Reichtum und dessen Besteuerung aufgreift, dann wird dieses Thema nicht oder bestenfalls nachlässig behandelt; der bisherige mediale Umgang mit dem Bündnis «UmFairteilen» spricht dafür.

Das bedeutet, dass die Massenmedien im Kern mit ihrer Kommentierung – nicht mit ihrer Berichterstattung – die Bandbreite nachvollziehen, die im für sie relevanten politischen Raum aktuell abgebildet wird. Anhand des Themenfeldes Armut, Reichtum, soziale Ungleichheit ist dies abzulesen. Eine «Erinnerung»: Mitglieder des Bündnisses «UmFairteilen» wollen den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anheben, was in weiten Teilen der veröffentlichten Meinung heute als unverantwortlich radikal gilt. In Zeiten der Kanzlerschaft von Helmut Kohl gab es jedoch einen Steuersatz in dieser Höhe. Ein zweites Beispiel für eine Position, die durchweg nicht vertreten wird, weder im politischen Raum noch in den Medien: Der Elitenforscher Michael Hartmann spricht – am Beispiel der USA untersucht – von einem klaren Zusammenhang «zwischen der sozialen Rekrutierung der politischen Kernelite und der Einkommensverteilung» (vgl. Hartmann 2009: 281 ff.). Die wachsende Ungleichheit bei den Einkommen korrespondiere unübersehbar mit einer sozialen Schließung der politischen Kernelite, besonders in den 1980er Jahren, und einem Kurswechsel

in der Steuerpolitik zugunsten der *upper middle class* und vor allem der *upper class*, so sein Befund bezüglich den USA. Hartmann sieht auch in Deutschland bereits deutliche Tendenzen in diese Richtung.

Pressefreiheit schließt die Möglichkeit ein, dass wenigstens die großen und damit konfliktstarken Qualitätsmedien sich – als Vorreiter und Vorbilder für «schwächere» Medien – bei gesellschaftlich bedeutsamen Themen auch eigenständige, von den Systemen der Wirtschaft und Politik unabhängige Themen- und Positionsetzungen erlauben. Genutzt wird diese Freiheit kaum.

5 NEUIGKEITEN ALS ALIBI UND WIEDERHOLUNG ALS NORMALITÄT

«Wir Kolumnisten, liebe Leserinnen und Leser, geben uns Woche für Woche Mühe, eine originelle Meinung zu finden und Ihnen zu präsentieren» (BeZ 15.2.12). Der Filmemacher Volker Heise bringt eine Erwartung an journalistische Medien präzise auf den Punkt: Nicht zu schreiben oder zu sagen, was erst vor Kurzem so oder ähnlich schon publiziert wurde, sondern das Ungewöhnliche, das Überraschende aufzugreifen, einen von anderen nicht gesehenen Aspekt hervorzuziehen. Der Überblick über einen längeren Zeitraum, immerhin vier- bis fünf Jahre, relativiert diese Vorstellung. Ohne hier entscheiden zu müssen, wo die «Schmerzgrenze» zu ziehen wäre, wird offensichtlich, dass sich der Anspruch auf Überraschung mit ständigen Wiederholungen vereinbar erweist. Unter den originellen Farbtupfern liegen durchgängige Argumentationsmuster und stabile Themenkarrieren. Der regelmäßige Publikationszwang lässt anderes auch gar nicht möglich erscheinen.

Sich also auf die Notwendigkeit der Neuigkeit zu berufen genügt deshalb als Begründung nicht, wenn man die eher sporadische Kommentierung des Armuts-Reichtums-Komplexes verteidigen will. Ganz im Gegenteil besitzt insbesondere jeder Meinungsbeitrag über Reichtum ob seiner Seltenheit automatisch Originalität; auch wenn es nicht Neues zu vermelden gäbe.

6 LEHREN AUS DER KRISE DES FINANZSYSTEMS?

Die Berichterstattung auch der Qualitätsmedien über die Krise des Finanzsystems wurde vielfach kritisiert; vor allem diejenige im unmittelbaren Vorfeld des offenen Ausbruchs im September 2008. Konkret ging es unter anderem um die fehlende inhaltliche Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Politik und Wirtschaft und um die mangelhafte Berücksichtigung von «alternativem Gegenwissen». Es gab in der Zwischenzeit viele Anhaltspunkte, die dafür sprachen, dass vor allem die meinungsbildenden und vergleichsweise gut bis sehr gut ausgestatteten Qualitätsmedien sich anstrengten, die Qualität zu steigern, also auch in differenzierte Analysen und Kommentierungen zu investieren und mit höherer Sensibilität auf vernachlässigte Themen und Perspektiven zu reagieren. Anhand der Analyse der Kommentare zur sozialen Frage ist eine solche Verbesserung nicht festzustellen; eine sehr po-

sitive Ausnahme bildet die analytische und berichtende Arbeit der Wochenzeitung *Die Zeit*.

7 DAS GROSSE THEMA «UMVERTEILUNG» – EIN KOMMUNIKATIONSDESASTER?

Insbesondere gesellschaftskritische Kräfte wundern sich darüber, warum es keine öffentlich sich manifestierende Empörung über unangemessenen Reichtum und zu große soziale Klüfte gibt. Das könnte auch damit zusammenhängen:

Die Analyse der Berichte und Kommentare zeigt, dass es eine hohe Unsicherheit über die Frage gibt, wer eigentlich reich ist. Der Soziologe Rehberg spricht irritiert davon, wie «der Reichtum wunderbar vermehrt» (Rehberg 2011: 15) werde. Wer monatlich mehr als etwa 3.300 Euro netto verdiene, gelte bereits als reich; dabei zeigten Untersuchungen, dass in der Bevölkerung weithin erst derjenige als reich gelte, der deutlich mehr als 25.000 Euro im Monat verdiene. Gegenteilige Daten werden jedoch von der Buchautorin Ulrike Herrmann genannt. Sie stellt fest, dass diese Versuche der «Reichtums-Vermehrung» sehr wohl am Alltagsbewusstsein von Mittelschichten anknüpfen: «Die Mehrheit der Deutschen hält sich für einigermaßen wohlhabend und neigt dazu, die Grenze des Reichtums knapp oberhalb ihres eigenen Einkommens und Vermögens anzusetzen» (Herrmann 2012: 12). Untersuchungen des Arbeitsministeriums, veranlasst in Verbindung mit der Erstellung des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes, zeigten, dass sich viele Bürger für reich halten, wenn sie über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro verfügen (vgl. ebd.: 18). So beginnt der offizielle Reichtum also bei Mittelschichten, die sich entweder selbst subjektiv nicht als reich empfinden, es offiziell aber sind, oder die sich als reich empfinden, dies aber nach wissenschaftlicher Expertise gar nicht dürften.

Das ständige Absenken der Steuersätze führte dazu, dass beispielsweise ein Single mit einem Jahreseinkommen von knapp 55.000 Euro bereits in die Nähe des Spitzensteuersatzes rückt. Das könnte auch das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.3.2012, S. 33) erklären, wonach lediglich zwölf Prozent der 1.800 repräsentativ Befragten den Spitzensteuersatz für zu niedrig halten. Für 35 Prozent ist er angemessen, für 36 Prozent zu hoch. Die Frage lautete konkret: «Ist der Spitzensteuersatz für Alleinstehende angemessen?»

Diese Mittelschichten sind zudem – bei einem Jahreseinkommen zwischen 40.000 bis 70.000 Euro – stark belastet, da sie vergleichsweise hohe Sozialabgaben und direkte Steuern bezahlen müssen; das Moment der progressiven Besteuerung spielt hier eine bedeutende Rolle. Da sie zudem – im Gegensatz zu den «wirklich Reichen» – einen hohen Anteil ihres Einkommens für ihren Lebensunterhalt ausgeben müssen, sind sie auch überdurchschnittlich stark von den in den vergangenen Jahrzehnten stark ansteigenden indirek-

ten Steuern betroffen. Diese Gruppe ist heute im Kern der Finanzier des Sozialstaates. Das heißt, diese Gruppe fühlt sich «negativ» angesprochen, wenn es darum geht, Sozialleistungen zu erhöhen. Denn sie hat das Bewusstsein, diese Ausgaben habe vor allem sie zu finanzieren. Und diese Gruppe fühlt sich auch dann «negativ» angesprochen, wenn im politischen Raum darüber debattiert wird, die Steuern für Wohlhabende und Reiche zu erhöhen. Denn offiziell gehört diese Schicht zu den Wohlhabenden und Reichen.

Ulrike Herrmann weist auf ein weiteres Beispiel hin: Obwohl 70 Prozent der Deutschen fast nichts besitzen, ergeben Umfragen, wie eine von Forsa im August 2009, dass nur 20 Prozent eine Erhöhung der Erbschaftsteuer befürworten. Herrmann vermutet, dass in diesem Zusammenhang die Metapher von «Omas ihr klein Häuschen» im Alltagsbewusstsein eine bedeutende Rolle spielt, also gerade die Angst der Nicht- und Wenig-Wohlhabenden, dass ihnen ihr kleines Eigentum auch noch wegbesteuert werde (vgl. Herrmann 2012: 167 ff.).

Vor allem in der Kommentierung der FAZ, aber auch der SZ spiegelt sich diese «Sandwichlage» der Mittelschichten wieder.

Als Anregung für weitere Antworten auf die Frage, warum die Umverteilungsdebatten im Sinne der Initiatoren oft nicht zünden, hier noch eine kleine Betrachtung des Soziologen Neckel über das Thema Neid: Neckel hat sich in einem Aufsatz mit dem Thema «Deutschlands gelbe Galle – Eine kleine Wissenssoziologie des teutonischen Neides» (vgl. Neckel 2008: 137 ff.) eingehender beschäftigt. Der «Sozialneid» sei, so Neckel, ein Mittel der Politik. So werde versucht, entsprechende politische Konzepte zu denunzieren. Bleibt die Frage: Treibt Neid dazu, Umverteilung zu fordern? Wäre es so, dann böte Neckel die Erklärung dafür, warum Reichtum bisher politisch so «ungefährdet» bleibt: «Solange Unzufriedene auf höhere Klassen nur neidisch sind, eifern sie ihnen mehr nach, als dass sie sie stürzen wollen. Durch den gemeinsamen Wertbezug auf ein gleichermaßen begehrtes Objekt bindet Neid Konkurrenten auch aneinander. Er ist deshalb als ein vergleichsweise integratives Gefühl zu bezeichnen» (ebd.: 142). Erst wenn die Wettbewerbschancen aussichtslos seien, dann könne aus Neid Wut werden.

8 WEITERE BEISPIELE DER DE-THEMATISIERUNG VON REICHTUM

In der Studie der Otto-Brenner-Stiftung «Wirtschaftsjournalismus in der Krise. Zum massenmedialen Umgang mit der Finanzmarktpolitik», veröffentlicht im Jahr 2010, haben die Autoren den gesamten Textkorpus von 822 Artikeln aus tagesaktuellen Print-Qualitätsmedien auch nach dem Begriff Gerechtigkeit untersucht; dieser Begriff hängt mindestens indirekt mit den Themen Verteilung – in diesem Fall von Krisenlasten – und Reichtum zusammen. Ihre Bilanz: «In den 822 Artikeln unseres Textkorpus werden das Wort Gerechtigkeit und verwandte Substantiva genau 38 Mal benutzt, das Adjektiv gerecht und verwandte Eigenschaftswörter 43 Mal» (S. 109). Im

Vergleich zu der meist hohen Bedeutung, die dieser Wert in Meinungsumfragen hat, hat er bei den untersuchten Qualitätsmedien nur eine verschwindend geringe.

De-Thematisierung von Reichtum ist auch eine Folge von «Normalisierung». Renate Köcher, Leiterin des Meinungsforschungsinstitutes Allensbach, rechnet vor, dass eine materielle Kluft «in einer freien Gesellschaft in längeren Friedenszeiten fast zwangsläufig» sei: Die Unter- und Mittelschichten seien eben von der Wirtschaftskonjunktur und damit von der aktuellen Lohn- und Gehaltsentwicklung abhängig, die oberen Schichten hätten sich hingegen «sukzessive aus dieser Abhängigkeit lösen» können – durch wachsende Vermögenseinkünfte, Erbschaften und Schenkungen (vgl. Köcher 2012).

9 DIE ENTSCHIEDENDE FRAGE – EINFACH VERGESSEN

«Die Sachwalter des Finanzkapitalismus stehen deswegen vor einer ungemütlichen Entscheidung: Sie müssen entweder sich selbst belasten oder das System.»
Jens Jessen

Soziale Strukturen sind keine Naturgesetze. Damit sie Geltung behalten und Wirksamkeit entfalten, müssen sie über Handlungen vollzogen werden. Soziale Strukturen, «Systemzwänge», stellt man sich am besten vor als stabile Erwartungen, mit welchen die Einzelnen konfrontiert sind. Erfüllen sie die Erwartungen, bringt es ihnen in der Regel einen Vorteil, oft einen geldwerten. Erfüllen sie die Erwartungen nicht, müssen sie mit negativen Reaktionen ihrer Umwelt rechnen, nicht immer gleich mit juristischen.

Es gibt zwei Möglichkeiten. Sie schließen sich wechselseitig nicht aus. Die eine: Gesellschaftliche Strukturen sind im Prinzip auf Gerechtigkeit eingestellt und funktionieren in diesem Sinne; es erwachsen jedoch aus Zufällen und aufgrund individuellen (Fehl-)Verhaltens, Auswüchsen von Gier einerseits und «gesellschaftlichen Abstürzen» andererseits, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Die andere: Strukturen und System produzieren von sich heraus Ungerechtigkeiten und fördern Ungleichheiten bis hin zu sich verfestigenden Schichten (vgl. Hirschel 2009: 54 f.) mit großen finanziellen und sozialen Differenzen. Diese Variante legt die Auffassung nahe, dass Armut wegen und nicht trotz Reichtum entsteht.

Im Zusammenhang mit unserem Untersuchungsthema müsste eigentlich alle Kommentatoren diese Grundsatzfrage umtreiben. Diese entscheidende Anfangsfrage wird aber nie klar gestellt und deshalb auch gar nicht erörtert. Die mit dieser Frage verbundenen Sachverhalte und Klärungen bleiben deshalb diffus. Das hat Folgen: Jede Anschlusskommunikation wird damit gehemmt, wenn nicht blockiert (vgl. zu möglichen Ursachen u.a. Institut für Gesellschaftsanalyse 2011: 5). Um Aufmerksamkeit und Wahrnehmung für dieses Großthema zu verstärken, muss diese Einstiegsfrage offen angesprochen und ausführlich erörtert werden, nach dem Motto: «Tausche nie eine gute Frage gegen eine Antwort» (Rabbi Nilton Bonder).

V LITERATUR

A

Adamek, Sascha/Otto, Kim (2009): Schön reich – Steuern zahlen die anderen – wie eine ungerechte Politik den Vermögenden das Leben versüßt, München

Arlt, Hans-Jürgen/Storz, Wolfgang (2010): Wirtschaftsjournalismus in der Krise. Zum massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik, Frankfurt a. M. (Studie der Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft 63)

Arlt, Hans-Jürgen/ Storz, Wolfgang (2011): Drucksache «Bild». Eine Marke und ihre Märkte, Frankfurt a. M. (Studie der Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft 67)

B

Becker, Irene (2003): Die Reichen und ihr Reichtum, in: Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hrsg.): Oberschichten–Eliten–Herrschende Klassen, Opladen, S.73–98

Blum, Roger (2011): Leidende Leuchttürme. Über die Unentbehrlichkeit von Qualitätsmedien, in: Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Imhof, Kurt/Jarren, Otfried (Hrsg.): Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation. Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien, Wiesbaden, S. 7–16

Braungart, Wolfgang (2012): Ästhetik der Politik, Ästhetik des Politischen. Ein Versuch in Thesen, Göttingen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2012): Lebenslagen in Deutschland. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Entwurf vom 17.9.2012, Berlin

Butterwegge, Christoph (2009): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, Frankfurt a. M.

C

Collier, Paul (2008): Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann, Bonn/München

D

Deutschmann, Christoph (2003): Die Verheißung absoluten Reichtums: Kapitalismus als Religion?, in: Baecker, Dirk (Hrsg.): Kapitalismus als Religion, Berlin, S. 145–174

Druyen, Thomas (Hrsg.) (2011a): Vermögenskultur. Verantwortung im 21. Jahrhundert, Wiesbaden

Druyen, Thomas (2011b): Vorwort des Herausgebers: Vermögenskultur. Verantwortung im 21. Jahrhundert, in: Druyen, Thomas (Hrsg.): Vermögenskultur. Verantwortung im 21. Jahrhundert, Wiesbaden, S. 7–12

Druyen, Thomas (2011c): Vermögen ist mehr als Geld, in: Druyen, Thomas (Hrsg.): Vermögenskultur. Verantwortung im 21. Jahrhundert, Wiesbaden, S. 13–30

E

Eilders, Christiane (2008): Massenmedien als Produ-

zenten öffentlicher Meinungen. Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hrsg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden, S. 27–51

F

Foerster, Heinz von/Pörsken, Bernhard (1998): Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners, Heidelberg

G

Geißler, Heiner (1976): Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente. Freiburg i. Brsg.

Gillen, Gabriele (2009): Vermögensverteilung: Wer hat was?, in: Gillen, Gabriele/Rossum, Walter von (Hrsg.): Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen, Reinbek, S. 540–545

Glatzer, Wolfgang u. a. (2009): Reichtum im Urteil der Bevölkerung. Legitimationsprobleme und Spannungspotentiale in Deutschland, Opladen/Farmington Hills

H

Haas, Bruno (2011): Vermögende fordern Vermögensabgabe. Eine neue Form des Engagements vermögender BürgerInnen, in: Druyen, Thomas (Hrsg.): Vermögenskultur. Verantwortung im 21. Jahrhundert, Wiesbaden, S. 257–276

Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt a. M.

Hartmann, Michael (2009): Politische Elite und Einkommensverteilung in den USA seit 1945 in: Leviathan 2/2009, S. 281–304

Hartmann, Michael (2011): Die doppelte Spaltung der Gesellschaft in: Machnig, Matthias (Hrsg.): Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand, Frankfurt a. M.

Hartmann, Michael (2012): Interview mit den Autoren, Protokoll, 29.2.2012, Mainz

Herrmann, Ulrike (2012): Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht, München

Hirschel, Dierk 2009: Armut und Reichtum, in: Gillen, Gabriele/Rossum, Walter von (Hrsg.): Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen, Reinbek: S. 46–57

Horn, Gustav A. (2011): Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert, Frankfurt a. M.

Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hrsg.) (2003): Oberschichten–Eliten–Herrschende Klassen, Opladen

I

Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus: Szenarien, Konflikte, Konkurrierende Projekte, Thesen, August 2011

J

Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2007): Deutungs-

kämpfe. Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden

Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M. (2012): Steuermaßnahmen zur nachhaltigen Staatsfinanzierung, Münster

Jarren, Otfried/Vogel, Martina (2011): Leitmedien als Qualitätsmedien: Theoretisches Konzept und Indikatoren, in: Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Imhof, Kurt/Jarren, Otfried (Hrsg.) (2011): Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation. Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien, Wiesbaden, S. 17–30

K

Kabalak, Alihan/Priddat, Birger P./Rhomberg, Markus (2008): Medien als Schnittstelle zwischen politischen und ökonomischen Strukturen. Politische Kommunikation in der Perspektive der Institutionenökonomie, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hrsg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden, S. 52–72

Köcher, Renate (2012): Das Unbehagen am Kapitalismus, unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-das-unbehagen-am-kapitalismus-11657529.html>

Kreckel, Reinhard (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 3. überarb. und erw. Aufl., Frankfurt a. M./New York

L

Lakoff, George/Johnson, Mark (2008): Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern, 6. Aufl., Heidelberg

Landmeier, Christine/Daschmann, Gregor (2011): Im Seichten kann man nicht ertrinken? Boulevarisierung in der überregionalen deutschen Qualitätspresse, in: Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Imhof, Kurt/Jarren, Otfried (Hrsg.): Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation. Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien, Wiesbaden, S. 177–191

Lauterbach, Wolfgang/Druyen, Thomas/Grundmann, Matthias (Hrsg.) (2011): Vermögen in Deutschland. Heterogenität und Verantwortung, Wiesbaden

Lauterbach, Wolfgang/Kramer, Melanie/Ströing Miriam (2011): Vermögen in Deutschland: Konzept und Durchführung, in: Lauterbach, Wolfgang/Druyen, Thomas/Grundmann, Matthias (Hrsg.): Vermögen in Deutschland. Heterogenität und Verantwortung, Wiesbaden, S. 29–56

Lauterbach, Wolfgang/Tarvenkorn, Alexander (2011): Homogenität und Heterogenität von Reichen im Vergleich zur gesellschaftlichen Mitte, in: Lauterbach, Wolfgang/Druyen, Thomas/Grundmann, Matthias (Hrsg.): Vermögen in Deutschland. Heterogenität und Verantwortung, Wiesbaden, S. 57–94

Lueg, Klarissa (2012): Habitus, Herkunft und Positionierung. Die Logik des journalistischen Feldes, Wiesbaden

Luhmann, Niklas (1994): Soziale Systeme, Frankfurt a. M.

Luhmann, Niklas (1995): Die Realität der Massenmedien, Opladen

Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bde., Frankfurt a. M.

N

Neidhardt, Friedhelm/Eilders, Christiane/Pfetsch, Barbara (Hrsg.) (2004): Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, Wiesbaden

Neckel, Sighard (2000): Die Macht der Unterscheidung. Essays zur Kultursoziologie der modernen Gesellschaft, Frankfurt a. M.:

Neckel, Sighard (2008): Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft, Frankfurt a. M.

P

Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hrsg.) (2008): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden

R

Raupp, Juliana (2007): Politische Meinungsforschung. Die Verwendung von Umfragen in der politischen Kommunikation, Konstanz

Rehberg, Karl-Siegbert (2011): «Klassengesellschaftlichkeit» nach dem Ende der Klassengesellschaft?, in: Berliner Journal für Soziologie 21/2011, S. 7–21

Reinemann, Carsten (2003): Medienmacher als Mediennutzer. Kommunikations- und Einflusstrukturen im politischen Journalismus der Gegenwart, Köln

Rickens, Christian (2011): Ganz oben. Wie Deutschlands Millionäre wirklich leben, Köln

Rügemer, Werner (2003): arm und reich, Bielefeld

Ruß-Mohl, Stephan (1993): Konjunkturen und Zyklizität in der Politik: Themenkarrieren, Medienaufmerksamkeitszyklen und «lange Wellen», in: PVS-Sonderheft 24 über: Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, hrsg. von Adrienne Heritier, Opladen

S

Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.) (2009): Die Wahrnehmung der Wirtschaft in der Öffentlichkeit. Familienunternehmen und anonyme Publikumsgesellschaften in der politischen und medialen Debatte, München (Studie bearbeitet von zeppelin university)

V

Volkman, Ute (2006): Legitime Ungleichheiten. Journalistische Deutungen vom «sozialdemokratischen Konsensus» zum «Neoliberalismus», Wiesbaden

W

Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland, Konstanz

Willke, Gerhard (2011): Armut – was ist das? Eine Grundsatzanalyse, Hamburg